

Beteiligungsbericht 2011 des Kreises Düren

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Organe des Unternehmens

Besetzung der Organe
(Stand: 30.03.2014)

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Verbindungen zum Kreishaushalt

Auszug aus dem Lagebericht 2011



Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Technologiezentrum Am Europaplatz
52068 Aachen
Telefon: 0241/963-1001
Telefax: 963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Einrichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich. Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag übertragenden Aufgaben, insbesondere

1. Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft,
2. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
3. Überwachung der Geschäftsführung,
4. Zustimmung zu den in § 7 des Gesellschaftsvertrages genannten zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften der Geschäftsführung,

5. Beratung über die Wirtschafts- und Stellenpläne und Empfehlungen an die Gebietskörperschaften,
6. Bestellung des Außenprüfers,
7. Beratung der Jahresabschlüsse und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
8. Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesellschaftsvertrag und Gesetz vorbehaltenen Angelegenheiten, insbesondere über:

1. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Stellenplans,
2. die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Gewinnverwendung gem. § 29 des GmbH-Gesetzes und die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
4. Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
5. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
6. Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,
7. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 Absatz 1 AktG,
8. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Greif, Helmut
Schirowski, Ulrich bis 31.12.2012

Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	5 Sitze	29,41 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Düren	1 Sitz	5,88 %
	IHK zu Aachen	2 Sitz	11,76 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	5,88 %
	Sparkassen der Region Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Fachhochschule Aachen	1 Sitz	5,88 %

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. 1 Stimme je 1.000,00 € Stammkapital

Siehe hierzu die Hinweise unter "Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

**Gesellschafter-
versammlung:** Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)		
Sitz:	55068 Aachen		
gezeichnetes Kapital:	3.253.000 €		

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in % bis 21.12.2011	Anteil in % ab 21.12.2011
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	384.000,00 €	11,80%	13,04%
Übernahme AM-Anteile	4.441,00 €		
Übernahme AM-Anteile	32.801,00 €		
Übernahme AM-Anteile	3.075,00 €		
Handwerkskammer Aachen	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Stadt Aachen	895.000,00 €	27,51%	29,86%
Übernahme AM-Anteile	76.450,00 €		
StädteRegion Aachen	461.000,00 €	14,17%	15,38%
Übernahme AM-Anteile	39.378,00 €		
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	52.000,00 €	1,60%	1,60%
Kreis Düren	256.000,00 €	7,87%	8,54%
	21.867,00 €		
Kreis Heinsberg	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Kreis Euskirchen	128.000,00 €	3,93%	4,27%
Übernahme AM-Anteile	10.934,00 €		
Sparkasse Aachen	62.000,00 €	13,25%	14,38%
	62.000,00 €		
	307.000,00 €		
Übernahme AM-Anteile	36.815,00 €		
Sparkasse Düren	62.000,00 €	1,91%	2,07%
Übernahme AM-Anteile	5.296,00 €		
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	36.000,00 €	1,11%	1,20%
Übernahme AM-Anteile	3.075,00 €		
Aachen Münchener Versicherung AG	256.000,00 €	7,87%	0,00%

Die Aachen Münchener Versicherung AG (AM-Versicherung) hat mit Schreiben vom 03.06.2008 ihren Gesellschaftsanteil in Höhe von 256.000,00 € zum 31.12.2008 gekündigt, hatte aber die Bereitschaft erklärt, der AGIT die Auszahlung ihres Geschäftsanteils für ein Jahr zu stunden und den Einziehungsbeschluss ihres Geschäftsanteils um ein Jahr zu verschieben, damit die AGIT einen neuen, geeigneten Gesellschafter finden könnte. Ein neuer Gesellschafter sollte diese Anteile der AM-Versicherung übernehmen.

In der Gesellschafterversammlung der AGIT vom 10.06.2011 wurde die Empfehlung des Aufsichtsrates einstimmig beschlossen, den Geschäftsanteil der AM-Versicherung durch die übrigen Gesellschafter (jedoch mit Ausnahme der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Kreissparkasse Euskirchen) im Verhältnis ihrer bisherigen Geschäftsanteile zu übernehmen, wobei die an sich auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und die Kreissparkasse Euskirchen entfallenen Anteile durch die IHK Aachen übernommen werden sollen.

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.356,54 €	5.035,54 €	3.898,04 €	-1.137,50 €	-22,59%
II. Sachanlagen	10.377.354,83 €	9.619.161,83 €	8.778.520,32 €	-840.641,51 €	-8,74%
III. Finanzanlagen	50.530,26 €	50.530,26 €	50.530,26 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	382.914,97 €	821.747,86 €	1.263.028,96 €	441.281,10 €	53,70%
II. Kassenbestand	84.113,38 €	58.668,30 €	232.202,92 €	173.534,62 €	295,79%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.380,52 €	7.252,33 €	1.843,87 €	-5.408,46 €	-74,58%
Summe Aktiva	10.906.650,50 €	10.562.396,12 €	10.330.024,37 €	-232.371,75 €	-2,20%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-1.498.491,59 €	-1.665.175,78 €	-1.851.643,50 €	-186.467,72 €	11,20%
III. Jahresfehlbetrag	-166.684,19 €	-186.467,72 €	-298.451,91 €	-111.984,19 €	60,06%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.468.481,60 €	4.831.993,75 €	4.189.261,90 €	-642.731,85 €	-13,30%
C. Rückstellungen	106.600,00 €	109.300,00 €	138.810,00 €	29.510,00 €	27,00%
D. Verbindlichkeiten	3.743.744,68 €	4.219.745,87 €	4.884.047,88 €	664.302,01 €	15,74%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €	-
Summe Passiva	10.906.650,50 €	10.562.396,12 €	10.330.024,37 €	-232.371,75 €	-2,20%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.988.789,35 €	2.758.515,30 €	3.013.613,67 €	255.098,37 €	9,25%
2. sonstige betriebliche Erträge	2.189.928,68 €	2.683.731,89 €	3.371.144,71 €	687.412,82 €	25,61%
3. Materialaufwand	0,00 €	0,00 €	27.110,00 €	27.110,00 €	-
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.409.772,22 €	1.659.718,03 €	2.121.316,10 €	461.598,07 €	27,81%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	370.396,41 €	455.477,54 €	562.639,25 €	107.161,71 €	23,53%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	890.393,66 €	898.933,97 €	909.700,75 €	10.766,78 €	1,20%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.436.860,45 €	2.378.328,04 €	2.804.388,22 €	426.060,18 €	17,91%
Betriebsergebnis	71.295,29 €	49.789,61 €	-40.395,94 €	-90.185,55 €	-181,13%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	2.580,17 €	498,80 €	877,98 €	379,18 €	76,02%
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	151.787,16 €	147.522,71 €	161.946,92 €	14.424,21 €	9,78%
Finanzergebnis	-149.207,99 €	-147.023,91 €	-161.068,94 €	-14.045,03 €	9,55%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-77.912,70 €	-97.234,30 €	-201.464,88 €	-104.230,58 €	107,20%
10. sonstige Steuern	88.771,49 €	89.233,42 €	96.987,03 €	7.753,61 €	8,69%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-166.684,19 €	-186.467,72 €	-298.451,91 €	-111.984,19 €	60,06%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	31	37	49,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, Kreis Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Zuschuss des Kreises Düren für das Jahr 2011 119.167,45 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die sechs Geschäftsfelder der AGIT werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die Projekte und Aufträge werden nur summarisch dargestellt. Sie sind inhaltlich im Jahresbericht aufgeführt, der diesem Bericht als Anhang beiliegt.

Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2011 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Die gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 230 Arbeitsplätze schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11,4 Mio. Euro. Die Region Aachen liegt damit gegenläufig zum deutschlandweiten Trend, der einen deutlichen Rückgang der Gründer konstatiert. Auch die anderen Beratungsleistungen der AGIT (SIGNO, Wachstumsberatung, Finanzierungsvermittlung) und die Mitwirkung bei der Gründungs- und Wachstumsinitiative AC² im Rahmen der GründerRegion Aachen lagen auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

Technologiezentrumsmanagement (Geschäftsfeld II)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen nach Flächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2011 in den beiden von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und

MTZ fort. Die Auslastung liegt weiterhin auf dem hohen Niveau der Vorjahre (TZA 97%, MTZ 99%). Auch das in der zweiten Jahreshälfte erstmalig in Betrieb genommene ZBMT, das erste CAMPUS-Clustergebäude, wurde von den Gründern und CAMPUS-Mietern gut angenommen und war zum Januar 2012 bereits mit 92% ausgelastet (14 Firmen).

Investorenberatung (Geschäftsfeld III)

Mit knapp 50 Kontakten zu standortsuchenden Unternehmen war die Nachfrage etwa so groß wie im Vorjahr, jedoch entschieden sich deutlich weniger Unternehmen als im Rekordjahr 2010 für einen Standort in der Region. Das Niveau der Jahre 2008-2010 wurde wieder erreicht. Die Ansiedlungsinteressenten spiegeln das Technologie-/Wissenschaftsangebot der Region wider.

Regional- und Clusterentwicklung (RuC) (Geschäftsfeld IV)

Die Region Aachen ist auf einem erfolgreichen Kurs für eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Ein wesentliches Instrument bildet weiterhin die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel 2 Programm 2007-2013 (EFRE). Das regionale Programm- und Projektmanagement wurde 2007 der AGIT seitens der Gesellschafter übertragen. Deshalb sind im vergangenen Jahr von RuC gemeinsam mit den regionalen Partnern und potenziellen Antragstellern zahlreiche mögliche Projektansätze entwickelt worden. Letztlich sind die meisten der in den Ziel-2-Förderwettbewerben beim Land NRW eingereichten Projekte aus der Region Aachen in enger Abstimmung - zum Teil auch in inhaltlicher Kooperation - mit der AGIT erstellt worden. Bei den Ergebnissen des Wettbewerbs ist die Region Aachen weiterhin führend in NRW.

Regionalmarketing (Geschäftsfeld V)

In 2011 wurden die Öffentlichkeitsarbeit der AGIT und das Regionalmarketing in wesentlichen Punkten erweitert.

Das für Investoren konzipierte aHEAD (Magazin der Region Aachen), das auch in englischer Sprache herausgegeben wird, erschien in der dritten Ausgabe.

Wesentliche Impulse für die Region Aachen erwarten wir aus der Beteiligung der AGIT bzw. der Region Aachen an der 2011 gestarteten Marketingkampagne des Landes Nordrhein-Westfalen "Germany at its best". Die unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers des Landes NRW stehende Kampagne wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes NRW Invest getragen und aktiv unterstützt. Als offizieller Partner hat die Region Aachen über die AGIT die Möglichkeit, Bestleistungen in Kategorien wie Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur zu präsentieren. Schwerpunktmäßig präsentiert sich die Region Aachen im Rahmen der Kampagne als Standort für wissensbasierte Industrie mit einem Schwerpunkt im Bereich Automotive. Auf der Internetseite www.germanyatitsbest.de und in zahlreichen Publikationen werden Bestleistungen aus der Region Aachen vorgestellt.

Anstelle der bisherigen Informationsmedien „AGIT aktuell“ und „Region Aachen Newsletter“ wurde das Magazin „Region Aachen46“ konzipiert und im November von AGIT und Regio Aachen gemeinsam herausgegeben. Ziel ist es, Menschen in der Region zu informieren und auf bestimmte Möglichkeiten der Unterstützung aufmerksam zu machen. Das Magazin soll ab 2012 dreimal jährlich erscheinen.

Im Jahr 2011 lag die durchschnittliche monatliche Besucherzahl der Internetpräsenz bei über 3.000 Besuchern. Die Ansichtszeit pro Besucher lag bei über drei Minuten. Mit der Erstellung eines neuen Internetauftritts wurde im Frühjahr 2011 begonnen. 2012 wird er frei geschaltet.

Nachdem die AGIT seit 2006 die Bewerbungsphase und die Festveranstaltung zur Verleihung des Innovationspreis Region Aachen organisiert hatte, wurde ein neues Konzept (AC² – Innovationspreis Region Aachen 2012) erarbeitet, das eine Zusammenlegung der Preisverleihung mit

der Veranstaltung zur Verleihung der Preise im Rahmen der AC²-Wettbewerbe vorsieht. Die Findungsphase für die Innovationspreiskandidaten sowie die Abendveranstaltung werden weiterhin von der AGIT organisiert.

Die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“ findet große Zustimmung seitens der Unternehmen und wird in 2012 fortgesetzt.

Regionalagentur Aachen (Geschäftsfeld VI)

Die Tätigkeit der Regionalagentur, die im Auftrag des Landes NRW und der Region Aachen für die regionale Arbeitspolitik zuständig ist, konzentriert sich auf folgende fünf Handlungsfelder:

Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten

Arbeit und Bildung in der Gesundheitsregion Aachen

Fachkräfteentwicklung im Demografischen Wandel

Jugend und Beruf

Neue Wege in Arbeit.

Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2011 brachte eine deutliche Steigerung der Gesamtleistung um 943 T€ (17,3 %) auf 6.385 T€ (5.442 T€ in 2010). Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2010 deutlich zu (255 T€ / 9,2 %), aber insbesondere die sonstigen betrieblichen Erlöse stiegen um 687 T€ (25,6 %) auf nunmehr 3.371 T€ (Vorjahr 2.684 T€). Diese sonstigen Erlöse basieren auf deutlich erhöhten Projekteinnahmen, die mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen. Insgesamt schloss das Geschäftsjahr dadurch mit einem negativen Ergebnis von rund -298 T€ ab (Vorjahr -186 T€).

Gegenüber dem Jahr 2010 ist diese Verschlechterung primär auf einer Erhöhung der Personalkosten um knapp 570 T€ (+26,9 %) auf 2.684 T€ (Vorjahr 2.115 T€) und der damit verbundenen Steigerung der Gesamtkosten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in 2011 gegenüber 2010 ebenfalls deutlich erhöht (426 T€ / 17,9 %), was u. a. aus erhöhten Instandhaltungsaufwendungen und dem in 2011 in Betrieb gegangenen ZBMT resultiert.

Unter dem Aspekt, dass die Einnahmen aus Projekten (die von der Region Aachen an die AGIT herangetragen wurden) in der Regel mit einem Eigenanteil zwischen 20 % und 30 % unter Vollkostenbetrachtung finanziell hinterlegt werden müssen, war dieses Ergebnis vorhersehbar und kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Bezüglich des TZA BA II haben die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen den Ausgleich für die Differenz zwischen „Leasingrate“ und „Einnahmen“ ab 2010 übernommen. In 2011 liegt dieser Betrag bei 94 T€ (76 T€ für 2010) und damit im Planbereich. Damit wurde die im letzten Bericht festgestellte notwendige neue Finanzierungslösung vollständig eingelöst. Der noch verbleibende Fehlbetrag von 122 T€ (Vorjahr 113 T€) kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Die in den Beschlüssen zur Absicherung der Situation im BA II gemachten Berechnungen (Simulation) über die Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ sowie Höhe der Darlehensaufnahme wurden damit eingehalten.

Beleuchtet werden sollte in diesem Zusammenhang jedoch ausdrücklich das „Gesamtergebnis“ des TZA II, das durch die steigende Leasingrate und das ausgewiesene Ergebnis immer etwas verdeckt wird: Trotz der o. a. Zuschüsse der beiden Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen i. H. v 94 T€ (76 T€ für 2010) und des aufzunehmenden Darlehens in Höhe von insgesamt 122 T€ in 2011 (113 T€ in 2010), entsteht in 2011 wie bereits in 2010 aus dem Betrieb des TZA II in Summe kein Verlust für die AGIT, sondern es liegt sogar ein Wertzuwachs vor. In 2011 sind dies 33 T€ (31 T€ in 2010). Dieser Wertzuwachs resultiert aus der einfachen Tatsache, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2011 knapp 249 T€ (220 T€ in 2010) be-

trägt, dem die oben ausgewiesenen Zuschüsse und Verluste (Darlehen) gegenüberstehen. Es findet somit ein Darlehensabbau statt und die Restschuld verringert sich.

Für die Finanzierung der eingeworbenen und im Auftrag der Region Aachen durchgeführten Projekte gibt es immer noch keine zufriedenstellende Lösung, da weder der aufzubringende Eigenanteil von den Gesellschaftern bereitgestellt noch die notwendige Finanzierungssicherheit geboten wird.

Das Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung entwickelt sich auf rund -298 T€ (Vorjahr -186 T€). Das Plan-Ergebnis für 2011 von ca. -159 T€ konnte nicht erreicht werden.

Im Bereich des Technologiezentrumsmanagements (TZM) hat die AGIT im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr im TZA eine verbesserte Auslastung im Jahresmittel und damit erhöhte Einnahmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich in diesem Ergebnis als überwunden, was sich z. B. an den höheren Einnahmen im Bereich der Konferenzraumvermietung zeigt.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten, aber vor Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 435 T€ (Vorjahr 411 T€) erzielt. Im TZA BA II wurde ein Verlust von rund -122 (Vorjahr -113 T€) nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 94 T€ (Vorjahr 76 T€) durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen erreicht.

Im MTZ, das in 2011 zu 99% ausgelastet war, lag das Ergebnis bei knapp 3 T€ (im Vorjahr -28 T€). Gegenüber 2010 hat sich das Ergebnis damit – wie prognostiziert – wieder deutlich verbessert (31 T€).

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die zudem zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Das Ergebnis von knapp -130 T€ belastet die AGIT nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2012 die Mietmängel im ZBMT weitgehend behoben werden konnten und dass der Vermietungsstand einschließlich Optionen bei über 95% liegt, was als Vollauslastung angesehen werden kann.

Bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralen Dienste (knapp 700 T€) nach Mitarbeiterköpfen auf die jeweiligen Bereiche verbleibt für das TZA I. BA für 2011 ein GuV-Ergebnis von rund 338 T€ (Vorjahr 273 T€).

In den anderen Geschäftsbereichen Beratung technologieorientierter Unternehmen, Regionalentwicklung und Entwicklung Technologiefelder, Regionalmarketing und Ansiedlung, Standortbeobachtung und -entwicklung und Regionalagentur (RA) konnte auch unter Berücksichtigung der budgetierten Zuschüsse kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Auf alle vier Bereiche entfällt nach Umlage der Zentralen Dienste ein Gesamtverlust in Höhe von ca. -514 T€ (Vorjahr -347 T€).

Auf Grund deutlich erhöhter Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung bei bis zu 1.000 T€ lagen, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2011 eine deutlich verschlechterte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Hierbei spielt auch die hohe, von der AGIT vorzufinanzierende Leasingrate für den TZA BA I eine sichtbare Rolle. Trotz einer Erhöhung des Kontokorrentkredites von 510 T€ auf 850 T€ kam es in 2011 zu einer vollen Inanspruchnahme des Kredites. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit 18 T€ deutlich über dem Wert des Vorjahres (ca. 5 T€ in 2010).

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -298 T€ (Vor-

jahr -186 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich aufgrund der vielen neuen Aufgaben, die die AGIT in 2011 übernommen und durchgeführt hat.

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (86%) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen an. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen erhöhten sich aufgrund wachsender Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln. Der Anstieg der Forderungen von 822 T€ in 2010 auf 1.263 T€ in 2011 erklärt die Minderung des Bestandes an liquiden Mitteln und zeigt die Notwendigkeit der Euribor-Erhöhung in 2011. Allein nur die Projektforderungen liegen bereits über dem gegebenen Finanzrahmen.

Das negative Ergebnis hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das gezeichnete Kapital von 3.253 T€ weit über 50% aufgebraucht ist und um das negative Ergebnis 2011 weiter aufgebraucht wird.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 9. November 2011 die Übernahme der Anteile des ausgeschiedenen Gesellschafters Aachen-Münchener Versicherung nach einem bestimmten Schlüssel einstimmig beschlossen. Der Beschluss wurde umgesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität: Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben zu einer deutlichen Verschlechterung der Liquidität der AGIT geführt. Zwar führt die AGIT nur noch Projekte durch, die zu 100% finanziert sind, insbesondere hat die nachträgliche, oft verzögerte Auszahlung von Projektmitteln von bis zu über einem Jahr eine komplette Vorfinanzierung der Projekte zur Folge. Beispielsweise lag die vorfinanzierte Summe für Projekte Mitte Mai bei ca. 950 T€ und damit bereits über dem derzeitigen Kreditrahmen. Die Erhöhung des Kontokorrentkredits von 510 T€ auf 850 T€ in 2011 könnte möglicherweise nicht ausreichend sein, so dass hier eine weitere Erhöhung des Kontokorrentkredites aus Vorsichtsgründen vorgesehen werden sollte. Dies ist für die nächste Sitzung des AR im Juni 2012 geplant.

In 2012 wird sich an dieser Situation nichts ändern, da das Projektvolumen auf ähnlichem Niveau wie in 2011 liegt und deutlich höhere Einnahmen aus den Technologiezentren (Vollauslastung) nicht zu erwarten sind. Erst gegen Ende des Jahres 2013 wird sich die Situation deutlich entschärfen, da zum einen das Projektvolumen in 2013 deutlich zurückgeht und die Forderungen aus 2012 beglichen sein müssten.

AGITneu: Im Jahre 2011 hat die Region Aachen ein Reformkonzept entwickelt, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll. Nach diesem Konzept wird es einen Zweckverband (ZV) und eine AGITneu geben. Die AGITneu wird sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und deutlich weniger Projekte durchführen als bisher oder ausschließlich Projekte, die zu 100% finanziert sind. Nach aktueller Planung wird das Projektvolumen für die AGITneu in 2013 unter 500 T€ liegen. Dieses Volumen liegt damit unter dem Projektvolumen von 2008, als die AGIT ein positives Ergebnis erwirtschaftete. Für 2014 sind bisher noch keine neuen Projekte vorgesehen.

TZA: Inspektionen am TZA, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich sind, die deutlich über 100 T€ zusätzlich zu den bereits geplanten Instandhaltungsaufwendungen liegen. Wir werden ein Gutachten erstellen lassen, das die Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen des TZA für die nächsten 5 bzw. 10 Jahre erfasst, da das Gebäude im nächsten Jahr 20 Jahre alt wird.

ZBMT: Obwohl erhebliche Mängel am ZBMT zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da zum Einen die Mietminderung an die GEGRA weitergegeben wurde und zum Zweiten die Stadt Aachen die Gesamtverluste und damit auch die entstandenen Anfangsverluste in 2011 über eine Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht.

Sachstand AGIT-Beteiligungen

Gegenüber 2010 ergaben sich zum Dezember 2011 keine Veränderungen bei den Beteiligungen. Die AGIT ist weiterhin bei 10 Beteiligungen zur anteiligen Verlustabdeckung verpflichtet ist.

Die TAE GmbH hat das Geschäftsjahr 2011 mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen. In der TAE-Gesellschafterversammlung wurde ein Beschluss zur Verlustabdeckung herbeigeführt. Dies bedeutet für die AGIT, dass die Gesellschaft für dieses Jahr einen Zuschuss von rd. 4 T€ (Vorjahr rd. 4 T€) leisten muss.

Risikobericht

In 2011 wurde ein Projektvolumen von über 2.000 T€ (Vorjahr 1.069 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2010 deutlich überschritten. Frühere Befürchtungen, das Projektvolumen könnte erheblich einbrechen, haben sich damit nicht bestätigt, das Gegenteil ist eingetreten. Hieraus ergaben sich aber negative Folgen für das Ergebnis der AGIT, da der Eigenanteil an den Projekten (der in der Regel zwischen 20 % und 30 % liegt) sich unmittelbar negativ im Ergebnis auswirkt, solange der Eigenanteil über Zuschüsse der Gesellschafter nicht abgedeckt wird. Hinzu kam die Tatsache, dass Raumkosten und Overheadkosten im Rahmen der Projekte nicht mehr finanziert werden. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt-Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

In 2012 ist das Projektvolumen auf dem Niveau von 2011. Dies führt wiederum zu einer weiteren Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber der Planung.

Die Integration der Regionalagentur (RA) in die AGIT ist in 2007 erfolgt. Die Regionalagentur ist durch öffentliche Förderung und durch Gesellschafterzuschüsse zu 100 % finanziert, so dass sich hieraus keine Risiken ergeben.

Für die seit 2003 weiterhin ständig auftretenden Betriebsverluste für den 2. Bauabschnitt TZA II wurde - wie oben beschrieben - einer Lösung erarbeitet. Die seit 2008 laufenden Verhandlungen konnten Anfang 2011 in einem Gesellschafterbeschluss zum Abschluss gebracht werden. Risiken ergeben sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr. Bei einer entsprechenden Auslastung des TZA BA II wird sogar ein kontinuierlicher Abbau der Restschuld vorgenommen, der in 2011 immerhin 33 T€ betrug.

Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Dachflächensanierung wurden in einen Stufenplan überführt und in 2010 ausgeschrieben. Mit den ersten dringenden Arbeiten wurde Ende 2010 begonnen. Größere Maßnahmen werden in 2012 und 2013 durchgeführt.

Aufgrund der oben beschriebenen Projektaktivitäten hat sich Liquiditätssituation der Gesellschaft spürbar verschlechtert. In Verbindung mit den wieder gestiegenen Zinssätzen im Bereich des Kontokorrentkredites ist die aktuelle Zinsbelastung nicht mehr zu vernachlässigen. Durch den in 2011 und insbesondere in 2012 gestiegenen Projektanteil, der eine Erhöhung des Anteils von Fördermitteln mit einem erheblichen Eigenanteil zur Folge hat, ist die Liquiditätssituation der AGIT trotz Erhöhung der Kontokorrentkredites auf 850 T€ in 2011 sehr angespannt. Die Forderungen aus 2010, 2011 und 1-5/2012 belaufen sich zurzeit auf knapp 1.000 T€.

Sonstige Angaben und Prognose zur voraussichtlichen Entwicklung

Nach jetziger Erkenntnislage kann gegenüber dem Plan Budget 2012, das ein erwartetes Ergebnis von knapp -139 T€ ausweist, folgende Einschätzung erfolgen:

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2011 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind. Die Ausgaben im TZA II werden durch die weiterhin steigende Leasingrate natürlich zusätzlich belastet. Jedoch sind diese Erhöhungen im Planbudget berücksichtigt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bisher in einer verringerten Einnahmesituation im Bereich der Konferenzraumvermietung niedergeschlagen hat, scheint überwunden, denn in 2011 waren die Einnahmen deutlich höher als in 2010 und in 2012 dürften die Werte von 2011 sogar wiederum übertroffen werden. Der Eigentümer des MTZ hat das Gebäude an das UKA (Universitätsklinikum Aachen) verkauft. Der Mietvertrag der GEGRA mit der AGIT wurde für den zweiten Bauabschnitt des MTZ bis Ende 2014 verlängert und für den ersten Bauabschnitt wurde mit dem UKA ein Servicevertrag bis Ende April 2011 abgeschlossen. Dieser Servicevertrag wurde ebenfalls bis Ende 2014 verlängert. Die Einnahme- und Kostensituation für die AGIT bleibt damit weitgehend unverändert. Das Ergebnis für das MTZ hat sich bereits in 2011 verbessert, nachdem in 2010 durch den Verkauf ein erheblicher Mehraufwand entstanden war; in 2012 ist nach heutigem Stand wiederum mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Für 2012 zeichnet sich auch für das neue, in 2011 in Betrieb genommene Zentrum für Bio-Medizinische Technik (ZBMT), für das die AGIT als Generalmieter auftritt, eine Vollauslastung (> 95 %) ab. Die technischen Anfangsprobleme sind weitgehend behoben und die aktuelle Vermietungssituation im ZBMT einschließlich der Optionen liegt zurzeit (Mai 2012) bei einem Auslastungsgrad von fast 95%.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Aufgrund des Baualters des TZA (knapp 20 Jahre für den TZA BA I) und der geplanten Maßnahmen werden die Instandhaltungsaufwendungen voraussichtlich weiterhin hoch sein und weiterhin ansteigen.

Sehr erfreulich ist weiterhin (Frühjahr 2012) die Auslastung in den beiden Technologiezentren. Sowohl im TZA als auch im MTZ kann von einer knapp 100%igen Auslastung ausgegangen werden. Im Konferenzbereich setzt sich die spürbare Verbesserung in 2011 gegenüber 2010 weiter fort, denn das Quartalsergebnis liegt bereits über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes.

Die bisherigen Bemühungen der Gesellschaft, durch geförderte Projekte Mehreinnahmen zu erzielen, waren in 2011 erfolgreich und die aktuelle Situation in 2012 zeigt wiederum ein ähnliches Niveau wie 2011. Die aktuelle Prognose des Projektvolumens für 2012 liegt bei über 2.000 T€. Durch die geforderten Eigenanteile und die nicht mehr übernommenen Raumkosten und Gemeinkostenanteile ergibt sich hieraus jedoch eine negative Ergebnisbelastung aus den Projekten in Höhe von ca. – 300 T€. und mehr. Das Ergebnis in 2012 wird sich damit gegenüber dem Plan deutlich verschlechtern und etwa dem von 2011 entsprechen, sofern die Gesellschafter sich nicht zu einem Zuschuss entschließen. Ein entsprechender aktualisierter Plan 2012 wurde hierzu erarbeitet. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst. Sehr erfreulich entwickelten sich in 2011 und auch in 2012 im Rahmen der NRW-Wettbewerbsverfahren die Projektzusagen für die gesamte Region Aachen. Der neue Bereich Regionalentwicklung erfüllt hier voll die in ihn gestellten Erwartungen.

Die Regionalagentur (RA), die 2007 in die AGIT integriert wurde, wird durch Zuschusserhöhung der kommunalen Gesellschafter getragen. Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, ver-

zögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. Für 2012 ist eine Kooperation mit der RWTH Aachen geplant, unter der die bisherigen Aktivitäten fortgeführt werden sollen.

Mit der Förderung von Gründungen, Wachstum und Ansiedlung in der Region Aachen und der Aufgabe der Strukturentwicklung steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und anspruchsvollen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgaben sind durch die Lösung der TZA BA II-Problematik in 2010 deutlich erleichtert worden. Die intensiven Bemühungen um ausreichende Fördermittel sowie eine bestmögliche Refinanzierung der vermieteten Immobilien hat erstmalig in 2008 zu einem positiven Ergebnis geführt, das in 2009 und 2010 jedoch nicht gehalten werden konnte. Hierfür war in 2009 zu einem großen Teil die ungelöste TZA BA II-Problematik verantwortlich und in 2010 und 2011 der hohe Projektanteil an der Finanzierungsstruktur der AGIT mit den erheblichen Eigenanteilen. Für 2012 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis nicht erreichen kann, sofern keine Sondereffekte eintreten oder die Gesellschafter einen entsprechenden Zuschuss beschließen. Die angestrebte Lösung einer AGITneu lässt jedoch die Perspektive einer ausreichend finanzierten AGIT ab dem Jahr 2013 bzw. nach einer Übergangsperiode ab den Jahre 2014 erwarten.

Beteiligungen des Unternehmens

1. CMC Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH, Übach-Palenberg
2. DLZ Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung Stolberg GmbH, Stolberg
3. EBC Eurode Business Center GmbH & Co KG, Herzogenrath
4. ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH, Geilenkirchen
5. HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH, Monschau
6. MPZ Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf
7. TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen
8. TPH Technologie-Park Herzogenrath GmbH, Herzogenrath
9. TZJ Technologiezentrum Jülich GmbH, Jülich

Eine weiter Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der AGIT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Beteiligungsgesellschaft



mbH

Beteiligungsgesellschaft

Kreis Düren mbH

Moltkestraße 16

52351 Düren

Telefon: 02421/ 22160 20

Telefax: 02421/22 160 10

E-Mail:

d.huertgen@btg-kreis-dueren.de

g.emunds@btg-kreis-dueren.de

Homepage: <http://www.kreisdueren.de/wirtschaft/gesellschaften/btg/index.php>

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises Düren, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Nahverkehrs und der allgemeinen Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion des Kreises.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2009 wurde die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (ALT) auf die Dürener Kreisbahn GmbH (ALT) verschmolzen (Im Vorfeld dieses Verschmelzungsprozesses wurde die DKB Vermögensverwaltung GmbH auf die Dürener Kreisbahn GmbH sowie die BTG Vermögensverwaltung GmbH auf die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zum 01.01.2009).

Die Dürener Kreisbahn GmbH (ALT) fungiert seit diesem Zeitpunkt als Holdinggesellschaft und firmiert seit dem 13.08.2009 unter „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (NEU)“.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so soll der jeweilige Kämmerer des Kreises Düren als einer dieser Geschäftsführer bestellt werden. Die Gesellschafterversammlung kann einem oder mehreren der weiteren Geschäftsführer Einzelvertretungsbefugnis einräumen und einen oder mehreren der weiteren Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht neben dem Landrat des Kreises Düren aus sämtlichen ordentlichen Mitgliedern des Kreisausschusses des Kreises Düren. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind jeweils für die Amtszeit des Kreistages mit der Maßgabe berufen, dass die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder jeweils drei Monate nach dem erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Kreistages endet.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,

2. Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.g. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000,00 € überschreiten,
7. Schenkung und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. Rechtsgeschäfte gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages,
9. Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
10. Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

Die in § 52 GmbH Gesetz aufgeführten Vorschriften des Aktiengesetzes finden auf den Aufsichtsrat keine Anwendung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO/§ 53 Abs. 1 KrO).

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlassung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5 betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. die Festlegung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder,
10. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
12. die Auflösung der Gesellschaft

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.871,08 €	2.611,57 €	3.994,06 €	1.382,49 €	52,94%
II. Sachanlagen	38.844.286,46 €	37.840.102,13 €	41.520.718,47 €	3.680.616,34 €	9,73%
III. Finanzanlagen	138.791.785,81 €	64.081.806,56 €	50.471.175,37 €	-13.610.631,19 €	-21,24%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	300.119,04 €	5.542.403,49 €	5.202.254,80 €	-340.148,69 €	-6,14%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.189.428,79 €	6.869.103,48 €	11.146.951,51 €	4.277.848,03 €	62,28%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	322.196,57 €	327.085,56 €	1.017.626,12 €	690.540,56 €	211,12%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	183.453.687,75 €	114.663.112,79 €	109.362.720,33 €	-5.300.392,46 €	-4,62%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.075.000,00 €	1.075.000,00 €	1.075.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	23.996.155,81 €	23.996.155,81 €	23.996.155,81 €	0,00 €	
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	0,00 €	
IV. Gewinnvortrag	32.895.977,30 €	33.209.323,35 €	19.802.513,39 €	-13.406.809,96 €	-40,37%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	313.346,05 €	-13.406.809,96 €	-18.990.257,97 €	-5.583.448,01 €	41,65%
B. Sonderposten					
I. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.846.341,26 €	1.088.248,89 €	1.088.248,89 €	0,00 €	
II. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen	28.499.101,82 €	27.405.192,78 €	32.085.536,98 €	4.680.344,20 €	17,08%
C. Rückstellungen	1.817.885,00 €	4.083.056,00 €	3.994.646,00 €	-88.410,00 €	-2,17%
D. Verbindlichkeiten	87.199.953,60 €	32.276.729,44 €	41.375.924,54 €	9.099.195,10 €	28,19%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	875.960,25 €	2.249,82 €	986,03 €	-1.263,79 €	-56,17%
Summe Passiva	183.453.687,75 €	114.663.112,79 €	109.362.720,33 €	-5.300.392,46 €	-4,62%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	441.064,55 €	472.475,68 €	31.411,13 €	7,12%
2. Einnahmenausgleich Verkehrsverbund	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	8.296.929,08 €	9.760.911,78 €	8.790.236,89 €	-970.674,89 €	-9,94%
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.220.015,19 €	2.436.326,14 €	2.094.519,39 €	-341.806,75 €	-14,03%
5. Materialaufwand	125.101,05 €	84.776,78 €	74.553,86 €	-10.222,92 €	-12,06%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	5.654.534,39 €	5.682.834,91 €	5.131.781,69 €	-551.053,22 €	-9,70%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.668.104,13 €	1.713.930,91 €	1.618.834,06 €	-95.096,85 €	-5,55%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.461.022,38 €	3.357.507,79 €	3.245.797,29 €	-111.710,50 €	-3,33%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.337.948,76 €	1.707.847,50 €	1.688.824,16 €	-19.023,34 €	-1,11%
Betriebsergebnis	-1.729.766,44 €	91.404,58 €	-402.559,10 €	-493.963,68 €	-540,41%
9. Erträge aus Beteiligungen	7.650.770,00 €	388.694,37 €	411.331,77 €	22.637,40 €	5,82%
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	234.145,39 €	6.427.244,06 €	4.570.536,31 €	-1.856.707,75 €	-28,89%
11. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.024.676,52 €	926.903,56 €	259.114,97 €	-667.788,59 €	-72,05%
12. auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	2.422.916,10 €	2.417.114,28 €	1.088.398,52 €	-1.328.715,76 €	-54,97%
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.461.629,96 €	4.022.184,93 €	5.458.909,43 €	1.436.724,50 €	35,72%
Finanzergebnis	2.025.045,85 €	1.303.542,78 €	-1.306.324,90 €	-2.609.867,68 €	-200,21%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	295.279,41 €	1.394.947,36 €	-1.708.884,00 €	-3.103.831,36 €	-222,51%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
14. Außerordentliche Erträge	0,00 €	12.707,68 €	0,00 €	-12.707,68 €	-100,00%
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	14.814.383,65 €	17.098.160,94 €	2.283.777,29 €	15,42%
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	-14.801.675,97 €	-17.098.160,94 €	-2.296.484,97 €	15,52%
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.466,22 €	0,00 €	49.689,00 €	49.689,00 €	
17. sonstige Steuern	66.427,14 €	81,35 €	133.524,03 €	133.442,68 €	164035,26 %
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	222.386,05 €	-13.406.809,96 €	-18.990.257,97 €	-5.583.448,01 €	41,65%
18. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	90.960,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	313.346,05 €	-13.406.809,96 €	-18.990.257,97 €	-5.583.448,01 €	41,65%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	161	151	148

Verbindungen zum Kreishaushalt

Zahlungen an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurden in 2011 nicht getätigt. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erstattete in 2011 einen Betrag i.H.v. insgesamt 107.401,28 € für entstandene Verwaltungs- und Personalkosten an den Kreis Düren. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH insgesamt 42.704,83 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2011 erhalten. Das Straßenverkehrsamt des Kreises Düren befindet sich in einem Gebäude der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Der Kreis Düren hat in 2011 dafür Miet- und Nebenkosten in Höhe von 228 T€ gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess als gesamtwirtschaftlicher Überlegungs- und aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte zum 13.08.2009. Gleichwohl agiert die Gesellschaft wirtschaftlich bereits seit dem 01.01.2009 als Einheit.

Die Gesellschaft hält folgende Geschäftsanteile an weiteren Unternehmen und legte für 2010 erstmals eine Konzernrechnung auf:

Wirtschafts- und Strukturförderung	100 %	DGA Dürener Gesellschaft für Arbeits- förderung mbH
	100 %	Freizeitbad Kreuzau GmbH
	100 %	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)
	85 %	ACI - Automotive Center for Industrie GmbH
Verkehr	100 %	Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)
	25,1 %	Rurtalbahn GmbH
	23,8 %	Rurtalbus GmbH
	1,0 %	Einkauf- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka)
Wasserwerke	49 %	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH
	1,21 %	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH
Regenerative Energien	50,1 %	RURENERGIE GmbH
	3 %	GREEN GmbH

Neben der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurden die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB), Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS), die DGA Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH, die Freizeitbad Kreuzau GmbH und die ACI – Automotive Center for Industry GmbH vollkonsolidiert.

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH, die Rurtalbahn GmbH und die Rurtalbus GmbH wurden nach der Equity-Methoden in den Konzernabschluss einbezogen.

Bis zum 31.12.2008 hat die aufnehmende Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH als satzungsgemäße Hauptaufgabe Personenverkehrsleistungen im Kreis Düren erbracht. Dieser Hauptgeschäftszweig wurde zum 01.01.2009 auf die im Jahre 2008 gegründete Tochtergesellschaft DKB Verkehr GmbH, nunmehr firmierend unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übertragen. Die historisch gewachsenen Strukturen – insbesondere im Bereich der Aufbauorganisation und der Stellenzuordnungen – aus dieser Aufgabenerfüllung finden sich weiterhin prägend auch bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Insbesondere ist das gesamte Personal – auch das für die Verkehrsleistungserbringung vorgesehene – beim aufnehmenden Rechtsträger verblieben und wird von diesem im Rahmen einer genehmigten Arbeitnehmerüberlassung an die Verkehrsgesellschaften verliehen. Weiterhin ist sämtliches Anlagevermögen bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH verblieben. Das für die Verkehrsleistungserbringung notwendige Anlagevermögen wird im Rahmen von Miet- und Pachtverträgen der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu deren Aufgabenerfüllung entgeltlich überlassen. Neubeschaffungen im Bereich des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs werden nun direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) vorgenommen.

Die Geschäftsführung der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH stellt auch Geschäftsführungen in der ACI GmbH, der RURENERGIE GmbH (bis März 2012), der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB), der Rurtalbahn GmbH und der Rurtalbus GmbH (bis Juli 2012). Die Beteiligungs-

gesellschaft Kreis Düren mbH erbringt im Rahmen von Geschäftsbesorgungen kaufmännische Leistungen für eine Mehrzahl ihrer Tochterunternehmen.

Die produktiven Gesellschaften agieren im regionalen Bereich – überwiegend im Kreis Düren. Die Tätigkeitsfelder haben eine hohe Affinität zum kommunalen Charakter des Gesellschafters. Internationale und nationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen wirken insofern auf die Gesellschaft auf Grund des beschränkten Marktumfeldes nicht immer bzw. nicht immer in voller Auswirkung. Die insgesamt dem Euro-Raum zugesprochene Rezession wirkte 2011 in Deutschland bedingt. So belief sich das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland in 2011 bei nahezu 3 %. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich sogar erheblich, so gab es in 2011 im Schnitt 41 Mio. Erwerbstätige in Deutschland.

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Folgen für die Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland waren in Folge des der Naturkatastrophe folgenden Beschlusses zum Ausstieg aus der Atomenergie enorm. Der erhebliche Kursverfall der Aktien der deutschen Energieversorger trifft die Gesellschaft mit wesentlichen Auswirkungen. So ist in 2011 abermals eine Neubewertung der gehaltenen Aktien der RWE notwendig. Im Rahmen der Abwertung generierte die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH hierdurch in 2011 einen Buchverlust in Höhe von rd. 17,1 Mio. €.

Abzuwarten bleibt, inwieweit die Haushaltskrise von EU-Staaten die Bundesregierung zu Sparbeschlüssen zwingen wird. Eine Dämpfung der wirtschaftlichen Erholung kann durchaus erwartet werden und wird teilweise bereits prognostiziert. Es ist anzunehmen, dass Einsparungen in der Förderung von Infrastruktur und ÖPNV über die Wirkungen in den Tochtergesellschaften auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH betreffen werden. Die Situation der kommunalen Unternehmen bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der Kommunen/Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, insbesondere über die mit Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen produktiven Tochterunternehmen.

In 2012 plant die Gesellschaft unter Hinzuziehung einer fachkundigen Wirtschaftsberatungsgesellschaft eine Analyse der möglichen Optimierungen in den Konzern- und in der Gesellschaftsstruktur sowie in den Konzern- und Gesellschaftsinternen Abläufen und Verwaltungshandlungen. Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100%igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2011 ist geprägt durch eine Anhäufung außerordentlicher und aperiodischer Ereignisse. So musste eine Rückabwicklung eines Grundstücksverkaufs in Jülich vollzogen werden, da eine vorgesehene Bebaubarkeit auf Grund eines verlorenen Normenkontrollverfahrens nicht herstellbar war. Personalkosten konnten gesenkt werden. Der Aufwand aus Verlustübernahme zu Gunsten der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist im Jahre 2011 wesentlich gestiegen. Grund hierfür waren eine mehrere Rückzahlungsverpflichtungen für Vorjahre aus bisher zu hohen Einnahmezuweisungen. Seitens des Aachener Verkehrsverbundes wurde die Schlussrechnung für Übersteiger- und Einnahmeausgleich bis zum Jahr 2010 vorgelegt. Basis für die Berechnung ist die Auswertung der Fahrgasterhebung des Ingenieurbüros IVV aus dem Jahr 2009. Bei der RVE haben sich wesentliche Verlagerungen in der Ertragskraft zwischen den Verbundverkehrsräumen zu Lasten des Kreises Düren ergeben. Es ergeben sich Nachzahlungsansprüche gegen die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) für 2009 und für 2010, die die Höhe der gebildeten Rückstellungen wesentlich übersteigen. Weiterhin muss das Zählergebnis für die Prognose der Einnahmeabrechnung 2011 Verwendung finden, so dass sich hieraus zusätzlich ein Rückstellungsbedarf entwickelt. Der Jahresabschluss 2011 berücksichtigt die Ergebnisse der vorgelegten AVV Einnahmeaufteilungsrechnung. Mit dem Aachener Verkehrsverbund wurden Gespräche dahingehend aufgenommen, wie sich die Verlagerung der Ertragskraft, soll-

te sie sich in dieser Form bestätigen, teilkompensiert werden kann und wie sich zukünftig solche Verwerfungen durch aktive Gestaltung des Verkehrsangebotes und des Einnahmeanspruchsvertrages der RVE verhindern lassen. Der Kursverfall der Wertpapiere dominiert das Ergebnis 2011 und führt dazu, dass das Gesamtergebnis der Gesellschaft nicht zufriedenstellend ist.

Der überwiegende Anteil der Beschäftigten wird noch nach den historischen Lohn- und Gehaltstarifen BAT bzw. BMT-G bezahlt. Die Gesellschaft hat im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eine betriebsindividuelle Entwicklung verhandelt, die es den Beschäftigten erlaubt, an Stelle einer Entgelterhöhung alternativ die persönlichen Urlaubsansprüche zu erhöhen. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen – weit über den eigenen notwendigen Rahmen – in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2011 befanden sich fünf kaufmännische und sechs gewerbliche Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis.

Die Gesellschaft hat selber aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenbewirtschaftung nur einen sehr geringen Kundenstamm. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebende ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Anders verhält es sich bei den Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH die durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz bei der Raumüberwindung beitragen. Im Bereich der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist für 2012 der Einbau eines Blockheizkraftwerkes geplant. Die Gesellschaft ist an zwei Gesellschaften beteiligt, die sich mit dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung beschäftigen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert sich die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH selber nicht. Hier agieren insbesondere die Verkehrsunternehmen im lokalen Bereich, insbesondere auch in Begleitung öffentlicher Großveranstaltungen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erbringt Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen für ihre Tochterunternehmen, überwiegend für die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Die Beträge sind als Umsatzerlöse ausgewiesen und betragen 472 T€ (Vj. 441 T€).

Weitere Erträge generiert die Gesellschaft aus dem Besitz und der Verwaltung ihrer Beteiligungen (insbesondere RWE Aktien) sowie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften. Ferner erzielt sie Erträge aus der Arbeitnehmerüberlassung von Personal an ihre Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH. Diese Erträge finden sich im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft betragen ca. 8.790 T€ (Vorjahr 9.761 T€). Im Vorjahr konnte aperiodisch eine 6b Rücklage in Höhe von ca. 760 T€ aufgelöst werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich neben anderen überwiegend aus folgenden Positionen zusammen:

- Fahrzeugvermietung an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) (494 T€; Vorjahr 557 T€). Die Weiterbelastung basiert auf bei der Gesellschaft angefallenen Abschreibungskosten. Der Rückgang resultiert aus dem Verfahren, dass neue Fahrzeuge direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) beschafft werden.
- Mieterträge aus der Vermietung der Eisenbahnstrecken (866 T€; Vorjahr 804 T€). Die Mehrung resultiert aus der Refinanzierung der getätigten Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur durch die Gesellschaft.
- Erträge aus der Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften.
- Erträge aus der Zuschreibung von Darlehen.
- Personalentlehnungen DKB Fahrdienste.
- Personalentlehnung RTB.

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen (2.094 T€ / Vj. 2.436 T€).

Der Materialaufwand (75 T€ / Vj. 85 T€) setzt sich zusammen aus den Kosten für den Materialeinsatz für Ersatzteile, den Verbrauch von Signalanlagen sowie aus bezogenen Fremdleistungen z.B. Nachtdienste, Sicherheitsfachkraft.

Die Personalkosten stellen für die Gesellschaft im Bereich der Aufwendungen den wesentlichsten Kostenblock dar. Sie betragen inkl. der Aufwendungen für verliehenes Personal im Bereich der Löhne und Gehälter 5.131 T€ (Vj. 5.683 T€) und im Bereich der Sozialabgaben 1.609 T€ (Vj. 1.714 T€).

Die Abschreibungen auf Anlagen betragen 3.246 T€ (Vj. 3.358 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (insg. 1.689 T€ / Vj. 1.708 T€) setzen sich zusammen aus:

- überwiegend weiterbelastbarem Grundstücksaufwand,
- aus nichtaktivierten Instandhaltungsmaßnahmen,
- Mieten,
- Versicherungen,
- Porto,
- Telefon-, Büro- und sonstigen Verwaltungskosten,
- Wertberichtigung einer Forderung aus Grundstücksverkauf,
- Anwalts-, (Steuer)Berater- und Prüfungskosten,
- Seminar- und Schulungskosten

Die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen betragen 389 T€ (Vj. 411 T€).

Beim Finanzergebnis dominiert die Dividende aus RWE-Aktien. Diese Betrag in 2010 für das RWE-Geschäftsjahr 2010 wie im Vorjahr 3,50 € je Aktie. Hier wird in 2012 ein sehr wesentlicher Rückgang verzeichnet werden müssen. Den Zinserträgen in Höhe von 259 T€ stehen Zinsaufwendungen in Höhe von 1.088 T€ gegenüber.

In die Beteiligungsgesellschaft sind die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und das Freizeitbad Kreuzau GmbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Die Aufwendungen aus diesen Ergebnisabführungsverträgen betragen 5.459 T€ (Vj. 4.022 T€). Sie sind, wie bereits oben geschildert, in 2011 bei der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) sehr wesentlich durch eine Kumulation aperiodischer Einnahmerückzahlungen beeinflusst.

Das Gesamtergebnis wurde wesentlich durch die in 2011 verbuchten außerordentlichen Aufwendungen belastet. Auf Grund des Kursverfalles der RWE-Aktie musste eine Neubewertung (Abwertung) vorgenommen werden. Der Aufwand hieraus beläuft sich auf 17,1 Mio. €. Insgesamt führt dies zu einem Jahresfehlbetrag von 19,0 Mio. €.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundenen Tochtergesellschaften auch unterjährig mit Liquidität versorgt. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung. Auf Grund der gewachsenen Struktur ist die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität über ein Verrechnungskonto bei der Muttergesellschaft und so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Auf Grund des durch den Kreistag des Kreises Düren

beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten Nahverkehrsplanes des Kreises Düren sowie des sichernden Leistungspaketes im Bereich Daseinsvorsorge, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖSPV defizitär.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 5 Mio. € Euro zu vereinbaren. Dieser musste in 2011 teilweise in Anspruch genommen werden. Im Mittel wurden hiervon 3,9 Mio. € in Anspruch genommen. Die Dividendenerträge lassen bei Eintreffen der von den Analysten prognostizierten Werte einen rückläufigen Liquiditätszufluss erwarten.

Zum 31.12.2010 betragen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 1.018 T€ (Vorjahr 327 T€).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um ca. 4,6 % (5,3 Mio. €) gesunken. Ausschlaggebend hierfür sind die Wertpapiere des Anlagevermögens. Durch den Verfall des RWE-Aktienkurses war die Gesellschaft gezwungen, eine Wertberichtigung vorzunehmen. Insgesamt verringerten sich die Finanzanlagen um ca. 13,6 Mio. €. Eine Erhöhung des Vermögens zeigt sich im Anlagevermögen auf Grund der Investitionen in die Schieneninfrastruktur sowie im Umlaufvermögen im Bereich der Forderungen gegen die Rurtalbahn auf Grund der Beschaffung von SPNV-Fahrzeugen. Diesen Positionen stehen entsprechende Zunahmen bei den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

Das Eigenkapital sinkt, insbesondere auf Grund der Aktienabwertung, um ca. 19 Mio. € (./. 38 %). Es beträgt nunmehr 30,8 Mio. €. Der Sonderposten über erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er erhält Zuführungen aus Zuschüssen für neue Investitionsmaßnahmen, insbesondere für Funktionsverbesserungen und die Reaktivierung Huchem-Stammeln. Er beträgt 33,6 Mio. € (Vj. 27,4 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten steigen in Folge der o.g. Investitionen in Schieneninfrastruktur und SPNV-Fahrzeuge auf 41 Mio. € an.

Die Eigenkapitalquote beträgt nunmehr insbesondere in Folge der Wertberichtigung der RWE Aktien 43,5 % (Vorjahr 55 %) [unter Ansatz des hälftigen Sonderpostens].

Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 38 % in Sach- und mit ca. 46 % in Finanzanlagen gebunden.

Kritisch betrachtet werden muss die Liquiditätslage des Unternehmens, welche aber mittelfristig durch verbürgte Kreditinanspruchnahme gesichert ist. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Nachtragsbericht

Im Rahmen des Finanzcontrollings wird eine leichte Erhöhung der RWE-Aktienkurse im ersten Quartal auf > 35 € beobachtet werden. Seitens RWE erfolgt für das Geschäftsjahr 2011 eine starke Herabsetzung der in 2012 zahlungsfälligen Dividende auf 2,- € / Aktie (Vj. 3,50 € / Aktie). Im Bereich der durch Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) wird im Verkehrsverbund Rhein Sieg die notwendige Einstimmigkeit bei der Einnahmeaufteilung nicht erreicht, so dass ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet werden muss.

Im Bereich der Tochtergesellschaft ACI GmbH wird in Verbindung mit dem Bau eines Autotestzentrums in Aldenhoven mit der RWTH Aachen eine Konsortialvereinbarung zur Einbringung der Grundstücke, Aufrechnung des gewährten Darlehens und Einbringung einer Einlage von

2,7 Mio. € in die Tochtergesellschaft ATC GmbH abgeschlossen. Der Betriebssitz der ACI GmbH wird von Aldenhoven nach Düren verlegt.

Risikobericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erzielt eine hohe Refinanzierung ihrer Personalkosten durch Verleihung des Personals an ihre Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Aus diesem Grunde wird aus dem Risikoberichtsteil der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zitiert, da ein Wegfall der Möglichkeit der Personalverleihung wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wirken würde:

„Die kommunale Verkehrsbranche befindet sich in der Umstrukturierungsphase, die durch das EuGH-Urteil (Altmark Trans) bundesweit ausgelöst wurde. Mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 1370, welche in 2009 in Kraft getreten ist, wurde diese bundesweit bei den Verkehrsunternehmen – insbesondere im Straßenpersonenverkehr - ausgelöst. Da die notwendige Novellierung des PBefG noch nicht erfolgt ist, konnte sich die Verkehrsbranche bundesweit mehrheitlich nicht zu einer bestimmten Vorgehensweise entschließen. Im AVV haben die kommunalen Verkehrsunternehmen mit der Verbundgeschäftsstelle vorab feststellen lassen, dass alle drei Unternehmen das Kriterium 4 des EuGH-Urteils (die Kostensätze des untersuchten Unternehmens dürfen die Kostensätze eines mit gleichen Kapazitäten ausgestatteten, durchschnittlich gut geführten Unternehmens nicht übersteigen) erfüllen. Die von der AVV Verbundgeschäftsstelle in Auftrag gegebene rechtliche Bewertung der Betrauung veranlasste dazu, die Verbundvertragswerke für die zukünftig angestrebte Handlungsweise anzupassen. Im AVV erfolgte eine europarechtskonforme Betrauung an die kommunalen Verkehrsunternehmen. Am 31.10.2007 erfolgte der entsprechende Beschluss in der Zweckverbandsversammlung des AVV am 27.11.2007 der des Kreistages Düren. Die Betrauung wurde zum 01.01.2009 auf die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übergeleitet. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass im Bereich der europäischen Rechtsprechung in Bezug auf Beihilfen und Vergaberecht eine starke Dynamik herrscht. Insbesondere da die PBefG Novelle noch nicht vorliegt, bleibt eine Festigung der Gesetzesänderungen durch richterliche Bestätigung abzuwarten. Diese ist jedoch mittelfristig nicht zu erwarten.“

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist durchgehend angespannt. Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung und der Anlagenbewirtschaftung (wie dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Grundstücken) sind erforderlich. Die Vermögenslage der Gesellschaft erlaubt es ihr derzeit, über einen angemessenen Kreditrahmen zu verfügen. Die RWE-Aktien stellen weiterhin mit 43,1 Mio. € Buchwert in den Finanzanlagen einen der wesentlichsten Vermögensbestandteile. Ein weiterer Kursverfall der RWE-Aktien verbunden mit einer Minderung der Dividendenausschüttung stellt für die Gesellschaft einen wesentlichen Risikofaktor für die Vermögens- und Ertragslage, für die Liquidität und die Kreditwürdigkeit dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes ganz wesentlich.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH (frühere Abteilung Schiene) als Mieter der Eisenbahnstrecken, Werkstatt- und Verwaltungsgebäude einer der umsatzstärksten Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft zeigt sich eine Stabilisierung der Ertragssituation in den Beteiligungs- und Miet-/Pachterträgen. Die Vermögenslage und Eigenkapitalquote steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Anlageintensität des Vermögens. Insgesamt wird sie nicht wesentlich durch die Kursentwicklung des RWE-Aktienpaketes beeinflusst. Weiterhin besteht eine Abhängigkeit vom Zinssatz für langfristig angelegtes Kapitalvermögen. Die Liquiditätslage bleibt angespannt, ist jedoch durch entsprechende Kreditbürgschaften des Gesellschafters gesichert. Für das Kalenderjahr 2012 erwartet die Gesellschaft ein Jahresergebnis von 130 T€.

Beteiligungen des Unternehmen

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- | | | | |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------|-------------|------------|
| 1) | ACI – Automotive Center for Industry - GmbH | siehe Seite | 263 |
| 2) | ATC Automotive Testing Center of RWTH Aachen University GmbH | siehe Seite | 273 |
| 3) | Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) | siehe Seite | 281 |
| 4) | Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) | siehe Seite | 291 |
| 5) | Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka) | siehe Seite | 303 |
| 6) | Freizeitbad Kreuzau GmbH | siehe Seite | 311 |
| 7) | Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) | siehe Seite | 321 |
| 8) | GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH | siehe Seite | 333 |
| 9) | RURENERGIE GmbH | Siehe Seite | 347 |
| 10) | Rurtalbahn GmbH | siehe Seite | 353 |
| 11) | Rurtalbus GmbH | siehe Seite | 363 |
| 12) | Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH | siehe Seite | 373 |
| 13) | Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH | siehe Seite | 383 |

**Dürener Deponiegesellschaft
mbH****Dürener Deponiegesellschaft
mbH (DDG)**

Pfarrer Pleus Str. 46
 52393 Hürtgenwald
 Telefon: 02429/9494-0
 Telefax: 02429/9494-25
 E-Mail: info@ddg-mbh.de
 Homepage: www.ddg-mbh.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer berufen, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten, soweit nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Geschäftsführern die Berechtigung zur Alleinvertretung eingeräumt wird.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung und entscheidet insbesondere über

1. die Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte,
2. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufgestellten Unternehmensplans,
3. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung mit Geschäftsverteilung für die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:

1. Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 letzter Satz des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte, ferner die Erteilung von Weisungen an die Geschäftsführung;
2. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
3. Wahl des Abschlussprüfers;
4. Feststellung des Jahresabschlusses und Gewinnverwendung;
5. Kapitalerhöhung;
6. Auflösung oder Teilauflösung von Rücklagen;
7. Übertragung und sonstige Verfügung über einen Geschäftsanteil;
8. Änderung der Rechtsform des Unternehmens,
9. Veräußerung des Unternehmens im Ganzen;
10. Verschmelzung des Unternehmens mit einem anderen Unternehmen;
11. Auflösung der Gesellschaft;
12. Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafterrat: Neben der Gesellschafterversammlung besteht ein Gesellschafterrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaften entsandt werden. Seitens des Kreises Düren wurden die Mitglieder des Kreisausschusses und der Landrat benannt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Diederichs, Frank Jamrozy, Dieter Steins, Hans Martin	Erkelenz Jüchen Kreis Düren	bis 30.04.2011 ab 01.05.2011 Dezernent
Aufsichtsrat:	Kreis Düren EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	3 Sitze 4 Sitze	33,33 % 57,57 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafter- versammlung durch einen von ihnen schrift- lich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	von Laufenberg, Reiner Metz, Gudula Spelthahn, Wolfgang Beyß, Georg beratendes Mitglied Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied Kurth, Rolf kooperiertes Mitglied Clemens, Gerhard kooperiertes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Landrat Kreisdirektor Kreiskämmerer Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterrat:	Schavier, Karl Frischmuth, Rudi Braumüller, Heinz-Peter Conzen, Helga	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete

Dohmen, Hans Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Hellwig, Eva	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Natus-Can, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schmitz, Hans-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Koschorreck, Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schloemer, Verena	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schaaf, Heinz	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Veithen, Valentin	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	2.045.168 €	
Herabsetzung gezeichnetes Kapital	1.000.000 €	zum 02.03.2008

Gesellschafter:	direkter Anteil ab 02.03.2009	Anteil in % ab 02.03.2009
Kreis Düren (durch Sacheinlage)	251.000,00 €	25,1%
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749.000,00 €	74,9%

Die Sacheinlage wurde durch die Abtretung von Ansprüchen aus der Überlassung von unbeweglichen Deponievermögen erbracht.

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	698.782,77 €	2.245.607,89 €	1.594.156,66 €	-651.451,23 €	-29,01%
II. Finanzanlagen	28.500.000,00 €	26.400.000,00 €	21.600.000,00 €	-4.800.000,00 €	-18,18%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.408.157,02 €	921.932,98 €	785.516,48 €	-136.416,50 €	-14,80%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.732.768,92 €	3.084.621,74 €	8.077.909,01 €	4.993.287,27 €	161,88%
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	705,88 €	756,30 €	533,30 €	-223,00 €	-29,49%
Summe Aktiva	33.342.914,59 €	32.655.418,91 €	32.060.615,45 €	-594.803,46 €	-1,82%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	0,00 €	2.313,00 €	2.313,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	371.906,90 €	582.363,96 €	1.222.796,90 €	640.432,94 €	109,97%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
IV. Jahresüberschuss	942.962,45 €	652.771,83 €	1.351.306,53 €	698.534,70 €	107,01%
B. Rückstellungen	25.008.118,11 €	23.261.718,00 €	21.260.542,39 €	-2.001.175,61 €	-8,60%
C. Verbindlichkeiten	6.019.927,13 €	7.156.252,12 €	7.223.656,63 €	67.404,51 €	0,94%
Summe Passiva	33.342.914,59 €	32.655.418,91 €	32.060.615,45 €	-594.803,46 €	-1,82%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	286.491,95 €	251.183,83 €	1.512.079,20 €	1.260.895,37 €	501,98%
2. sonstige betriebliche Erträge	2.475.451,68 €	2.718.472,70 €	2.224.088,96 €	-494.383,74 €	-18,19%
3. Materialaufwand	597.205,72 €	552.541,12 €	370.197,92 €	-182.343,20 €	-33,00%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	281.833,94 €	299.016,48 €	300.429,93 €	1.413,45 €	0,47%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	49.722,19 €	63.959,74 €	67.491,56 €	3.531,82 €	5,52%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	12.076,00 €	462.494,29 €	1.007.239,91 €	544.745,62 €	117,78%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.428.797,45 €	1.417.608,35 €	1.154.512,31 €	-263.096,04 €	-18,56%
Betriebsergebnis	392.308,33 €	174.036,55 €	836.296,53 €	662.259,98 €	380,53%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	977.600,99 €	911.291,38 €	840.715,68 €	-70.575,70 €	-7,74%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	25.093,82 €	63.683,80 €	285,00 €	-63.398,80 €	-99,55%
Finanzergebnis	952.507,17 €	847.607,58 €	840.430,68 €	-7.176,90 €	-0,85%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	1.344.815,50 €	1.021.644,13 €	1.676.727,21 €	655.083,08 €	64,12%
9. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	45.000,00 €	0,00 €	-45.000,00 €	-100,00%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	394.089,95 €	315.335,51 €	316.712,79 €	1.377,28 €	0,44%
10. Sonstige Steuern	7.763,10 €	8.536,79 €	8.707,89 €	171,10 €	2,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	942.962,45 €	652.771,83 €	1.351.306,53 €	698.534,70 €	107,01%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	6	6,5	6,8

Verbindungen zum Kreishaushalt

Nach Beschluss der Gesellschafter vom 24.05.2012 hat der Kreis Düren für das Geschäftsjahr 2011 eine Bruttodividende in Höhe von 168.075,30 € erhalten. Diese Dividenden stehen dem Kreis Düren nicht uneingeschränkt zur Verfügung, sondern werden gebührenrechtlich der Abfallentsorgung zur Verfügung gestellt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Lage der Gesellschaft

Das abgelaufene Geschäftsjahr beinhaltet den Zeitraum vom 1.1.2011 bis zum 31.12.2011. Im Auftrag des Kreises führt die DDG mbH die Restverfüllung, Nachsorge und Rekultivierung der Deponie Horm durch.

Auf der Grundlage des Genehmigungsbescheides zum vorzeitigen Beginn von Baumaßnahmen zur beantragten Stilllegung vom 13.01.2010 und des endgültigen Genehmigungsbescheides vom 23.12.2010 der Bezirksregierung Köln wurden die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Mengen und Umsätze realisiert.

Die folgende Tabelle stellt die Mengen und Umsätze für 2010 und 2011 dar:

	2011		2010	
	Menge t	Umsatz T€	Menge t	Umsatz T€
Kommunalabfall	0	0	0	0
Nachkalkulation		65		-993
Gewerbeabfall	419.708	1.447	233.505	1.244
Gesamt operatives Geschäft	419.708	1.512	233.505	251

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Dezember 2010 erhielt die DDG von der Bezirksregierung Köln die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Stilllegungsmaßnahmen auf der Deponie Horm.

Im Rahmen der Stilllegungsphase wird die Herstellung eines Grundwassersicherungsbauwerkes mit Deponieersatzbaustoffen (Abfälle zur Verwertung) in einer Größenordnung von ca. 500.000 m² durchgeführt. Somit kann der Deponiekörper so gesichert werden, dass eine Reduzierung der Sumpfungsmaßnahmen ermöglicht wird. Eine Forderung aus dem Genehmigungsbescheid vom 23.12.2010 ist der Ausbau des vorhandenen Grundwassermessstellennetzes. Diese Arbeiten wurden im Mai 2011 abgeschlossen.

Ein weiterer Schritt zur Optimierung der Grundwasserhaltung war die Außerbetriebnahme des Weserhüttenbandstollens.

Unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten begann ein von der Bezirksregierung Köln geforderter Grund- und Sickerwassermonitoring, welches sich über einen Zeitraum von 4 Jahren erstreckt. Die Grundwasserstände, die Grundwasserbeschaffenheit und die Beschaffenheit des Sickerwassers im Zentralen Pumpenschacht sind der Bezirksregierung in regelmäßigen Abständen zu melden.

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 594 T€ verringert. Die Anlagendeckung beträgt 15,42 % (Vorjahr: 7,81 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 11,15 % (Vorjahr: 6,85 %).

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	T€	3.085
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	T€	561
Investitionstätigkeit	T€	4.444
Finanzierungstätigkeit	T€	-12
Liquide Mittel am Jahresende	T€	8.078

Das Betriebsergebnis beträgt 195 T€ (Vorjahr: - 414 T€). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von 840 T€ (Vorjahr: 848 T€), dem neutralen Ergebnis von 633 T€ (Vorjahr: 534 T€) und dem Steueraufwand in Höhe von 317 T€ (Vorjahr: 315 T€) erzielt die Gesellschaft in 2011 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.351 T€ (Vorjahr: 653 T€).

Finanzen

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm, Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Die Ansammlung von Mitteln und die Bildung von Rückstellungen bis Ende 2004 erfolgte entsprechend dem Beschluss des Kreistages aus 2002 im Umfang von ursprünglich 32 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden die Rückstellungen, unter Berücksichtigung des Verbrauchs in 2011 und Vorjahren, mit 21.235 T€ ausgewiesen. Entsprechend dem Gutachten vom 19. Juli 2011 zur Kostenermittlung für einen Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2041, werden die Rückstellungen voraussichtlich nicht ausreichen, um alle künftigen Aufwendungen für Nachsorge und Rekultivierung zu decken. Die über die gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen sind aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren zu tragen.

Investitionen

Im Betrachtungszeitraum erfolgte durch die Erweiterung des Abdichtungssystems in Form einer Böschungsabdichtung eine Investition in Höhe von 355 T€.

Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH eingebunden. Dieses Risikomanagementsystem besteht im Wesentlichen aus den folgenden Bausteinen: Mittelfristplanung mit fünfjährigem Planungshorizont, monatliches Berichtswesen, institutionalisierte Gesprächsrunden und Prüfung durch die interne Revision. Ergänzt werden diese Bausteine durch die quartalsweise Aktualisierung der Risikolandschaft (Risikoatlas).

Wesentliche Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres

Keine nennenswerten Vorkommnisse.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.


**Entwicklungsgesellschaft
indeland GmbH**

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-2752
Telefax: 02421/22-2017
E-Mail: h.m.steins@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch

**Gesellschafter-
versammlung:**

Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

1 Stimme

je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Spelthahn, Wolfgang	Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
Schavier, Karl		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Josef Johann		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
---------------------	-------------	---------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	Düren
gezeichnetes Kapital:	25.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	9.250,00 €	37,0 %
Stadt Eschweiler	2.250,00 €	9 %
Stadt Jülich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Aldenhoven	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Inden	2.250,00 €	9 %
Stadt Linnich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Langerwehe	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Niederzier	2.250,00 €	9 %
Stadt Linnich	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008
Gemeinde Langerwehe	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008
Gemeinde Niederzier	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 17.12.2008
Gemeinde Merzenich	assoziierte Gesellschafterkommune	ab 23.06.2010

bis 31.12.2010

bis 31.12.2010

bis 31.12.2010

Ende: Mit Wirkung vom
01.07.2011

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.341,00 €	16.335,00 €	18.716,00 €	2.381,00 €	14,58%
II. Sachanlagen	26.097,50 €	19.365,00 €	11.120,50 €	-8.244,50 €	-42,57%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.932.690,60 €	2.843.499,86 €	2.764.556,78 €	-78.943,08 €	-2,78%
II. Kassenbestand	6.745,98 €	299,82 €	225,82 €	-74,00 €	-24,68%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	1.394,94 €	1.394,94 €	1.394,94 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	3.973.270,02 €	2.880.894,62 €	2.796.014,04 €	-84.880,58 €	-2,95%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	14.210,64 €	14.210,64 €	14.210,64 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	#DIV/0!
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	26.503,40 €	28.802,20 €	23.869,00 €	-4.933,20 €	-17,13%
C. Rückstellungen	24.142,30 €	39.579,70 €	39.716,59 €	136,89 €	0,35%
D. Verbindlichkeiten	3.883.413,68 €	1.808.302,08 €	2.693.217,81 €	884.915,73 €	48,94%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	965.000,00 €	0,00 €	-965.000,00 €	-100,00%
Summe Passiva	3.973.270,02 €	2.880.894,62 €	2.796.014,04 €	-84.880,58 €	-2,95%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	1.691.336,43 €	1.793.480,01 €	1.271.836,77 €	-521.643,24 €	-29,09%
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	6.528,00 €	8.160,00 €	4.896,00 €	-3.264,00 €	-40,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.217,28 €	1.702,40 €	755,52 €	-946,88 €	-55,62%
3. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	19.634,50 €	11.052,48 €	14.763,50 €	3.711,02 €	33,58%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.745.701,57 €	1.865.559,17 €	1.332.480,98 €	-533.078,19 €	-28,57%
Betriebsergebnis	-81.744,92 €	-92.994,04 €	-81.059,23 €	11.934,81 €	-12,83%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	192.847,21 €	188.053,77 €	139.445,31 €	-48.608,46 €	-25,85%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	111.102,29 €	95.059,73 €	58.386,08 €	-36.673,65 €	-38,58%
Finanzergebnis	81.744,92 €	92.994,04 €	81.059,23 €	-11.934,81 €	-12,83%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-100,00%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
10. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-100,00%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	1	1,5	1,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2011 wurde durch den Kreis Düren ein Gesellschafterbeitrag i.H.v. 26.031,00 € (Mitfinanzierung laufender Geschäfts- Kommunikation- und Planungskosten) geleistet. Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH erstattete in 2011 einen Betrag i.H.v. insgesamt 16.081,30 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Angaben zum Unternehmen

Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet „Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH“. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde zuletzt geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren).

Tätigkeitsschwerpunkte

Schwerpunktmäßig ist die Gesellschaft mit der Umsetzung und Fortentwicklung des Masterplans für das „indeland“ befasst.

Ihre Aufgaben liegen in den Bereichen des Projektmanagements und der Projektkommunikation sowie in der Förderung und Begleitung einzelner Projekte des „indelandes“.

In diesem Zusammenhang ist es auch Aufgabe der Gesellschaft, öffentliche Fördermittel für die Projekte des „indelandes“ an die einzelnen Projektträger weiterzuleiten.

Projektträger und wesentliche Projekte des „indelandes“ sind:

Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH:	Projektmanagement Projektkommunikation Energiewelt indeland Weiterentwicklung und Herausgabe der Freizeitkarte Fortentwicklung Internetplattform
Gemeinde Inden	Erschließung und Inwertsetzung Goltsteinkuppe und im Besonderen Bau einer Gastronomie auf der Goltsteinkuppe
Stadt Eschweiler	Ankerpunkt Blaustein-See mit Seezentrum und Seebühne
Gemeinde Aldenhoven	Römerpark GrünZUG

Die Projektträgerschaft der vorstehenden Einrichtungen datiert noch aus der EuRegionale 2008, mit deren endgültiger Finanzierung aus Landesmitteln erst in 2013 zu rechnen ist.

Die Kommunen Linnich, Niederzier und Langerwehe partizipieren seit ihrer Vollmitgliedschaft in 2010 an allgemeinen Kommunikationsleistungen der Gesellschaft und an der gemeinsamen Bündelung einvernehmlicher Interessen.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12.2011 stellt sich wie folgt dar:

Eigenkapital	39 T€
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	24 T€
Rückstellungen	40 T€

Verbindlichkeiten	2.693 T€
- davon langfristig	1.231 T€
- davon gegenüber Gesellschaftern	10 T€
<u>Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:</u>	
Investitionen in Anlagevermögen 2011	9 T€
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	9 T€
- davon Sachanlagen	0 T€
Anlagevermögen	30 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	2.765 T€
- davon mittel- und langfristig	0 T€
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	0 T€
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1 T€

Die Förderung der Projekte des „indelandes“ erfolgt hauptsächlich über Mittel der RWE Power AG und über Fördergelder des Landes NRW mit folgenden wesentlichen Zuwendungsbescheiden:

<u>Bescheid</u>	<u>Fördersumme</u>
05/98/05 vom 30.12.2005	620 T€
05/53/06 vom 08.12.2006	794 T€
05/66/07 vom 30.10.2007	1.224 T€
05/39/08 vom 29.10.2008	1.948 T€
05/53/09 vom 04.09.2009	1.146 T€
05/26/10 vom 30.09.2010	835 T€

Die Auszahlungen der Zuwendungen sind auf die Jahre 2007 bis 2013 verteilt.

Ertragslage

Das Jahresergebnis 2011 der Gesellschaft ist ausgeglichen. Es beinhaltet folgende wesentlichen Erträge:

Fördergelder des Landes NRW	57 T€
Mittel der RWE AG	965 T€
Sparkasse Düren	60 T€
Eigenanteile Gesellschafter	175 T€

Den Erträgen stehen folgende Projekt-Aufwendungen gegenüber:

Für Projekte der Gesellschafter:

Projekt Gemeinde Inden	281 T€
------------------------	--------

Für Projekte der Gesellschaft:

Energiewelt indeland	456 T€
Allgemeine Kommunikation	93 T€
Lokale Kommunikation	101 T€
Grundlagenstudien	61 T€
Triathlon	30 T€
Rechts- und Beratungskosten	30 T€
Abschluss- und Prüfungskosten	25 T€

Voraussichtliche Entwicklung

Die EuRegionale-Projekte des „indelandes“ wurden im Wesentlichen bis Ende 2011 baulich umgesetzt. Die Projekte Inwertsetzung der Goltsteinkuppe und Energiewelt indeland befinden sich in der Umsetzungsphase. In 2012 ist mit der Fertigstellung der Gastronomie auf der Goltsteinkuppe zu rechnen.

Da die Mittel zur Finanzierung der Projekte der Gesellschaft aber überwiegend erst nach diesem Zeitpunkt zufließen, ist insoweit einerseits eine Vorfinanzierung gegenüber den Projektträgern und andererseits eine Refinanzierung der Gesellschaft durch Bankdarlehen erforderlich.

Im Rahmen eines im Jahr 2008 geschlossenen Universalkreditvertrages mit der Sparkasse Düren in Höhe von 8,2 Mio. € sind am 29.02.2012 ein Festkredit in Höhe von 1,3 Mio. € und ein Darlehen in Höhe von ursprünglich 1,7 Mio. € mit einer Restvaluta von 1,3 Mio. € in Anspruch genommen.

Die Kredite sind durch Ausfallbürgschaften der Alt-Gesellschafter abgesichert.

Aufgrund der mit den Gesellschaftern getroffenen Vereinbarungen geht die Gesellschaft auch in den Folgejahren von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Chancen liegen in der Akquirierung weiterer Mittel insbesondere Fördermittel des Landes NRW zur Strukturentwicklung des „indelandes“ und einer damit verbundenen Stärkung der Finanzlage der Gesellschaft. Die diesbezüglichen Gespräche mit dem Land befinden sich in der Endphase.

Sollten Fördermittel des Landes NRW nicht wie beschieden verwendet werden, besteht das Risiko einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung der erhaltenen Zuwendungen. In diesem Fall hat aber die Gesellschaft das Recht, die weitergeleiteten Mittel von den einzelnen Projektträgern zurückzufordern. Diesbezügliche Prüfungen durch Prüfeinrichtungen des Landes haben bereits stattgefunden und beinhalten Prüffeststellungen.

Nach Stellungnahmen der Beteiligten seitens der EwiG wurden bislang keine konkreten Rückforderungen seitens der Bezirksregierung geltend gemacht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Gesellschafterversammlung plant in der 14. Sitzung am 05.03.2012 Herrn Jens Bröker zum weiteren Geschäftsführer zu bestellen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



EuRegionale 2008 Agentur GmbH i.L.

Technologiezentrum
 Am Europaplatz
 55068 Aachen
 Telefon: 0241/963-1160
 Telefax: 0241/963-1169
 E-Mail: info@euregionale2008.de
 Homepage: www.euregionale2008.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der EuRegionalen 2008 im gesamten Bewerbungsraum zur EuRegionalen 2008. Alle im Rahmen dieser grenzüberschreitenden REGIONALE zu initiierten Projekte, Ereignisse und Initiativen haben grenzüberschreitenden Charakter mit überregionaler Bedeutung und dienen der Schaffung eines gemeinsamen, trinationalen Lebensraumes, der Vorbildcharakter für andere Grenzregionen in Europa besitzt. Aufgaben der Gesellschaft sind namentlich:

- Mobilisierung von bürgerschaftlichem, unternehmerischem und öffentlichem Engagement für die EuRegionale 2008 sowie Akquirierung von Mitteln aus diesen Bereichen;
- Auswahl und Aufnahmen von Projekten, Ereignissen und Initiativen in die EuRegionale 2008;
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zu EuRegionale 2008;
- Qualifizierung von und Qualitätsmanagement für Vorhaben im Sinne der Anliegen und Qualitätsmaßstäbe der EuRegionale 2008;
- Projektentwicklung im Bereich von Vorhaben mit herausragender strategischer Bedeutung für die EuRegionale 2008 innerhalb eines festzulegenden Budgetrahmens;
- Beratung bei Projektentwicklung und Projektmanagement in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern;
- Übernahme der Projektsteuerung für Vorhaben im Bedarfsfall.

Die Gesellschaft wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03.12.2009 zum 31.12.2009 aufgelöst. Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Als Liquidator wurde die StädteRegion Aachen, Aachen, bestimmt und Herr Markus Terodde zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister folgte am 06.07.2010.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat bis zu zwei Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in bestellt, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Bei Bestellung nur eines Prokuristen/einer Prokuristin vertritt diese/r die Gesellschaft bei Abwesenheit des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin allein, bei Bestellung mehrere Prokuristen/innen vertreten diese bei Abwesenheit des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin die Gesellschaft gemeinschaftlich.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Jeder Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch ein ständiges Mitglied, die Stadt Aachen und der Kreis Aachen je durch zwei ständige Mitglieder vertreten. Je 50 € des Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Stimmen eines Gesellschafters können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind Sie ungültig. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird von der Stadt Aachen oder Kreis Aachen wahrgenommen; er wechselt im jährlichen Turnus. Die Reihenfolge wird durch das Los bestimmt. Die Gesellschafterversammlung nimmt ihre gesetzlichen Aufgaben wahr, dazu zählen insbesondere:

1. die Änderung der Rechtsform, des Gesellschaftsvertrages sowie die Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft,
2. die Entscheidung über die Aufnahme von Projekten, Ereignisse und Initiativen in der EuRegionale 2008,
3. die Festlegung und Änderung von Richtlinien für die allgemeine Geschäftspolitik,
4. die Bestellung, Abberufung und Entlastung der Geschäftsführung sowie die Beschlussfassung über deren Geschäftsordnung,
5. der Abschluss, die Änderung und Auflösung von Anstellungsverträgen mit dem/den Geschäftsführer/n sowie die Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
6. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Bestellung eines Abschlussprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und die Genehmigung des von der Geschäftsführung vorzulegenden jährlichen Finanzplans sowie die jeweilige Fortschreibung der von der Geschäftsführung aufzustellenden fünfjährigen Wirtschafts- und Finanzplanung,
7. der Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes sowie der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
8. sämtliche Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen.

Beirat:

Die Gesellschaft hat einen Beirat, der aus zwei Mitgliedern besteht. Die Zahl der Beiratsmitglieder kann durch Gesellschaftsbeschluss erhöht werden. Dem Beirat gehören an:

1. ein Mitglied, das von der AGIT mbH vorgeschlagen wird, und
2. ein Mitglied, das von der Sparkasse Aachen vorgeschlagen wird.

Der Beirat berät die Gesellschafterversammlung in allen wesentlichen, das Unternehmen betreffenden Fragen, insbesondere zur Aufnahme von Projekten, Ereignissen und Initiativen in die EuRegionale 2008.

Besetzung der Organe

Allgemein

Liquidator	Terodde, Markus	Aachen	
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch ein ständiges Mitglied, die Stadt Aachen und der Kreis Aachen je durch zwei ständige Mitglieder vertreten.	1 Stimme	je 50,00 € Stammkapital
Beirat:	Dem Beirat gehören an: 1. ein Mitglied, das von der AGIT mbH vorgeschlagen wird und 2. ein Mitglied, dass von der Sparkasse Aachen vorgeschlagen wird.		

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Beirat:	keine Vertreter vom Kreis Düren, s.o.		

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52068 Aachen	
gezeichnetes Kapital:	25.600 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Aachen	6.400,00 €	25,00%
StädteRegion Aachen	6.400,00 €	25,00%
Regio Parkstad Limburg	1.600,00 €	6,25%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.600,00 €	6,25%
Kreis Düren	1.600,00 €	6,25%
Kreis Euskirchen	1.600,00 €	6,25%
Kreis Heinsberg	1.600,00 €	6,25%
IHK Aachen	800,00 €	3,13%
Handwerkskammer Aachen	800,00 €	3,13%
ZAR e.V.	1.600,00 €	6,25%
Gewest Maastricht en Mergelland	1.600,00 €	6,25%

Mit Datum vom 13.06.2012 hat die Bezirksregierung Köln einen Antrag des Liquidators der EuRegionale 2008 Agentur GmbH i.L. auf Ausnahmegenehmigung gem. § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NRW stattgegeben. Danach ist die Gesellschaft für die Jahre 2010 und 2011 von der Pflichtprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer befreit. Dem Vorschlag der Gesellschaft, die Prüfung des Jahresabschlusses durch die örtliche Rechnungsprüfung der StädRegion Aachen durchführen zu lassen, wurde entsprochen. Die Prüfung hat zu keinen Feststellungen geführt.

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.936,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Sachanlagen					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.145,00 €	3.811,00 €	0,00 €	-3.811,00 €	-100,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. in Arbeit befindliche Aufträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.008,20 €	214,20 €	0,00 €	-214,20 €	-100,00%
2. Sonstige Vermögensgegenstände	999,17 €	7.502,41 €	1.419,71 €	-6.082,70 €	-81,08%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	165.821,80 €	1.919,41 €	11.414,11 €	9.494,70 €	494,67%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
D. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	26.818,80 €	26.818,80 €	
Summe Aktiva	176.910,17 €	13.447,02 €	39.652,62 €	26.205,60 €	194,88%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00 €	25.600,00 €	25.600,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Bilanzverlust	-12.711,78 €	-21.109,54 €	-52.418,80 €	-31.309,26 €	148,32%
nicht gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	26.818,80 €	26.818,80 €	
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen					
1. sonstige Rückstellungen	3.830,00 €	3.930,00 €	17.114,40 €	13.184,40 €	335,48%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.566,22 €	5.026,56 €	0,00 €	-5.026,56 €	-100,00%
3. sonstige Verbindlichkeiten	153.625,73 €	0,00 €	22.538,22 €	22.538,22 €	
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	176.910,17 €	13.447,02 €	39.652,62 €	26.205,60 €	194,88%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	906.780,80 €	12.123,66 €	858,22 €	-11.265,44 €	-92,92%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	167.532,06 €	0,00 €	2.455,22 €	2.455,22 €	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	36.414,15 €	0,00 €	1.502,98 €	1.502,98 €	
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	7.928,66 €	3.270,00 €	3.811,00 €	541,00 €	16,54%
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	585.285,70 €	10.918,66 €	13.390,67 €	2.472,01 €	22,64%
Betriebsergebnis	119.620,23 €	-2.065,00 €	-20.301,65 €	-18.236,65 €	883,13%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	363,97 €	13,53 €	192,95 €	179,42 €	1326,09%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	12.901,30 €	6.999,25 €	9.340,36 €	2.341,11 €	33,45%
Finanzergebnis	-12.537,33 €	-6.985,72 €	-9.147,41 €	-2.161,69 €	30,94%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	107.082,90 €	-9.050,72 €	-29.449,06 €	-20.398,34 €	225,38%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	-652,97 €	0,00 €	652,97 €	-100,00%
11. sonstige Steuern	136.373,66 €	0,00 €	1.860,20 €	1.860,20 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-29.290,76 €	-8.397,75 €	-31.309,26 €	-22.911,51 €	272,83%

	2009	2010	2011
	Der Jahresabschluss 2009 lag im Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2009 noch nicht vor.		
Anzahl der Mitarbeiter	kA	kA	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2011 wurden durch den Kreis Düren kein Gesellschaftsbeitrag geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Die EuRegionale 2008 Agentur GmbH wurde zum 31.12.2009, aufgrund Erfüllung ihrer Aufgabe, aufgelöst. Der Beschluss wurde in der Gesellschafterversammlung der EuRegionale 2008 Agentur am 03.12.2009 gefasst. In gleicher Sitzung wurde die StädteRegion Aachen als Liquidator der Gesellschaft benannt.

Der Jahresabschluss 2011 ist der letzte zu erstellende Jahresabschluss der in Liquidation befindlichen GmbH. Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 haben sich insbesondere zwei Geschäftsfälle ergeben. Im Rahmen einer Lohnsteuerprüfung hat das Finanzamt Aachen eine Forderung an die Agentur in Höhe von 1.980,17 € in Rechnung gestellt. Zudem hat die Bezirksregierung Köln eine Zinsforderung aufgrund nicht fristgemäß verausgabter Fördermittel in Höhe von 9.246,40 € erhoben. Um die Liquidität zu wahren, ist die StädteRegion Aachen mit insgesamt 40.000,00 € in Vorleistung getreten.

Im letzten Jahr der Abwicklung wurden unter anderem folgende Tätigkeiten durchgeführt:

- Führung von Abstimmungsgesprächen mit der Bezirksregierung Köln betreffend der Zinsforderungen
- Führung von Abstimmungsgesprächen mit dem Wirtschaftsprüfungsbüro rund um die Abwicklung der Agentur
- Beendigung der laufenden Geschäfte (Begleichung offener Rechnungen etc.)
- Veröffentlichung im Bundesanzeiger
- Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 und Einholung der Beschlüsse der Gesellschafter per Umlaufbeschluss.

Nach Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2011 durch die Gesellschafter werden die abschließenden Arbeiten vorgenommen. Auf dieser Grundlage ergibt sich eine Nachschusspflicht in Höhe von insgesamt 27.757,50 €, die in der Folge bei den Gesellschaftern gemäß der Anteile eingefordert wird. Im Anschluss wird die Forderung der StädteRegion Aachen zurück erstattet, das Konto aufgelöst und die Löschung im Handelsregister vorgenommen.

Nach Beendigung der Liquidation werden die erforderlichen Unterlagen gemäß Aufbewahrungsfrist von der StädteRegion Aachen verwahrt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die EuRegionale 2008 Agentur GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



EWV Energie- und
Wasser-Versorgung GmbH

EWV Energie und Wasserversorgung GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der Städteregion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Einzelprokura wird nicht erteilt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, in der insbesondere die Berichtspflichten der Geschäftsführer geregelt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. 14 Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern bestellt. Die Energieversorgungs- und Versorgungsgesellschaft der StädteRegion Aachen entsenden den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der StädteRegion Aachen und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages der StädteRegion Aachen ist. Jede Stadt mit einem Geschäftsanteil von mehr als 12 % entsendet ihren Hauptverwaltungsbeamten in den Aufsichtsrat; die üb-

rigen der 14 von den Gesellschaftern zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Die übrigen sieben Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen:

1. Festsetzung der Anstellungsbedingungen für Geschäftsführer.
2. Nach Eingang und Vorlage des Prüfberichtes des Abschlussprüfers die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Vorschlages zur Verwendung des Ergebnisses.
3. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechts und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Die Erteilung von Prokuren,
2. Abschluss, Änderung oder Beendigung von Verträgen, deren Laufzeit ein Jahr überschreiten, mit Ausnahme der Verträge des laufenden Geschäftsverkehrs. Zu den Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs gehören die Verträge mit den Kunden und die Bezugsverträge von Energie und Wasser,
3. Die jährlich im voraus von der Geschäftsführung zu erstellenden Investitions-, Finanz- und Ergebnisplanungen sowie entsprechende 5-Jahres-Pläne,
4. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 50.000 Euro überschreiten, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplanes zugestimmt wurde,
5. Die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit einem Gesellschafter oder einem Geschäftsführer. Dazu zählen nicht der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Verträgen, die den Bezug von Energie und Wasser betreffen,
6. Die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites sowie die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreitigkeiten, wenn der Streitwert mehr als 50.000 Euro beträgt.

Gesellschafter- versammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.
2. Die Wahl des Abschlussprüfers.
3. Die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen, die Beteiligung an anderen Unternehmen und deren Veräußerung sowie die Ausübung von Teilhabungsrechten.
4. Die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.

5. Die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Beirates.
6. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer.

Beirat:

Zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten wird ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.

Besetzung der Organe**Allgemein**

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred	Köln	
Aufsichtsrat:	rhenag Beteiligungs GmbH Stadt Stolberg Stadt Eschweiler Städteregion Aachen Kreis Heinsberg Stadt Alsdorf Stadt Würselen Stadt Baesweiler Kreis Düren Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Stadt Heinsberg Gemeinde Aldenhoven Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Stadt Geilenkirchen		Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben. Siehe Ausführungen oben.
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Der Landrat des Kreises Düren, Herr Spelthahn, ist Mitglied des Aufsichtsrates der EWV. Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Wahl durch den Kreistag, da entsprechend des sehr niedrigen Gesellschaftsanteil dem Kreis Düren kein Man-
----------------------	---------------------	-------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

dat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.

Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Beirat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52222 Stolberg
gezeichnetes Kapital:	18.151.450 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
rhenag Beteiligungs GmbH	9.750.450,00 €	53,72%
Stadt Stolberg	2.591.650,00 €	14,28%
Stadt Eschweiler	2.394.150,00 €	13,19%
Städteregion Aachen	1.679.300,00 €	9,25%
Kreis Heinsberg	687.950,00 €	3,79%
Stadt Alsdorf	395.750,00 €	2,18%
Stadt Würselen	358.350,00 €	1,97%
Stadt Baesweiler	181.550,00 €	1,00%
Kreis Düren	105.300,00 €	0,58%
Gemeinde Roetgen	1.050,00 €	0,01%
Gemeinde Simmerath	1.050,00 €	0,01%
Stadt Monschau	1.050,00 €	0,01%
Stadt Heinsberg	550,00 €	0,00%
Gemeinde Aldenhoven	550,00 €	0,00%
Gemeinde Inden	550,00 €	0,00%
Gemeinde Langerwehe	550,00 €	0,00%
Stadt Linnich	550,00 €	0,00%
Gemeinde Niederzier	550,00 €	0,00%
Stadt Geilenkirchen	550,00 €	0,00%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.899.061,00 €	1.927.471,00 €	1.861.571,00 €	-65.900,00 €	-3,42%
II. Sachanlagen	126.463.369,01 €	128.090.855,80 €	129.819.856,14 €	1.729.000,34 €	1,35%
III. Finanzanlagen	4.661.387,74 €	6.649.058,71 €	6.513.049,22 €	-136.009,49 €	-2,05%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	851.052,19 €	1.267.309,99 €	1.822.009,02 €	554.699,03 €	43,77%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	48.112.030,22 €	72.539.617,02 €	65.453.083,63 €	-7.086.533,39 €	-9,77%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand	251.594,42 €	293.629,27 €	363.792,00 €	70.162,73 €	23,90%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	386.296,37 €	351.610,29 €	378.824,98 €	27.214,69 €	7,74%
Summe Aktiva	182.624.790,95 €	211.119.552,08 €	206.212.185,99 €	-4.907.366,09 €	-2,32%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	
III. Andere Gewinnrücklagen	750.000,00 €	1.250.000,00 €	2.650.000,00 €	1.400.000,00 €	112,00 %
IV. Bilanzgewinn	13.592.488,92 €	16.874.665,64 €	11.051.300,77 €	-5.823.364,87 €	-34,51%
B. Sonderposten für Investitionszuschuss zum Anlagevermögen	26.479.006,00 €	23.420.896,00 €	20.623.611,00 €	-2.797.285,00 €	-11,94%
C. Rückstellungen	75.330.119,02 €	73.367.358,26 €	86.035.760,31 €	12.668.402,05 €	17,27%
D. Verbindlichkeiten	37.632.463,07 €	65.222.186,46 €	53.614.271,41 €	-11.607.915,05 €	-17,80%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.644.140,00 €	5.787.871,78 €	7.040.668,56 €	1.252.796,78 €	21,65%
Summe Passiva	182.624.790,95 €	211.119.552,08 €	206.212.185,99 €	-4.907.366,09 €	-2,32%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	315.156.717,17 €	317.967.860,44 €	316.270.854,33 €	-1.697.006,11 €	-0,53%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-101.832,65 €	383.285,65 €	563.571,60 €	180.285,95 €	47,04%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.090.868,00 €	3.647.163,00 €	3.183.637,00 €	-463.526,00 €	-12,71%
4. sonstige betriebliche Erträge	4.258.599,45 €	3.872.123,27 €	2.917.112,30 €	-955.010,97 €	-24,66%
5. Materialaufwand	219.713.212,11 €	211.902.238,88 €	210.489.502,29 €	-1.412.736,59 €	-0,67%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	24.108.276,09 €	25.130.406,32 €	28.549.931,13 €	3.419.524,81 €	13,61%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.517.023,45 €	5.771.355,91 €	8.904.624,07 €	3.133.268,16 €	54,29%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	13.196.182,00 €	12.508.257,00 €	12.295.639,00 €	-212.618,00 €	-1,70%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	8.260.514,00 €	8.321.808,65 €	8.509.056,15 €	187.247,50 €	2,25%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	23.195.669,34 €	30.812.251,49 €	25.594.475,51 €	-5.217.775,98 €	-16,93%
Betriebsergebnis	24.413.474,98 €	31.424.114,11 €	28.591.947,08 €	-2.832.167,03 €	-9,01%
10. Erträge aus Beteiligungen	161.352,00 €	262.202,29 €	239.079,05 €	-23.123,24 €	-8,82%
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	78.114,68 €	51.999,99 €	53.631,54 €	1.631,55 €	3,14%
12. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	226.352,25 €	175.804,83 €	634.236,97 €	458.432,14 €	260,76%
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	17.417,28 €	16.490,76 €	355.718,44 €	339.227,68 €	2057,08%
14. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.038.568,50 €	4.621.328,08 €	4.920.519,21 €	299.191,13 €	6,47%
Finanzergebnis	-590.166,85 €	-4.147.811,73 €	-4.349.290,09 €	-201.478,36 €	4,86%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	23.823.308,13 €	27.276.302,38 €	24.242.656,99 €	-3.033.645,39 €	-11,12%
16. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis	0,00 €	4.685.656,00 €	831.935,00 €	-3.853.721,00 €	-82,25%
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.929.925,80 €	5.479.526,99 €	12.001.646,06 €	6.522.119,07 €	119,03%
18. sonstige Steuern	307.860,70 €	236.453,75 €	357.775,16 €	121.321,41 €	51,31%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	13.585.521,63 €	16.874.665,64 €	11.051.300,77 €	-5.823.364,87 €	-34,51%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	408	415	428

Verbindungen zum Kreishaushalt

Nach dem Beschluss der Gesellschafter vom 13.02.2012 über den Gewinnverwendungsvorschlag der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2011 entfiel auf den Kreis Düren ein Gewinnanteil von 64.110,69 € (Bruttodividende).

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäft und Rahmenbedingungen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Gesamtwirtschaft

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland setzte sich im Jahr 2011 fort; im Jahresverlauf konnte das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau wieder erreichen. Zwar folgte nach einem starken ersten Quartal eine Gegenbewegung, dennoch beträgt die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 aller Voraussicht nach 3,0 vH (nach Einschätzung des Sachverständigenrates). Im dritten Quartal dürfte sich nochmals ein deutlicher Impuls ergeben, bevor sich das konjunkturelle Tempo in Deutschland im Zuge eines sich eintrübenden weltwirtschaftlichen Umfelds vermutlich abschwächt.

Die Weltkonjunktur wurde in der ersten Jahreshälfte 2011 durch verschiedene Schocks gelähmt: Dazu zählten ein kräftiger Ölpreisanstieg infolge der politischen Umbrüche im arabischen Raum, das Erdbeben in Japan und die Eskalation der Schuldenkrise im Euro-Raum, die die Unsicherheit deutlich erhöht hat.

Zwar konnten die zwei erstgenannten Schocks bis zur Jahresmitte weitestgehend verarbeitet werden, die Schuldenproblematik beherrscht jedoch weiter das Bild.

Unter der Annahme, dass die Schuldenkrise im Euro-Raum durch Konsolidierungspläne eingedämmt werden kann, dürfte sich das weltwirtschaftliche Wachstum insgesamt nur geringfügig abschwächen.

Energiewirtschaft

Ein zentraler Bestandteil des durch die Bundesregierung beschlossenen Energiekonzeptes war ursprünglich die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die als Brückentechnologie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien genutzt werden sollten. Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 hat die Bundesregierung jedoch eine Kehrtwende vollzogen und den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 beschlossen. In der Konsequenz ist ein gänzlich anderes System der Energieversorgung aufzubauen.

Die Umsetzung des Energiekonzeptes und die Rücknahme der Laufzeitverlängerung haben Auswirkungen auf den deutschen Strommarkt, auf dem es bereits in den vergangenen Jahren zu wichtigen Veränderungen gekommen ist; vor allem durch die europaweite Liberalisierung des Marktes und den finanziell geförderten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Insgesamt wird die Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz bei der Umsetzung der Energiewende eine große Hürde darstellen.

Die Struktur der Stromerzeugung in Deutschland wird inzwischen stark von den erneuerbaren Energien beeinflusst. Der weitere Ausbau gemäß den Zielvorgaben des Energiekonzeptes wird zu einer technologischen und finanziellen Herausforderung.

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen, dass sich Energie etwa ab dem Jahr 2015 weiter verteuern wird. Aufgrund der Erwartung einer stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum gehen die Marktteilnehmer bis dahin nicht von steigenden Commodity-Preisen aus.

Das Thema Energieeffizienz hat daher nicht an Aktualität verloren und wird von EWW weiterhin genutzt, sich als Dienstleister in ihrem Kerngeschäftsfeld Energie zu positionieren. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird intensiv öffentlich diskutiert, wenngleich die einhergehenden finanziellen Belastungen der Endverbraucher zunehmend erkannt werden.

Im Gasgeschäft ist eine anhaltende Entkopplung des Gasmarktes vom Ölmarkt zu beobachten.

Für die Netzbetreiber war 2011 das dritte Jahr der Anreizregulierung. Die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist zuletzt im Dezember 2011 durch den Gesetzgeber geändert worden.

Im August 2011 trat die Novellierung des EnWG in Kraft.

Im Bereich des Zähler- und Messwesens ist durch die Liberalisierung gemäß novelliertem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), auf Wunsch des Anschlussnutzers, ein Wechsel des Messstellenbetreibers und Messdienstleisters möglich. Darüber hinaus besteht bei Letztverbrauchern mit einem Jahresverbrauch größer 6.000 kWh und bei EEG-Anlagen größer 7 kW eine Einbaupflicht von Messsystemen, welche in ein Kommunikationsnetz einzubinden sind. Übergangsregelungen und Fristen sind nicht aufgeführt.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Darüber hinaus beliefert die EWV die Kunden der Städtischen Wasserwerk Eschweiler GmbH und der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH mit Trinkwasser im Rahmen von Betriebsführungsverträgen.

Für die Netzgesellschaft regionetz GmbH übernimmt die EWV die technische Betriebsführung sowie Dienstleistungen im Call-Billing Bereich.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WWV) und die Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen mit Wärmeprodukten. Gleiches erfolgt in der Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE). Mit der Gründung der GREEN Gesellschaft für erneuerbare regionale Energie GmbH, tritt die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien ein. Daneben führt die EWV die kaufmännische Betriebsführung der GREEN durch.

Im Sinne einer Kunden- und Geschäftsfeldentwicklung werden insbesondere den Geschäftskunden technische Dienstleistungen angeboten, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zum Commodity-Geschäft zu generieren.

Im Rahmen der Energie Effizienz Initiative der EWV ist auch in 2011 der Ausbau der Elektromobilität im Versorgungsgebiet vorangetrieben worden. Von den insgesamt 15 projektierten Ladestationen sind bereits 14 errichtet, insgesamt sind 4 Fahrzeuge in Betrieb.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Der Gas- Konzessionsvertrag mit der Stadt Alsdorf endete am 31.12.2011. EWV hat in der Ausschreibung der Gas-Konzession den Zuschlag als Konzessionsnehmer ab 01.01.2012 erhalten.

Der Gas-Konzessionsvertrag mit der Stadt Heinsberg endete am 31.12.2011. Zum 01.01.2012 herrscht hier, aufgrund eines laufenden Rechtsstreits zum Vergabeverfahren, ein konzessionsloser Zustand. Der Netzbetrieb der Gebietes Heinsberg erfolgt durch die EWV, aufgrund des schwebenden Verfahrens, zurzeit weiterhin.

Im Jahr 2011 wurde die steuerliche Betriebsprüfung der Jahre 2004-2008 abgeschlossen.

Wie in den Vorjahren ist eine Patronatserklärung durch E WV und Stadtwerke Düren an die regionetz GmbH erteilt worden. Die E WV ist darin verpflichtet, gemäß ihrer Beteiligungsquote die regionetz GmbH finanziell und kapitalmäßig so auszustatten, dass sie stets in der Lage ist, ihre jeweils fälligen Verbindlichkeiten fristgemäß und in vollem Umfang zu erfüllen.

Die Pachtverträge und Dienstleistungsverträge mit der regionetz GmbH wurden in 2011 fortgeschrieben.

Geschäftsverlauf

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

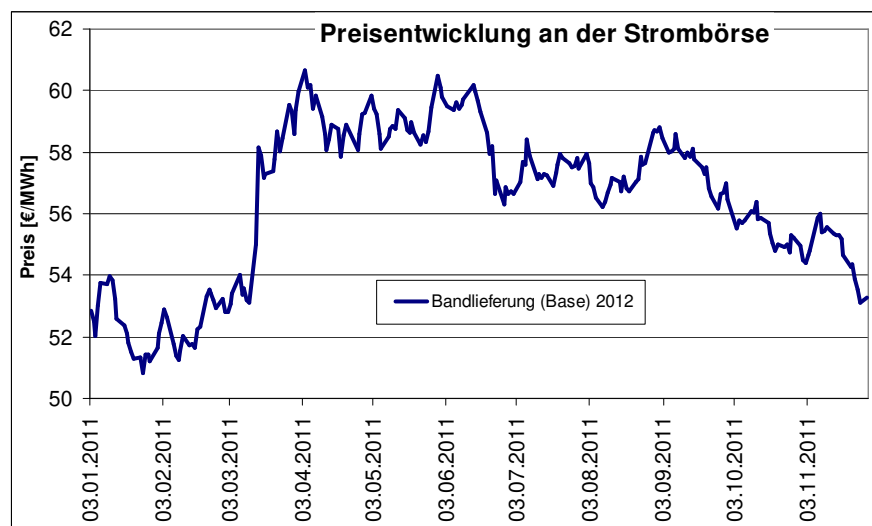
Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2011 belaufen sich auf 342,2 Mio. Euro (inkl. Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 133,3 Mio. Euro (inkl. Stromsteuer) und auf den Erdgasverkauf 116,4 Mio. Euro (inkl. Erdgassteuer) sowie 2,1 Mio. Euro auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Vom Verteilnetzbetreiber regionetz GmbH wurden 71,6 Mio. Euro an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 18,8 Mio. Euro. Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Das Reaktorunglück in Japan und – als unmittelbare Folge davon – das Kernenergie-Moratorium in Deutschland haben in der zweiten März-Hälfte zu einem Anstieg der Strompreise um etwa 7 €/MWh geführt. Nachdem die Preisentwicklung bis Mitte Juni relativ konstant war, kam es in der zweiten Juni-Hälfte zu einem Preisrückgang um etwa 4 €/MWh. Die Folgezeit war wiederum von einer recht volatilen Entwicklung zwischen 56 und 58 €/MWh gekennzeichnet. Ab September fielen dann die Preise aufgrund von Rezessionsängsten infolge der europäischen Schuldenkrise auf Preise von unter 54 €/MWh, wodurch das Preisniveau vom Jahresanfang wieder erreicht wurde.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der E WV wurden für das Jahr 2011 insgesamt 70 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 8 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2012, gehandelt in 2011.



Die Stromverkaufspreise für Privat- und Gewerbekunden waren seit 01.01.2009 konstant. Seit 2010 wird von dem bisher praktizierten Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) das Verfahren der physischen Wälzung auf ein System mit einer bundesweit einheitlichen Umlage umgestellt. Aus der Prognose der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber resultierte für 2010 eine EEG-Umlage von 2,047 ct/kWh. Für das Jahr 2011 wurde diese um 1,48 ct/kWh auf 3,53 ct/kWh erhöht. Für das Jahr 2012 wurde lange Zeit von einer Senkung ausgegangen. Letztendlich kam es zu einer leichten Erhöhung von 0,062 ct/kWh.

Aufgrund der Belastungen aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und der Steigerung der Netzentgelte war zum 1.3 und 1.9.2011 eine Erhöhung der Strompreise notwendig.

Die Neuauflage des Produkts regiostrom natur aus 100% zertifizierter Wasserkraft war ein Vermarktungserfolg in 2011. Das grüne Produkt wurde preislich unterhalb der Grundversorgung positioniert.

Auch in Zukunft wird EWV den Kunden keine Tarife mit Vorkasse und/oder Kauttionen anbieten.

Ansteigende Wechselraten in 2011 sind auf die zwei Preiserhöhungen und die gestiegene Wettbewerbsintensität zurückzuführen.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt.

Das Großkundensegment ist weiterhin ein hart umkämpfter Markt mit hohem Preisdruck. Das Frühjahr 2011 war der Auftakt für die neue Geschäftskunden-Positionierung „energyline“. Unter dieser Marke sind das gesamte Beratungs-, Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen.

Die Ergebnisse der im 3./4. Quartal 2011 durchgeführten Kundenbefragung belegen, dass der Geschäftskundenvertrieb gegenüber den Jahren 2009 und 2007 signifikant verbesserte Bewertung erfahren hat. Ziel ist es, dieses gute Niveau weiter zu verbessern.

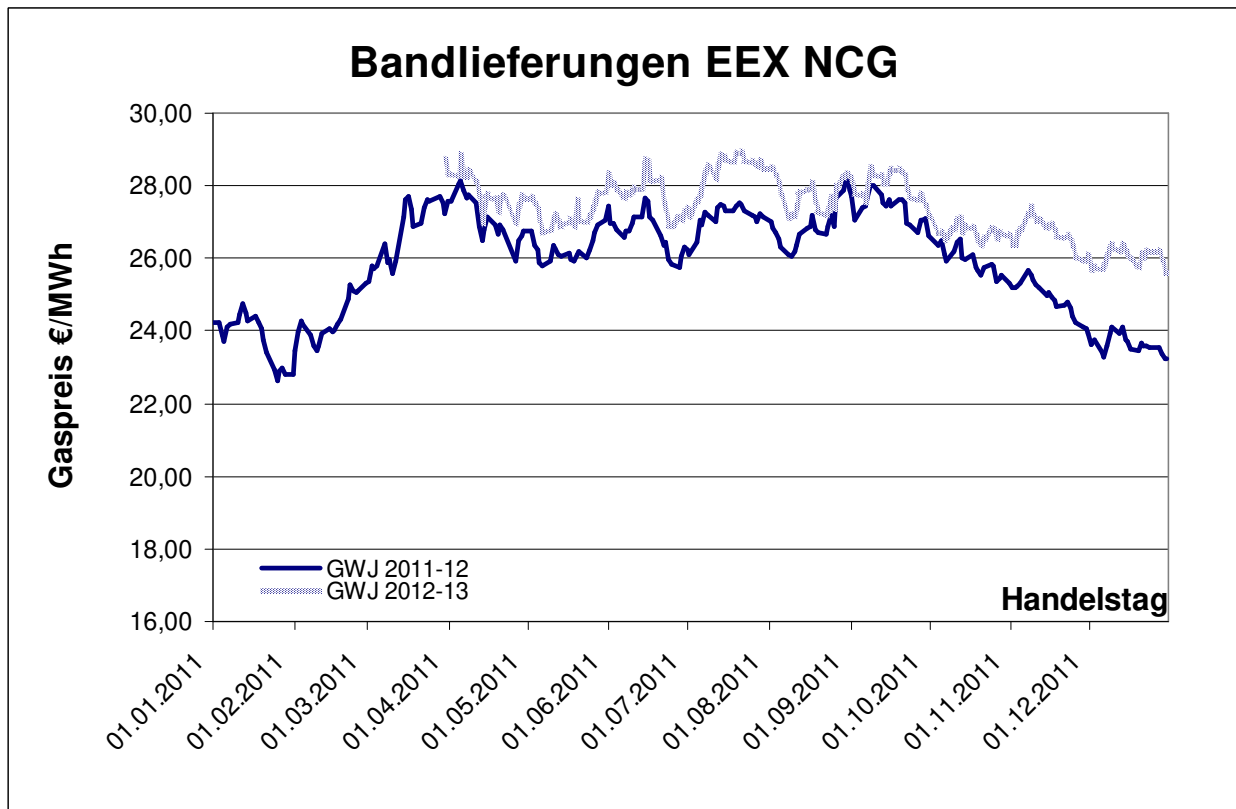
Im Oktober 2011 wurde mit einer systematischen Akquise in Teilen von Bayern begonnen. Über insgesamt 3 Vertriebskanäle sollen Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden für die EWV gewonnen werden.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Entkoppelung des Gasmarktes vom Ölmarkt ist auch im Hinblick auf die Gasbezugssituation der EWV zu sehen. Auf der Kundenseite werden weit überwiegend am Handelsmarkt orientierte Gaspreise erwartet. Daher wurden auch im Gasbezug zunehmend ölpreisbasierte Verträge durch Handelsmarktgeschäfte ersetzt. Maßgeblich ist demzufolge - analog zum Strommarkt - die Preisentwicklung an der Energiebörse, die in nachstehender Abbildung dargestellt ist.

Ausgehend vom Preisminimum Ende Januar sind die Gaspreise bis Anfang April um über 5 €/MWh auf über 28 €/MWh gestiegen. Bis Mitte September bewegten sich die Gaspreise bei hoher Volatilität zwischen 26 und 28 €/MWh seitwärts. Anschließend zeigte - ebenso wie im Strommarkt - die erwartete Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung auch bei den Gaspreisen Wirkung. Die Preise fielen auch hier sukzessive auf das Jahresanfangsniveau.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2011/12 insgesamt 32 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.



Nach der Preisanpassung zum 1.10.2010 konnten die Preise bis zum 1.9.2011 fast ein Jahr konstant gehalten werden.

Mittlerweile befinden sich sehr viele Gaskunden in attraktiven Fixpreisprodukten. Die Möglichkeit der Produktauswahl wird also von den Kunden angenommen.

Die im Gasbereich gestiegene Wettbewerbsintensität hat im Vergleich zum Strom zu einem überproportionalen Anstieg der Wechsleraten geführt.

Auch im Kundensegment Geschäftskunden ist deutlich eine Verstärkung des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderung von Großkunden bemerkbar. Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt.

Entwicklungen im Netzbereich

Das neue Energiewirtschaftsgesetz verfolgt u. a. die Intension, die Verbraucherrechte zu stärken. Hierzu wurde eine Schlichtungsstelle für Verbraucherbeschwerden eingerichtet und eine Vielzahl an Pflichtangaben in Verträgen und Rechnungen definiert. Die Stärkung des Verbrauchers geht mit einer Belastung der Versorgungsunternehmen durch zusätzliche Anforderungen und Prozesse einher. Darüber hinaus wurden Neuregelungen zum Messwesen sowie für Verteilnetzbetreiber veranlasst.

Im September 2010 hat die BNetzA einheitliche Geschäftsprozesse, Datenformate und Standardverträge für Messstellenbetrieb und Messdienstleistung veröffentlicht. Neben den Standardverträgen, welche ab Oktober 2010 bei Neuabschlüssen verbindlich zu verwenden sind, besteht seit Oktober 2011 auch die Pflicht, die vorgegebenen elektronischen Nachrichten und Datenformate zu verwenden.

Im August 2011 trat eine Veränderung der Fassung von § 19 Abs. 2 StromNEV in Kraft. Hierdurch werden bestimmte energieintensive Letztverbraucher vollständig von der Zahlung

von Netzentgelten befreit. Die Kompensation der Mindererlöse bei den Verteilnetzbetriebern wird über die Übertragungsnetzbetreiber erfolgen. Dies erfolgt in Form einer bundesweit einheitlichen Umlage für Letzverbraucher, die zusätzlich zu den Netzentgelten in Rechnung gestellt wird. Der Ausgleichsmechanismus ist ab 1. Januar 2012 anzuwenden. Für die Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden gibt es derzeit keine gesetzliche Regelung.

Erfreulich aus der Sicht der Netzbetreiber war in 2011 eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs: Der BGH hat die Praxis der Bundesnetzagentur, den generellen Produktivitätsfortschritt (sogenannter „Xgen-Faktor“) weitgehend undifferenziert von den Erlösobergrenzen der Netzbetreiber abzuziehen, für die Jahre 2009 bis 2011 als rechtswidrig verworfen. In der Folge dieses BGH-Beschlusses werden die Netzentgelte für einen begrenzten Zeitraum in der Zukunft wieder steigen.

Nach Vorgaben der Bundesnetzagentur wurde die Umstellung der Prozesse MaBiS (Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom) zum 01.04.2011 sowie der Umstellung der Prozesse WiM (Wechselprozess im Messwesen) zum 01.10.2011 durchgeführt.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresüberschuss von 11,1 Mio. Euro (Vorjahr 16,9 Mio. Euro). Maßgeblich beeinflusst wird der Jahresüberschuss von der Geschäftsentwicklung in den Sparten Erdgas und Strom.

Die Abgabemenge an Endkunden liegt mit 735 GWh im Strom aufgrund der verbesserten Konjunkturlage und der damit verbundenen Absatzsteigerung im Großkundenbereich über dem Vorjahr (724 GWh). Die Umsatzerlöse Strom liegen um 11,5 Mio. Euro über dem Vorjahr.

Die Erdgasabsatzmenge 2011 liegt mit 2.063 GWh deutlich unter dem Vorjahr (2.714 GWh). Der Mengenverlust resultiert überwiegend aus Temperatureffekten (-815 Gradtage gegenüber 2010) sowie dem zunehmenden Wettbewerb und der damit einhergehenden Kundenverluste. Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen aufgrund des Absatzrückgangs um 16,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 1 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen ist der Rückgang auf die geringeren Erträge aus Rückstellungsaufösungen, geringeren Erträgen aus Buchgewinnen und geringen Erträgen aus Mahngebühren zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich insgesamt in 2011 um 6,6 Mio. € gegenüber 2010. Im Wesentlichen ist dieser Anstieg mit 3,2 Mio. € auf die Aufwendungen für Altersvorsorge zurückzuführen. Im Rahmen der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurde u. a. der Rententrend von 1,5 % auf 1,75 % angehoben. Der übrige Anstieg der Personalkosten resultiert aus erstmaligen Rückstellungen für ein Frühverrentungsmodell, der Tarifsteigerung und dem gegenüber 2010 gestiegenen Personalbestand.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von geringeren Rückstellungszuführungen und geringeren Abschreibungen auf Forderungen um 5,2 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die Zinserträge erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 458 TEuro, im Wesentlichen aufgrund von Zinseffekten aus Rückstellungen und der Verzinsung der Forderungskonten gegenüber der regionetz GmbH.

Die Zinsaufwendungen (ohne Zinsen aus Pensionsrückstellungen) liegen aufgrund von Zinsen auf Steuern um 710 TEuro über dem Vorjahresniveau.

Im außerordentlichen Aufwand ist die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 832 TEuro (Vorjahr: 4.582 TEuro) aufgrund der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes abgebildet.

In den Steuern von Einkommen und Ertrag sind die Steuernachbelastungen aus der Betriebsprüfung 2004-2008 sowie Folgewirkungen (einschließlich Rückerstattungen) der Jahre 2009 und 2010 in Höhe von 1.740 TEuro abgebildet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 14,1 Mio. Euro getätigt.

In der Gassparte wurde in der Gemeinde Monschau ein Projekt zur Erschließung von Teilen der Innenstadt geplant. In den Baesweiler Stadtteilen Loverich/Floverich wurde eine Flüssiggastankanlage und das dazugehörige Flüssiggasnetz abgelöst; die Anschlußnehmer wurden an das Erdgasnetz der EWV angeschlossen.

Im Strombereich sind infolge der EU-Vogelschutzrichtlinie Freileitungen zu optimieren oder zurückzubauen. Aufgrund von Störungsanfälligkeiten werden im Stromnetz verstärkt graffitierte PVC-Mittelspannungskabel außer Betrieb genommen bzw. im Zuge von Baumaßnahmen ausgetauscht.

Personal- und Sozialbereich

Am Ende des Geschäftsjahres 2011 beschäftigte die EWV 454 (Vorjahr: 450) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bei uns 33 Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekaufrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik und in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekaufrau/-mann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) sowie Elektrotechnik PLuS.

Die freiwillige Altersteilzeitregelung befindet sich weiterhin in der Auslaufphase. Ende 2011 befanden sich 1 Arbeitnehmer in der Arbeitsphase und 12 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,4 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 478.

Zum Zweck einer ausgewogenen Altersstruktur und der Beschleunigung des Generationenwechsels bietet die EWV ein Modell zur vorzeitigen Altersrente an.

Potenzialanalyse und Prozess Wertewandel 2011

In 2011 wurde erstmalig eine Potenzialanalyse durchgeführt. Dabei wurden im Vorfeld die Kernkompetenzen/Schlüsselqualifikationen definiert, die für die künftigen Wettbewerbsanforderungen der EWV unabdingbar sind. Auf der Basis dieser Kompetenzen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Führungskräften der einzelnen Bereiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die hierzu hohes Potenzial aufweisen. In den nächsten Jahren werden diese Kolleginnen und Kollegen in besonderem Maße gefördert, um hier künftig eine punktgenaue Unterstützung der Bereiche bei der Lösung komplexer und herausfordernder Aufgaben durch besonders talentierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

Im Rahmen des Prozesses „Wertewandel“ wird regelmäßig an der Weiterentwicklung des Unternehmensleitbildes gearbeitet. Hierzu werden jährlich Schwerpunktthemen vereinbart, die zur Diskussion gestellt werden und zu denen Führungskräfte und Mitarbeiter Ideen und Vorschläge einbringen können. Im Jahr 2011 ging es im Wertewandel um das Schwerpunktthema „Rege-

lungsdichte und Entscheidungsstrukturen“. In 2011 wurde über primäre Maßnahmen entschieden, deren Umsetzung in 2012 erfolgt.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz „Jeder Mitarbeiter geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWW eine Aufgabe mit hoher Priorität. Deshalb fördern wir den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

Tätigkeitenabschlüsse

EWW ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWW in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten ausserhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Hierbei ist der neu gefasste § 6b EnWG zu beachten, der die bisherigen Vorgaben zu Rechnungslegung und Buchhaltung des alten § 10 EnWG (Alt) ersetzt.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in der einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	23.992	20.271	16.923	20.400
Jahresüberschuss	2.648	1.479	4.806	9.869
Bilanzsumme	38.208	33.292	85.288	85.774

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva				
Anlagevermögen	138.194	67,0	136.667	64,7
Umlaufvermögen	67.639	32,8	74.101	35,1
Rechnungsabgrenzungsposten	379	0,2	352	0,2
	206.212	100,0	211.120	100,0
Passiva				
Eigenkapital	38.898	18,9	43.321	20,5
Baukostenzuschüsse und Sonderposten für Investitionszuschüsse	27.664	13,4	29.209	13,8
Rückstellungen	86.037	41,7	73.367	34,8
Verbindlichkeiten	53.613	26,0	65.223	30,9
	206.212	100,0	211.120	100,0

Die Vermögenslage ist als stabil zu bezeichnen. Der Rückgang der Bilanzsumme um 4.908 TEuro ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Abnahme des Umlaufvermögens zurückzuführen und auf der Passivseite vor allem durch das geringere Eigenkapital, die höheren Rückstellungen und die geringeren Verbindlichkeiten geprägt.

Das Bilanzbild zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 67,0 % (Vorjahr 64,7 %). Eigenkapital, 70,0 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie mittel- und langfristiges Fremdkapital decken das Anlagevermögen zu 92,3 % (Vorjahr 94,7%).

Unter Einbeziehung von 70 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich eine Eigenkapitalquote (-bezogen auf das gezeichnete Kapital und Rücklagen-) von 22,9 % (Vorjahr 22,2 %).

Finanzlage

EWV ist in das Cash-Management-System der RWE Deutschland AG eingebunden. Ferner bestehen Kreditlinien bei Geschäftsbanken, die von Fall zu Fall in Anspruch genommen wurden. Hierdurch wird gewährleistet, dass Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen kurzfristig ausgeglichen werden können.

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2011	2010
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	30.658	19.192
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14.158	-16.041
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.758	-14.337
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-258	-11.186

Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Cashflow aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit 30,7 Mio. Euro. Die Investitionen in das Anlagevermögen sowie die laufenden Tilgungen langfristiger Darlehen konnten aus dem Cashflow finanziert werden.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Abschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst

(rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden -basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises- für das nächste Abrechnungsjahr festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dem entsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Darüber hinaus war der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2010 durch die Inanspruchnahme der Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung mit rd. 9,1 Mio. Euro belastet.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres betrug 2,4 Mio. Euro (Vorjahr 2,6 Mio. Euro), der den Cashpool bei der RWE Deutschland AG, Guthaben bei Kreditinstituten sowie kurzfristige Bankschulden mit einschließt.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2011		2010	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse (ohne Energiesteuer)	316.271	100,0%	317.968	100,0%
Materialaufwand	-210.490	-66,6%	-211.902	-66,6%
Rohergebnis	105.781	33,4%	106.066	33,4%
Andere betriebliche Erträge	6.665	2,1%	7.902	2,5%
Andere betriebliche Aufwendungen	-84.212	-26,6%	-82.779	-26,0%
Betriebsergebnis	28.234	8,9%	31.189	9,8%
Außerordentlicher Aufwand	-832	-0,3%	-4.686	-1,5%
Finanzergebnis	-4.349	-1,4%	-4.148	-1,3%
Steueraufwand	-12.002	-3,8%	-5.480	-1,7%
Jahresüberschuss	11.051	3,4%	16.875	5,3%

Die Abgabemenge an Endkunden ist im Strom aufgrund höherer Absatzmengen im Geschäftskundenbereich trotz des geringeren Absatzes durch zunehmendes Einsparverhalten der Kunden sowie Kundenverlusten leicht höher als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse Strom liegen um 11,5 Mio. Euro über dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse im Erdgas liegen im Wesentlichen aufgrund der temperaturbedingten Absatzverluste um 16,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Die anderen betrieblichen Erträge liegen aufgrund geringerer aktivierter Eigenleistungen und Rückstellungseffekten um 1,2 Mio. Euro unter Vorjahresniveau.

Die übrigen Aufwendungen liegen im Wesentlichen aufgrund von höheren Personalkosten (u. a. Pensionsrückstellung) über dem Vorjahreswert.

Die vorgenannten Effekte haben im Saldo zu einem im Vorjahresvergleich geringeren Betriebsergebnis geführt.

Im außerordentlichen Aufwand ist der Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen aufgrund der Anpassung des BilMoGs abgebildet.

Der Steueraufwand liegt aufgrund von Steuernachbelastungen aus der steuerlichen Betriebsprüfung und einer Steuerrückstellung (im Vorjahr Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen) über dem Vorjahr.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses ermittelt sich eine Umsatzrendite von 3,5 % (Vorjahr 5,2 %) sowie eine bilanzielle Eigenkapitalrendite von 39,7 % (Vorjahr 63,8 %). Die EBIT-Marge beträgt 8,8 % (Vorjahr 9,7 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2007 geltenden und 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotential erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden sowohl halbjährlich die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet als auch im Rahmen der Mittelfristplanung ein dreijähriges Risikoszenario dargestellt. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein halbjährlich aktualisiertes Risikoportfolio, welches potentielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Risikomanagementprozess wird in 2012, wie zuvor auch für die betriebsgeführten Werke Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH, Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH und regionetz GmbH, auf die neue Gesellschaft „GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH“ ausgedehnt.

Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Auch in 2012 ist mit weiteren aggressiven Angriffen von Wettbewerbern und steigenden Wechselzahlen im Strom- und Gasbereich zu rechnen.

Die schlechten Erfahrungen der Kunden mit Insolvenzen von Wettbewerbern tragen dazu bei, das Preis-Leistungsverhältnis der EWV zu schätzen.

Mit einem entsprechenden Portfolio an kundenorientierten Produkten und einem erweiterten Dienstleistungsangebot wird dem Risiko von weiteren Kundenverlusten entgegengewirkt.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2012 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2010 und 2011 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Verträge mit verschiedenen Lieferanten über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Kaufzeitpunkten abgeschlossen.

Generell erfolgt eine weitgehende Risikominimierung durch eine strukturierte Beschaffung in Verbindung mit Fixpreisprodukten und variablen Preiskomponenten in den Absatzverträgen der Großkunden.

Betriebsrisiken

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht.

Die von der EWV benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung unserer Beteiligungsgesellschaften; Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Es drohen durch die Anreizregulierung negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des regelmäßig tagenden Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

Die Liberalisierung im Messwesen hat sich noch nicht flächendeckend etabliert. Hier ist jedoch mittelfristig mit einem steigenden Wettbewerb und dem Verlust von „Zähler- und Messkunden“ zu rechnen. Hier kann eine ähnliche Entwicklung wie bei dem Lieferantenwechsel angenommen werden.

Im Rahmen der Neufassung von § 19 Abs. 2 StromNEV erfolgt ab 2012 eine bundesweit einheitliche Umlage für Letztverbraucher, die zusätzlich zu den Netzentgelten in Rechnung gestellt wird. Für die Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden gibt es derzeit keine gesetzliche Regelung.

Darüber hinaus erfolgten mehrere Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes zu sogenannten „Preisgleitklauseln“. Der BGH hat darin die Leitbildfunktion der Gasgrundversorgungsverordnung (GasGVV) im Grundsatz anerkannt. Die Richter halten die auf Grundlage dieser Verordnung ausgestalteten Klauseln in Gaslieferverträgen für wirksam. Die EWV verwendete zu diesem Zeitpunkt bereits diese Klausel in ihren Verträgen.

Außerdem besteht das Risiko des Verlustes von Konzessionsverträgen nach Auslaufen der bestehenden Verträge. EWV überwacht die Fristen der auslaufenden Verträge und beteiligt sich form- und fristgerecht an entsprechenden Ausschreibungen durch Angebotsabgabe.

Des Weiteren bestehen Rechtsstreitigkeiten aus dem Verkauf von Netzteilen.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Mit der Diskussion über den Atomausstieg ist in die Öffentlichkeit das längst vergessene Thema der Versorgungssicherheit gerückt. Mit Versorgungsausfällen wird in der Branche nicht gerechnet. Randbedingung hierfür ist aber ein rascher Netzausbau.

Dies hat zur Folge, dass die Netzentgelte des Verteilnetzbetreiber regionetz GmbH, bedingt durch die vorgelagerten Netzbetreiber, in den kommenden Jahren deutlich ansteigen und in der Kaskade der Netzbetreiber auch anteilig bei regionetz GmbH ankommen werden.

Im Bereich der Gasnetze hat der vorgelagerte Netzbetreiber Thyssengas sein Preismodell umgestellt, so dass die Preise für Netzkapazität in 2012 ansteigen werden.

Die Katastrophe in Japan hat die Bereitschaft der Kunden zum Kauf von Ökoprodukten stark erhöht. Mit der bereits in 2010 getroffenen Entscheidung, ein günstiges Strompreisprodukt auf hohem ökologischem Niveau anzubieten, hat die EWV die Markterwartungen voll getroffen.

Für 2012 plant die EWV ebenfalls für den Gasbereich ein ökologisches Produkt anzubieten.

Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

In 2011 hat die Green GECCO GmbH & Co. KG mit dem Windpark Süderdeich ihr zweites Projekt zur Übernahme abgeschlossen. Im Rahmen eines Repowerings konnte sich Green GECCO einen Teil des in der Region Dithmarschen in Schleswig Holstein gelegenen Windparks sichern.

Als regionaler Energieversorger unterstützt die EWV aktiv eine nachhaltige, umweltfreundliche Energieversorgung in der Region. Die EWV hat deshalb gemeinsam mit ihren kommunalen Partnern im Juli 2011 die GREEN Gesellschaft für regionale erneuerbare Energien gegründet. Die Gesellschaft stellt eine Kompetenz- und Kooperationsplattform für regenerative Energieprojekte in der Region dar. Sie dient der Bündelung kommunaler Interessen, innovativer Ideen und

fachlicher Expertise. Ziel ist die Erschließung in der Region vorhandener regenerativer Potentiale sowie die Förderung regionalwirtschaftlicher Entwicklung. Außerdem leistet sie Basisarbeit für die Umsetzung von Klimaschutzzielen der Kommunen. GREEN soll in den Bereichen Photovoltaik (Dach- und Freiflächen), Biomasse (Biogas, Holzverwertung) und Wind investieren.

Im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung wird ein für die EWB innovatives Projekt weiter verfolgt. Durch die geplante Gründung der gemeinsamen Gesellschaft EWB Baesweiler mit der WEP Wärme-, Energie- und Prozesstechnik GmbH und der Stadt Baesweiler im Jahr 2012 soll eine Erzeugung von Energie vor Ort in Kraft-Wärme-Kopplung unter Zuführung von regenerativem Strom realisiert werden.

Insgesamt sieht die EWB Chancen im Ausbau von regenerativen Energien.

Im Segment der Privatkunden wurden erste Mini-BHKW-Anlagen für den Ein- und Zweifamilienhausbereich eingesetzt, um die Marktreife auszutesten.

Kooperationen

Im Oktober 2011 wurde mit Unterstützung der drei Energieversorger EWB GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH die Energiemeile in Aachen eröffnet. Hier bieten die Beratungsinstitutionen altbau+, Verbraucherzentrale und das neu eröffnete Beratungszentrum effeff der regio-energiegemeinschaft in unmittelbarer räumlicher Nähe ein umfassendes Beratungsangebot rund um das Thema „Bauen und Energie“ für die Kunden in der Region.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Der Produktentwicklungsprozess im Vertrieb ist neu gestaltet worden. Durch eine höhere Standardisierung und eine verbesserte Transparenz sollen neue oder überarbeitete Produkte ab 2011 schneller und mit einem noch stärkeren Fokus auf die Bedürfnisse einzelner Kundengruppen eingeführt werden können.

Im Jahr 2011 wurde der Einsatz des Enterprise Asset Managementsystem zur Netzverwaltung und Netzmanagement deutlich vorangetrieben. Mit der Gründung eines neuen Sachgebietes im technischen Bereich wurde der steigenden Bedeutung der Kennzahlensteuerung Rechnung getragen. Das Sachgebiet schafft die Rahmenbedingungen und Strukturen, um alle technischen Prozesse in der Software verursachungsgerecht zu erfassen und auswertbar zu machen. Die wesentlichen Ergebnisse werden im Rahmen eines monatlichen Reportings kommuniziert. Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 die Erstellung des Investitionsbauplanes erstmalig im Netzmanagementsystem vorgenommen. Nach erfolgreichem Parallelbetrieb in 2011 wird das alte System Ende des ersten Quartals 2012 abgelöst. Im Jahr 2011 wurden ebenfalls erstmalig Instandhaltungsbudgets im System verwaltet. Auch die Steuerung der Instandhaltungsbudgets erfolgt über entsprechende Auswertungen aus dem System.

Ausblick

Zum 01.01.2013 werden die Gesellschafter der gemeinsamen Netzgesellschaft regionetz GmbH eigene Netzgesellschaften gründen. Das in 2011 begonnen Projekt zur Ausgestaltung der Netzgesellschaft der EWB soll in 2012 finalisiert.

Zum 31.12.2012 enden die Gas- und Strom-Konzessionsverträge der Stadt Baesweiler. Die EWB hat eine Interessensbekundung auf die neuen Konzessionsverträge abgegeben und wird in Kürze Angebote auf die Ausschreibungen einreichen.

Im Bereich des Messwesens werden für 2012 eine Überarbeitung der Messzugangsverordnung sowie eine weitere Rechtsverordnung gemäß § 21 EnWG zur Klarstellung der Aufgaben und

Zuständigkeiten erwartet. In 2012 werden auch die offenen Fragen zu Datenschutz und Datensicherheit in der Zählertechnik weitgehend geklärt und durch das Bundesamt für Sicherheit in der IT (BSI) vorgegeben werden. Die notwendigen Zertifizierungen und Freigaben werden ebenso erfolgen wie die Geräteentwicklung durch die Hersteller. Ein Aufbau von Messsystemen in entsprechenden Mengen ist somit ab 2013 sehr wahrscheinlich und wird, abhängig von den in 2012 noch festzulegenden Mengen, bis zum Ende dieser Dekade andauern.

Im Jahr 2012 wird aktiv an den Schnittstellen des Tools zur Abrechnung der Tiefbauleistungen zwischen Technik und Auftragswirtschaft gearbeitet. Erste Ansätze sind bereits vorhanden und müssen ausgebaut werden. So soll im Idealfall ein digitaler Transfer der Aufmaße erfolgen. Daraus resultiert aufgrund kürzerer Bearbeitungszeiten und der verringerten Fehleranfälligkeit infolge von manuellen Übertragungen ein deutlicher Qualitätsvorteil.

Die Absatzentwicklung im Strom- und Gassegment wird, bereinigt um Temperatureffekte, in 2012 und 2013 aufgrund zunehmendem Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden tendenziell rückläufig sein.

Durch weitere Optimierung der Kostenstruktur wird es voraussichtlich gelingen, das Geschäftsergebnis in den nächsten beiden Geschäftsjahren auf dem Niveau der letzten Jahre zu halten.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüberhinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2011 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Beteiligungen des Unternehmens

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- 1) regionetz GmbH
- 2) Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler
- 3) EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
- 4) EWV Baesweiler GmbH & Co.KG
- 5) GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Troisdorf
- 6) GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie GmbH (vgl. Seite 333)
- 7) GREEN Solar Herzogenrath GmbH
- 8) Propan Rheingas GmbH, Brühl
- 9) Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl
- 10) Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der EWV selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

bis 31.12.2010

Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH (GWS)

Marienstr. 15
52351 Düren
Telefon: 02421/4885-0
Telefax: 02421/4885-133
E-Mail: info@gws-dueren.de
Homepage: www.gws-dueren.de

ab 01.01.2011 Umfirmierung:

Kreis Düren VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22 - 2353
Telefax: 02421/22 - 2010
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des Bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von ihnen die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden.

Gesellschafterversammlung: Als Vertreter der Gesellschaft sollen der Gesellschafterversammlung der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftervertrages,
2. die Auflösung der Gesellschaft,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres und die Verwendung des Ergebnisses,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. Kapitalerhöhungen, Gesellschafterdarlehen und ggf. Nachschüsse,

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Linnich	38.500,00 €	2,50%
Stadt Nideggen	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Aldenhoven	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Hürtgenwald	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Inden	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Kreuzau	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Langerwehe	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Merzenich	38.500,00 €	2,50%
Kündigung der Geschäftsanteile mit Wirkung zum 01.07.2010		
Gemeinde Niederzier	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Nörvenich	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Titz	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Vettweiß	38.500,00 €	2,50%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	36,00 €	36,00 €	0,00 €	-36,00 €	-100,00%
II. Sachanlagen	37.894.910,39 €	36.535.364,07 €	35.421.119,98 €	-1.114.244,09 €	-3,05%
III. Finanzanlagen	149.329,60 €	145.330,60 €	145.330,60 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.619.015,87 €	2.073.164,07 €	1.336.464,92 €	-736.699,15 €	-35,54%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.419.380,45 €	6.965.643,48 €	4.208.377,04 €	-2.757.266,44 €	-39,58%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.180.646,32 €	2.100.776,91 €	2.832.447,82 €	731.670,91 €	34,83%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	15.097,00 €	5.041,88 €	0,00 €	-5.041,88 €	-100,00%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbedarf	2.442.080,35 €	3.205.550,71 €	3.848.394,98 €	642.844,27 €	20,05%
Summe Aktiva	52.720.495,98 €	51.030.907,72 €	47.792.135,34 €	-3.238.772,38 €	-6,35%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-689.030,50 €	-3.982.080,35 €	-4.895.550,71 €	-913.470,36 €	22,94%
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-3.293.049,85 €	-913.470,36 €	-642.844,27 €	270.626,09 €	-29,63%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.442.080,35 €	3.205.550,71 €	3.848.394,98 €	642.844,27 €	20,05%
B. Rückstellungen	1.814.911,37 €	1.332.808,12 €	771.357,68 €	-561.450,44 €	-42,13%
C. Verbindlichkeiten	50.900.251,28 €	49.693.432,64 €	47.001.848,70 €	-2.691.583,94 €	-5,42%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.333,33 €	4.666,96 €	18.928,96 €	14.262,00 €	305,60%
Summe Passiva	52.720.495,98 €	51.030.907,72 €	47.792.135,34 €	-3.238.772,38 €	-6,35%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	3.870.596,36 €	4.827.566,97 €	4.168.650,30 €	-658.916,67 €	-13,65%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-1.013.217,63 €	-100.921,60 €	-738.711,65 €	-637.790,05 €	631,97%
3. sonstige betriebliche Erträge	859.827,67 €	725.277,38 €	327.916,93 €	-397.360,45 €	-54,79%
4. Materialaufwand	121.006,48 €	1.924.007,80 €	695.676,50 €	-1.228.331,30 €	-63,84%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	773.158,44 €	588.308,06 €	1.487,82 €	-586.820,24 €	-99,75%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	175.782,77 €	142.268,61 €		-142.268,61 €	-100,00%
6. Abschreibungen				0,00 €	#DIV/0!
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.212.976,38 €	1.354.560,39 €	1.133.277,60 €	-221.282,79 €	-16,34%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.040.212,71 €	957.861,09 €	1.179.526,11 €	221.665,02 €	23,14%
Betriebsergebnis	-605.930,38 €	484.916,80 €	747.887,55 €	262.970,75 €	54,23%
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17.100,00 €	13.300,00 €	13.300,00 €	0,00 €	0,00%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	466.624,50 €	202.969,44 €	148.928,57 €	-54.040,87 €	-26,63%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	3.999,00 €	0,00 €	-3.999,00 €	-100,00%
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.169.153,64 €	1.573.995,96 €	1.552.458,31 €	-21.537,65 €	-1,37%
Finanzergebnis	-2.685.429,14 €	-1.361.725,52 €	-1.390.229,74 €	-28.504,22 €	2,09%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-3.291.359,52 €	-876.808,72 €	-642.342,19 €	234.466,53 €	-26,74%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-!
13. sonstige Steuern	1.690,33 €	36.661,64 €	502,08 €	-36.159,56 €	-98,63%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.293.049,85 €	-913.470,36 €	-642.844,27 €	270.626,09 €	-29,63%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	13	11	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren als Mieter des in Besitz der GWS stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA Kreis

Düren in Düren hat in 2010 einen Betrag von insgesamt 1.722.444,93 € für Miete, Wartung und Nebenkosten an die GWS gezahlt. Hierin sind zwei Zahlungen in Höhe von 86.910,15 € auf ein Instandhaltungskonto enthalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Angaben zum Unternehmen

Mit Gesellschaftsvertrag nach dem Stand vom 1. Januar 2011 wurde die in „Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ umbenannte vormalige „Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH“ umfirmiert und entsprechend den durch Gremienbeschlüsse beabsichtigten Umstrukturierungen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages angepasst. Nach § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft, hierbei wirtschaftet die Gesellschaft nach § 109 GO und die Erreichung des öffentlichen Zwecks hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.

Ein wesentlicher Eckpunkt der Umstrukturierung war die Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderung.

Da die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr über eigenes Personal verfügt, wird die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) abgewickelt, der auch die Betriebsführung und die Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet.

Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Nachfrage nach Bauland ist im Jahr 2011 im Land NRW gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes NRW in Düsseldorf wurden im Jahr 2011 7,1 Mio. qm Bauland veräußert. Der gesamte Wert der Transaktionen belief sich auf 745 Mio. €. Pro Quadratmeter ergab sich somit ein Durchschnittswert von rd. 105,00 €. Das waren laut den Angaben des Landesamtes rd. 13,30 € je qm weniger als ein Jahr zuvor. Als Ursache für diesen Anstieg der Nachfrage nach Bauland werden das niedrige Zinsniveau und das Streben der Investoren nach Anlagen in Sachwerte aufgeführt. Dieser landesweite positive Trend hat sich auch bei der Gesellschaft spürbar ausgewirkt. So ist es der VVG im Geschäftsjahr 2011 und im 1. Halbjahr 2012 gelungen, im Baugebiet Titz B 18 und im Erschließungsgebiet Vettweiß - Wald-/Tannenweg vermehrt Baugrundstücke zu veräußern.

Tätigkeitsschwerpunkte

Die Gesellschaft konzentrierte ihre Aktivitäten nach der Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderung weiterhin auf den Umstrukturierungsprozess.

Die Betriebsführung der ARENA wurde erstmals übernommen und unter Einsatz des über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GIS überlassenen Personals (Hallenmanager, Hallenwart, Aushilfen) abgewickelt. Es wurde hierbei zunächst eine Bestandsaufnahme über vorhandene Vertrags- und Geschäftsbeziehungen, Instandhaltungsbedarf und die im Jahr 2011 entstandenen Außenstände vorgenommen. Der Vertrag mit dem Gastronomie- und Cateringunternehmen wurde beendet und dieser Teilbereich wurde mittels Mietvertrags auf die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) übertragen.

Die Veräußerung des Grundstücks Marienstraße wurde im Jahr 2011 vollzogen, der Kaufpreis i.H.v. 568 T€ floss der Gesellschaft am 18.05.2011 zu.

Im Baugebiet Titz B 18 entwickelte sich die in den vergangenen Jahren schleppende Vermarktung erfreulich; es konnten vier Grundstücke im Laufe des Jahres 2011 verkauft werden. Bis zum Berichtszeitpunkt waren bereits drei weitere Grundstücke veräußert, sodass lediglich noch ein Restbestand von zwei Grundstücken vorhanden ist.

Im Rahmen der treuhänderischen Erschließungsmaßnahmen entwickelte sich das Baugebiet in Vettweiß - Wald-/Tannenweg positiv. Die ersten beiden Bauabschnitte sind erschlossen. Von den fünfzehn Baugrundstücken des ersten Bauabschnitts wurden alle im Laufe des Jahres 2011 verkauft und von den einundzwanzig Baugrundstücken des zweiten Bauabschnitts wurden im Laufe des Jahres 2011 bereits neun Grundstücke verkauft.

Im Erschließungsgebiet Vettweiß - Jakobwüllesheim wurden Erschließungsmaßnahmen, bis auf den Straßenendausbau, im Mai 2008 abgeschlossen. Im Jahre 2011 wurden fünf Grundstücke verkauft. Bis zum Berichtserstellungszeitpunkt wurden zwei weitere Grundstücke veräußert, so dass insgesamt nur noch ein Grundstück im Bestand ist.

Im Erschließungsgebiet Vossenack - Germeter wurde für den ersten Bauabschnitt bereits im Jahr 2008 die Ersterschließung, bis auf den Straßenendausbau und die Anlage eines Kinderspielplatzes, abgeschlossen. Im Jahr 2011 konnte kein Grundstücksverkauf getätigt werden und von den fünfzehn Grundstücken des ersten Bauabschnitts sind noch sieben Grundstücke im Bestand.

Für den zweiten Bauabschnitt liegt Erschließungsreife vor. Jedoch ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, ob auf Grund der schleppenden Vermarktung des ersten Bauabschnittes die Umsetzung des zweiten Bauabschnittes überhaupt erfolgen wird.

Für das Erschließungsgebiet in Inden - Lamersdorf wurde in 2009 ein Grundstückskauf- und Dienstleistungsvertrag mit einer Eigentümerin geschlossen. Hierfür wurde in 2011 ein Investor gesucht, der durch Kauf des von der Gesellschaft erworbenen Grundstücks die Erschließungsmaßnahme übernimmt. Der notarielle Kaufvertrag wurde im Mai 2012 geschlossen.

Die Mietkaufforderungen aus dem Bau des Feuerwehrgerätehauses Langerwehe und dem Kindergarten in Jülich - Güsten wurden im Jahr 2011 auf Privatpersonen übertragen. Der Überschuss aus dieser Transaktion - nach Abzug der Vorfälligkeitsentschädigungen für die vorzeitige Tilgung der zugehörigen Darlehen - betrug insgesamt 46 T€.

Schwerpunkt der Aktivitäten war jedoch die Umsetzung der langfristigen Stabilisierung der Finanzlage des Unternehmens. Sie erforderte intensivsten Arbeitseinsatz von Geschäftsführung, Gremien und Beratern mit dem Erfolg, dass am 23. Dezember 2011 die Vertragsunterzeichnung zur Umstrukturierung im Rahmen der Finanzierung der Großimmobilien erfolgte. Im Vorgriff auf die am 15. Mai 2013 auslaufende Finanzierung der beiden Darlehen bei der Deutschen Kreditbank AG (DKB), wurde mit Vertrag vom 23. Dezember 2011 die „Forward-Forfaitierung“ der künftigen Mieten für die drei vom Kreis genutzten Immobilien FTZ, Kreishaus C und ARENA mit der Landesbank Baden-Württemberg unterzeichnet. Der vereinbarte Forfaitierungs-Erlös i.H.v. 32,4 Mio. € soll unter Einbeziehung des Verkaufserlöses aus den Verkäufen der Immobilien AOK und Polizei sowie des Bestandes an liquiden Mitteln und unter Einsatz des bis dahin möglichst liquidierten Vorratsvermögens zur Tilgung des Restdarlehens bei der DKB am 15. Mai 2013 eingesetzt werden.

Flankierend zu dieser Maßnahme wurde bereits die Veräußerung der beiden Großimmobilien AOK und Polizei ausgelotet und vorbereitet, für die es am 27. Juni 2012 zur endgültigen Vertragsunterzeichnung kam. Die Objekte wurden zu einem Kaufpreis von 8,8 Mio. € verkauft. Der Kaufpreis wird zur Ablösung eines Teilkreditbetrages bei der DKB in Berlin verwendet, ein ver-

bleibender Überhang wird im Mai 2013 zur Ablösung des Restkreditbetrages im Rahmen der Forfaitierung eingesetzt.

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. € auf 47,8 Mio. € verringert. Dies resultiert aus den planmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens, dem Abgang des Grundstücks Marienstraße aus dem Vorratsvermögen, der Grundstücksverkäufe in Titz und dem Rückgang der Forderungen gegenüber Gesellschaftern aus der Übertragung der Mietkauforderungen aus dem Feuerwehrgerätehaus Langerwehe und dem Kindergarten in Jülich-Güsten.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden laufzeitkongruent durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Im Rahmen des Forfaitierungsgeschäfts wurden die Mietverträge für die drei betroffenen Großimmobilien FTZ, Haus C und ARENA an die Erfordernisse dieses Vertrages angepasst. Es erfolgte einerseits eine Mietvertragsverlängerung und die Indexierungsklausel für das FTZ wurde an die von Haus C und ARENA angepasst.

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für die Jahre 2012 - 2016 wird von der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft des Unternehmens ausgegangen.

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegt ein Rückgang bei den Umsatzerlösen vor, der hauptsächlich aus dem im Vorjahr vereinnahmten Verkaufserlös für das Grundstück Bismarckstraße resultiert, der deutlich über dem Verkaufspreis für das Grundstück Marienstraße in 2011 lag. Einem vollständigen Wegfall der Personalkosten i.H.v. 730 T€ steht eine Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von rd. 220 T€ gegenüber. Diese Zunahme beruht i.W. auf dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GIS.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres verringerten sich um rd. 220 T€. Der Unterschiedsbetrag zum Vorjahr resultiert aus einer außerplanmäßigen Abschreibung im Vorjahr.

Im Rahmen des Finanzergebnisses führten schlechtere Anlagekonditionen zu einem Rückgang der Zinserträge um rd. 60 T€, dem ein Rückgang der Zinsaufwendungen von rd. 20 T€ gegenüberstand, der auf den Wegfall der Annuitäten für die Objekte FWGH Langerwehe und Kindergarten in Güsten zurück zu führen ist.

Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 643 T€ für das Jahr 2011 aus. Damit tritt insgesamt eine Verbesserung zum Vorjahresergebnis von 270 T€ ein.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Risikomanagement des Unternehmens wurde aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GIS und deren konzernabhängiger Integrierung in das Mutterunternehmen, die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, in deren Controlling- und Überwachungssystem einbezogen.

Bilanzzahlen	31.12.2011
Bilanzsumme.....	T€ 47.792
Sachanlagevermögen	T€ 35.421
Eigenkapital.....	T€ - 3.848

Gewinn- und Verlustrechnung		2011
Umsatzerlöse	T€	4.169
Gesamtleistung	T€	3.430
Rohergebnis	T€	3.062
Betriebsergebnis	T€	748
Finanzergebnis	T€	- 1.390
Jahresfehlbetrag	T€	- 643

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Seit dem Berichtsjahr ist die Planung weitestgehend überschaubar, da die Wirtschaftsförderungsaktivitäten der Gesellschaft mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 eingestellt wurden und die Gesellschaft sich nunmehr hauptsächlich mit der Verwaltung ihres umfangreichen Immobilienbesitzes und den Betrieb der ARENA Kreis Düren beschäftigt. Dadurch wird die Planung sehr übersichtlich sowie transparent und es besteht eine hohe Planungssicherheit.

Im Hinblick auf die Forfaitierungsvereinbarung wurden bereits 2011 die Grundlagen für den Erfolg der Transaktion geschaffen, indem der Verkauf der Großimmobilien AOK und Polizei in die Wege geleitet wurde. Mit Notarvertrag vom 27. Juni 2012 wurden die Immobilien zu einem Betrag von 8,8 Mio. € verkauft. Nach Ablösung des damit in Zusammenhang stehenden Darlehens i.H.v. 5,6 Mio. € verbleibt ein wesentlicher Liquiditätsüberschuss, der im Zuge der Forfaitierung zur Ablösung des Restdarlehens bei der DKB eingesetzt werden soll.

In Vorbereitung der Forfaitierungsverträge, die in die aktuelle Wirtschafts- und Finanzplanung für den Zeitraum 2012 - 2016 eingearbeitet wurden, zeigt sich, dass trotz weiterhin negativer Ergebnisse die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens voraussichtlich weiterhin Aufrecht erhalten bleibt.

Unter der Prämisse der Verkäufe der Restgrundstücke in Titz, des Grundstücks Rather Straße in Nideggen und des Laborgebäudes in Jülich ist nicht von Liquiditätsengpässen auszugehen.

Demzufolge wird von der fortbestehenden Zahlungsfähigkeit ausgegangen.

Es besteht Kenntnis darüber, dass eine insolvenzrechtliche Überschuldung nach der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Fassung des § 19 Insolvenzordnung nicht vorliegt, jedoch ab dem Jahr 2014 entstehen könnte, wenn die Übergangsregelung nicht verlängert wird.

In der mittelfristigen Planung des Unternehmens zeigt sich, dass die eingeleiteten Maßnahmen, nämlich die Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderung, der Personalabbau und die langfristige Neuausrichtung der Finanzierung, zur weiteren Optimierung künftiger Ergebnisse beitragen.

Die künftige Entwicklung des Geschäftsbereichs der ARENA kann zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden, da die Werbeverträge und Veranstaltungsmodalitäten derzeit einer Überprüfung unterzogen werden. Ein wesentlicher Schritt war die Übertragung des Gastronomie- und Cateringbereichs auf die DGA. Darüber hinaus werden zurzeit weitere Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Betriebsführung geprüft.

Aus dem Wirtschaftsplan 2012 - 2016 geht hervor, dass mit Ausnahme des Jahresüberschusses im kommenden Geschäftsjahr 2012 in den Folgejahren 2013 - 2016 voraussichtlich Jahresfehlbeträge mit abnehmender Tendenz erwartet werden. Diese Jahresfehlbeträge sind zum Teil auch zahlungswirksam und es werden liquiditätswirksame Mittelabflüsse mit ebenfalls abnehmender Tendenz prognostiziert.

Im Zuge der Neuausrichtung der Gesellschaft ist mittelfristig ein Wechsel innerhalb des Gesellschafterbestandes vorgesehen.

Angaben nach 289 Abs. 2 HGB – Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Mit notarieller Urkunde des Notars Walter Hansmeyer Nr. 776/2012 vom 27. Juni 2012 wurde der Grundstückskaufvertrag über die Immobilien AOK und Polizei beurkundet. Der Kaufpreis in Höhe von 8,8 Mio. € ist am 1. August 2012 fällig; im Falle einer verspäteten Zahlung ist eine Verzinsung von 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz vereinbart.

Der Übergang von Besitz, Nutzungen, Gefahren und Lasten gehen auf den Käufer bei vollständiger Zahlung des Kaufpreises über.

Mit Besitzübergang tritt der Käufer in die Mietverhältnisse ein.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Wirtschaft und Strukturförderung im Kreis Düren GmbH ist an der Entwicklungsgesellschaft Nideggen mbH i.L. beteiligt (vgl. Seite 393).



GEMEINNÜTZIGE
WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT
FÜR STADT UND KREIS DÜREN e.G.

gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.

Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/390970
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Der Vorstand besteht mindestens aus 5 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein. Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

1. die Geschäfte entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung zu führen,
2. die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen,
3. für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen gemäß §§ 37 ff, der Satzung der Genossenschaft zu sorgen,
4. über die Zulassung es Mitgliedschaftserwerbs und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden,
5. die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen und
6. im Prüfbericht festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zu berichten über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung).

Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Aufstellung den Aufsichtsrat vorzulegen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht mindestens 3 Mitgliedern. Er hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern und zu überwachen. Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern. Er hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Vorschläge des Vorstandes für die Verwendung eines Jahresabschlusses und der Deckung eines Jahresfehlbetrages zu prüfen und der Mitgliederversammlung vor Feststellung des Jahresabschlusses darüber Bericht zu erstatten. Beschlüsse des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden ausgeführt.

Mitgliederversammlung In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Mitgliederversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und die in der Satzung bezeichneten Angelegenheiten (insbesondere in § 34 der Satzung).

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Mannheims, Heinz (Vorsitzender)
Grehl, Walter
Knappe, Hermann Josef
Vosen, Ingo

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.

Mitgliederversammlung: In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. 1 Stimme

Vertreter des Kreises Düren

Vorstand: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Aufsichtsrat: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Mitgliederversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Sitz:	52351 Düren			
Geschäftsguthaben (Stand 31.12.2011)	645.962,38 €			

Mitglieder (Stand 31.12.2011)	Anteile (Stand 31.12.2011)	Anteil in %	Wert je Anteil	Wert insgesamt
1.958	3.072			
Kreis Düren	10	0,33%	205,00 €	2.050,00 €

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	23.521.928,20 €	24.003.384,79 €	24.235.527,28 €	232.142,49 €	0,97%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.379.655,58 €	1.483.289,57 €	1.356.264,94 €	-127.024,63 €	-8,56%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	138.385,68 €	78.424,95 €	192.610,00 €	114.185,05 €	145,60%
III. Kassenbestand	5.957.727,30 €	7.132.956,71 €	7.390.451,58 €	257.494,87 €	3,61%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	55,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	30.997.751,76 €	32.698.056,02 €	33.174.853,80 €	476.797,78 €	1,46%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	27.880,00 €	21.320,00 €	17.335,00 €	-3.985,00 €	-18,69%
II. Der verbleibenden Mitglieder	640.396,37 €	633.960,77 €	628.217,38 €	-5.743,39 €	-0,91%
III. Aus gekündigten Geschäfts- anteilen	410,00 €	0,00 €	410,00 €	410,00 €	
IV. Ergebnisrücklagen	16.535.139,64 €	17.343.404,12 €	17.701.237,33 €	357.833,21 €	2,06%
V. Bilanzgewinn	25.785,77 €	25.697,86 €	25.439,23 €	-258,63 €	-1,01%
B. Rückstellungen	21.170,00 €	21.150,00 €	147.950,00 €	126.800,00 €	599,53%
C. Verbindlichkeiten	13.746.969,98 €	14.652.553,27 €	14.654.264,86 €	1.711,59 €	0,01%
Summe Passiva	30.997.751,76 €	32.698.086,02 €	33.174.853,80 €	476.767,78 €	1,46%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.128.984,84 €	5.084.693,76 €	5.210.536,39 €	125.842,63 €	2,47%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-33.971,83 €	103.633,99 €	-127.024,63 €	-230.658,62 €	-222,57%
3. sonstige betriebliche Erträge	42.937,43 €	46.734,12 €	256.995,98 €	210.261,86 €	449,91%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.490.848,43 €	2.701.149,03 €	2.959.227,84 €	258.078,81 €	9,55%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	57.808,41 €	58.543,28 €	30.599,62 €	-27.943,66 €	-47,73%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.015,82 €	3.072,36 €	0,00 €	-3.072,36 €	-100,00%
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	680.700,97 €	723.084,16 €	803.132,43 €	80.048,27 €	11,07%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	744.178,30 €	777.039,08 €	1.005.131,68 €	228.092,60 €	29,35%
Betriebsergebnis	1.161.398,51 €	972.173,96 €	542.416,17 €	-429.757,79 €	-44,21%
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	122.428,61 €	110.472,31 €	152.324,97 €	41.852,66 €	37,89%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.556,46 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	240.323,86 €	243.788,08 €	308.739,36 €	64.951,28 €	26,64%
Finanzergebnis	-120.451,71 €	-133.315,77 €	-156.414,39 €	-23.098,62 €	17,33%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	1.040.946,80 €	838.858,19 €	386.001,78 €	-452.856,41 €	-53,98%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-247,24 €	1.507,59 €	-942,97 €	-2.450,56 €	-162,55%
12. sonstige Steuern	2.698,71 €	3.388,26 €	3.672,31 €	284,05 €	8,38%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.038.495,33 €	833.962,34 €	383.272,44 €	-450.689,90 €	-54,04%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter Geschäftsbesorgung durch die Gemeinnützige Dürener Bauverein AG	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2011 erhielt der Kreis Düren eine Dividende in Höhe von 82,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden durch das Personal der Gemeinnütziger Dürener Bauverein AG, Düren, besorgt.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2011 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 wieder kräftig gewachsen. Im Jahresverlauf 2011 wurde auch das Vorkrisenniveau des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts wieder überschritten. Der wirtschaftliche Aufschwung fand dabei hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte statt. Wachstumsimpulse kamen 2011 vor allem aus dem Inland, insbesondere die privaten Konsumausgaben erwiesen sich als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Daneben war das Jahr 2011 wiederum geprägt von einer kräftigen Investitionsdynamik, während der Außenhandel

einen geringeren Anteil am BIP-Wachstum hatte. Für die Prognose besteht nach wie vor beträchtliche Risiken. Das größte Risiko wird allgemein in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise gesehen, bei der das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken geriete. Hier ist insbesondere relevant, dass sich viele Staaten eine Rekapitalisierung der nationalen Banken wohl nicht mehr leisten könnten, da die öffentlichen Haushalte bereits sehr stark angespannt sind. Eine Bankenkrise im Euroraum würde angesichts der Vernetzung im Finanzsektor vermutlich auf andere Länder übergreifen und hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft in Deutschland.

Arbeitsmarkt

Für 2012 gehen die Prognosen von einem verlangsamten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen und einem Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf im Jahresdurchschnitt 2,8 Mio. aus. So waren im Dezember 2011 2.780.000 Arbeitslose (-231.000 gegenüber Dezember 2010) zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2011 6,6 % (Dezember 2010 7,1 %). Im Dezember 2011 gab es 41.416.000 Erwerbstätige, was einer Steigerung von 1,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht.

Kapitalmarkt

Die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2011 war uneinheitlich. So verminderten sich z. B. die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften unter 1 Mio. Euro mit einer Laufzeit über 5 Jahre zwischen Januar 2011 und Dezember 2011 von 3,96 % auf 3,58 %. Für Kredite über 1 Mio. Euro mit gleicher Laufzeit war eine Minderung von 3,95 % auf 3,59 % zu verzeichnen. Während die Effektivzinssätze im kurz- und mittelfristigen Bereich stiegen, gingen sie im langfristigen Bereich im Jahresverlauf zurück.

Immobilienmarkt

Die Erholung der Immobilienaktien konnten gegenüber 2010 nicht fortgesetzt werden. Der DAX sank bis Jahresende 2011 um rd. 12,0 % gegenüber dem Endstand 2010. Von Januar bis November 2010 wurde in Deutschland der Bau von 204.735 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 19,4 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum Januar bis November 2011 genehmigten Wohnungen waren 183.744 Neubauwohnungen, das waren 19,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betragen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2010 4,86 €/m² (+2,2 %), in den alten Bundesländern 5,05 €/m² (+2,7 %) und in den neuen Bundesländern 4,60 €/m² (+1,4 %).

Vor diesen wirtschaftlichen Hintergründen ist der Geschäftsverlauf für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Erlösschmälerung durch Leerstand sind von 6,2 % 8,9 % gestiegen. Die Ursachen der Steigerung liegen im Wesentlichen im Leerstand der Wohnungen im Um- und Ausbauobjekt Blumenthalstraße 37-35 und in den geplanten weiteren Modernisierungsobjekten in der Blumenthalstraße. Bereinigt um den Leerstand in den Modernisierungsobjekten liegen die Erlösschmälerungen unter 3 %. Die Fluktuationsrate ist 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (8,8 %) gesunken.

Wohnungsmarkt in Düren

Auf der Homepage der Stadt Düren unter der Rubrik "Zahlen der Stadt Düren" – Herausgeber: Stadt Düren – werden die allgemeine Situation und die wichtigen Trends zusammengefasst.

Düren hatte Ende 2010 90.243 (Vorjahr: 90.288) Einwohner. Die Entwicklung von 2000 bis 2004 war steigend, in 2005 fast unverändert, 2006 ist die Einwohnerzahl erstmals wieder gesunken, wohingegen sie 2007 wieder leicht steigend war. In 2008 ist die Gesamteinwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr dann wieder leicht gesunken. In 2009 stieg sie leicht an, wohingegen sie 2010 wieder leicht gesunken ist.

Der Ausländeranteil beträgt 11.072 Einwohner, das sind 12,3 %

Am 31.12.2009 liegt der Gesamtwohnungsbestand bei 41.935 Wohnungen. Bei Erstellung des Berichtes lagen die Zahlen 2010 bzw. 2011 noch nicht vor.

Die Charakterisierung des Wohnungsmarktes als Mietermarkt hat Bestand. Die Angebots- und Nachfragesituation in unserer Region war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet.

Die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Düren fiel mit einer geringen Steigerungsquote recht moderat aus. Hinzu kamen jedoch wieder erhebliche Steigerungen der Betriebskosten, insbesondere der Energiekosten, die das Wohnen in Düren weiter verteuerten.

Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2011 einen Überschuss von 383 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen. Für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Jahresüberschuss von 383 T€ (Vorjahr: 834 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, Gewinnanteile in Höhe von 4 % auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 357.833,21 € in die Gewinnrücklage eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

Geschäftstätigkeit

Neubautätigkeit

Im Geschäftsjahr wurden keine Neubaumaßnahmen durchgeführt, da der Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Modernisierung und Instandhaltung gelegt wurde.

Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung Um- und Ausbaumaßnahmen

Um- und Ausbaumaßnahmen Düren, Blumenthalstraße 27 – 35

Anfang Juli 2011 wurde mit der Um- Ausbaumaßnahme Blumenthalstraße 27-35 mit 32 Wohnungen begonnen. Durch die Modernisierung werden die Wohnungen dem heutigen Standard angepasst. Die Gesamtkosten betragen 2.725 T€. Die Mieten betragen 5,50 €/m²/Wohnfläche. Die Wohnungen in den Häusern Blumenthalstraße 27 und 29 konnten zum 01.02.2012 wieder bezogen werden. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist für Mitte Juni 2012 vorgesehen.

Um- und Ausbaumaßnahmen Düren, Grüngürtel 2 und 11

Im Jahr 2011 wurden im Haus Grüngürtel 2 durch Umbau die Wohnungen zusammengelegt und das Objekt zum Einfamilienhaus umgebaut. Die Gesamtkosten betragen 86 T€. Das Haus Grüngürtel 2 wurde am 01.05.2011 wieder bezogen.

Das Haus Grüngürtel 11 wurde ebenfalls durch Wohnungszusammenlegung zum Einfamilienhaus umgebaut. Die Gesamtkosten betragen 79 T€. Das Haus Grüngürtel wurde am 01.08.2011 wieder bezogen.

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. In den Häusern Werderstraße 19-21, Goebenstraße 36-42, Goebenstraße 32, 34, Grüngürtel 5 und

Grüngürtel 11-19 wurden Gaszentralheizungen eingebaut. Weiterhin wurden in 10 Wohnungen umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Wesentlichen handelt es sich um Heizungseinbauten, Badsanierungen, Erneuerung der Türen, Erneuerung der Elektroinstallation und des Fußbodenbelages, sowie Anstrich- und Tapetenarbeit.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurde im Jahr 2011 insgesamt 1.539 T€ aufgewendet. Das sind rd. 19,35 €/m² Wohn- und Nutzfläche inkl. Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

Abriss

Im Oktober 2011 wurde mit dem Abriss der Häuser Blücherstraße 79 und 94 begonnen. Die Arbeiten wurden Ende November 2011 fertiggestellt.

Verkauf

Durch Kaufvertrag vom 20.01.2011 wurden die Häuser Marie-Juchacz-Str. 9 und 11 veräußert. Es handelt sich um 2 Häuser mit 16 Wohnungen und 1.171 m² Wohnfläche. Der wirtschaftliche Übergang fand zum 07.07.2011 statt.

Planung und Vorbereitung

Grunderwerb

Konkrete Planung hierzu existieren nicht.

Neubau

Es ist vorgesehen, auf den Grundstücken der abgerissenen Häuser Bleicherstraße 79 und 94 in naher Zukunft Neubauten zu errichten.

Um- und Ausbauprogramm 2012 und folgende Jahre

Die Schwerpunkte der Tätigkeit sollen bei der Bestandspflege und Modernisierung liegen. Es wurde in 2009 ein Modernisierungskonzept bis 2014/2015 erstellt. Ziel des Modernisierungskonzeptes ist es, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung zu erreichen. Entscheidungshilfe ist ein datenbankgestütztes Portfoliosystem, welches den Bestand unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht. Auf dieser Basis wurde vom Vorstand ein Fünfjahresplan erarbeitet und mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Vorgesehen für das Jahr 2012 sind folgende Maßnahmen:

Modernisierung

der folgenden Objekte:

- Blumenthalstraße 33 – 35, 30 – 32, 34 - 36
- Grüngürtel 3 und 10 und 19
- Zülpicher Str. 153

Wohnungsbewirtschaftung

Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2011

a) bebaute Grundstücke	159.751 m ²
b) unbebaute Grundstücke	<u>26.459 m²</u>
insgesamt	<u>186.210 m²</u>

Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 7.353 m² enthalten.

Am 31.12.2011 waren 256 Häuser mit insgesamt 1.218 Mietwohnungen, 4 gewerblichen Einheiten, 190 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen und 84 Stellplätzen vorhanden. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 79.531 m².

Im Geschäftsjahr fanden 92 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 7,6 %. Am 31.12.2011 standen insgesamt 107 Wohnungen und 45 Garagenstellplätzen leer. Darin enthalten sind 72 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Von den verbliebenen 35 Wohnungen konnten für 12 Wohnungen kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Gara- gen	Einstell- Plätze in Tiefgaragen	Stell- Plätze	Wohn-/ Nutzfläche
Grundstück und grundstücksglei- che Rechte mit Wohnbauten	255	1.216	1	187	20	84	78.269
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	2	3	3	50	0	1.262
	<u>256</u>	<u>1.218</u>	<u>4</u>	<u>190</u>	<u>70</u>	<u>84</u>	<u>79.531</u>

Von den insgesamt 1.218 Wohnungen sind 352 öffentlich gefördert und 866 freifinanziert. Die 866Wohnungen teilen sich auf in 303 Altbauwohnungen und 563 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat stellten sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

bis 3,00 €	8 Wohnungen
bis 3,50 €	235 Wohnungen
bis 4,00€	482 Wohnungen
bis 4,50 €	375 Wohnungen
bis 5,00 €	52 Wohnungen
bis 5,50 €	50 Wohnungen
bis 6,00 €	<u>16 Wohnungen</u>
	<u>1.218 Wohnungen</u>

Die Erlösschmälerung aus Sollmieten betragen 271 T€. Auf nicht vermietete Wohnungen und Gewerbe entfällt ein Betrag von 253 T€ und auf nicht vermietete Garagen/Stellplätze 18 T€. In dem Betrag in Höhe von 253 T€ sind 161 T€ modernisierungsbedingter Leerstand enthalten. Die Abschreibungen auf Mietforderungen betragen 7 T€.

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2011	2010	2009	2008	2007
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.218	1.244	1.244	1.245	1.248

Gewerbeeinheiten	Anzahl	4	5	5	5	5
Garagen	Anzahl	190	197	202	202	199
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70
Stellplätze	Anzahl	84	84	76	76	76
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	79.531	81.339	81.377	81.382	81.372
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	64,42	64,51	64,54	64,35	64,33

2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen

Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/m ²	4,14	3,97	3,96	3,93	3,86
Durchschnittliche Betriebskosten	€/m ²	1,59	1,67	1,55	1,55	1,52
Wohnungswechsel	Anzahl	92	110	107	108	125
Fluktuationsrate	%	7,6	8,8	8,6	8,7	10,0
Wohnungsleerstände davon	Anzahl	107	72	74	46	46
Modernisierungsbedingt	Anzahl	72	42	33	17	3
Sonstige	Anzahl	35	30	41	29	43
Neuvermietung						
Angeschrieben Bewerber davon:	Anzahl	794	959	783	734	700
Interessierte Bewerber	Anzahl	138	146	172	143	149
Absagen	Anzahl	405	513	471	472	357
Nicht gemeldet	Anzahl	251	300	140	119	194

Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 29. Juni 2011 statt.

Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2011	1.985 Mitglieder mit 3.104 Anteilen
Zugang durch Aufnahmen	<u>63 Mitglieder mit 63 Anteilen</u>
	2.048 Mitglieder mit 3.167 Anteilen

Abgang	Mitgl.	Anteile
durch Todesfälle	30	32
durch Kündigungen	44	45
durch Anteilsrückgaben	0	2
durch Ausschluss	13	13
durch Übertragung	<u>3</u>	<u>3</u>
Bestand am 31.12.2010		90 Mitglieder mit 95 Anteilen
		1.958 Mitglieder mit 3.072 Anteilen

Die Stadt Düren hat hiervon 817 Anteile, das sind 26,60 % der Gesamtanteile.

Mitgliederbewegung seit 2007

Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	mit Anteilen
2007	2.119	74	103	2.090	3.183
2008	2.090	95	115	2.070	3.156
2009	2.070	100	162	2.008	3.136
2010	2.008	85	108	1.985	3.104
2011	1.985	63	90	1.958	3.072

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betragen zum Ende des Geschäftsjahres 628 T€ (Vorjahr 634 T€)

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 477 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 1.313 T€, Abgängen von 277 T€ und Abschreibungen von 803 T€ um 233 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 244 T€. Die Sachanlagen belaufen sich auf 73,1 % der Bilanzsumme.

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital um 349 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 1 T€. Die Rückstellungen erhöhten sich um 127 T€. Die Verbindlichkeiten umfassen 44,2 % der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote ist von 55,1 % in 2010 auf 55,4 % in 2011 gestiegen.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert.

In 2011 erfolgten die Teilauszahlung des Darlehens für die Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 27-35 und die Auszahlung der Darlehen für die Umfinanzierung der Objekte Vian-dener Str. 5-9 und Blücherstraße 96-106,81-89. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2012 gewährleistet.

	31.12.2011		31.12.2010		
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	24.236	73,1	24.003	73,4	233
Umlaufvermögen	8.939	26,9	8.695	26,6	244
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
Gesamtvermögen	<u>32.175</u>	<u>100,0</u>	<u>32.698</u>	<u>100,0</u>	<u>477</u>
Passiva					
Eigenkapital	18.373	55,4	18.024	55,1	349
Rückstellungen	148	0,4	21	0,1	127
Rechnungsabgrenz-					

ungsposten	0	0,0	0	0,0	0
Verbindlichkeiten	14.654	44,2	14.653	44,8	1
Gesamtvermögen	<u>33.175</u>	<u>100,0</u>	<u>32.698</u>	<u>100,0</u>	<u>477</u>

Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2011 beträgt 383 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 187 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von – 185 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von + 152 T€, dem außerordentlichen Bereich von + 228 T€ und Steuern von +1 T€.

Die Verminderung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 451 T€ ist im Wesentlichen bedingt durch gestiegene Aufwendungen im Bereich der Hausbewirtschaftung, gestiegenen Abschreibungen auf Wohnbauten und gestiegene betriebliche Aufwendungen.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 126 T€ gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Sollmieten aufgrund von durchgeführten Mieterhöhungen in den freifinanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen. Die Erlösschmälerung durch Leerstand stiegen aufgrund der durchgeführten und weiteren geplant Um- und Ausbaumaßnahmen in der Wohnanlage Blumenthalstraße.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 80 T€ und betreffen im Wesentlichen Abschreibungen auf Zugänge durch nachträgliche Herstellungs- und Modernisierungskosten.

Die Zinserträge sind um 42 T€ infolge von Habenzinssenkungen in 2011 gestiegen.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 251 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennzifferübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2011	2010	2009	2008	2007
1. Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	33.175	32.698	30.998	30.489	30.394
Sachanlagevermögen	T€	24.236	24.003	23.522	24.012	24.545
Sachanlageintensität	%	73,06	73,41	75,88	78,76	80,76
Investitionen in Sachanlagen	T€	1.313	1.212	190	135	738
Eigenkapital (langfristig)	T€	18.330	17.977	17.176	16.168	15.348
Eigenkapitalquote	%	55,25	54,98	55,41	53,03	50,50
Fremdkapital (langfristig)	T€	12.566	12.836	12.021	12.378	13.142
Fremdkapitalquote	%	37,88	39,26	38,78	40,60	43,24
Umsatzerlöse	T€	5.210	5.085	5.129	5.132	5.089
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	T€	383	834	1.038	852	886
Cash-flow	T€	1.186	1.557	1.718	1.518	1.541
Tilgung (planmäßig)	T€	421	283	282	311	312
Ausschüttung	T€	25	26	26	26	26
Verfügbarkeit Cash-flow	T€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m ²	300,17	291,04	283,46	290,81	297,53
Durchschnittliche Verschuldung	€/m ²	158,00	157,81	147,72	152,10	161,51

2. Kennzahlen zur Rentabilität

Eigenkapitalrentabilität	%	2,08	4,65	6,04	5,27	5,81
--------------------------	---	-------------	------	------	------	------

3. Gewinn- und Verlustrechnung

Sollmieten	T€	ß	3.878	3.866	3.840	3.769
Erlösschmälerung	T€	271	239	209	144	149
In Relation zur Sollmiete	%	6,85	6,16	5,41	3,75	3,95
Instandhaltungskosten	T€	1.523	1.113	1.010	1.329	1.186
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/m ²	19,20	13,68	12,36	16,32	14,52
Abschreibung auf Mietforderungen	T€	7	13	19	27	28
Verwaltungskosten	T€	695	669	629	635	690
Abschreibung auf Gebäude (planmäßig)	T€	799	701	673	664	651
Zinsaufwendungen	T€	309	244	240	272	280
Hausbewirtschaftung	T€					

Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 241 T€ gerechnet. Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass sich die Vermietungssituation und die Kostenentwicklung ähnlich wie im Jahr 2011 entwickeln werden. Da der Wohnungsmarkt im Raum Düren von leicht rückläufiger Tendenz gekennzeichnet ist, gehen wir davon aus, dass die Vermietungssituation weiter schwierig bleibt. Ertragsverbesserungen durch Mietanpassungen sind nur noch im gering Umfang möglich. Mit steigenden Mietausfällen muss gerechnet werden.

Die Schwerpunkte unserer zukünftigen Tätigkeit werden auch weiterhin die Erhaltung und kontinuierliche Verbesserung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten sein. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und evtl. Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2012 erwarten wir keine Steigerungen des Zinsniveaus für Kredite zur Finanzierung von Modernisierungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Inflationsrate ist zu beobachten.

Eine Weitergabe von Preissteigerungen über die Miethöhe ist nicht unbegrenzt möglich.

Diese Situation fordert jetzt eine solide Finanzpolitik unter Berücksichtigung öffentlicher Kreditprogramme und langfristig gesicherter Einnahmeströme. Diese Einnahmeströme der Genossenschaft sind nur gesichert, wenn die Mitwohnungen vermietbare Standards aufweisen. Hieran muss die Genossenschaft arbeiten.

Kritisch ist die Situation der öffentlichen Haushalte zu nennen. Die Genossenschaft betrachtet Wohnung, Haus und Umfeld als eine Einheit, die einen Mietwert darstellt. In Zukunft muss sich die Genossenschaft aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte auch der Aufgabe der Umfeldgestaltung intensiver als bisher widmen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familie Wohnraum in der Stadt suchen, sind auch in Düren

festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale. Die positiven Auswirkungen des Modernisierungskonzeptes zeigen sich bereits jetzt nach der Modernisierung der Wohnhäuser Blumenthalstraße 26-28 und Blumenthalstraße 27-29.

Eine zielgruppenorientiertes Marketing, das die Vorteile des genossenschaftlichen Wohnens in Düren für alte und neue Mieter herausstellt, wird die Vermarktungssituation in 2012 verbessern. Zu diesen Aktivitäten zählen, wie genannt, auch durchaus soziale Projekte zum Ausbau der Mieterbindung und zur Stärkung der Bestandsentwicklungspotentiale im Quartier Grüngürtel.

Die Immobilien der Genossenschaft haben in der Stadt Düren ortsteilprägenden Charakter, sie haben Ecken und Kanten, sind markant und stehen für gewachsene soziale Mieterstrukturen. Derjenige, der das Besondere darin sieht, wird es nutzen wollen und dafür auch Miete zahlen, ein Umstand, den die Genossenschaft positiv belegt und der weiter auszubauen ist.

II. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Insbesondere sind gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz und Ertragslage negativ beeinflussen könnten, nicht erkennbar.

Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und besondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätsdarlehen mit 10-jähriger Zinsbindungsfrist. Aufgrund steigender Tilgungsanteile und gleichmäßig über die Jahre verteilter Prolongationstermine halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres

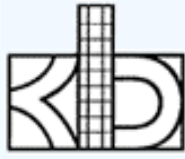
Risikomanagements beobachtet. Zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen werden in Abhängigkeit von der Zinsentwicklung Umschuldungen vorgenommen.

Weitere Finanzinstrumente wendet das Unternehmen nicht an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G. ist mit einem Anteil von 2.556,46 € an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW), Düsseldorf, beteiligt. Die Beteiligung wurde im Geschäftsjahr 2009 außerplanmäßig abgeschrieben, da die WRW Insolvenz angemeldet hat und dadurch die Beteiligung nicht mehr werthaltig war.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Krankenhaus Düren gGmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Telefon: 02421/30-0
 Telefax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: www.krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit Krankenpflegeschule in Düren. Ziel des Betriebes ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH mit Sitz in Düren verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer und einen stellvertretenden Geschäftsführer. Jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt. Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss der folgenden Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
2. Anschaffungen und sonstige Investitionen von über 80.000,00 € im Einzelfall, soweit solche zusätzlich zum Wirtschaftsplan erforderlich sind,
3. Aufnahme und Gewährungen von Krediten außerhalb des Wirtschaftsplanes,
4. Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen,
5. Erteilung und Rücknahme von Handlungsvollmachten,
6. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtpreis von mehr als 100.000,00 € in einem Jahr,
7. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 50.000,00 € liegt,
8. Eingehung oder Kündigung von Beteiligungen,
9. Übernahme von Betriebsführungen von anderen Krankenhäusern und Krankenhausgesellschaften.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus den Landrat des Kreise Düren und dem Bürgermeister der Stadt Düren sowie weiteren sechzehn Mitgliedern. Je acht Mitglieder des Aufsichtsrates werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren und den Stadtrat der Stadt Düren benannt. Der Geschäftsführer, der stellvertretende Geschäftsführer, der leitende Arzt,

die leitende Pflegekraft und der Betriebsratsvorsitzende nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Der Aufsichtsrat kann Ausschüsse bilden und ihnen einzelne Zuständigkeiten übertragen. Zu den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können sachkundige Personen beratend hinzugezogen werden. Der Aufsichtsrat beschließt unbeschadet gesetzlicher Zuständigkeiten

1. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers, der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte für den gesamten Geschäftsbereich,
2. den Inhalt der Anstellungsverträge des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers,
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
4. die Entlastung der Geschäftsführung,
5. die Einstellung, Anstellungsbedingungen und Kündigungen der Fachbereichsärzte, der Belegärzte, des Apothekers und der leitenden Pflegekraft und ihrer Vertreter,
6. die Bestellung des leitenden Arztes und seiner Stellvertreter auf Vorschlag des ärztlichen Vorstandes,
7. die Aufgliederung des medizinischen Bereichs des Krankenhauses in Fachabteilungen,
8. die Genehmigung des jährlich von der Geschäftsführung im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanes und Stellenplanes),
9. den in der Gesellschafterversammlung vorzulegenden Jahresabschluss,
10. die Genehmigung der in § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Rechtsgeschäfte.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über

1. Änderungen der Satzung, insbesondere Änderungen des Zwecks der Gesellschaft, sowie den Beitritt weitere Mitglieder und Erhöhung bzw. Herabsetzung des Stammkapitals,
2. die Genehmigung der Abtretungen von Geschäftsanteilen und Teilen von Geschäftsanteilen,
3. die Auflösung der Gesellschaft,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Aufgabe solcher Beteiligungen,
5. die Bestellung der Abschlussprüfers für das laufende Geschäftsjahr,
6. die Feststellung der Jahresabschlusses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,
7. die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
8. die Geldendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter und die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen gegen die Geschäftsführung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Stelling, Uwe Dr. med. Blum, Gereon	bis 31.05.2011 ab 01.06.2011	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren Stadt Düren	9 Sitze 9 Sitze	50 % 50 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Je 55.000 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.	je 1 Sitz	je 50 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Schavier, Karl Frischmuth, Rudi Hellwig, Eva Hoen, Helmut Rolfink, Katharina Metz, Gundula Koschorreck, Elisabeth Beck, Corinna (bis 31.08.2012) Barzen, Christoph (ab 30.12.2012)	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.100.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	550.000,00 €	50%
Stadt Düren	550.000,00 €	50%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	515.214,48 €	716.836,77 €	877.648,93 €	160.812,16 €	22,43%
II. Sachanlagen	31.373.687,60 €	33.077.888,95 €	38.438.942,95 €	5.361.054,00 €	16,21%
III. Finanzanlagen	6.584,69 €	6.584,69 €	106.584,69 €	100.000,00 €	1518,67%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.902.528,76 €	2.777.518,45 €	2.830.243,68 €	52.725,23 €	1,90%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	9.461.949,36 €	9.054.484,96 €	8.403.404,23 €	-651.080,73 €	-7,19%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.918.783,46 €	1.173.941,47 €	182.328,05 €	-991.613,42 €	-84,47%
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	1.159.448,36 €	1.163.513,24 €	1.166.920,58 €	3.407,34 €	0,29%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	31.334,97 €	30.907,59 €	67.262,09 €	36.354,50 €	117,62%
Summe Aktiva	47.369.531,68 €	48.001.676,12 €	52.073.335,20 €	4.071.659,08 €	8,48%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.344.395,97 €	4.304.301,71 €	4.264.207,45 €	-40.094,26 €	-0,93%
III. Gewinnrücklagen	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	0,00 €	0,00%
V. Bilanzgewinn	5.313.326,07 €	5.588.372,13 €	260.411,77 €	-5.327.960,36 €	-95,34%
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	22.369.334,55 €	21.764.816,16 €	22.462.314,42 €	697.498,26 €	3,20%
C. Rückstellungen	3.978.851,00 €	3.976.965,00 €	4.991.818,00 €	1.014.853,00 €	25,52%
D. Verbindlichkeiten	7.940.680,42 €	9.020.446,79 €	16.823.978,58 €	7.803.531,79 €	86,51%
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	789.068,03 €	712.898,69 €	636.729,34 €	-76.169,35 €	-10,68%
Summe Passiva	47.369.531,68 €	48.001.676,12 €	52.073.335,20 €	4.071.659,08 €	8,48%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	58.704.805,88 €	67.901.900,61 €	71.015.101,66 €	3.113.201,05 €	4,58%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	269.004,81 €	-26.487,87 €	-4.238,92 €	22.248,95 €	-84,00%
3. Zuweisungen und Zuschüsse der öfftl. Hand	31.659,48 €	38.971,58 €	131.098,04 €	92.126,46 €	236,39%
4. sonstige betriebliche Erträge	6.242.104,30 €	5.004.612,50 €	3.670.553,20 €	-1.334.059,30 €	-26,66%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	32.385.860,87 €	35.668.422,82 €	39.774.173,20 €	4.105.750,38 €	11,51%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.600.670,94 €	9.101.687,08 €	9.490.035,08 €	388.348,00 €	4,27%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
6. Materialaufwand	19.368.224,20 €	21.433.493,32 €	21.998.119,28 €	564.625,96 €	2,63%
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.521.074,24 €	2.230.995,07 €	2.283.146,25 €	52.151,18 €	2,34%
8. Erträge aus der Einstellung der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	4.722,43 €	4.064,88 €	3.407,34 €	-657,54 €	-16,18%
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.542.611,02 €	2.629.237,71 €	2.828.829,40 €	199.591,69 €	7,59%
10. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	76.169,35 €	76.169,34 €	76.169,35 €	0,01 €	0,00%
11. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonder- posten/verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwend- ungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.463.406,86 €	2.154.741,43 €	2.361.826,00 €	207.084,57 €	9,61%
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförd- erte Nutzung von Anlage- gegenständen	160.632,86 €	160.674,12 €	206.465,86 €	45.791,74 €	28,50%
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögen- gegenstände des Anlage- vermögens u. Sachanlagen	3.059.868,00 €	3.554.085,76 €	3.985.879,63 €	431.793,87 €	12,15%
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.760.046,27 €	5.297.543,43 €	6.551.527,34 €	1.253.983,91 €	23,67%
Betriebsergebnis	593.441,51 €	488.815,86 €	-4.363.960,07 €	-4.852.775,93 €	-992,76%
15. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	17.498,71 €	2.704,32 €	3.756,17 €	1.051,85 €	38,90%
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	78.099,33 €	158.364,49 €	209.898,33 €	51.533,84 €	32,54%
Finanzergebnis	-60.600,62 €	-155.660,17 €	-206.142,16 €	-50.481,99 €	32,43%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	532.840,89 €	333.155,69 €	-4.570.102,23 €	-4.903.257,92 €	-1471,76%
17. Außerordentliche Aufwendungen	150,00 €	51.322,00 €	83.611,00 €	32.289,00 €	62,91%
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	51.749,69 €	46.881,89 €	714.341,39 €	667.459,50 €	1423,70%
19. sonstige Steuern	8.201,68 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	472.739,52 €	234.951,80 €	-5.368.054,62 €	-5.603.006,42 €	-2384,75%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	974	1064	1104

Verbindungen zum Kreishaushalt

Verlustrückstellungen sind in den letzten Jahren nicht mehr zu leisten gewesen. Gewinnabführungen dürfen nach den Bestimmungen der Abgabenordnung wegen der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht erfolgen.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Krankenhaus Düren gGmbH insgesamt 14.941,15 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2011 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Kommunale Trägerschaft und regionaler Wirtschaftsfaktor

Als kommunales Krankenhaus sind wir ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. 39% unserer 1.103 Mitarbeiter, die am 31.12. des Berichtsjahres beschäftigt waren, wohnen unmittelbar in Düren. Im erweiterten Kreisgebiet (PLZ-Bereich 523..) liegt der Anteil bei 73 %.

Der Umsatz mit regional ansässigen Firmen betrug im Berichtsjahr rund 7,7 Mio. EUR (Vorjahr 5,7 Mio. EUR). Das entspricht 20 % (Vorjahr 19%) der gesamten Lieferantenumsätze. Damit sind wir ein wesentlicher Motor der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH genießt zudem eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der Region Düren. Im Jahr 2011 wurden 16.421 (Vorjahr 16.694) stationäre Patienten aus dem Kreis Düren, davon 8.997 (Vorjahr 9.061) Patienten unmittelbar aus dem Stadtgebiet Düren behandelt. Der leichte Rückgang der Patientenzahlen ist umfangreichen Umbaumaßnahmen im Bereich der Patientenzimmer im Geschäftsjahr 2011 geschuldet. Diese Umbaumaßnahmen werden sich jedoch in Zukunft durch eine deutlich verbesserte Unterbringung der Patienten positiv auswirken.

Die Sicherstellung der ortsnahe Patientenversorgung bei moderner und qualitativ hochwertiger Medizin zählt zu den primären Aufgaben des Krankenhauses. Ein Anteil von über 87% (Vorjahr 85%) regional ansässiger stationär behandelter Patienten spiegelt somit die Verankerung der Krankenhaus Düren gem. GmbH in der Region wider.

Rahmenbedingungen der Geschäftsentwicklung Geschäftsverlauf 2011

Das Geschäftsjahr 2011 wurde mit einem Jahresfehlbetrag von 5.368 TEUR abgeschlossen. Die Erlöszuwächse reichten nicht aus, um die aufgrund verschiedener Sondereinflüsse gestiegenen Aufwendungen zu decken. Der gesetzliche Mehrleistungsabschlag gem. § 4 Abs. 2a KHEntgG in Höhe von 30% bezogen auf 1.000 zusätzlich vereinbarte CM-Punkte für den Budgetzeitraum 2011 belastet das Jahresergebnis 2011 mit einem Betrag in Höhe von 984 TEUR.

Im Berichtsjahr wurden umfangreiche Zimmersanierungen durchgeführt, die technisch bedingt zu erheblichen Kapazitätseinbußen führten. Die ursprünglich für 2011 geplante Inbetriebnahme der Komfortstation konnte aufgrund von erheblichen Verzögerungen im Bauverlauf erst im Januar 2012 erfolgen. Dadurch wurde das Budgetziel um rd. 400 CM-Punkte verfehlt. Dies führt zu Umsatzverlusten in Höhe von rd. 1.165 TEUR. Von den nicht erbrachten 400 CM-Punkten sind 250 CM-Punkte nicht ausgleichsfähig, weil das Krankenhaus in der Budgetverhandlung

aufgrund erwarteter spürbarer Leistungssteigerungen auf Mindererlösausgleichsansprüche in diesem Umfang verzichtet hat (entspricht rd. 145 TEUR).

Weitere wesentliche Ursache für den Jahresfehlbetrag ist der Anstieg der Personalaufwendungen, unter anderem durch Abfindungszahlungen (1.564 TEUR), Tarifsteigerungen (530 TEUR) sowie einen Anstieg um 37,8 Vollkräfte im Jahresdurchschnitt.

Ebenfalls ergebnisbelastend ist der Anstieg der eigenmittelfinanzierten Abschreibungen um 441 TEUR, die Nachzahlungsverpflichtung aufgrund der steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2005 – 2009 in Höhe von 594 TEUR sowie die Bildung einer Rückstellung für erwartete Erschließungskosten in Höhe von 450 TEUR.

Unabhängig davon haben teilweise öffentlich gewordene Auseinandersetzungen zwischen einem früheren Chefarzt und dem ehemaligen Geschäftsführer unter Beteiligung des Aufsichtsrates zu Verunsicherungen geführt und die Geschlossenheit unserer Einrichtung nach außen vorübergehend auch aufgrund negativer Berichterstattung in der örtlichen Presse in Frage gestellt.

Details zu der Entwicklung der Erlöse sowie zu den Betriebs- und Jahresergebnissen der letzten drei Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2011	2010	2009
	TEUR	TEUR	TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	58.822	57.493	51.967
Erlöse aus Wahlleistungen	3.029	1.873	1.526
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	6.830	5.472	1.541
Nutzungsentgelte der Ärzte	2.334	3.063	3.671
Sonstige betriebliche Erträge	3.671	5.005	6.242
Betriebsergebnis	-988	1.642	1.076
Jahresergebnis	-5.368	235	473

Sowohl der Anstieg der Erlöse aus Wahlleistungen als auch der Rückgang der Erlöse aus Nutzungsentgelten steht wesentlich im Zusammenhang mit der Umstellung von Chefarztverträgen vom Liquidations- auf das Beteiligungsmodell.

Details zur Leistungsentwicklung der letzten 3 Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2011	2010	2009	Differenz 2011 gegenüber 2010
	Patienten / Fälle	18.686	18.948	18.677
zzgl. Patienten amb. Operieren	1.805	2.148	1.944	-343
Verweildauer in Tagen	6,32	6,49	6,60	-0,17
Geburten	573	614	582	-41
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt VK)	768,4	730,6	678,9	37,8

Da neben dem Finanzbudget auch das Leistungsprogramm mit den Krankenkassen vereinbart wird, sind Abweichungen hiervon auszugleichen. Dies führt zu positiven oder negativen finanziellen Ansprüchen des Krankenhauses an die Krankenkassen bzw. umgekehrt.

Zum 31.12.2011 bestehen per Saldo Ausgleichsforderungen gegenüber den Kostenträgern in Höhe von 111 TEUR.

Der Rückgang der Fallzahl im Berichtsjahr ist auf Kapazitätsengpässe, bedingt durch im Berichtsjahr durchgeführte umfangreiche Zimmersanierungen zurück zu führen.

Kooperationen wurden mit dem St. Marien-Hospital Birkesdorf als kooperatives Brustzentrum und in der Palliativmedizin mit dem St. Augustinus-Krankenhaus Lendersdorf vereinbart. Die Kooperationen sind von der Bezirksregierung Köln genehmigt.

Die zum 01.11.2009 im Rahmen eines modernisierten Ausbildungskonzeptes neu geschaffenen Teilzeitausbildungsplätze haben sich ebenfalls als erfolgreich erwiesen.

Das Leistungs- und Kostenniveau unseres Krankenhauses wird maßgeblich durch den Case-Mix-Index, sprich die Fallschwere der Patienten, beeinflusst. Der Case-Mix-Index (CMI) stieg im Berichtsjahr um rd. 2,8 % auf 1,039 (Vorjahr 1,011) und bildet den steigenden Anteil an komplexer medizinischer Behandlung ab.

Personal und Soziales

Im Jahresmittel 2011 wurden 768,4 Vollkräfte (VK) beschäftigt (Stand 31.12.: 775,4 VK). Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 37,8 Vollkräfte.

Der Anteil der ärztlichen Mitarbeiter betrug im Jahresmittel 142,1 Vollkräfte (Stand 31.12.: 138,7 VK). Der Anteil der pflegerischen und medizinischen Fachkräfte stieg auf 484,4 VK (Stand 31.12.: 493,3 VK).

Die gesetzlichen Sozialabgaben und Abgaben für Altersvorsorge in Höhe von 9.490 TEUR machten 19,3 % der Lohn- und Gehaltsaufwendungen aus. Darin enthalten sind Kosten für den Sanierungsbeitrag zur Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Höhe von 1.228 TEUR.

Als personalintensiver Gesundheitsdienstleister achten wir darauf, dass unsere Mitarbeiter Professionalität und ein hohes Maß an Qualität in ihre Arbeit einbringen. Sie richten sich in ihrer Arbeitsweise auf die individuellen Bedürfnisse unserer Patienten aus. Das entspricht unseren Unternehmensleitlinien, die Maßstab unseres Handelns sind. Die Qualitätsziele werden durch Weiterbildungsmaßnahmen kontinuierlich unterstützt. Das Wissen und Können unserer Mitarbeiter beeinflusste das Ergebnis positiv.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	2011		2010		Ergebnis- veränderung
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	39.423	77,4	33.801	72,2	5.622
Umlaufvermögen einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	11.484	22,6	13.037	27,8	-1.553
	50.907	100,0	46.838	100,0	4.069
Eigenkapital abzgl. Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung	5.992	11,8	11.363	24,3	-5.371
Sonderposten zzgl. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	23.099	45,4	22.478	48,0	621
Rückstellungen	4.992	9,8	3.977	8,5	1.015
Verbindlichkeiten	16.824	33,0	9.020	19,3	7.804
	50.907	100,0	46.838	100,0	4.069

Die Eigenkapitalquote sinkt auf 11,8 % gegenüber dem Vorjahr (24,3 %). Das Anlagevermögen ist zu 58,6 % mit Fördermitteln finanziert.

Finanzlage	2011 TEUR	2010 TEUR
Finanzmittelfonds am 1.1.	1.174	1.919
operativer Cash-Flow	-2.731	1.943
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-7.328	-3.437
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	9.067	749
Veränderungen des Finanzmittelfonds	-992	-745
Finanzmittelfonds am 31.12.	182	1.174

Der Rückgang des Finanzmittelfonds resultiert mit einem Finanzfehlbetrag in Höhe von 2.731 TEUR aus laufender Geschäftstätigkeit sowie mit 7.328 TEUR aus Investitionstätigkeit.

Ertragslage

	2011		2010		Ergebnis- veränderung
	T€	%	T€	%	
Laufende Erträge					
Gesamtleistung aus dem Krankenhausbetrieb (einschließlich Ausbildungsfonds)	70.897	95,3	67.875	91,2	3.022
Sonstige betriebliche Erträge	3.365	4,5	4.630	6,2	-1.265
Zuweisung und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Investitionsfinanzierung	131	0,2	39	0,1	92
	74.393	100,0	72.544	97,5	1.849
Laufende Aufwendungen					
Personalaufwendungen	47.700	64,1	44.361	59,6	3.339
Lebensmittel	1.109	1,5	1.057	1,4	52
Medizinischer Bedarf	16.980	22,8	16.827	22,6	153
Wasser, Energie, Brennstoffe	1.874	2,5	1.572	2,1	302
Wirtschaftsbedarf	415	0,6	393	0,5	22
Verwaltungsaufwand	2.126	2,9	2.334	3,1	-208
Instandhaltung	2.065	2,8	1.519	2,0	546
Steuern, Abgaben, Versicherungen	1.033	1,4	1.078	1,4	-45
Sonstiger Betriebsaufwand	2.079	2,8	1.761	2,4	318
	75.381	101,3	70.902	95,3	4.479
Betriebsergebnis	-988	-1,3	1.642	2,2	-2.630
Neutrales Ergebnis	-2.775		-335		-2.440
Finanzergebnis	-1.521		-1.021		-500
ausserordentliches Ergebnis	-84		-51		-33
Jahresergebnis	-5.368		235		-5.603

Die Kosten für Honorarärzte sind mit 278 TEUR im medizinischen Bedarf enthalten.

Die betrieblichen Erträge haben sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf Grund eines Anstiegs der Erlöse aus Krankenhausleistungen um 1.328,8 TEUR, der Erlöse aus Wahlleistungen um 1.155,5 TEUR und der Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses um 1.358,4 TEUR positiv entwickelt.

Das neutrale Ergebnis ist mit 2.775 TEUR geprägt von Abfindungszahlungen, Erschließungskosten für die Roonstraße sowie Steuernachzahlungen für Vorjahre, nachdem die Finanzbehörde im Rahmen einer Betriebsprüfung der Jahre 2005 bis 2009 im Wesentlichen deutlich höhere Überschüsse beim wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Verkauf von Zytostatika“ ermittelt hat. Darüber hinaus sind im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen und Erträge im neutralen Ergebnis enthalten.

Risikobericht

Besondere, bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Veränderungsrate für das Jahr 2012 beträgt 1,48 % und ist bereits in die Landesbaserate eingerechnet. Diese liegt weit unter dem von den Tarifparteien in der Lohnrunde 2012/13 abgeschlossenen Ergebnis. Die Mehrkosten können nur zum Teil durch Maßnahmen im Personalbereich aufgefangen werden. Ein Großteil muss sich aus dem Umsatzwachstum generieren. Hier sind korrigierende gesetzliche Maßnahmen notwendig.

Die Umstellung des bisherigen Pflegeförderungsprogramms nach § 4 Abs. 10 KHEntgG von einer direkten Förderung in leistungsbezogene Umverteilung wird zu einem systembedingten Verlust von finanziellen Mitteln im Umfang von ca. 5 Vollkräften führen.

Die durchschnittlichen Personalkosten sowohl im ärztlichen als auch im nichtärztlichen Bereich liegen im Vergleich zu anderen Krankenhäusern deutlich höher. Hier muss eine Verlagerung von arzt- und pflegefernen Tätigkeiten in zentrale Dienste erfolgen, um Mehrkosten durch sinnvolle Strukturänderungen aufzufangen.

Die Auswirkungen möglicher gesetzlicher Änderungen im Hinblick auf die onkologische Ambulanz nach § 116b SGB V lassen sich erst nach Vorliegen der GBA-Beschlüsse zum Ende des Jahres 2012 beurteilen.

Ebenso muss die steuerliche Beurteilung der Produktion von Zytostatika für ambulante Patienten des Krankenhauses neu erfolgen. Obwohl gerade in jüngster Zeit positive Urteile für die Krankenhäuser ergangen sind, liegen hier auch weiterhin gewisse Risiken.

Auch hier wäre eine dauerhaft stabile gesetzliche Regelung hilfreich.

Nach abgewiesener Klage durch das Verwaltungsgericht Aachen vom 6.4.2012 ist die Pädiatrie aus dem Krankenhausplan des Krankenhauses Düren gemäß Feststellungsbescheid der Bezirksregierung Köln vom 25. Juli 2005 herauszunehmen.

Aufgrund der Bedarfssituation in der Region ist allerdings eine umfassende Versorgung aller Kinder durch die Pädiatrie am St. Marien Hospital Düren-Birkesdorf wegen fehlender Kapazitäten nicht gewährleistet. Es finden Gespräche mit der Bezirksregierung statt mit dem Ziel, die Pädiatrie am Krankenhaus Düren zu belassen.

Durch im Jahre 2012 beginnende umfangreiche Straßenbauarbeiten ist die bisherige problemlose Erreichbarkeit des Krankenhauses für ca. ein Jahr eingeschränkt. Inwieweit dies neben den direkten Anliegerkosten auch Auswirkungen auf die Erlössituation haben kann, ist derzeit nicht abschätzbar.

Weitere nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand des Krankenhauses betreffen könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Prognosebericht

Die laufende Wirtschaftsplanung sieht für die Jahre 2012 und 2013 Jahresüberschüsse in Höhe von 240 TEUR und 627 TEUR vor. Nach derzeitigen Erkenntnissen sind diese Prognosen realistisch erreichbar und werden von der zur Zeit geführten politischen Diskussion um eine zusätzliche Finanzierung der Tarifabschlüsse der Krankenhäuser positiv unterstützt.

Durch eine Straffung der medizinischen Ausrichtung und einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gelang es, das Krankenhaus als den Schwerpunktversorger der Region wieder sicher zu verankern. Die Erfolgsfaktoren in der medizinischen Qualität entwickeln sich weiterhin positiv. Das schlägt sich im 1. Quartal 2012 mit weiter steigenden Patientenzahlen nieder. Zum

31. März stieg das Case-Mix-Volumen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 9,2%, die Fallzahlen stiegen um 4,4%. Es ist ein stabiles Wachstum mit steigendem Trend zu verzeichnen.

Das Krankenhaus wird aufgrund des finanziellen Zugewinns und steigender Leistungszahlen bei strenger Kostenkontrolle seine wirtschaftliche Lage stabilisieren und weiter ausbauen. Für das Jahr 2012 wurde bereits erfolgreich ein Budgetabschluss mit den Krankenkassen mit deutlichem Leistungszuwachs abgeschlossen. Das vereinbarte Leistungsvolumen liegt mit 20.040 CM-Punkte um 390 CM-Punkte über dem Niveau von 2011.

Für 2013 erwarten wir weitere Wachstumsimpulse und weitere Verbesserungen in der Ertragslage. Getrieben werden diese durch einen wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen infolge einer immer älter werdenden Bevölkerung und hausindividuell durch verbesserte Infrastruktur durch die im Januar 2012 in Betrieb gegangene Privatstation und umfangreiche Zimmersanierungen. Damit sind strukturelle Wettbewerbsnachteile der Vergangenheit behoben, die sich positiv auf Wachstumsimpulse und optimierte wirtschaftliche Prozesse im Krankenhaus auswirken werden. Zertifizierungsprozesse und damit verbundenen Prozessverbesserungen werden Ende 2012 weitestgehend abgeschlossen sein und legen die Basis für eine Stärkung der Ertragskraft und weitere Wachstumsmöglichkeiten über das Jahr 2013 hinaus.

Das strategische Ziel der mittel- und langfristigen Ausrichtung ist eine hochwertige medizinische Versorgung in allen Bereichen sowie einer Konzentration der Spezialisierungen auf die Bereiche Tumorerkrankungen, Herz- und Kreislauferkrankungen, Erkrankungen der Verdauungs- und Stoffwechselorgane sowie auf Erkrankungen des Bewegungsapparates. Dadurch kann sich das Krankenhaus als Schwerpunktversorger zwischen Aachen und Köln sowie Eifel und Niederrhein weiter etablieren und durch die verzahnten und optimierten Angebote auch überregional Patienten anziehen.

Neben der hochwertigen medizinischen Versorgung ist die positive Wahrnehmung des Krankenhauses in der Öffentlichkeit und das stabile Fundament der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend. Hier konnten durch die Einrichtung der neuen Stabsstelle Unternehmenskommunikation sowie weiterer Schritte auf dem Weg zum familienfreundlichen Krankenhaus in Verbindung mit einer veränderten Unternehmenskultur erste Erfolge erzielt werden.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag traten keine erwähnenswerten Ereignisse mehr im Krankenhaus ein. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmen

Die Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- | | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1) | KHD Träger GmbH | siehe Seite | 341 |
| 2) | AGKAMED Holding GmbH ATC Automotive Testing Center of RWTH Aachen University GmbH | Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung der Krankenhaus Düren gGmbH an der AGKAMED Holding GmbH unter 1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren. | |

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH (SEV)

Forum Vogelsang
53937 Schleiden
Telefon: 02444/915779-10
Telefax: 02444/915779-19
E-Mail: Thomas.Fischer-Reinbach@vogelsang-ip.de
Homepage: www.vogelsang-ip.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem "Internationalen Platz im Nationalpark Eifel". Die Gesellschaft führt die begonnenen Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanungen, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
- Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordinierung der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbliebener Fläche von ca. 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investitionsakquisition,
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs-/Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Betrieb und Unterhaltung der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltungskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2013.

Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages und der Beschlüsse der Gesellschafter und des Aufsichtsrates zu führen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Dieser besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der Städteregion Aachen und Düren jeweils 1 Mandat zu. Das MWME wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt 2 Mitglieder. Der Aufsichtsrat berät über die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab. Er hat die Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und überwachen. Er beschließt insbesondere über die in § 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Geschäfte.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S. d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Beteiligung an anderen Unternehmen,
3. der Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Zustimmung zur Abtretung, zur Belastung oder zur Teilung von Geschäftsanteilen,
7. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführung oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat und
8. die Bestellung, Anstellung, Abberufung und Kündigung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für die Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Fischer-Reinbach, Thomas		
Aufsichtsrat:	Kreis Euskirchen	3 Sitze	23,08 %
	Stadt Schleiden	2 Sitz	15,38 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	7,69 %
	Kreis Düren	1 Sitz	7,69 %
	MWME-NRW	4 Sitz	30,77 %
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2 Sitze	15,38 %

Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.	1 Stimme	je 240,00 € Stammkapital
-----------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	53937 Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	36.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00 €	33%
Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME)	12.000,00 €	33%
Kreis Euskirchen	6.480,00 €	18%
StädteRegion Aachen	2.160,00 €	6%
Kreis Düren	2.160,00 €	6%
Stadt Schleiden	1.200,00 €	3%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	35.840,00 €	14.705,00 €	187,00 €	-14.518,00 €	-98,73%
II. Sachanlagen	10.804,00 €	9.626,00 €	32.309,00 €	22.683,00 €	235,64%
B. Umlaufvermögen					

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	9.612,46 €	4.639,82 €	5.016,23 €	376,41 €	8,11%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	-
IV. Kassenbestand	110.543,38 €	96.747,40 €	152.340,47 €	55.593,07 €	57,46%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	952,96 €	852,50 €	2.357,47 €	1.504,97 €	176,54%
Summe Aktiva	167.752,80 €	126.570,72 €	228.210,17 €	101.639,45 €	80,30%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	16.090,83 €	115.621,70 €	73.406,03 €	-42.215,67 €	-36,51%
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	99.530,87 €	-42.215,67 €	42.593,08 €	84.808,75 €	-200,89%
B. Rückstellungen	15.240,70 €	11.376,70 €	20.710,00 €	9.333,30 €	82,04%
C. Verbindlichkeiten	890,40 €	5.787,99 €	55.501,06 €	49.713,07 €	858,90%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	167.752,80 €	126.570,72 €	228.210,17 €	101.639,45 €	80,30%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
2. Erhöhung/Minderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
3. sonstige betriebliche Erträge	449.529,45 €	451.427,30 €	550.372,12 €	98.944,82 €	21,92%
4. Materialaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
5. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	56.162,33 €	56.162,33 €	-
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.421,45 €	25.816,42 €	23.472,38 €	-2.344,04 €	-9,08%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	351.554,67 €	468.465,91 €	428.878,58 €	-39.587,33 €	-8,45%
Betriebsergebnis	88.553,33 €	-42.855,03 €	41.858,83 €	84.713,86 €	-197,68%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	521,40 €	639,36 €	980,25 €	340,89 €	53,32%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	34,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	487,40 €	639,36 €	980,25 €	340,89 €	53,32%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	89.040,73 €	-42.215,67 €	42.839,08 €	85.054,75 €	-201,48%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10.490,14 €	0,00 €	246,00 €	246,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	99.530,87 €	-42.215,67 €	42.593,08 €	84.808,75 €	-200,89%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter Geschäfte werden durch die Mitarbeiter der LEG Stadtentwicklung Service GmbH sowie der LEG Management GmbH besorgt.	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für die laufende Finanzierung der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH 27.000 € in 2011 Höhe gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde bis zum 31.12.2013 verlängert. Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst. Gleichzeitig wurden die neuen Vorschriften des Transparenzgesetzes in den Gesellschaftsvertrag integriert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der SEV im Jahr 2011 lag in der Fortführung des 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens für den Standort. Ausgelöst durch die Diskussion um das sog. „Krimiresort“ wurde sich als Grundlage für die weitere Vermarktung auf ein neues „Räumliches Entwicklungskonzept“ verständigt. Kernpunkte sind der Abriss der Kaserne „Van Dooren“ und als Kompensation die Schaffung einer Neubaufläche an den ehemaligen „Panzerhallen“ südlich des Kinos. Das Plateau soll in Anlehnung an den Architekturwettbewerb „Forum Vogelsang“ als zentrale Frei- und Veranstaltungsfläche bis zum Jahr 2015 umgestaltet werden. Die angestrebte Entwicklung eines „Vogelsang-Hotels“ soll aktiv weiter verfolgt werden. Zu Beginn des Jahres 2012 hat die SEV daher die Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Erfolgreich angesiedelt werden konnte in einem der sog. „Kameradschaftshäuser“ das „Rotkreuz-Museum für internationales Völker- und Menschenrecht“. Die beiden Projekte „Astrono-

mie-Werkstatt“ und „Outdoor-Zentrum“ befinden sich noch in der Planungsphase, die Investitionsentscheidungen werden im Jahr 2012 erwartet. Für ein barrierefreies Erlebnisangebot, den sog. „Panoramatrail“, erfolgt durch einen Investor die Machbarkeitsprüfung.

Als dauerhaftes Marketinginstrument wurden gemeinsam mit der vogelsang ip gemeinnützige GmbH zwei Ausgaben der Bauzeitung, ip.news, herausgebracht. Für das Jahr 2012 ist eine weitere Ausgabe geplant. Für die Immobilienmesse EXPO REAL hat die SEV ein Geländemodell erstellen lassen, in dem das „Räumliche Entwicklungsmodell“ und das Rahmenkonzept visualisiert wurden. Mit dem Exposé „Vogelsang-Hotel Rahmenbedingungen“ wird für die Ansiedlung eines hochwertigen Hotels am Standort geworben.

Im Rahmen der Ansiedlung der Kernnutzungen hat die Landesregierung NRW überraschend entschieden, die Internationale Begegnungsstätte des DJH derzeit nicht zu fördern. Damit wurde auch die Realisierung des in das Projekt integrierten Jugendwaldheims zunächst gestoppt. Ob und zu welchem Zeitpunkt das Projekt der 1. Entwicklungsstufe noch umgesetzt wird, wird in den nächsten Monaten geprüft. Die Architektur- und Freiraumplanungen waren auf Grundlage des im Jahr 2009 durchgeführten Planungswettbewerbes weitgehend abgeschlossen, der Bauantrag für das Vorhaben sollte im Frühjahr 2012 eingereicht werden.

Für das künftige „Forum Vogelsang“ wurde inzwischen eine Gesamtbewilligung für „Umbau und Sanierung“ in Höhe von 35,1 Mio. € erteilt. Gesichert ist damit auch die Finanzierung der drei Förderprojekte „NS-Dokumentation“, „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ und „Nationalparkzentrum“.

Der Bauantrag für das Kernprojekt „Forum Vogelsang“ wurde beim Kreis Euskirchen gestellt. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2012 terminiert, eröffnet werden sollen das neue Besucherzentrum und die Ausstellungen im Mai 2014.

Der Umbau des Vogelsang-Kinos zu einem großformatigen Veranstaltungsort und der temporären Besucherinformation ist weitgehend abgeschlossen. Die Eröffnung ist für März 2012 terminiert. Voraussetzung ist die vorherige Erneuerung der Hausanschlüsse der Entwässerung, welche im Februar 2012 erfolgen soll.

Das von der SEV zur Ansiedlung des Nationalparkforstamtes im Malakoff-Gebäude vorbereitete europaweite Offene Verfahren zur Gewinnung eines Investors wurde Ende September gestartet. Nach Abgabeschluss Ende des Jahres 2011 wird die Vergabeentscheidung für Frühjahr 2012 erwartet.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen hat die SEV im Jahr 2011 das Sanierungskonzept für die Entwässerung des Standortes vorgelegt. Im Einvernehmen mit der Stadt Schleiden wurde ein öffentliches Schmutzwassernetz definiert. Die mit der Stadt Schleiden abgeschlossene Vereinbarung sieht die Sanierung des Schmutzwassernetzes durch die SEV und Übertragung an die Stadt bis spätestens 01.07.2013 vor. Die Versickerung der Regenwässer muss durch die jeweiligen Grundstückseigentümer auf eigenem Grundstück erfolgen.

In Abstimmung mit den Nutzern und Behörden hat die SEV durch das Büro sinai das „Rahmenkonzept Freiraum, Erschließung, Beleuchtung“ erstellt. Es dient der SEV und allen vorhandenen und künftigen Nutzern als Leitfaden für Planungen und Investitionsentscheidungen. Das Rahmenkonzept wird Anlage und Bestandteil künftiger Kaufverträge.

Das im Jahr 2010 entwickelte Geländemanagement-Konzept „Bürgerarbeit“ wurde ab Mai 2011 erfolgreich umgesetzt. Die SEV übernimmt damit zunächst bis Ende 2013 den Betrieb und Unterhalt aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes. Die personalintensiven Serviceleistungen werden zurzeit durch fünf bei der SEV angestellte „Bürgerarbeiter“ erbracht, welche durch einen ebenfalls eingestellten Geländehausmeister geführt werden. Die „Bürgerarbeit“ wird vom Bundesverwaltungsamt gefördert. Die der SEV im

Rahmen des Geländemanagements entstehenden Kosten werden durch die Nutzer und Eigentümer getragen.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Der deutschlandweite Trend sinkender Umsätze im Tourismus- und Bildungsbereich war in Vogelsang nicht spürbar. Da im Jahr 2011 keine für Besucher spürbaren infrastrukturellen Verbesserungen am Standort erfolgten, war eine Stagnation oder sogar ein Rückgang der Besucher gegenüber dem Jahr 2010 erwartet worden. Entgegen dieser Prognose stieg das Besucheraufkommen im Jahr 2011 nochmals gegenüber dem Vorjahr von knapp unter 200.000 auf über 200.000 an. Damit konnten in den ersten sechs Jahren seit Öffnung des Geländes am 01.01.2006 bereits über 1,1 Millionen Besucher in Vogelsang begrüßt werden. Begründet sind diese Steigerungen möglicherweise mit der Tendenz zu mehr Kurzurlauben und Tagesausflügen im Inland anstatt Flugreisen ins Ausland. Durch das höhere Besucheraufkommen konnten die sinkenden Umsätze pro Kopf am Standort kompensiert werden.

Damit bestätigt sich auch im Jahr 2011 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist auch durch die überregional beachteten Veranstaltungen und Ausstellungen weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“, welcher durch die Eröffnung des „Vogelsang-Kinos“ neue Impulse erhalten wird. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch im Jahr 2011 waren die Auswirkungen aus der Finanzkrise bei der Vermarktung des Standortes spürbar. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Im Rahmen des im Herbst 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens sind im Jahr 2011 vier neue Projektideen eingereicht worden. Die Investitionsbereitschaft von privater Seite kann insgesamt als gering bezeichnet werden. Mit dem „Rotkreuz Museum für internationales Völker- und Menschenrecht“ konnte eine Ansiedlung im Jahr 2011 realisiert werden. Bei drei weiteren Projekten bestehen gute Chancen auf Realisierung.

Bei den beiden Kernprojekten Forum Vogelsang und Nationalparkforstamt kam zu zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich der Finanzierung bzw. der Freigabe des Investorenverfahrens. Die weiteren Projektphasen sind zwischenzeitlich freigegeben worden, sodass die weitere Finanzierung und Umsetzung der Projekte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefährdet ist. Unklar ist allerdings, ob und wann das Kernprojekt Internationale Begegnungsstätte DJH mit integriertem Jugendwaldheim am Standort gebaut werden wird.

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2011

Im Geschäftsjahr 2011 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt (150.000,00 €), des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Ab Mai des Jahres wurde erstmals im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ der Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer übernommen. Sämtliche Ausgaben werden durch die Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 42.593,08 € (Vorjahr Jahresunterdeckung 42.215,67 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 152.340,47 € (Vorjahr: 96.747,40 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt und der regionalen Gesellschafter. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV). Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 151.999,11 € (Vorjahr: 109.406,03 €) gegenüber.

Ertragslage

Im Jahr 2011 entsteht Jahresüberschuss in Höhe von 42.593,08 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 42.215,67 € im Jahr 2010. Erträgen in Höhe von 551.352,37 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 508.759,29 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das positive Jahresergebnis sind geringere Ausgaben bei den Fremdleistungen, den allgemeinen Verwaltungskosten und den Sachkosten.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,20 € (Vorjahr: 302.260,20 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG. Weiterer Aufwand fiel an im Bereich der Fremdleistungen über 44.863,25 € u. a. für die Erstellung des Rahmenkonzeptes.

Neu gegenüber den Vorjahren sind die Aufwendungen im Geschäftsbereich „Geländemanagement“. Der größte Aufwandsposten entstand mit 56.162,33 € im Jahr 2011 für Personal.

Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 228.210,17 € (Vorjahr: 126.570,72 €). Das Eigenkapital beträgt 151.999,11 € (Vorjahr: 109.406,03 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 67 % (Vorjahr: 86 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 33 % (Vorjahr: 12 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen und Risiken

Die Entscheidung des Landes NRW, das Kernprojekt Internationale Begegnungsstätte DJH und Jugendwaldheim im Jahr 2012 nicht mit öffentlichen Mitteln umzusetzen, kann heute noch nicht in allen Facetten absehbare Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung nach sich ziehen. Die beiden Initiatoren der Investorenprojekte Astronomie-Werkstatt und Outdoor Zentrum prüfen, ob sie ohne Jugendherberge und Jugendwaldheim ihre Projekte noch umsetzen. Das vorläufige

„Aus“ der beiden Kernprojekte führt möglicherweise zu einem Vertrauensverlust am Markt, d. h. nicht kalkulierbaren Verzögerungen bei der weiteren Vermarktung. Als Folge der Entscheidung ist auch ein vorübergehender Vertrauensverlust der Partner untereinander zu verzeichnen. Die Zukunft wird Klarheit darüber bringen, ob das Projekt „Jugendherberge / Jugendwaldheim“ im Lichte konkreter Übernachtungsnachfragen wieder aufgegriffen wird und wie sich die künftige Zusammenarbeit der Partner gestaltet.

Verbunden mit dieser Klarheit und dem Baubeginn des „Forum Vogelsang“ wird dann hoffentlich auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren in Vogelsang in den kommenden Jahren wieder zunehmen und auch zu konkreten Vertragsabschlüssen führen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen sind bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2013 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern bis Ende 2013. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit nicht erkennbar.

Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2013 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Schwerpunkte der Tätigkeit in den Jahren 2012 und 2013 werden die Begleitung der Realisierung der Kernnutzungen „Forum Vogelsang“ und „Nationalparkforstamt“ sowie der weiteren sich aus dem Markterkundungsverfahren konkretisierenden Projekte sein. Für das derzeit nicht mit öffentlichen Mitteln zu finanzierende Kernprojekt „Internationale Begegnungsstätte DJH/Jugendwaldheim“ werden alternative Finanzierungskonzepte untersucht werden. Aktiv weiterverfolgt wird insbesondere die Ansiedlung eines Hotels in Vogelsang. Als Infrastrukturmaßnahmen sind die Sanierung der Entwässerungsanlagen und die weiterführende Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf Grundlage des Rahmenkonzeptes Freiraum | Verkehr | Beleuchtung geplant.

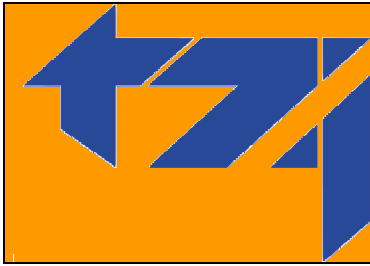
Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft werden die Akquisition neuer Investorenprojekte und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für den Standort sein.

Für die kommenden Geschäftsjahre werden geringe Überschüsse erwartet.

Zum heutigen Tag sind auch keine Anzeichen erkennbar, dass sich weitere Verzögerungen oder sonstige Einschränkungen bei der Umsetzung der Kernprojekte und Investorenprojekte auf Vogelsang ergeben. Die allgemeine konjunkturelle Erholung hat noch keine Auswirkungen in der Vermarktung gezeigt, d.h. die Investorenkontakte haben nicht zugenommen. Durch die Entscheidung gegen die kurzfristige Realisierung der Jugendherberge und des Jugendwaldheims wird die Gewinnung privater Entwickler und Investoren, insbesondere für die bestehende Altbausubstanz, eher noch schwieriger werden. Durch den Baubeginn des Ankerprojektes „Forum Vogelsang“ wird andererseits eine gewisse Sogwirkung d. h. Erhöhung der Investitionsbereitschaft von privater Seite erwartet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Technologiezentrum Jülich GmbH

Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und –räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. Auf den Kreis Düren entfallen zwei Sitze.

Der Aufsichtsrat beschließt über:

1. die Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft
2. die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer und Stellvertreter sowie über den Inhalt ihrer Anstellungsverträge
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer
4. die Empfehlung des von den Geschäftsführern jährlich in voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplan) und Stellenplanes sowie der Jahresabschluss an der Gesellschafterversammlung
5. die Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich mindestens einmal vor Ablauf des laufenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Einberufung einer Gesellschafterversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe zu verlangen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung unverzüglich einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung der Wirtschafts- und Stellenpläne,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Verwendung des Bilanzgewinnes oder Abdeckung des Bilanzverlustes.
4. die Entlastung des Aufsichtsrates und des Geschäftsführers,
5. die Beauftragung der Abschlussprüfer,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, gegen den Geschäftsführer bzw. den stellvertretenden Geschäftsführer,
7. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
8. den Erwerb von Beteiligungen und Mitgliedschaften,
9. die Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
10. die Auflösung,
11. die Bestellung und Abberufung von Liquidatoren.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dipl.-Kaufmann Aretz, Carlo		
Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	3 Sitze	23,08 %
	AGIT GmbH	2 Sitze	15,38 %
	Kreis Düren	2 Sitze	15,38 %
	Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	7,69 %
	Hans Lamers GmbH & Co. KG	./.	0,00 %
	RWE Power AG	./.	0,00 %
	Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	7,69 %
	Zuckerfabrik Jülich AG	1 Sitz	7,69 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
	Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
	Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %

Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt.	1 Stimme	je 250,00 € Stammkapital
-----------------------------------------	-------------------------------------------	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
	Heselhaus, Karl-Heinrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter- versammlung:	Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
-----------------------------------------	-------------	-------------	---------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52428 Jülich	
gezeichnetes Kapital:	153.387,57 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Jülich	42.948,51 €	28%
AGIT GmbH	19.940,37 €	13%
Kreis Düren	15.338,76 €	10%
Forschungszentrum Jülich	7.669,38 €	5%
H. Lamers GmbH & Co KG	7.669,38 €	5%
Rheinbraun AG	7.669,38 €	5%
Urenco Deutschland GmbH	7.669,38 €	5%
Zuckerfabrik Jülich	7.669,38 €	5%
Sparkasse Düren	12.271,01 €	8%
Aachener Bank e.G	12.271,01 €	8%
Deutsche Bank	12.271,01 €	8%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	5.151.943,00 €	4.662.855,00 €	4.041.051,00 €	-621.804,00 €	-13,34%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	122.484,25 €	106.091,42 €	153.128,67 €	47.037,25 €	44,34%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	686.554,86 €	853.760,66 €	979.777,04 €	126.016,38 €	14,76%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	2.579,92 €	138,66 €	185,55 €	46,89 €	33,82%
Summe Aktiva	5.963.562,03 €	5.622.845,74 €	5.174.142,26 €	-448.703,48 €	-7,98%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	248.573,86 €	294.504,21 €	433.844,17 €	139.339,96 €	47,31%
III. Jahresüberschuss	45.930,35 €	139.339,96 €	159.467,15 €	20.127,19 €	14,44%
B. Sponderposten für Investitionszuschüsse	4.436.734,00 €	3.897.523,00 €	3.358.312,00 €	-539.211,00 €	-13,83%
C. Rückstellungen	904.677,70 €	917.634,31 €	918.269,32 €	635,01 €	0,07%
D. Verbindlichkeiten	164.816,42 €	215.377,58 €	145.252,93 €	-70.124,65 €	-32,56%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	9.442,13 €	5.079,11 €	5.609,12 €	530,01 €	10,44%
Summe Passiva	5.963.562,03 €	5.622.845,74 €	5.174.142,26 €	-448.703,48 €	-7,98%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	962.461,27 €	931.762,92 €	921.005,61 €	-10.757,31 €	-1,15%
2. sonstige betriebliche Erträge	702.878,36 €	747.600,71 €	723.779,79 €	-23.820,92 €	-3,19%
3. Personalaufwand	247.016,01 €	253.427,46 €	255.376,68 €	1.949,22 €	0,77%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	617.972,40 €	620.783,19 €	622.250,26 €	1.467,07 €	0,24%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	638.692,86 €	576.001,61 €	505.685,53 €	-70.316,08 €	-12,21%
Betriebsergebnis	161.658,36 €	229.151,37 €	261.472,93 €	32.321,56 €	14,10%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	4.747,91 €	7.438,97 €	10.963,99 €	3.525,02 €	47,39%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	4.747,91 €	7.438,97 €	10.963,99 €	3.525,02 €	47,39%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	166.406,27 €	236.590,34 €	272.436,92 €	35.846,58 €	15,15%
8. Außerordentliche Erträge	0,00 €	3.124,00 €	0,00 €	-3.124,00 €	-100,00%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	84.135,80 €	62.375,72 €	72.286,80 €	9.911,08 €	15,89%
10. sonstige Steuern	36.340,12 €	37.998,66 €	40.682,97 €	2.684,31 €	7,06%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	45.930,35 €	136.215,96 €	159.467,15 €	23.251,19 €	17,07%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Ein Verlustausgleich, der von den Gesellschaftern – außer Forschungszentrum Jülich – im Verhältnis ihrer Stammanteile, jedoch höchstens bis zu dem zehnfachen jeweiligen Stammkapitalanteil zu leisten ist (für den Kreis Düren also höchstens 153.387,56 €), ist in 2011 nicht angefallen.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z.Zt. ist die Pacht ausgesetzt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft entwickelte sich im Geschäftsjahr 2011 wie im Trend der Vorjahre wiederum sehr zufriedenstellend. Der Stand der Vermietung blieb stabil. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 160, wodurch das letztjährige Jahresergebnis um TEUR 21 übertroffen wurde. Die betriebliche Gesamtleistung der TZJ GmbH ist mit TEUR 1.106 gegenüber 2010 zwar leicht rückläufig, aber weiterhin auf hohem Niveau. Die nochmalige Ergebnis-

verbesserung resultiert vor allem aus dem Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich um TEUR 70 auf TEUR 506 verminderten. Eine wesentliche Ursache für diese Aufwandsminderung liegt in den seit 2010 geltenden, durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) begründeten Änderungen, wonach Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen, die nicht innerhalb von drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres nachgeholt werden, nicht mehr gebildet werden dürfen. Dies ändert jedoch grundsätzlich nichts an der Tatsache, dass in den nächsten Geschäftsjahren aufgrund des Alters des TZJ-Gebäudes tendenziell mit einem höheren Instandhaltungsbedarf zu rechnen ist. Das Betriebsergebnis der Gesellschaft verbesserte sich um TEUR 30 auf TEUR 262, das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um TEUR 34 auf TEUR 273. Nach Steuern führt dies zu einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 160.

Tätigkeiten der Gesellschaft

Es ist für Unternehmen wichtiger denn je, durch innovative Produkte und Dienstleistungen Wettbewerbsvorteile aufzubauen. Äußerst hilfreich, weil ausgesprochen wirksam, ist dabei die Zusammenarbeit von leistungsfähigen Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Von daher ist natürlich der wissenschaftlich-wirtschaftliche Austausch zwischen Hochschulen und Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Unternehmen benötigen dringlich qualifizierten Nachwuchs, der Know-how und neue Ideen in die Wirtschaft einbringt. Die Hochschulen wiederum sind auf einen Austausch mit den Unternehmen angewiesen, wenn sie praxisnah und analog den aktuellsten technologischen Entwicklungen ausbilden wollen. Für erfolgreichen Technologietransfer ist dabei das Engagement vieler Partner erforderlich. Unternehmen müssen ein Mehr an zeitlichem Aufwand in den Informations- und Innovationsprozess investieren. Dieser Prozess wird von unterschiedlichen Institutionen aktiv unterstützt. Als ganz wesentliche Ziele gelten in diesem Zusammenhang die effiziente, zeitnahe Partnersuche für die Anwendung, die klare Steuerung der Kontakt- oder Kooperationsgespräche, die Suche nach notwendigem speziellen Zusatz-Know-how und nicht zuletzt das Beziehungsmanagement der einzelnen Partner untereinander.

Gründer- und Technologiezentren haben dies früh erkannt und bieten sich als Mittler zwischen entsprechenden Unterstützungsangeboten und den firmenspezifischen Nachfragen an.

Im Technologiezentrum Jülich, das eine Inkubatorfunktion für junge innovative Unternehmen einnimmt, ist ein solcher „Know-how-Transfer“ seit der Gründung fester Bestandteil des Angebotes und damit etablierter Standard. Dazu tritt als notwendige Ergänzung in den zunehmend vernetzten Systemen des Innovationsstandortes Deutschland der permanente Austausch mit der Industrie in allen Phasen der Forschung und Wissensproduktion.

So kommen Kontakte zu anderen Unternehmen zustande, Gespräche und Diskussionen folgen und über den Austausch werden wechselseitig Wissen und Erfahrung genutzt; insbesondere die Mieter des Zentrums untereinander erhalten einen besonderen Zugang zu solchen Kontaktwegen, auf denen von den Erfahrungen der Anderen erfolgreich und nachhaltig profitiert werden kann.

Besondere Unterstützung bietet das Technologiezentrum Jülich bei Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zu technologieorientierten Themen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern oder anderen Initiativen bzw. Unternehmen.

Stand der Vermietung

Aktuell verfügt das Technologiezentrum Jülich über insgesamt 8.000 m² vermietbare Fläche. Die durchschnittliche Auslastung in 2011 beträgt ca. 92 %.

Derzeit sind im Technologiezentrum 41 Firmen ansässig, die ca. 190 festangestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis hin zu Firmen mit 20 Mitarbeitern.

Im Jahr 2011 sind fünf neue Unternehmen - davon drei Existenzgründer - in das TZJ eingezogen, um hier ihre Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermarkten, 14 Unternehmen haben das TZJ im gleichen Zeitraum verlassen.

Von Beginn der Tätigkeit haben sich damit nunmehr insgesamt 175 Unternehmen im TZJ angesiedelt, darunter 79 Existenzgründer.

Die Entwicklungsphase im TZJ abgeschlossen hatten bis zum Stichtag 31. Dezember 2011 insgesamt 134 Unternehmen:

44 dieser Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 36 weitere im Technologie-Raum Aachen. Damit sind über 50 Prozent jetzt in der engeren Region ansässig. 17 Firmen siedelten sich innerhalb NRW an, weitere 15 innerhalb der Bundesrepublik. 12 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland und lediglich 10 Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

Für das Jahr 2012 konnten bereits vier neue Mieter akquiriert werden. Darüber hinaus haben einige Unternehmen Vergrößerungsbedarf signalisiert. Insgesamt wird auch für 2012 von einer guten Auslastungsquote des Hauses ausgegangen, die am 01.01.2012 bei 79,13 %, am 01.03.2012 aber schon wieder bei 85,03 % liegt.

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 3,5 Jahre.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2011 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2010 gegenüber gestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage weisen grundsätzlich auf eine nach wie vor sehr zufrieden stellende und stabile Entwicklung der Gesellschaft hin.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGENSSTRUKTUR						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen						
Software	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	4.041	78,1	4.663	82,9	-622	-13,3
	4.041	78,1	4.663	82,9	-622	-13,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	147	2,9	79	1,4	68	86,1
Sonstige Vermögensgegenstände	6	0,1	27	0,5	-21	-77,8
Liquide Mittel	980	18,9	854	15,2	126	14,8
	1.133	21,9	960	17,1	173	18,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Gesamtvermögen	5.174	100,0	5.623	100,0	-449	-8,0

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
KAPITALSTRUKTUR						
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	153	3,0	153	2,7	0	0,0
Gewinnvortrag	434	58,4	295	5,3	139	47,1
Jahresüberschuss	160	3,0	139	2,5	21	15,1
	747	14,4	587	10,5	160	27,3
Fremdkapital						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.358	64,9	3.898	69,3	-540	-13,9
	3.358	64,9	3.898	69,3	-540	-13,9
	4.105	79,3	4.485	79,8	-4380	-8,5
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital						
Steuerrückstellungen	7	0,1	43	0,8	-36	-83,7
Sonstige Rückstellungen	911	17,6	875	15,5	36	4,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61	1,2	128	2,3	-67	-52,3
Sonstige Verbindlichkeiten/RAP	90	1,8	92	1,6	-2	-2,2
	1.069	20,7	1.138	20,2	-69	-6,1
Gesamtkapital	5.174	100,0	5.623	100,0	-449	-8,0

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

Das Gesamtvermögen des Technologiezentrums hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 449 auf TEUR 5.174 vermindert. Zurückzuführen ist diese Entwicklung wie in den Vorjahren vor allem auf den planmäßigen Werteverzehr des Sachanlagevermögens (insbesondere Gebäude).

Die Liquidität spiegelt wie schon in den letzten Geschäftsjahren die wirtschaftlich solide und stabile Struktur der Gesellschaft wieder und verbesserte sich um TEUR 126 (14,8 Prozent). Die liquiden Mittel des TZJ belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 980 (Vorjahr: TEUR 854).

Den liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 980 stehen lediglich Verbindlichkeiten (aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige) in Höhe von insgesamt TEUR 151 (Vorjahr: TEUR 220) gegenüber.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote des TZJ erhöhte sich erneut deutlich und beträgt zum Abschlussstichtag 14,4 Prozent (Vorjahr: 10,5 Prozent).

Unter Berücksichtigung der Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 3.358 (= 64,9 Prozent der Bilanzsumme) beläuft sich die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote auf beachtliche 79,3 Prozent der Bilanzsumme (Vorjahr: 79,8 Prozent).

Das kurzfristig verfügbare Kapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) hat sich um TEUR -69 (= - 6,1 Prozent) reduziert. Dies ist zurückzuführen auf die (stichtagsbedingte) Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen/Sonstigen Verbindlichkeiten.

Analyse der Ertragslage

Dieser Darstellung der Ertragslage liegt eine aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren abgeleitete wirtschaftliche Erfolgsrechnung zugrunde.

Sich neutralisierende Positionen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse) werden mit den Abschreibungen verrechnet und als „Eigenmittel-Abschreibungen“ dargestellt.

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2011 und 2010 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	TEUR	2011 %	TEUR	2010 %	Veränderung	
					TEUR	%
ERGEBNISSTRUKTUR						
- Umsatzerlöse	921	83,3	932	81,5	-11	-1,2
- Sonstige betriebliche Erträge	185	16,7	211	18,5	-26	-12,3
Gesamtleistung	1.106	100,0	1.143	100,0	-37	-3,2
- Personalaufwand	-255	-23,1	-253	-22,1	-2	-0,8
- Eigenmittel-Abschreibungen	-83	-7,5	-82	-7,2	-1	-1,2
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-506	-45,8	-576	-50,4	70	12,2
	-844	-76,4	-911	-79,7	67	7,4
Betriebsergebnis	262	23,6	232	20,3	30	12,9
Finanzergebnis	11	1,0	7	0,6	4	57,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	273	24,6	239	20,9	34	14,2
Steuern	-113	-10,2	-100	-8,7	-13	-13,0
Jahresüberschuss	160	14,4	139	12,2	21	15,1

* = Veränderungen über 100 v.H. bzw. ohne Aussagewert

Im Vergleich zum Vorjahr verminderte sich die Gesamtleistung um TEUR – 37 (3,2 Prozent) auf TEUR 1.106. Neben dem geringfügigen Umsatzrückgang infolge der durch die unterjährigen Mieterwechsel bedingten veränderter Mietpreisstruktur war auch ein Rückgang der Nebengeschäftserträge zu verzeichnen.

Der Personalaufwand blieb in Höhe von TEUR 255 wie schon im Trend der vergangenen Geschäftsjahre wieder nahezu konstant.

Bei den Eigenmittel-Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 83) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die den Vorjahren weitgehend entsprechen und im Wesentlichen nicht zuschussfinanzierte Gebäudeabschreibungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen beinhalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen nochmals relativ deutlich um TEUR 70 (12,2 Prozent) auf TEUR 506 zurück. Hier verminderten sich vor allem die Energie- /Wasserkosten sowie die Raum-/Instandhaltungskosten. Letzterer Rückgang hängt ursächlich zusammen mit dem seit 2010 geltenden Verbot der Neubildung von Aufwandsrückstellungen (Instandhaltung) infolge der Neuerungen durch das BilMoG, die entsprechend in 2011 nachwirken.

Das Betriebsergebnis erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um TEUR 30 (= 12,9 Prozent) auf TEUR 262.

Das Finanzergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4 auf TEUR 11.

Insgesamt ergibt sich nach Abzug des um TEUR 13 auf TEUR 113 etwas gestiegenen Steuer- aufwandes erneut mit TEUR 160 ein Jahresüberschuss (i.V. Jahresüberschuss von TEUR 139); das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr nochmals angestiegen (um TEUR 21). Die Vorgaben des Wirtschaftsplanes 2011 wurden wieder übertroffen.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	<u>TEUR</u>
Periodenergebnis	139
+ Eigenmittel-Abschreibungen	82
+/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen	13
-/+ Zu- / Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung, sonstige Vermögensgegenstände und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	19
+/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung, sonstigen Verbindlichkeiten und RAP (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	46
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	299
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-132
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-132
- Auszahlung aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0

Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	167
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	687
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	854

KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENS-, FINANZ UND ERTRAGSLAGE

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>
Sachanlagenintensität (in %)					
= $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}}$	82,9	79,8	92,1	86,4	82,9
Umschlagshäufigkeit der Forderungen					
= $\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Forderungen aus Lieferung u. Leistung}}$	13,5	12,1	13,1	7,9	11,8
Eigenkapitalquote (in %)					
= $\frac{\text{Eigenkapital + SoPo's}}{\text{Gesamtkapital}}$	74,9	73,2	85,8	81,9	79,8
Anlagendeckungsgrad II (in %)					
= $\frac{\text{EK + langfr. FK}}{\text{Anlagevermögen}}$	110,5	113,1	93,3	94,8	96,2
Liquidität (in %)					
1. Grades					
= $\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	188,3	196,9	46,2	63,7	75,0
2. + 3. Grades					
= $\frac{\text{liqu. Mittel + Ford. + RAP}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$	204,4	207,0	56,1	75,3	84,4
Working Capital (in TEUR)					
= Umlaufvermögen – kurzfr. FK	740	837	-389	-267	-178
Umsatzrentabilität (in %)					
= $\frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuern}}{\text{Umsatzerlöse}}$	11,9	17,2	11,8	13,5	21,6
Gesamtrentabilität (in %)					
= $\frac{\text{Ergebnis vor Ertragssteuern}}{\text{Gesamtvermögen}}$	2,3	3,0	2,3	2,2	3,6

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Während immer mehr Staaten unter ihren hohen Zahlungsverpflichtungen ächzen, steht der deutsche Unternehmens-Sektor weiterhin gut da. Gerade mittelständische Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht und genau das erreicht, was die Regierungen in der westlichen Welt bestenfalls halbherzig versucht haben: Schulden zurückfahren, die Bilanz zu stärken, Kosten zu optimieren.

Nun verfügen die Unternehmen im Mittelstand über den nötigen Spielraum, um sich auf die nächsten Herausforderungen vorzubereiten: die abkühlende Konjunktur, ein sich möglicherweise wieder verschärfendes Kreditklima und natürlich den anhaltenden Megatrend „Demographie“.

Sorgen bereitet aber nach wie vor die zu geringe Anzahl an High-Tech-Gründungen in Deutschland, die im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent gesunken ist. Das zeigt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), die in Zusammenarbeit mit Microsoft Deutschland durchgeführt wurde.

Danach hat sich der durch die Einführung der Unternehmergesellschaft ausgelöste Wachstumsschub des Vorjahres nicht fortgesetzt. Mit rund 14.100 jährlichen Neugründungen im High-Tech-Sektor befindet sich die Anzahl der High-Tech-Gründungen weiter deutlich unter dem Niveau der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (durchschnittlich ca. 18.500 Neugründungen pro Jahr).

Seit Ende 2008 hat im High-Tech-Sektor vor allem die Reform der deutschen GmbH und die dabei eingeführte Rechtsform der Unternehmergesellschaft zu einem deutlichen Anstieg der Anzahl an Gründungen beigetragen. Zudem bewegte die Angst vor Arbeitslosigkeit in der damaligen Krise viele Beschäftigte zum Schritt in die Selbständigkeit zur Sicherung ihres eigenen Lebensunterhalts. Die Einführung einer neuen Rechtsform hat zwar gezeigt, dass konkrete Maßnahmen zur Senkung von Gründungskosten und Gründungsrisiko einen positiven Effekt auf die Gründungstätigkeit haben, aber eine anhaltende Steigerung der Anzahl der Gründungen im High-Tech-Sektor nicht erreicht werden kann – im Gegenteil, die Gründungstätigkeit folgte ihrem langfristigen Trend und ist erneut zurückgegangen (minus 2 Prozent).

Unter den einzelnen Bereichen der High-Tech-Branche entwickelt sich insbesondere der Software-Sektor positiv (plus 2 Prozent). Dies liegt vor allem an den Potenzialen, die neue Technologien und Services dem Software-Sektor bieten: Cloud Computing, mobile Kommunikation oder App-Entwicklung – der IT-Sektor besitzt eine enorme Wachstumsdynamik, die sich erst in den kommenden Jahren vollständig entfalten wird. Bis 2015 sollen dem Londoner Centre for Economic and Business Research (CEBR) zufolge in Deutschland 820.000 neue IT-Arbeitsplätze entstehen.

Verglichen mit Branchen der Spitzentechnologie wie Biotechnologie, in denen High-Tech-Start-ups meist nur mit enormen Anfangsinvestitionen Fuß fassen können, ist im Software-Sektor der Markteintritt deutlich einfacher.

Es ist festzustellen, dass Start-ups des High-Tech-Sektors eine besondere Impulswirkung für die Gesamtwirtschaft haben. Unternehmensgründer aus der High-Tech-Industrie beschäftigen laut ZEW in den ersten fünf Jahren der Geschäftstätigkeit im Durchschnitt doppelt so viele Mitarbeiter, wie Gründer aus anderen Industriebranchen. Daher ist es wichtig, High-Tech-Start-ups in Deutschland besonders zu fördern. Neben der Förderung durch Venture-Capital-Geber und Business Angels ist es unerlässlich, auch technologisch und politisch die Rahmenbedingungen für Start-ups weiter zu verbessern.

Sonstiges

Das TZJ nahm an folgenden Veranstaltungen teil:

Start-Messe

Jedes Jahr im Herbst bietet die Start-Messe in Essen umfassende und kompetente Informationen rund um die Bereiche Franchising, Unternehmensgründung und -führung, Unternehmenswachstum und -nachfolge. Neben den Ausstellern aus allen wichtigen Bereichen und Branchen

sind insbesondere das kostenfreie Vortrags- und Workshopprogramm ein Highlight. Die Geschäftsführung der TZJ-GmbH nahm die Gelegenheit wahr, an der Messe teilzunehmen.

Nacht der Unternehmen

Bei der Nacht der Unternehmen in Aachen präsentierten sich die Technologiezentren der Region mit einem Gemeinschaftsstand, an dem auch die TZJ-GmbH beteiligt war. Im Rahmen dieser Veranstaltung zeigten Unternehmen aus der Region Aachen Studenten, Absolventen, Fachkräften und Doktoranden anschaulich ihr Potenzial auf. Nach einführenden Vorträgen wurden die Interessenten per Bus zu den von ihnen im Vorfeld ausgewählten Unternehmen, vornehmlich in den Bereichen Automotive, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Lebenswissenschaften gebracht, wo Besichtigungen, Referate und persönliche Gespräche stattfanden.

Gründermesse Aufbruch 2011

An der zum neunten Mal stattfindenden regionalen Gründerveranstaltung, organisiert durch die GründerRegion Aachen, beteiligte sich auch die TZJ-GmbH. Im Rahmen dieses Forums informierten sich Gründungswillige über gründungsrelevante Themen wie Finanzierung, Marktforschung oder wollten neue Kontakte knüpfen.

Metropolenkongress

Im Zuge der Globalisierung wird der Wettbewerb um Menschen und Ideen, Investitionen und Institutionen zwischen großen Ballungsräumen entschieden. Städte selbst von der Größenordnung Köln oder Düsseldorf sind in der internationalen Wahrnehmung nicht von hinreichender Größe.

Das Rheinland als Ganzes hingegen hat das Potenzial, in dieser Konkurrenz eine herausragende Rolle zu spielen. Diesen starken Wirtschaftsraum Europas zu fördern und als Metropolregion zu etablieren, hat sich die IHK-Initiative Rheinland zum Ziel gesetzt.

Zum Kongress in Köln mit Teilnehmern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Hochschulen und Verbänden, die an einem Austausch zur Zukunft des Rheinlandes interessiert sind, war auch die Geschäftsführung des TZJ eingeladen.

Veranstaltungsaktivitäten 2011 im TZJ

Gründersprechtage

Die regelmäßigen Gründerberatungssprechtage führt die IHK weiterhin gemeinsam mit der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Düren im TZJ durch.

Patentsprechtage

In Kooperation mit der AGIT, dem PIZ (Patentinformationszentrum) und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Düren fand ein weiterer Patentsprechtage statt, bei dem der im Haus ansässige Patentanwalt, Herr Dr. Vaessen, in Einzelgesprächen über Fragen des Patentmanagements, der Patentbe- und -verwertung sowie zu Schutzrechten Stellung nahm.

Ausbildungsprojekt „Werkstatt - Ausbildung – Beruf“

Das neue Ausbildungsprojekt „Werkstatt – Ausbildung – Beruf“ wurde im Rahmen einer kleinen Feier in der AfB-Niederlassung im TZJ offiziell gestartet. Junge Leute, die bisher in den Rurtal-Werkstätten gearbeitet haben, werden als PC-Fachkraft für den allgemeinen Arbeitsmarkt qualifiziert. Der Fraktionsvorsitzender der Landes-CDU und Schirmherr des Projekts, Karl-Josef Laumann, übergab die ersten beiden Ausbildungsverträge.

Unternehmerseminar WS 2010/2011

Seit mehr als einem Jahrzehnt führt die Fachhochschule Aachen, Fachbereich Maschinenbau und Mechatronik, ein so genanntes „Unternehmerseminar“ durch, an dem die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der StädteRegion Aachen organisatorisch mitwirkt.

Im SW 2010/2011 fand das Seminar bei einem Außentermin im TZJ statt. Die Geschäftsführung referierte zum Thema „Entwicklung und Situation der Technologiezentren in Deutschland“ und spiegelte die daraus erwachsende Inkubator-Funktion des TZJ. Ziel war es, dass die Studierenden die Erfolgsgeschichten der TZJ-Partnerunternehmen als Anreiz für ihr eigenes Tun empfinden.

MBA-Studiengang „Entrepreneurship“

Mehr als 90 Studierende haben seit 2002 den berufs begleitenden MBA-Studiengang "Entrepreneurship" der Fachhochschule Aachen und des Aachen Institute of Applied Sciences e.V. (AclIAS), Düren, erfolgreich absolviert. Der Studiengang "Entrepreneurship" richtet sich vor allem an Geschäftsführer mittelständischer Unternehmen in der Aachener Region, die vorwiegend einen akademischen Abschluss als Ingenieur oder Naturwissenschaftler aufweisen und einen Bedarf an hochkarätiger Managementweiterung erkennen.

Zu einer Informationsveranstaltung luden die Geschäftsführung des TZ Jülich und die wissenschaftliche Leitung des MBA-Studiengangs "Entrepreneurship" Interessierte ein.

„Baumesse Jülich“

Da die erste Baumesse im Jahr 2010 auf ein sehr positives Echo gestoßen ist, fand im April 2011 eine weitere Messe im TZJ statt. Bei freiem Eintritt wurde interessierten Besuchern ein umfangreiches Informationsportal für alle Baufragen geboten, innovative Produkte trafen hier auf Altbewährtes. Im Mittelpunkt standen die Themen „Gesundes Wohnen“ und „Umweltschonende Energien“.

Gesundheitsmesse Jülich

In entspannter Atmosphäre unter Palmen bot der Lichthof des Technologiezentrums Jülich Platz für 25 Aussteller aus dem klassisch-medizinischen Sektor, dem komplementärmedizinischen und naturheilkundlichen Bereich mit Angeboten rund um das Thema „alternative Heilmethoden“. Über den ganzen Tag wurden darüber hinaus Workshops angeboten und Vorträge gehalten.

Konstituierende Beiratssitzung der „Innovationsregion Rheinisches Revier“

Die konstituierende Beiratssitzung der „Innovationsregion Rheinisches Revier“ fand in der Aula des TZJ statt. Die Landesregierung NRW hat ein Programm beschlossen, das die Weichen für die Zeit nach der Braunkohle stellen soll. Unter Federführung der IHK Aachen sollen Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur für die Zeit nach dem Ende der Braunkohleförderung erarbeiten. Die Geschäftsstelle der Innovationsregion ist im TZJ ansässig.

Website, Social Media und Online-Vertrieb

Als Vertriebs- und Marketingkanal erlangt das Internet eine immer höhere Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen. Die Veranstaltung „Bedeutung der eigenen Website für den Mittelstand – Von der Visitenkarte über das Marketing bis zum Onlinevertrieb“, die von der IHK Aachen und der Stadtentwicklungsgesellschaft Jülich (SEG) im TZJ durchgeführt wurde, stellte eine Einführung zu den Themen Website, Social Media und Online- Vertrieb dar.

Preisverleihung an die Celonic GmbH

Die im Haus ansässige Celonic GmbH wurde als einer der Preisträger im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“, der von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ in Kooperati-

on mit der Deutschen Bank realisiert wird, für ihre „Cemax-Technologie zur schnelleren Medikamentenherstellung ausgezeichnet.

Arzneistoffe (Biopharmazeutika) im Kampf gegen Krebs und Multiple Sklerose werden mit Hilfe tierischer Zellen gewonnen. Dafür muss zuvor DNA mit entsprechender genetischer Information in die Zelle eingesetzt werden. Die Celonic GmbH hat ein verbessertes Herstellungsverfahren für Biopharmazeutika entwickelt, bei dem die DNA genau dort in die Zelle eingepflanzt wird, wo diese besonderes produktiv ist.

BMBF fördert neues Forschungsprojekt "Multi-Phase" mit 5,4 Mio. Euro

Ende Oktober besuchte Herr Thomas Rachel MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Technologiezentrum Jülich. Er überreichte der im TZJ ansässigen ILA - Intelligent Laser Applications GmbH einen Zuwendungsbescheid über 251.000 EUR für die Teilnahme am BMBF- Forschungsprojekt „Multiphase“.

Die Reduzierung der CO₂-Emissionen durch effiziente chemische Prozesse ist das Ziel des Projektes „Multiphase“. Reaktoren in diesem besonderen Fall Mehrphasenreaktoren bilden das Herzstück in chemischen Prozessen. Diese Reaktoren sollen durch verlässliche Rechenmodelle, Messtechniken und Messapparate optimiert werden.

Die ILA GmbH wird im Projekt „Multiphase“ laseroptische Verfahren zur experimentellen Untersuchung verfahrenstechnischer Prozesse entwickeln. Diese experimentellen Daten sollen zur Optimierung von Rechenmodellen zur besseren Auslegung von verfahrenstechnischen Prozessen dienen und damit zu erheblichen Energie- und Kosteneinsparungen beitragen.

Unter Koordination von Evonik Industries AG arbeitet ein hochrangiges Konsortium in diesem Projekt mit den Partnern Bruker Optik GmbH und den mittelständischen Unternehmen Eurotechnica GmbH, und PreSens - Precision Sensing GmbH zusammen. Partner aus dem wissenschaftlich akademischen Bereich sind das Helmholtz-Zentrum Dresden Rossendorf, die Ruhr-Universität Bochum und die Technische Universität Hamburg-Harburg.

Ökoprofit Kreis Düren

Unter dem Motto „Umweltschutz mit Gewinn“ lief das Projekt „Ökoprofit“ im Kreis Düren. Durch gezielte Einsparungen von Ressourcen sollen die Umwelt entlastet und die Betriebskosten der Unternehmen gesenkt werden.

Im Rahmen von Ökoprofit erarbeiteten die Teilnehmer in acht Workshops, unterstützt von externen Beratern, praxisnahe Maßnahmen für ihr Unternehmen im Bereich Elektro-Energie und Wärme-Energie, die im TZJ teilweise bereits umgesetzt wurden und zu einer nicht unerheblichen Senkung der Betriebskosten führen sollen.

Nach erfolgreicher Abschlussprüfung im November erhielt das TZJ im Januar 2012 die öffentliche Auszeichnung als „ÖKOPROFIT-Betrieb“.

Sonstige Veranstaltungen

Das Forschungszentrum Jülich (FZJ), die Stadt Jülich und diverse Berufsverbände führen in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen im TZJ durch. Sie alle, wie auch Veranstaltungen des Jülicher Jazzclubs und private Feiern im „Palmengarten“, tragen zur positiven Wahrnehmung des Technologiezentrums Jülich in der breiten Öffentlichkeit bei.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Technologiezentrum Jülich GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die kommunalen Anteilseigner der RWE AG haben ihre gesellschaftsvertragliche Struktur (Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12.01.2006) den Anforderungen eines modernen, europäisch geprägten Gesellschaftsrechts angepasst. Die VKA's haben das kommunale Engagement in der Energiewirtschaft im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge bekräftigt und die Form ihrer Zusammenarbeit sowie die Strukturen ihrer Beteiligungen an der RWE AG modernisiert. Neben eher formellen Änderungen der Gesellschaftsverträge, wie der Umstellung des Stammkapitals auf EURO und der Einstellung auf neue, insbesondere elektronischer Medien wurden die Gesellschaftsverträge an die Erfordernisse moderner Anlegerschutzvorschriften in Umsetzung europäischer Richtlinien an die Praxis, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Soweit nicht kraft zwingenden Rechtes etwas anderes vorgeschrieben ist entscheidet der Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten der Gesellschaft, die aufgrund des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen und weder der Gesellschafterversammlung (§ 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages) noch der laufenden Geschäftsführung (§ 10 des Gesellschaftsvertrages) vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat hat insbesondere die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann wichtige Angelegenheiten an sich ziehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist ausschließlich zuständig, soweit nicht Zuständigkeiten kraft zwingenden Rechtes festgelegt sind, in folgenden Angelegenheiten:

1. Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals sowie sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
2. Erwerb, Aufgabe oder Weiterveräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich der vorübergehenden Übernahme solcher Beteiligungen zur Weiterveräußerung an Gesellschafter; der Beschluss setzt eine Änderung des Gesellschaftsvertrages voraus;
3. Zustimmung zur Übertragung, Veräußerung, Verpfändung, Zusammenfassung und Teilung von Geschäftsanteilen oder Teilgeschäftsanteilen;
4. Wahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und der neun weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
5. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern;
6. Änderung der bestehenden Bindungsverträge über den kommunalen Aktienbesitz;
7. Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung) sowie Ergebnisverwendung;
8. Festsetzung der Nachschüsse
9. Entlastung der Geschäftsführung;
10. Entlastung des Verwaltungsrates;
11. Bestellung des Abschlussprüfers;
12. Aufnahme von Darlehen;
13. Auflösung der Gesellschaft. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Gesellschafter sowie von drei Vierteln des Stammkapitals.

Gebietsausschuss:

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet. Die Gebietsausschüsse haben die Aufgabe

1. regionale Probleme ihres Gebietes zu erörtern;
2. die Teilnahme der Gesellschafter an der Tätigkeit der Gesellschaft zu fördern und die Arbeit der Gesellschafterversammlung des Verwaltungsrates auf eine breitere und lebendigere Grundlage zu stellen;
3. die Interessen der Gesellschafter an den Aufgaben der Gesellschaft zu vertiefen;
4. Anregungen für die zuständigen Organe zu erarbeiten und
5. auf Anforderung der Gesellschafterversammlung oder des Verwaltungsrates sich gutachterlich zu äußern.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Graef, Roger Landrat a.D.
Gerlach, Ernst Staatssekretär a.D.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafterversammlung: In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss: Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat: ./.

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gebietsausschuss Mitte: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	45128 Essen	
gezeichnetes Kapital:	127.822,97 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	536,86 €	0,42%

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Bilanz	2008/2009	2009/2010	2010/2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	6.710,00 €	7.157,00 €	5.875,00 €	-1.282,00 €	-17,91%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	273.467,00 €	273.467,00 €	-!
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	18.475,73 €	17.819,82 €	23.521,07 €	5.701,25 €	31,99%
II. Wertpapiere	274.275,00 €	274.489,58 €	0,00 €	-274.489,58 €	-100,00%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	476.100,29 €	400.900,64 €	309.651,97 €	-91.248,67 €	-22,76%
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Aktiva	775.561,02 €	700.367,04 €	612.515,04 €	-87.852,00 €	-12,54%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
Eigene Anteile	0,00 €	0,00 €	-1.022,58 €	-1.022,58 €	-
II. Kapitalrücklage	633.238,61 €	551.983,38 €	678.784,38 €	126.801,00 €	22,97%
III. Gewinnrücklagen	650.808,00 €	401.022,58 €	401.022,58 €	0,00 €	0,00%
IV. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-648.694,39 €	-395.606,68 €	-610.314,23 €	-214.707,55 €	54,27%
B. Rückstellungen					
	8.000,00 €	9.400,00 €	10.400,00 €	1.000,00 €	10,64%
C. Verbindlichkeiten					
	4.385,83 €	5.744,79 €	5.821,92 €	77,13 €	1,34%
Summe Passiva	775.561,02 €	700.367,04 €	612.515,04 €	-87.852,00 €	-12,54%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2008/2009	2009/2010	2010/2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	623,34 €	1.431,50 €	2.180,99 €	749,49 €	52,36%
2. Personalaufwand	160.625,04 €	165.090,82 €	173.047,58 €	7.956,76 €	4,82%
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.119,00 €	1.902,87 €	2.214,96 €	312,09 €	16,40%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	311.694,00 €	64.831,83 €	63.242,18 €	-1.589,65 €	-2,45%
Betriebsergebnis	-472.814,70 €	-230.394,02 €	-236.323,73 €	-5.929,71 €	2,57%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	16.650,00 €	16.650,00 €	-
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	32.795,18 €	25.022,08 €	4.966,18 €	-20.055,90 €	-80,15%
Finanzergebnis	32.795,18 €	25.022,08 €	21.616,18 €	-3.405,90 €	-13,61%

	2008/2009	2009/2010	2010/2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Ergebnis d. gewöohnl. Geschäftstätigkeit	-440.019,52 €	-205.371,94 €	-214.707,55 €	-9.335,61 €	4,55%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-440.019,52 €	-205.371,94 €	-214.707,55 €	-9.335,61 €	4,55%

	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Gesellschafter sind verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse in jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzender Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festzusetzen und einzuzahlen. In 2011 hat der Kreis Düren 537,00 € (Nachschusszahlung; Kostenanteil nach Verhältnis Geschäftsanteil) geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht 2010/2011

Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2010/2011 ein Jahresfehlbetrag von € 214.707,55. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 126.801,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 97,4 % der Bilanzsumme.

Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Vka Verband der kommunalen Aktionäre der RWE GmbH ist im Besitz von RWE-Aktien. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Vka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Die Mitglieder werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere die

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan der Gesellschaft,
2. regelmäßige Beurteilung der Umsetzung des Wirtschaftsplans und Information der Gesellschafterversammlung über wesentliche Abweichungen,
3. Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entgegennahme des Prüfberichtes und Führen eines Abschlussgesprächs mit dem Wirtschaftsprüfer.

Vor der Umsetzung der folgenden Rechtshandlungen ist, soweit sie nicht bereits detailliert im Wirtschaftsplan ausgewiesen sind, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie Rechten an Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
2. die Errichtung oder Veränderungen an Gebäuden,
3. die Übernahme von Bürgschaften und die Aufnahme von Darlehen,
4. die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten,
5. die Einleitung, Führung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten, soweit der Streitgegenstand mehr als 25.000 € beträgt,
6. die Vergabe von Aufträgen, die Veräußerung von Gegenständen, der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen sowie das Geschäften jegliche Art, die eine Wertgrenze von 50.000 € pro Geschäftsvorfall überschreiten,
7. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
8. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsbereiche.

Gesellschafterversammlung: Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von 75 % des

Stammkapitals. Je 1 € Stammkapitaleinlage haben die Gesellschafter eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere über:

1. Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage, die Teilung sowie Einziehung von Geschäftsanteilen,
2. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, Abschluss und Kündigung der Geschäftsführungsanstellungsverträge, Weisungen an den Geschäftsführer,
3. Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften,
4. Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers der Gesellschaft; sie kann den Gegenstand und den Umfang der Prüfung generell oder im Einzelfall über den in § 317 des Handelsgesetzbuches geregelten gesetzlichen Gegenstand und Umfang der Prüfung hinaus erweitern,
5. Entlassung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrats,
6. Sitzverlegung und Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von wesentlichen Teilen desselben,
7. Ausschluss bzw. Aufnahme von Gesellschaftern,
8. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen, insb. Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
9. Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckveränderungen gleichkommen,
10. Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren,
11. Änderung des Gesellschaftsvertrages,
12. Feststellung des Wirtschaftsplans,
13. die Erhöhung und Reduzierung des Gesellschaftskapitals,
14. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
15. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
16. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsfelder,
17. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Beirats und Kuratoriums,
18. Erteilung und Widerruf von Prokura.

Die Einstellung und Entlassung von Personal bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Moritz, Albert		
Aufsichtsrat:	Landschaftsverband Rheinland	6 Sitze	40,00 %
	Kreis Euskirchen	3 Sitze	20,00 %
	Stadt Schleiden	1 Sitz	6,67 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	13,32 %
	Kreis Düren	1 Sitz	6,67 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	6,67 %
	Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1 Sitz	6,67 %

Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital
-----------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	27.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00 €	50%
Kreis Euskirchen	7.800,00 €	28,57%
StädteRegion Aachen	1.950,00 €	7,14%
Kreis Düren	1.300,00 €	4,76%
Kreis Heinsberg	650,00 €	2,38%
Stadt Schleiden	1.300,00 €	4,76%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00 €	2,38%

Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,00 € wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch die Übernahme von jeweils 650,00 € durch den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland sowie der Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin rückwirkend zum 01.01.2009 auf 27.300,00 € erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die Städte-Region Aachen über.

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.554,00 €	887,00 €	18.604,00 €	17.717,00 €	1997,41%
II. Sachanlagen	76.523,09 €	303.379,85 €	3.522.078,32 €	3.218.698,47 €	1060,95%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	16.589,25 €	16.156,42 €	18.656,43 €	2.500,01 €	15,47%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	348.090,27 €	463.423,52 €	570.001,54 €	106.578,02 €	23,00%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	6.017,52 €	6.820,02 €	28.947,20 €	22.127,18 €	324,44%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.901,38 €	1.777,75 €	39.476,16 €	37.698,41 €	2120,57%
Summe Aktiva	451.675,51 €	792.444,56 €	4.197.763,65 €	3.405.319,09 €	429,72%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	27.300,00 €	27.300,00 €	27.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	984,49 €	-4.621,38 €	-6.349,02 €	-1.727,64 €	37,38%
II. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-5.605,87 €	-1.727,64 €	0,00 €	1.727,64 €	-100,00%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00 €	231.795,21 €	1.658.601,11 €	1.426.805,90 €	615,55%
C. Rückstellungen	103.728,37 €	102.153,92 €	133.225,60 €	31.071,68 €	30,42%
D. Verbindlichkeiten	310.945,27 €	414.504,93 €	2.384.985,96 €	1.970.481,03 €	475,38%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	14.323,25 €	23.039,52 €	0,00 €	-23.039,52 €	-100,00%
Summe Passiva	451.675,51 €	792.444,56 €	4.197.763,65 €	3.405.319,09 €	429,72%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	503.262,88 €	451.780,67 €	496.236,97 €	44.456,30 €	9,84%
2. sonstige betriebliche Erträge	953.981,21 €	1.146.046,95 €	1.395.261,91 €	249.214,96 €	21,75%
3. Materialaufwand	73.573,97 €	73.805,30 €	72.724,61 €	-1.080,69 €	-1,46%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	588.692,74 €	752.343,64 €	920.503,51 €	168.159,87 €	22,35%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	128.708,73 €	156.115,04 €	190.421,33 €	34.306,29 €	21,98%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	6.816,90 €	14.211,24 €	27.634,54 €	13.423,30 €	94,46%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	663.760,89 €	593.548,32 €	682.141,04 €	88.592,72 €	14,93%
Betriebsergebnis	-4.309,14 €	7.804,08 €	-1.926,15 €	-9.730,23 €	-124,68%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	840,90 €	92,54 €	3.810,03 €	3.717,49 €	4017,17%
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.119,30 €	9.620,59 €	1.883,88 €	-7.736,71 €	-80,42%
Finanzergebnis	-1.278,40 €	-9.528,05 €	1.926,15 €	11.454,20 €	-120,22%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-5.587,54 €	-1.723,97 €	0,00 €	1.723,97 €	-100,00%
9. Sonstige Steuern	18,33 €	3,67 €	0,00 €	-3,67 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-5.605,87 €	-1.727,64 €	0,00 €	1.727,64 €	-100,00%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	23	24	29

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde ein Gesellschafterzuschuss i.H.v. insgesamt 23.455,29 € gezahlt (Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb der Gesellschaft i.H.v. 13.809,52 sowie Übernahme eines Verlustes für das Geschäftsjahr 2011 gem. § 19 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages i.H.v. 9.645,77 €). Der Eigenanteil des Gesellschafters Kreis Düren zur Finanzierung "Forum Vogelsang" betrug für das Jahr 2011 33.619,05 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,- EUR wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch Übernahme von jeweils 650,- EUR durch

- den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland sowie
- die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin

rückwirkend zum 01. Januar 2009 auf 27.300,- EUR erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt Aachen und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die StädteRegion Aachen über.

Im Jahr 2010 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR,
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR,
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR,
- Kreis Düren mit 1.300 EUR,
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR,
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR sowie
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR.

Geschäftsverlauf

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH zum einen den Betrieb der Besucherinformation im Forum Vogelsang sowie eine Vielzahl Standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb eines Informationszentrums mit Counter, Informationszone und Informationsausstellung, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- den Betrieb der Besucherrundgänge sowie des zentralen Besucherparkplatzes auf dem Gelände,
- die Organisation von täglichen offenen sowie individuell buchbaren Geländeführungen, von Turmaufstiegen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten, sowohl im Bereich der Jugendbildung als auch der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Bildungs- und Kulturveranstaltungen im Forum sowie auf dem Gelände,
- die Begleitung von Tagungen und Konferenzen sowie
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Daneben wurden mehrere Sonderprojekte durchgeführt: Neben einem größeren, arbeitsmarkt- und bildungsbezogenen Förderprojekt im Rahmen des

- Bundesprogramms XENOS Integration und Vielfalt

sowie der Durchführung einer wesentlich aus Mitteln der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geförderten

- internationalen Jugendbegegnung Zlocieniec (Polen) / Düren am Standort vogelsang ip

starteten die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln geförderten Baumaßnahmen zur

- Inwertsetzung des ehemaligen Truppenkinos (Kinosaal) zu einem Veranstaltungsort sowie
- die Inwertsetzung der den Kinosaal umgebenden Räume zu einer temporären Besucherinformation sowie dauerhaft zu pädagogischen und Verwaltungsräumen.

Wesentliche Aktivitäten waren zudem die Konkretisierung der anstehenden investiven Projekte der Gesellschaft zum sogenannten „Forum Vogelsang“ und die Akquise der diesbezüglichen Fördermittel beim Land Nordrhein-Westfalen.

Im Einzelnen umfasst das „Forum Vogelsang“ die Teilprojekte

1. Sanierung und Umbau des Forums,
2. NS-Dokumentation und
3. Besucherzentrum /SchauFenster Eifel.

Für die beiden erstgenannten Projekte erfolgte im Dezember 2011 die Übergabe der entsprechenden Förderbescheide, für das Besucherzentrum wurde der förderunschädliche, vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt.

Geschäftsergebnis

Das Jahr 2011 kann als erfolgreich bewertet werden. Ablesen lässt sich dies u.a.

- an den quantitativen Ergebnissen im laufenden Betrieb, was sich an folgenden Kennwertablesen lässt:
 - o eine mit 2.500 Formaten und 41.000 Teilnehmenden nahezu unveränderte, hohe Nachfrage nach qualifizierten Angeboten(d.h. Führungen, Seminaren und Projekttagen),
 - o eine mit +/-300 Formaten konstant hohe Nachfrage nach qualifizierten Schulclassenprogrammen und
 - o eine deutliche Steigerung der Verkaufserlöse im Shop (+ 19%) sowie der Parkerlöse (+ 9%),
- an der zunehmenden Vernetzung und den diversen Kooperationen mit verschiedensten Bildungspartnern sowie
- an den Projektfortschritten der o.g. Förderprojekte.

Öffentliche Zweckerreichung

Im Geschäftsjahr 2011 wurde die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut. Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die o.g. Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, als generelle kulturtouristische Destination sowie als Standort hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2011 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2011 weist einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.785,32 EUR aus. Der festgestellte Verlust liegt innerhalb des vom Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmens von maximal 500.000,- EUR.

Satzungsgemäß wird dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen.

Die wesentlichen, ergebnisprägenden Positionen sind in der GuV 2011 abgebildet.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr

- auf Grund der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines seit November 2009 bestehenden Kontokorrentkredits sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch das Umlaufvermögen geprägt, hier insbesondere durch Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 485.384,17 EUR sowie Warenbestände in Höhe von 18.656,43 EUR, darüber hinaus von Sachanlagen in Höhe von insgesamt 3.519.661,32 EUR.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 1.662.046,50 €, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und Fördergebern aus Projektfinanzierung in Höhe von 1.175.570,10EUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.154.676,26 EUR sowie Rückstellungen in Höhe von 133.225,60 EUR gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft ist in voller Höhe eingezahlt.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Angesichts des Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2012 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2011 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, eine eventuell eintretende „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wettereffekte können ggf. zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Hinzu kommt ein weiteres, zur Zeit nicht kalkulierbares Risiko: Bedingt durch den Ende April 2012 vor dem Hintergrund der am Forum startenden Baumaßnahmen erfolgenden Umzug der Besucherinformation wie der pädagogischen Angebote aus dem Forum in den neu hergerichteten Kinokomplex sowie die gleichzeitig erfolgende Einzäunung der Baustelle Forum, der heutigen zentralen Attraktion des Geländes, können sich negative Effekte auf die Besucherzahlen und Nachfragewerte einstellen.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Zur Risikominimierung wurde für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ eine externe Projektsteuerung beauftragt, deren wesentliches Augenmerk auf der Einhaltung von Terminen und Kosten liegt.

Im Förderbereich können zudem Risiken durch notwendige, aber nicht förderbare Ausgaben eintreten. Hierzu gehören u.a. Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungs- und Rechtsberatungskosten, z.B. im Falle steuerrechtlicher oder vergaberechtlicher Verfahren. Weiterhin kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass projektbedingter Aufwand im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig anerkannt wird.

Für das Teilprojekt Besucherzentrum / SchauFenster Eifel liegt der „vorzeitige Maßnahmebeginn“ aus Dezember 2011 vor; der endgültige Förderbescheid wird in Kürze erwartet. Bis zum Eingang desselben erfolgen die Projektausgaben auf Risiko der Gesellschaft. Wesentlicher Hinderungsgrund für den Förderbescheid ist die derzeit bestehende Haushaltssperre bezüglich des Landeshaushaltes 2012; dessen Verabschiedung ist für Mai 2011 vorgesehen. Da die Finanzierungsabsicht des Landes außer Frage steht, wird das Risiko als sehr gering erachtet.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters ist für die Jahr 2012-2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2012 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet. Sollten gravierende Probleme in den Projektförderungen bzw. -abläufen auftreten, ist mit negativen Auswirkungen auf das Ergebnis zu rechnen.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist-Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und ggf. eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei können die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zu Grunde gelegt werden.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten, unter Einbindung der externen Projektsteuerung sowie der Fördergeber, ein kontinuierliches Projektcontrolling, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel sicherzustellen.

Prognosebericht

Im Jahr 2012 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die Durchführung der investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des "Forum Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ wesentlich an Volumen zunehmen. Dies spiegelt sich in der aktuellen Wirtschaftsplanung wider.

Wir erwarten auch für 2012 sowie die zukünftigen Geschäftsjahre ein ausgeglichenes Ergebnis. Basis hierfür sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Programmiererlöse,
- Projektförderungen sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Beteiligungen des Unternehmens

Die vogelsang ip GmbH ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.



ACI - Automotive Center for Industry - GmbH

Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421/3901 91
Telefax: 02421/3901 88
E-Mail: info@aci-aldenhoven.de
Homepage: www.aci-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaftskraft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation der durch Bergbaustilllegung besonders betroffenen Gebiete des Kreises Düren.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Automobiltestzentrums sowie einer Filmproduktionsanlage im Rahmen der strukturelle Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven - Siersdorf als Teil des Kreises Düren,
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch den Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing

Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere Prokuristen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung einen Geschäftsführer zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Die Geschäftsführer bzw. Prokuristen erledigen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und des Wirtschaftsplanes mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus elf Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund jeweils

geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die Gemeinde Aldenhoven entsendet als geborenes Mitglied den Bürgermeister der Gemeinde Aldenhoven (dessen Stellvertreter ist der allgemeine Vertreter) und ein durch den Rat der Gemeinde Aldenhoven unmittelbar benanntes Mitglied in den Aufsichtsrat. Zusätzlich nimmt der Geschäftsführer der Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG) mit Sitz in Düren als beratendes Mitglied an den Aufsichtsratssitzungen teil. Die/Der Geschäftsführer der Gesellschaft nehmen/nimmt mit beratender Stimme an den Aufsichtsratssitzungen teil. Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers/der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigen.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen (§ 107 (1) GO).
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmachten.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Gesellschafterversammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufinden. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterver-

sammlung.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen,
2. die Feststellung des Jahresabschluss,
3. die Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage(n),
4. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches,
5. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
6. Auflösung der Gesellschaft,
7. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates,
8. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. Beschluss nach § 6 Gesellschaftsvertrag (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen),
10. Bestellung des Abschlussprüfers,
11. den Wirtschaftsplan
12. Beteiligungen an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW),
13. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,
14. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der § 291, 292 Abs. 1 AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Böhnke, Bernd
Emunds, Guido
Hürtgen, Dirk

Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	81,82 %
	Gemeinde Aldenhoven	2 Sitze	18,18 %

Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.	1 Stimme	je 500,00 € Stammkapital
-----------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Ohlemeyer, Bernd	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zentis, Gudrun - MdL -	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Veithen, Sabine beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete

Schaaf, Heinz beratendes Mitglied

Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

Die Beteili- Geschäftsführer
gungsesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	250.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	212.500,00 €	85%
Gemeinde Aldenhoven	37.500,00 €	15%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Verände- rung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	748,00 €	370,00 €	16,00 €	-354,00 €	-95,68%
II. Sachanlagen	8.367,00 €	6.671,00 €	5.385,00 €	-1.286,00 €	-19,28%
III. Finanzanlagen	0,00 €	12.750,00 €	12.750,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	6.500.047,81 €	6.224.193,19 €	5.890.757,02 €	-333.436,17 €	-5,36%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.167.336,87 €	1.029.065,64 €	1.005.015,64 €	-24.050,00 €	-2,34%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	36.857,91 €	12.268,46 €	3.885,73 €	-8.382,73 €	-68,33%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.035,77 €	492,42 €	0,00 €	-492,42 €	-100,00%
Summe Aktiva	7.714.393,36 €	7.285.810,71 €	6.917.809,39 €	-368.001,32 €	-5,05%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00 €	250.000,00 €	250.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.712.705,49 €	1.712.705,49 €	1.712.705,49 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-97.665,48 €	-487.117,80 €	-863.892,17 €	-376.774,37 €	77,35%
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-389.452,32 €	-376.774,37 €	-242.525,62 €	134.248,75 €	-35,63%
B. Rückstellungen	492.629,37 €	159.100,00 €	193.860,00 €	34.760,00 €	21,85%
C. Verbindlichkeiten	5.746.176,30 €	6.027.897,39 €	5.867.661,69 €	-160.235,70 €	-2,66%
Summe Passiva	7.714.393,36 €	7.285.810,71 €	6.917.809,39 €	-368.001,32 €	-5,05%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	208.506,77 €	177.575,67 €	146.781,55 €	-30.794,12 €	-17,34%
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.605.998,59 €	-275.854,62 €	-333.436,17 €	-57.581,55 €	20,87%
3. sonstige betriebliche Erträge	64.656,49 €	313.082,60 €	300.428,86 €	-12.653,74 €	-4,04%
4. Materialaufwand	2.781.796,82 €	68.142,59 €	8.583,10 €	-59.559,49 €	-87,40%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	52.122,73 €	51.401,82 €	36.008,84 €	-15.392,98 €	-29,95%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.059,78 €	10.560,93 €	8.383,20 €	-2.177,73 €	-20,62%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.400,68 €	1.971,30 €	1.639,00 €	-332,30 €	-16,86%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	345.314,81 €	450.807,63 €	239.529,89 €	-211.277,74 €	-46,87%
Betriebsergebnis	-313.532,97 €	-368.080,62 €	-180.369,79 €	187.710,83 €	-51,00%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	75.219,30 €	73.247,45 €	38.783,16 €	-34.464,29 €	-47,05%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	148.488,76 €	81.607,45 €	100.942,99 €	19.335,54 €	23,69%
Finanzergebnis	-73.269,46 €	-8.360,00 €	-62.159,83 €	-53.799,83 €	643,54%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-386.802,43 €	-376.440,62 €	-242.529,62 €	133.911,00 €	-35,57%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	54,10 €	0,00 €	-4,00 €	-4,00 €	
11. sonstige Steuern	2.595,79 €	333,75 €	0,00 €	-333,75 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-389.452,32 €	-376.774,37 €	-242.525,62 €	134.248,75 €	-35,63%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	4	4	4

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 08.03.2005 gegründet. Gesellschafter der Gesellschaft sind mit einem Anteil am Stammkapital die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu 85 % und die Gemeinde Aldenhoven zu 15 %.

Zweck der Gesellschaft ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft der Region und die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation des durch Bergbaustillegung betroffenen Gebietes im Kreis Düren. Zur Zweckerreichung ist die Gesellschaft berechtigt, eine Filmproduktionsanlage sowie ein Automobiltestzentrum im Industriepark Aldenhoven-Siersdorf (Kreis Düren) zu entwickeln. Insbesondere ist sie berechtigt zum Erwerb, der Beplanung, Erschließung, Bebauung, Vermarktung bzw. sonstiger Bewirtschaftung der hierfür notwendigen Grundstücke.

Zur Filmproduktionsstrecke wurde mit der FTL GmbH im August 2005 ein Bauerrichtungsvertrag, ein Pachtvertrag und ein Service Vertrag abgeschlossen. Die Bewirtschaftung der Filmproduktionsstrecke durch den Vertragspartner ist wesentlich von der Nachfrage nach innerdeutsch produzierten Filmproduktionen abhängig. Auf Grund einer Nachfragerückläufigkeit hat die FTL GmbH in 2010 einen vorübergehenden Liquiditätsengpass gemeldet. Zur Überbrückung und zur Aufrechterhaltung der langjährigen Vertragsbeziehungen hat die Gesellschaft in 2010 die Forderungen aus den Vertragsbeziehungen kumuliert und bezüglich Tilgungshöhe und Vertragslaufzeit angepasst. Dies hat die Vertragsbeziehungen stabilisiert. Auf Grund der positiven Darstellung der FTL GmbH werden derzeit seitens der Gesellschaft Nachverhandlungen angestrebt mit der Zielsetzung, die Tilgungszeiträume zu verkürzen.

In Vorbereitung der Entwicklung eines Automobiltestzentrums konnte in 2008 die RWTH Aachen als Partner gewonnen werden. Mit ihr wurde in 2008 ein Vertrag über die Erstellung eines ersten Bauabschnittes (Dynamikfläche) abgeschlossen. Damit verbunden war die Absichtserklärung zur Gründung einer neuen Gesellschaft, der Aldenhoven Testing Center of RWTH GmbH (kurz: ATC). Die Gesellschaft wurde am 10.12.2012 gemeinsam von der Gesellschaft und der RWTH Aachen gegründet und hat zwischenzeitlich die Geschäfte aufgenommen.

Zum Zwecke der öffentlichen Förderung des Automobiltestzentrums wurde ein Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur gestellt. Im Mai 2009 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis zum vorzeitigen Maßnahmebeginn, im Okt. 2009 konnte der erste Bauabschnitt fertiggestellt werden. Im Dezember erhielt die Gesellschaft einen Bewilligungsbescheid für die Gesamtmaßnahme. Auf die veranschlagten Gesamtkosten des Projektes in Höhe von 13,24 Mio. € hätte die Gesellschaft einen Zuschuss in Höhe von 10.630.800,- € erhalten können. Im Rahmen der Entwicklung des Automobiltestzentrums wurde der erhaltene Förderbescheid bewertet. Mehrere Förderbestimmungen und die technische Verfahrensabwicklung bedurften vertiefender Informationen die Gespräche mit der Bezirksregierung und der NRW Bank zufolge hatten. Auf Grund der geplanten Vorgehensweise, insbesondere den ersten Bauabschnitt in die ATC einzubringen und im Rahmen des Zuwendungsantrages als Projektbestandteil fördertechnisch abzuwickeln, wurde seitens der Gesellschaft ein Entwurf zum ersten Mittelabruf erstellt. Hierbei stellte sich heraus, dass abweichend vom Förderbescheid bei der Erstellung des ersten Bauabschnittes eine andere Vergabeform gewählt wurde. Der Sachverhalt wurde mit der Bezirksregierung besprochen und diesseits aus vergaberechtlicher Sicht bewertet der Bezirksregierung angezeigt. Zwischenzeitlich wurde auf Nachfrage bei der Bezirksregierung von dort mitgeteilt, dass die gewählte Vergabeform mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit nicht den Förderbestimmungen entspricht und eine Förderung des ersten Bauabschnittes nicht möglich ist. Es wurde ein neu berechneter und überarbeiteter Förderbescheid in Aussicht gestellt, der aber zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vorliegt.

Der Zufluss von Liquidität aus dem ersten Mittelabruf ist für die Umsetzung der weiteren Projektmaßnahmen von wesentlichster Bedeutung. Der Wegfall dieser eingeplanten Liquidität gefährdet die Maßnahme Automobilzentrum im Ganzen. Zum Zwecke der Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahme beabsichtigt die Gesellschaft die notwendige, durch Neuberechnung des Förderbescheides voraussichtlich entfallenden Fördermittel in Höhe von 2,7 Mio. € als Liquidität im Rahmen einer Zuführung zur Kapitalrücklage einzubringen. Eine entsprechende Konsortialvereinbarung mit der RWTH ist vorbereitet und abgestimmt. Unter anderem soll diese sicher stellen, dass im Falle einer Rückzahlung keine Quotierung erfolgt, sondern die eingebrachten 2,7 Mio. € ausschließlich an die ACI zurückfließen. Die Konsortialvereinbarung bedarf auf Grund der Verknüpfung mit dem Grundstücksgeschäft noch der notariell beglaubigten Unterzeichnung durch die Gesellschafter.

Zum 31.07.2010 lief der auf fünf Jahre abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturentwicklung im Kreis Düren mbH (GWS) aus. Auf Grund Umstellungen im Beteiligungsportfolio des Kreises Düren und einer Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung wurde der Vertrag nicht verlängert. Damit endete auch die Bestellung eines Geschäftsführers durch die GWS. Der bis dahin im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von der GWS gestellte Geschäftsführer Herr Dr. Hans-Achim Ahn wurde im Rahmen der mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) neu abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsverträge durch die Geschäftsführer dieser Gesellschaft – Herrn Dirk Hürtgen, Herrn Bernd Böhnke und Herrn Guido Emunds – abgelöst. Die BTG erbringt ebenso die bisher von der GWS erbrachten kaufmännischen Leistungen.

Die in Folge der Eurokrise und der festgestellten hohen Staatsschulden europäischer Mitgliedsstaaten erwartete Wirtschaftskrise ist im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft noch nicht durchgeschlagen. Trotz der Erschwernisse bei der Mittelbeschaffung, insbesondere im Bereich der Darlehensbesicherungen ist die bisherige Entwicklung der Kreditzinssätze für die Gesellschaft eher von Vorteil. Für die Gesellschaft ist indirekt eine florierende Automobilbranche von hoher Bedeutung.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse verringerten sich im lfd. Jahr gegenüber dem Vorjahr um ca. 30 T€. Dies beruht insb. auf der Neuordnung der Darlehensverträge mit der FTL GmbH.

Im Bereich der Bestandveränderungen finden sich Absetzungen auf Grund der verlustfreien Bewertung des ersten Bauabschnittes, der Dynamikfläche sowie eine Abgrenzung der bisher von der RWTH fiktiv gezahlten Miete für die Dynamikfläche in Höhe von 12 Raten mit insgesamt 300 T€. Die Gegenposition findet sich unter den sonstigen betrieblichen Erträgen. Weiterhin findet sich hier eine Bestandsminderungen durch den Verzicht der FTL GmbH auf eine Teilfläche der von ihr zu erwerbenden Grundstücke, nämlich der bisher quer durch das Grundstück laufenden Zuwegung zur Filmautobahn. Dieses Grundstück soll ohne Erhöhung des Einbringungswertes in die ATC GmbH eingebracht werden.

Die Gesellschaft hat neben der im Rahmen der Geschäftsbesorgung tätigen Geschäftsführung eine Angestellte und zwei Aushilfen. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich inkl. sozialer Abgaben auf ca. 44 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 237 T€ (Vj. 451 T€). Wesentliche Bestandteile sind die Ausgaben für die Geschäftsbesorgung, Miet- und Grundstückskosten, Bürgschaftsprovisionen, Kosten der Abschlussprüfung und Steuerberatung sowie Rechtsberatkungskosten, die im Zuge der Nachprüfung der Vergabewahl bei der Herstellung der Dynamikplatte und der vorgesehenen Einbringung von Vermögensgegenständen in die ATC GmbH entstanden sind (ca. 44 T€).

Die Zinserträge sinken in Folge der im Vorjahr erfolgten Neuordnung des Darlehensverhältnisses mit der FTL GmbH.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Einnahmen fließen ihr überwiegend aus den Pachtverträgen mit der FTL GmbH zu. Zum Bilanzstichtag betragen die Kassenbestände und Bankguthaben 2 T€ (Vorjahr 12 T€). Zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe bedient sich die Gesellschaft verzinslicher Gesellschafterdarlehen bei der Muttergesellschaft BTG.

Mittelfristig ist vorgesehen, Grundstücke und ausgeführte Bauaufträge aus dem ersten und zweiten Bauabschnitt als Einlage in die gemeinsam mit der RWTH gegründete ATC einzubringen und die Geschäftsanteile hieran zu verkaufen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2011 ca. 6.917 T€ (Vorjahr 7.286 T€). Der Rückgang ist durch das Jahresergebnis 2011 geprägt. Weiterhin erfolgt im Rahmen der Verpachtung der Dynamikfläche an die RWTH eine Aufrechnung mit dem Darlehen und eine gleichhohe Minderung des Anlagenwertes in Höhe von 300 T€.

Die Gesellschaft besitzt Vermögen inkl. Grundstücke aus dem ersten und zweiten Bauabschnitt in Höhe von ca. 5,9 Mio. € sowie Forderung – insb. aus den FTL-Verträgen – in Höhe von ca. 1 Mio. €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt ca. 856 T€ (Vj. 1,1 Mio. €). Die Rückstellungen betragen ca. 194 T€. Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 5,8 Mio. €. Hier dominieren Darlehen bei der HVB mit ca. 2,3 Mio. €, das Darlehen der RWTH für den ersten Bauabschnitt mit einem Restwert von ca. 2,5 Mio. und Verbindlichkeiten gegenüber der GWS (nunmehr Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH) mit ca. 764 T€.

Nachtragsbericht

Am 25.01.2012 wurde die Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung ermächtigt, mit der RWTH GmbH als Mitgesellschafter der ATC GmbH und der ATC GmbH selber eine Konsortialvereinbarung zu schließen, welche die Übertragung der Grundstücke von der ACI GmbH in die ATC GmbH sowie die Einbringung einer weiteren Kapitaleinlage der ACI GmbH in die ATC GmbH regelt. Der notarielle Vollzug steht zur Berichtsaufstellung noch aus.

Risikobericht

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Sie ist davon abhängig, dass die Einnahmen aus den FTL-Verträgen ihr regelmäßig zufließen und die Muttergesellschaft bereit und in der Lage ist kurzfristige Liquiditätsengpässe durch Gesellschafterdarlehen zu überbrücken. Nach dem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet sind haben sich dortseits keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen. Die Muttergesellschaft hat zur Liquiditätssicherung der Gesellschaft entsprechende Gremienbeschlüsse. Die Muttergesellschaft kreditiert die Leistungen, die von ihr im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die ACI GmbH erbracht werden.

Ziel in Umsetzung der satzungsgemäßen Aufgaben ist die Errichtung eines Automobiltestzentrums, nunmehr durch die mit der RWTH gegründete Tochtergesellschaft ATC. Hierzu sollen die Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC eingebracht werden. Ein Risiko ist die umsatzsteuerliche Bewertung der Einbringung. Hierzu liegt zwischenzeitlich eine positive Antwort seitens der Finanzverwaltung auf die im Vorjahr gestellte verbindliche Auskunft vor. Die abschließende vergaberechtliche Entscheidung des Zuwendungsgebers zur abweichenden Wahl des Vergabeverfahrens steht in schriftlicher Form noch aus. Angekündigt wurde eine Änderung

des Bescheides in der Form, dass der erste Bauabschnitt in Höhe von 3 Mio. € (Fahrdynamikfläche) nicht zu den förderfähigen Baumaßnahmen gehört.

Sofern die Einbringung der Vermögensgegenstände der Gesellschaft in die ATC erfolgt, sollen die maßgeblich werterhöhten Geschäftsanteile an der ATC möglichst an die Muttergesellschaft veräußert werden. Dort befinden sich die notwendigen Gremienbeschlüsse in Vorbereitung.

Ein weiteres Risiko der Umsetzung dieser Maßnahme besteht im notwendigen Zukauf einer erheblichen Grundstücksfläche in Aldenhoven-Siersdorf. Mit dem Verkäufer wurden jedoch vertiefende Gespräche geführt und Grundlagen erarbeitet, die eine zügige Umsetzung des Grunderwerbs erwarten lassen. Ein zwingend notariell beurkundeter Kaufvertrag ist zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung noch nicht abgeschlossen.

Prognosebericht

Die Gesellschaft hat gemeinsam mit der RWTH eine Tochtergesellschaft, die ATC gegründet. Für diese liegt ein Zuwendungsbescheid zur Errichtung eines Automobilzentrums vor. Die Gesellschaft beabsichtigt wesentliche Vermögensteile in die für den Bau und die Bewirtschaftung des Automobilzentrums gegründete ATC einzubringen. Hiermit wäre ein wesentlicher Teil ihrer satzungsgemäßen Aufgabe erfüllt. Derzeit sind sämtliche Kapazitäten der Gesellschaft für diese Zielerreichung gebunden. Sobald die Tochtergesellschaft ATC GmbH ihre Geschäftstätigkeit und insbesondere die Errichtung der Automobilteststrecke aufnimmt, erübrigt sich die ACI-eigene Geschäftsstelle vor Ort in Aldenhoven. Der Gesellschaft obliegt sodann noch die Verwaltung der an die FTL GmbH verpachteten und von dieser betriebenen Filmautobahn. Die Gesellschaft wird einer Restrukturierung unterworfen und auf notwendigste Elemente verdichtet. Für 2012 plant die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 153 T€. Wesentlicher Bestandteil dieses Ergebnisses sind mit 161 T€ die Zinsaufwendungen. Eine erfolgreiche Veräußerung der Geschäftsanteile ATC in 2012 ist im Ergebnis noch nicht einkalkuliert.

Beteiligungen des Unternehmens

Die ACI – Automotive Center for Industry GmbH ist mit 51% an der Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH beteiligt. (S. 273)



ATC Automotive Testing Center of RWTH-Aachen University GmbH

Industriepark Emil Mayrisch
52457 Aldenhoven
Telefon: 0241/80-25639
Telefax: 0241/80-22147
Homepage: www.atc-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu Folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Testzentrums im Rahmen der strukturellen Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven-Siersdorf als Teil des Kreises Düren;
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing;
- Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter ist berechtigt einen Geschäftsführer zu bestellen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer, der von Seiten des Gesellschafters RWTH Aachen bestellt wurde, zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Den Geschäftsführern kann von den Beschränkungen des § 181 BGB Befreiung erteilt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat auch mitzuteilen, in welcher Art und in wel-

chem Umfang er die Geschäftsführung während des Geschäftsjahres überwacht hat. Die Bestimmungen der §§ 170, 171 AktG gelten analog. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers /der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigt.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zur Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen.
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmacht.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.
7. Soweit für ein Geschäft im Einzelfall bei Überschreitung der in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festgelegten Wertgrenze zwar die Zuständigkeit des Aufsichtsrates gegeben ist, dieses Geschäft jedoch keine Aufsichtsratsbeschluss duldet und eine unverzügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht möglich ist, kann die Geschäftsführung mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates handeln.
8. Aufnahme von Bankdarlehen und Gewährung von Darlehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufinden. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz bestimmten Fällen, dann einzuberufen, wenn ein Gesellschafter, der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung oder die Geschäftsführung dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangt. Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Ladung erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung, bei der jährlichen Versammlung unter

Beifügung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers. Die Ladungsfrist beginnt mit der Einlieferung zur Post, wobei der Tag der Absendung der Einladungsschreiben und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen sind. Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Sie kann aus begründetem Anlass an einem anderen Ort abgehalten werden. Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Jeder Gesellschafter – die ACI GmbH unter Beachtung der §§ 113 Abs. 1 und 2 / § 53 Abs. 1 KrO – entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Stellvertreter vertreten werden. Bevollmächtigter können nicht der Geschäftsführer bzw. der stellvertretende Geschäftsführer sein. Die Vollmachten zur Vertretung sind in Schriftform vorzulegen. Die Erteilung von Dauervollmachten ist zulässig. Die Gesellschafter wählen aus ihrer Mitte mit qualifizierter Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen einen Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und dessen Stellvertreter. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung mit qualifizierter Mehrheit, d.h. mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht die Satzung oder das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorschreiben. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je Euro 500,00 (i.W.: Euro Fünfhundert) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Ausnahmsweise können Beschlüsse auch durch schriftliche Stimmabgabe, die von der Geschäftsführung einzuholen ist, herbeigeführt werden, sofern keiner der Gesellschafter dieser Form der Abstimmung widerspricht. Dabei ist für den Eingang der Stimme eine Frist festzulegen. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 80 v.H. des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Einladung erfolgt mittels Einschreibebrief. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne die Einschränkung in Satz 1 beschlussfähig. Über die Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben und dem Geschäftsführer auszuhändigen. Dieser sendet je eine Abschrift des Protokolls jedem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat zu. Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls müssen binnen fünf Tagen nach Empfang des Protokolls bei dem Vorsitzenden geltend gemacht werden. Über die Einwendungen entscheidet die nächste Gesellschafterversammlung. Die unwidersprochene oder ergänzte bzw. berichtigte Niederschrift hat die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit. Gesellschafterbeschlüsse können nur binnen zwei Monaten nach Beschlussfassung angefochten werden. Die Frist wird nur durch Klageerhebung gewahrt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen;

- b. die Feststellung des Jahresabschlusses;
- c. die Einforderung von Einzahlungen auf die Geschäftsanteile;
- d. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches;
- e. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder;
- f. Auflösung der Gesellschaft;
- g. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates;
- h. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- i. Beschluss nach § 5 (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen);
- j. Bestellung des Abschlussprüfers;
- k. den Wirtschaftsplan nach § 17;
- l. Beteiligung an Unternehmen;
- m. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen;

Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 292 (1) AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Foltanski, Maciej
Nijs, Martin
Heßeler, Frank-Josef

Aufsichtsrat:	Kreis Düren	4 Sitze	50 %
	RWTH-Aachen	4 Sitze	50%

Gesellschafterversammlung: Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.

1 Stimme je 500,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied	Kreis Düren	Gesellschaftervertreter

Gesellschafterversammlung: Hürtgen, Dirk

Die ACI wird durch die Geschäftsführung vertreten. Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	12.750,00 €	51%
RWTH-Aachen	12.250,00 €	49%

Bilanz	2011 01.03. - 31.12.2011	Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 01.03. - 31.12.2011
Aktiva			
A. Anlagevermögen		1. Umsatzerlöse	0,00 €
I. Sachanlagen	40.887,00 €	2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €
B. Umlaufvermögen		3. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	9.607,54 €	4. Materialaufwand	0,00 €
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.078,15 €	5. Personalaufwand	0,00 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	a) Löhne u. Gehälter	0,00 €
Summe Aktiva	74.572,69 €	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €
Passiva		6. Abschreibungen	
A. Eigenkapital		a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00 €
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	7. sonstige betriebliche Aufwendungen	13.396,97 €
II. Kapitalrücklage	0,00 €	Betriebsergebnis	-13.396,97 €
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-13.396,97 €	9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €
B. Rückstellungen	3.500,00 €	Finanzergebnis	0,00 €
C. Verbindlichkeiten	59.469,66 €		
Summe Passiva	74.572,69 €	Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-13.396,97 €
		10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €
		11. sonstige Steuern	0,00 €
		Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-13.396,97 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die ATC GmbH [HRB 6080] wurde am 1. März 2011 gegründet und wird von zwei Gesellschaftern gehalten. Dies ist zum einen die Automotive Center for Industry GmbH (ACI GmbH) mit einem Anteil von 51 %, zum anderen die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH Aachen) mit 49 % Gesellschafteranteil.

Zweck der Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University ist der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung eines Testzentrums für Automobiltests. Ziel ist dabei die diskriminierungsfreie Zurverfügungstellung von Erprobungsinfrastrukturkapazitäten für den Automobilbereich, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Testzentren verfügen. Durch die anteilige Finanzierung aus öffentlicher Hand durch das Land und die EU steht daher die Erreichung der Förderziele vor der Gewinnerzielung im Vordergrund. Ein weiterer Aspekt ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation und der Aufbau neuer Geschäftsfelder in der Region.

Innerhalb der Bauphase in 2012 und 2013 übernimmt die ATC GmbH, zusätzlich zum Betrieb und der Instandhaltung bereits fertiggestellter Streckenelemente Tätigkeiten eines Generalunternehmers, die für die Errichtung einer derartigen Anlage erforderlich sind. Somit ist die ATC GmbH in dieser Phase für die Fortschritts- und Finanzkontrolle aber auch die Überwachung der durch sie beauftragten Unternehmen, die zur Planung und Errichtung der gesamten Maßnahme erforderlich sind, zuständig.

Im Jahr 2008 wurde zwischen der ACI GmbH und der RWTH Aachen ein Grundlagenvertrag geschlossen, der die Gründung der ATC GmbH und die Einbringung der im 1. Bauabschnitt erstellten Dynamikfläche und weiterer Grundstücke vorsieht. Der 1. Bauabschnitt sollte für die beantragte Förderung die Eigenmittel darstellen. Am 17.12.2010 erhielt die Gesellschaft einen Bewilligungsbescheid für die Gesamtmaßnahme über 13,24 Mio. € (Bewilligung der Zuwendung i. H. v. 10,285 Mio. €). Nach einer angekündigten Fördermittelkürzung und Nichtförderfähigkeit der Fahrdynamikfläche müssen die Eigenmittel anderweitig aufgebracht werden. Eine Einlage des Gesellschafters ACI GmbH wird dazu in Aussicht gestellt. Ein entsprechender Vertrag wurde im April 2012 unterzeichnet.

Einen wesentlichen Bestandteil innerhalb der ersten Phase der Geschäftstätigkeit der ATC GmbH seit ihrer Gründung stellte die Vorbereitung des 2. Bauabschnittes unter Berücksichtigung der Randbedingungen, wie der Nebenbestimmungen des Förderbescheides, dar. Hierzu zählte neben der detaillierten Anforderungsspezifikation für die künftigen Streckenelemente auch die Überprüfung der Geländeeignung (Kontamination, Festigkeit) für den künftigen Einsatzzweck. Dazu wurde ein Bodengutachten angefertigt und Planungen zur genauen Definition des noch zu erwerbenden Grundstückes durchgeführt.

Wegen der über das künftige Gelände der ATC GmbH verlaufenden Zuwegung zur Filmautobahn der FTL GmbH war eine zeitaufwändige Vorabstimmung mit allen Beteiligten (FTL GmbH,

ACI GmbH, EBV GmbH), die über Dienstbarkeiten und sonstige Rechte auf dem künftigen Gelände der ATC GmbH verfügen (z. T. noch aus Zeiten der Altnutzung) erforderlich, um sich daraus ergebenden möglichen Risiken frühzeitig zu begegnen. Weiterhin wurde in 2011 ein Projektsteuerer für den 2. Bauabschnitt beauftragt. Gemeinsam mit der Projektsteuerung wurden bisher Einsparpotenziale zu den einzelnen Bestandteilen des Testzentrums erarbeitet und Vergabestrategien für die Planverfahren und Bauleistungen des 2. Bauabschnittes erörtert.

Vermögens-, Finanz und Ertragslage

Planungskosten zur Realisierung des 2. Bauabschnittes wurden in Höhe von 41 T€ aktiviert. Daneben bestehen Forderungen in Höhe von 10 T€. Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt 24 T€. Demgegenüber stehen Rückstellungen in Höhe von 4 T€ und Verbindlichkeiten in Höhe von 60 T€. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt am Stichtag 12 T€.

Die Gesellschaft hat in 2011 keine Umsätze verbuchen können. Demgegenüber standen Kosten in der Gründungsphase der Gesellschaft in Höhe von 13 T€.

Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr angespannt. Es gibt keine Einnahmen, da die Dynamikfläche erst 2012 in die Gesellschaft eingebracht wurde. Die Ausgaben konnten bisher aufgrund fehlender Liquidität nicht beglichen werden. Zur Überbrückung wurde in 2012 ein kurzfristiges Darlehen durch den Gesellschafter ACI GmbH zur Verfügung gestellt, bis mit Hilfe der geplanten Gesellschaftereinlagen in Höhe von 2,7 Mio. € die Liquidität sichergestellt ist. In 2012 werden nach Einbringung der Dynamikfläche Einnahmen aus der Vermietung derselben generiert werden.

Nachtragsbericht

Bei der Vergabe der Leistungen für die Erstellung des ersten Bauabschnitts durch die ACI GmbH wurden die Förderbestimmungen aus dem erhaltenen Förderbescheid nicht eingehalten. Der Sachverhalt wurde mit der Bezirksregierung besprochen. Dadurch kann sich eine Kürzung der Zuwendung ergeben. Ein entsprechender Änderungsbescheid zum Förderbescheid wird erwartet. Es wurde jedoch eine Möglichkeit erarbeitet, den Eigenanteil und die Liquidität der Gesellschaft bei Förderkürzung und Nichtanerkennung des ersten Bauabschnitts zu gewährleisten. Eine Fertigstellung und Unterzeichnung der Verträge erfolgte zusammen mit der Einbringung der Fahrdynamikfläche im 2. Quartal 2012.

Risikobericht

Die Liquidität der Gesellschaft ist angespannt. Sie ist von der Gewährung eines kurzfristigen Darlehens seitens des Gesellschafters ACI GmbH abhängig. Das Darlehen i. H. v. bis zu 100 T€ ist zugesagt und wurde 2012 zur Tilgung von Verbindlichkeiten eingesetzt. Ein Risiko für die Gesellschaft besteht aus der noch nicht vorhandenen Rechtssicherheit über den Förderbescheid und den zu erwartenden Änderungsbescheid. Weiterhin sind für die Realisierung der Gesamtmaßnahme weitere Grundstücke zu erwerben. Grundstückskaufverhandlungen werden derzeit mit dem Verkäufer geführt. Ein notariell beurkundeter Kaufvertrag ist bisher nicht beschlossen.

Prognosebericht

Die Gesellschaft wird in 2012 durch die Einbringung des ersten Bauabschnitts und der für den zweiten Bauabschnitt benötigten Grundstücke Einnahmen erwirtschaften können und mit Hilfe des geänderten Förderbescheides weitere Grundstücke für den zweiten Bauabschnitt erwerben können. Weiterhin können vorbereitende Tätigkeiten (z. B. Planung und Projektsteuerung) für den in 2012 und 2013 anstehenden Bau der beantragten Streckenelemente durchgeführt werden.

Beteiligungen des Unternehmens

- keine -



Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)

Friedrichstr.4
52351 Düren
Telefon: 02421/121988-0
Telefax: 02421/121988-2
E-Mail: info@dga-dueren.de
Homepage: www.dga-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von Ihnen die Befugnis zu alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen folgende Angelegenheiten:

1. Aufstellung des Wirtschaftsplanes,
2. Übernahme neuer Aufgaben,
3. Aufnahme und Gewährung von Krediten und Darlehen, Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlichen gleichkommen,
4. Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtzins von mehr als 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
5. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 20.000,00 DM zzgl. jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
6. Eingehung und Kündigung von Beteiligungen,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Anschaffung und sonstige Investitionen, soweit sie im Wirtschaftsplan unberücksichtigt sind und im Einzelfall 20.000,00

**Gesellschafter-
versammlung:**

- DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer übersteigen,
8. Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung und Änderung ihrer Anstellungsbedingungen,
 9. die weiteren in diesem Vertrag festgelegten Angelegenheiten.
- Die Gesellschaft hat eine Gesellschafterversammlung. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
1. Feststellung des Jahresabschlusses
 2. Verwendung des Reingewinns und Abdeckung des Verlustes,
 3. Bestimmung des Abschlussprüfers,
 4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
 5. Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung,
 6. Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Küpper, Astrid	Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bozkir, Sandra	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Droege, Bernhard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hellwig, Eva	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Korn, Axel	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
	Metz, Gundula	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Ohlemeyer, Bernd	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Veithen, Gisela	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Bethlehem, Margret	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete	
Gesellschafter- versammlung:	Hürtgen, Dirk	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten	Geschäftsführung

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	30.678 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30.678,00 €	100%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.729,50 €	2.158,00 €	377,50 €	-1.780,50 €	-82,51%
II. Sachanlagen	158.597,00 €	161.547,00 €	144.400,00 €	-17.147,00 €	-10,61%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	15.873,10 €	18.176,64 €	26.637,47 €	8.460,83 €	46,55%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	85.246,48 €	160.951,06 €	117.267,79 €	-43.683,27 €	-27,14%
III. Kassenbestand	191.873,57 €	329.931,46 €	318.129,03 €	-11.802,43 €	-3,58%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.774,75 €	6.345,39 €	6.992,49 €	647,10 €	10,20%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	341.794,34 €	247.157,80 €	152.062,58 €	-95.095,22 €	-38,48%
Summe Aktiva	806.888,74 €	926.267,35 €	765.866,86 €	119.378,61 €	14,79%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	290.000,00 €	697.464,82 €	697.464,82 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	407.464,82 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
IV. Verlustvortrag	-997.751,97 €	-1.069.936,67 €	-975.300,13 €	94.636,54 €	-8,85%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-72.184,70 €	94.636,54 €	95.095,22 €	458,68 €	0,48%
nicht gedeckter Fehlbetrag	341.794,34 €	247.157,80 €	152.062,58 €	-95.095,22 €	-38,48%
B. Rückstellungen	314.248,23 €	207.794,11 €	284.795,31 €	77.001,20 €	37,06%
C. Verbindlichkeiten	257.785,37 €	478.318,35 €	342.422,60 €	-135.895,75 €	-28,41%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	234.855,14 €	240.154,89 €	138.648,95 €	-101.505,94 €	-42,27%
Summe Passiva	806.888,74 €	926.267,35 €	765.866,86 €	119.378,61 €	14,79%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	643.569,66 €	703.991,56 €	1.094.319,34 €	390.327,78 €	55,44%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	3.491.106,41 €	3.600.293,50 €	3.312.722,19 €	-287.571,31 €	-7,99%
4. Materialaufwand	164.598,20 €	208.887,76 €	277.024,52 €	68.136,76 €	32,62%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.090.094,48 €	2.303.315,47 €	2.389.017,21 €	85.701,74 €	3,72%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	502.899,72 €	532.423,19 €	506.724,50 €	-25.698,69 €	-4,83%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	60.695,17 €	50.144,71 €	45.199,96 €	-4.944,75 €	-9,86%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.265.243,36 €	1.102.595,26 €	1.084.142,95 €	-18.452,31 €	-1,67%
Betriebsergebnis	51.145,14 €	106.918,67 €	104.932,39 €	-1.986,28 €	-1,86%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	153,33 €	0,00 €	987,45 €	987,45 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	8.198,34 €	6.038,53 €	5.472,42 €	-566,11 €	-9,37%
Finanzergebnis	-8.045,01 €	-6.038,53 €	-4.484,97 €	1.553,56 €	-25,73%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	43.100,13 €	100.880,14 €	100.447,42 €	-432,72 €	-0,43%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Außerordentliche Aufwendungen	108.937,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	-108.937,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. sonstige Steuern	6.347,83 €	6.243,60 €	5.352,20 €	-891,40 €	-14,28%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-72.184,70 €	94.636,54 €	95.095,22 €	458,68 €	0,48%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	160	166	162

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der überwiegende Ertrag der Gesellschaft wird aus Aufträgen generiert, die die job-com im Bereich der Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Personen vergibt, die im Leistungsbezug nach dem SGB II stehen. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH insgesamt 307,80 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2011 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren zu leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Im Kreis Düren sind drei lokale und mehrere regional und bundesweit agierende Träger tätig. Der überwiegende Teil der Erträge wurde im Jahre 2011 durch Aufträge des Kreises Düren (job – com) erzielt.

Die in den Vorjahren erreichte bessere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur konnte im Jahr 2011 weitgehend aufrechterhalten und die operativ entstandenen Sach- und Personalkosten durch die Erträge gedeckt werden.

Der Standort der Lehrküche in Düren wurde von der Rurstraße in die ARENA Kreis Düren verlegt. Dies wurde aufgrund der nicht mehr dem heutigen Ausbildungsstandard entsprechenden Einrichtung am alten Standort notwendig. Am neuen Standort wurde für Veranstaltungen ein wirtschaftlicher Betrieb aufgenommen.

Die DGA erzielte in 2011 ein positives Ergebnis von 95 Tsd. €, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde übertroffen.

Die Umsatzerlöse Gesamt sowie die sonstigen betrieblichen Erträge konnten um 2,4% auf nunmehr 4.407 Tsd. € gesteigert werden. Während die Höhe der Maßnahmenzuschüsse zurückging, erzielten die Zweckbetriebe höhere Umsatzerlöse. Hierfür liegen die Gründe in der Verlagerung der Lehrküche Düren und dem Wegfall der Baustelle „Jugendherberge Nideggen“ in unmittelbarer Nähe zu unserem „Gastronomisches Ausbildungszentrum Nideggen“. Zusätzlich wurde das Cafe auf dem Friedhof Düren Ost das erste Jahr durchgehend betrieben. Die Personalkosten inklusive Honorarkräfte stiegen entsprechend auf nunmehr 3.117 Tsd. €.

Der Umsatz der mit 2010 vergleichbaren Zweckbetriebe konnte um 2,2 % auf nunmehr 714 Tsd. € gesteigert werden. Das Sozialmöbelhaus Nutz und Nippes verbunden mit den Wohnwerkern (-4,6%) sowie Baum & Borke (-3,2%) verzeichneten ein geringes Minus.

Aufgrund der Maßnahmendauer (in der Regel von einer Woche bis zu einem Jahr) muss an einer dauerhaften Auslastung kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führen kann.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepraxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Die DGA hat im Frühjahr 2011 erstmalig am Prämiensystem für Arbeits- und Gesundheitsschutz der Berufsgenossenschaft (Unfallkasse NRW) erfolgreich teilgenommen. Dabei handelt es sich von Seiten der Unfallkasse NRW um ein Anreizsystem zur systemischen Verankerung des Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben.

Vom 05.03. – 08.03.2012 konnte das Rezertifizierungsaudit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZWV erfolgreich abgeschlossen werden. Die weiterhin bestehende Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin

ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots. Ihr kommt in Zukunft aufgrund der Instrumentenreform im SGB II/III – Bereich eine wichtige Rolle zu.

Die im vergangenen Jahr aufgrund der massiven Kürzungen im Budget der job-com begonnenen regelmäßigen Treffen der Geschäftsführungen von low-tec, Sozialwerk Dürener Christen und DGA werden auch in 2012 fortgeführt. Ziel ist nach wie vor eine optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur aller drei Träger mit dem Ziel, Synergieeffekte zu erreichen. Bei enger werdenden finanziellen Ressourcen soll das Optimum für die Kunden im Hartz IV Bereich erzielt und der Bestand aller drei Träger gesichert werden – wenn auch eventuell mit anderen Schwerpunkten. Es wird weiter an einer Profilschärfung der einzelnen Gesellschaften gearbeitet.

Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage zum 31.12.2011 hat sich verbessert. Die Gesamtleistung stieg auf 4.407 Tsd. €.

Der Materialeinsatz betrug 277 Tsd. € und steigerte sich damit um 33 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist durch den wareneinsatzintensiven Bereich der Gastronomie begründet.

Der Personalaufwand stieg um 2,1 % auf nun 2.896 Tsd. €.

Die Abschreibungen verringerten sich um 10% auf nunmehr 45 Tsd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen um 1,7% auf 1.084 Tsd. € zurück.

Durch den Umzug der Lehrküche Düren stiegen die Raumkosten inklusive Nebenkosten um 5,5% auf 433 Tsd. €. Ebenso erhöhten sich die Versicherungen und Beiträge, die Werbe- und Reisekosten sowie, bedingt durch die hohen Ölpreise, die Betriebskosten.

Gravierende Einsparungen konnten im Bereich Reparaturen und Instandhaltung (-19%) und Honorarkosten (-12%) erreicht werden.

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen konnte nochmals aufgrund der guten Geschäftslage von 6 Tsd. € auf 5 Tsd. € gesenkt.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die Ertragslage entsprechend positiv beeinflusst worden. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 Tsd. € bei der Sparkasse Düren reichte aus, um einerseits die Zinsen und die Tilgung für den Investitionskredit und den Zahlplan RZVK zu bedienen, andererseits die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 Tsd. € zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Weiterhin kann von einer Erhöhung der Kreditlinien abgesehen werden.

Finanzierungen über Leasing erfolgen für ein Dienstfahrzeug sowie für alle Drucker und Kopierer.

Die für 2012 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 10 Tsd. € (VJ: 14 Tsd. €).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Höhe des Anlagevermögens aufgrund planmäßiger Abschreibungen auf 144 Tsd. €. Neuanschaffungen sind i.d.R. Reinvestitionen.

Das Umlaufvermögen verringerte sich von 509 Tsd. € auf 462 Tsd. €.

Während sich der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren erhöhte, veränderten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistung von 130 Tsd. € auf 95 Tsd. €. Ebenso verringerten sich die sonstigen Vermögensgegenstände von 30 Tsd. € auf 22 Tsd. €. Der Kassenbestand zum Jahresende betrug 318 Tsd. € (VJ: 330 Tsd. €). Ursächlich ist hierfür die gute Finanzlage und Zahlungen in 2011, die erst in 2012 zu Ertrag führten.

Die Bilanzsumme verringerte sich von 926 Tsd. € auf nunmehr 766 Tsd. €.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2011 verringerte sich von 247 Tsd. € auf 152 Tsd. €.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Bankkrediten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich planmäßig auf 32 Tsd. €, ebenso gingen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 138 Tsd. € auf 76 Tsd. € zurück. Die Abgrenzungsposten im Ausbildungsbereich reduzierten sich planmäßig und bilden mit mittlerweile 2 Tsd. € eine geringfügige Bilanzposition. Zahlungen in 2011, die erst in 2012 zu Ertrag führen, machten dagegen einen Betrag von 137 Tsd. € aus.

Die Rückstellungen betragen 285 Tsd. €. Dabei erhöhten sich die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden. Ebenso stieg die Rückstellung für ausstehende Rechnungen von 35 Tsd. € auf nunmehr 43 Tsd. €, während die Position für Wartung und Instandhaltung Nideggen von 23 Tsd. € auf 4 Tsd. € zurückging. Berücksichtigt wurde eine Sonderzahlung in Höhe von 73 Tsd. € für das Jahr 2011, die erst in 2012 geleistet werden soll.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

Die danach noch bestehende Differenz spiegelt sich im ausgewiesenen Jahresüberschuss wieder.

Nachtragsbericht

Im I. Quartal 2009 wurde die Gesellschaft erfolgreich nach ISO 9001 und AZWV zertifiziert. Ein Rezertifizierungs-Audit vom 05.03. bis 08.03.2012 verlief erfolgreich.

In 2012 konnten die ersten Bürgerarbeitsplätze angeboten werden. Dabei handelt es sich um ein Modellprojekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das 2011 begonnen wurde. Von sechs freien Stellen wurden bis März zwei besetzt.

Im Februar begann die praktische Durchführung der Maßnahme BOP (Berufsorientierungsprogramm), die sich an Jugendliche ab Klasse 7 richtet. Sie besteht aus einer Potenzialanalyse und einer anschließenden praktischen Einweisung und Information über allgemeine Inhalte auf dem Stand der Technik in mindestens drei Berufsfeldern über einen Zeitraum von in der Regel zwei Wochen.

Die für 2012 von der job-com angekündigten Maßnahmen sind sowohl in der Anzahl als auch im Umfang geringer im Vergleich zu 2011. Dies führt dazu, dass die Geschäftsführung zur Zeit noch von einem geringen positiven Ergebnis von 11 Tsd. € für 2012 ausgeht. Aufgrund der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im Betätigungsbereich der DGA werden teilweise zusammen mit der job-com und den anderen Trägern neue Einsatzfelder erkundet. Dazu zählt einmal der Bereich Übergang Schule – Beruf, aber auch das Thema „Fachkräftemangel“. Neue Aktivitäten in diesen Bereiche können das prognostizierte Ergebnis für 2012 noch entscheidend beeinflussen.

Risikobericht

Die Entscheidungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, massive Einsparungen bei den Eingliederungsmitteln vorzunehmen, erhöhen das Risiko für die DGA, die vorhandene Infrastruktur nicht ausreichend auszulasten. Die Geschäftsführung steuert in dem ihr möglichen Rahmen dieser Entwicklung entgegen, indem sie sich sowohl bei der job-com als auch bei der Agentur für Arbeit um weitere Maßnahmen bemüht und zusätzlich in Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft. Ebenso wird geprüft, ob die vorhandene Infrastruktur zu Realisierung neuer Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden kann.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, die bestehenden Fixkosten nicht zu decken. Sie sieht dieses Risiko wie bereits im letzten Jahr erhöht. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten bedingte Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden.

Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur eingeschränkt möglich, da es besonders im Bereich der Mietkosten feste Laufzeiten gibt.

Der Betrieb des Gastronomischen Ausbildungs- und Dienstleistungszentrum Nideggen in 2010 und die Verlagerung der Lehrküche Düren in die größeren Räumlichkeiten der ARENA Kreis Düren haben bisher die Erwartungen erfüllt, trotzdem bestehen nach wie vor Risiken für die DGA: der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden bzw. Maßnahmeteilnehmern
- einer ausreichenden Auslastung des (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit der lokalen Gastronomie
- der Umsetzung verschiedener Fortbildungs- und Austauschprogramme.

Aufgrund der bisher bekannten Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender wird dieses Risiko als erhöht eingeschätzt. Neben der durch die Kürzung der Haushaltsmittel reduzierten Anzahl von Maßnahmen sind die Gastronomieberufe bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten nicht beliebt. Die job-com wirbt nach wie vor mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch, wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr entspannt. Sämtliche Geschäfte und Maßnahmen müssen aber weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Prognosebericht

Die Planung der DGA geht aktuell von einem leicht positiven Ergebnis für das Jahr 2012 aus. Aufgrund der jetzt bekannten Maßnahmen für 2012 kann es auch im laufenden Jahr zu einer ausreichenden Auslastung der Infrastruktur kommen. Parallel dazu ist es Aufgabe der Geschäftsführung, die erreichte Konsolidierung des Unternehmens beizubehalten. Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2012 liegen in folgenden Bereichen:

- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahes Reagieren
- Abstimmungsgespräche mit anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Durchführung von Berufsorientierungsprogrammen für Schülerinnen und Schüler
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen
- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales müssen genau beobachtet werden, um die richtigen Konsequenzen für die DGA daraus zu ziehen. Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose und hier besonders im Bereich der arbeitsmarktfernen Personen. Die Begründung der Politik für die massiven Budgetkürzungen, dass nämlich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland genug Arbeitsplätze schafft, um die Zahl der Langzeitarbeitslosen markant zu senken, teilt die Geschäftsführung nicht. Die Kunden, die Maßnahmen bei der DGA besuchen, sind überwiegend arbeitsmarktfern und partizipieren somit nicht kurzfristig von einer besseren Arbeitsmarktsituation. Die Kunden der job-com müssen erst in langwierigen Prozessen notwendige Schlüsselqualifikationen erlernen, um im 1. Arbeitsmarkt eine dauerhafte Chance zu haben.

Das durch jahrelange Arbeitslosigkeit abhanden gekommene Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl sowie das Durchhalten eines Acht-Stunden-Arbeitstages, Bewerbungstraining und Ressourcenstärkung sind Aufgaben der DGA. Die guten Integrationszahlen zeigen der Geschäftsführung, dass die bisherige Arbeit der DGA erfolgreich war.

Die nun eingeschlagene Richtung in der Arbeitsmarktpolitik, nämlich gezieltere Förderung besonders arbeitsmarktnaher Kunden bei schrumpfenden Budgets, führt dazu, dass es keinen Ersatz für wegfallende Maßnahmen gibt und schwer vermittelbare Arbeitslose aus dem Fokus der Politik verschwinden.

Die Geschäftsführung hofft darauf, dass die Bundespolitik bei zukünftigen Kürzungen eine differenziertere Betrachtung vornimmt.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als zukunftssträchtig und positiv an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)

(Umfirmierung der DKB GmbH)
 Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-0
 Telefax: 02421/3901-88
 E-Mail: service@dkb-dn.de
 Homepage: www.dkb-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens für Straßenpersonenverkehr im Gebiet des Kreises Düren sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den Gesellschaftszweck zu fördern geeignet sind.

Am 20.02.2008 wurde die DKB-Verkehr GmbH gegründet, die aufgrund der aktuell verabschiedeten EU-Verordnung 1370 mit Wirkung vom 01.01.2009 das operative Busgeschäft (Straßenpersonenverkehr) der DKB übernommen hat und in Folge auch Träger der entsprechenden Konzessionen nach PBefG ist. Nachdem die DKB-Verkehr GmbH seit dem 07.01.2009 unter DKB GmbH firmierte, firmiert die Gesellschaft seit dem 24.11.2009 unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Beschlussfassung über die Zahl der Geschäftsführer obliegt der Gesellschafterversammlung. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Vorhandensein von mehreren Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss einem Einzelnen die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 18 Mitgliedern besteht. In diesen Aufsichtsrat entsenden der Kreis Düren den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen, vom Kreistag bestellten Bediensteten, und die Stadt Düren ihren Hauptverwaltungsbeamten sowie ein weiteres vom Stadtrat Düren zu benennendes Mitglied. Die übrigen Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren oder ein vom ihm bestellter Bediensteter; Stellvertreter ist sein Allgemeiner Vertreter. Der Gesellschafterversammlung steht es frei, auf Vorschlag des Kreistages beratende Mitglieder von Fraktionen in den Aufsichtsrat zu entsenden, die im Aufsichtsrat nicht durch ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sind. Weiteres beratendes Mitglied des Aufsichtsrates ist der Vorsitzende des für den Betrieb zuständigen Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. den Beschluss zur Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Beschluss zum Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. den Beschluss zur Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, Ausstellen von Wechseln, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. den Beschluss über die Schenkungen und den Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
8. den Beschluss über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
9. die Beschlussfassung über Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
10. die Berufung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
11. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle ihr durch zwingende Gesetzesbestimmungen oder der Gesellschaftssatzung zugeteilten Gegenstände bzw. Maßnahmen, insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses und nötigenfalls über die Deckung etwaiger Verluste,
3. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufzustellenden und vom Aufsichtsrat zu beschließenden Wirtschafts-, Investitions- und Finanzplanes,
4. die Aufnahme von Darlehen, die Inanspruchnahme von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern der Wert im Einzelnen die Summe von 500.000 € übersteigt,
5. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksrechten, Verfügungen über und Belastungen von Grundstücken und Grundstücksrechten außerhalb des Wirtschaftsplanes, soweit jeweils ein Wert von 500.000 € überschritten wird,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates und / oder der Geschäftsführung,
7. die Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung,
8. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
9. die Entsendung von Vertretern der Gesellschaft, die Mitglied-

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Dürener Kreisbahn GmbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,51 €	8.352,51 €	17.994,51 €	9.642,00 €	115,44 %
II. Sachanlagen	948.645,95 €	2.013.627,42 €	3.121.481,56 €	1.107.854,14 €	55,02%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.198.288,58 €	693.469,23 €	1.333.446,23 €	639.977,00 €	92,29%
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	340.174,34 €	438.027,42 €	271.060,91 €	-166.966,51 €	-38,12%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20.000,00 €	15.000,00 €	10.000,00 €	-5.000,00 €	-33,33%
Summe Aktiva	2.507.109,38 €	3.168.476,58 €	4.753.983,21 €	1.585.506,63 €	50,04%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-15.201,23 €	-15.201,23 €	-15.201,23 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	249.287,29 €	586.318,06 €	956.105,69 €	369.787,63 €	63,07%
C. Rückstellungen	496.600,00 €	426.300,00 €	1.705.100,00 €	1.278.800,00 €	299,98 %
D. Verbindlichkeiten	1.746.119,94 €	2.140.300,59 €	2.078.016,89 €	-62.283,70 €	-2,91%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5.303,38 €	5.759,16 €	4.961,86 €	-797,30 €	-13,84%
Summe Passiva	2.507.109,38 €	3.168.476,58 €	4.753.983,21 €	1.585.506,63 €	50,04%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.266.564,16 €	9.725.723,97 €	9.787.165,80 €	61.441,83 €	0,63%
2. Einnahmeausgleich Verkehrsverbund	-2.080.562,68 €	-2.664.841,49 €	-3.035.958,57 €	-371.117,08 €	13,93%
3. sonstigen betrieblichen Erträge	697.529,19 €	985.325,68 €	814.122,68 €	-171.203,00 €	-17,38%
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	8.596,12 €	27.130,92 €	47.620,59 €	20.489,67 €	75,52%
5. Materialaufwand	9.790.755,41 €	9.664.484,89 €	9.715.824,34 €	51.339,45 €	0,53%
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	1.602,50 €	90.433,51 €	164.319,59 €	73.886,08 €	81,70%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorg und für Unterstützung	492,00 €	22.798,83 €	46.115,56 €	23.316,73 €	102,27%
7. Abschreibungen	30.605,57 €	102.788,90 €	361.100,79 €	258.311,89 €	251,30%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.135.261,70 €	1.283.497,93 €	2.081.198,79 €	797.700,86 €	62,15%
9. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	460,02 €	0,00 €	-460,02 €	-100,00%
Betriebsergebnis	-3.066.590,39 €	-3.090.204,96 €	-4.755.608,57 €	-1.665.403,61 €	53,89%
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	27.664,88 €	27.664,88 €	
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	27.664,88 €	27.664,88 €	
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-3.066.590,39 €	-3.090.204,96 €	-4.783.273,45 €	-1.693.068,49 €	54,79%
10. Außerordentliche Aufwendungen	30.670,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Sonstige Steuern	3.575,00 €	3.663,00 €	3.691,00 €	28,00 €	0,76%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-3.100.835,39 €	-3.093.867,96 €	-4.786.964,45 €	-1.693.096,49 €	54,72%
12. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	722.690,00 €	664.938,00 €	827.683,99 €	162.745,99 €	24,48%
13. Erträge aus Verlustübernahme	2.378.145,39 €	2.428.929,96 €	3.959.280,46 €	1.530.350,50 €	63,01%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	0	3	5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Neben kleineren Beförderungsaufträgen bestehen Verbindungen zum Kreishaushalt im Wesentlichen beim Schüler-Spezialverkehr (281 T€), im Bereich der Behinderten-Beförderung (43 T€) und bezüglich der Schülerjahreskarten, bzw. des SchoolPlus-Tickets (794 T€).

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde im Jahre 2008 von der Beteiligungsgesellschaft im Kreis Düren mbH [BTG] gegründet und hat zum 01.01.2009 den Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr von dieser übernommen. Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr - überwiegend im Kreisgebiet Düren. Die Leistungen werden überwiegend im Selbsteintritt und im Übrigen durch Subunternehmer erbracht. Auf Grund der Übernahme der Geschäftstätigkeit von der Muttergesellschaft BTG in diesem Bereich bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Anleih- und Anmietverhältnissen noch des dort vorhandenen Fahr- und Betriebspersonals sowie der dort vorhandenen Betriebsausstattung (insbesondere Fuhrpark). Neueinstellungen von Betriebspersonal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausstattung (insbesondere Fahrzeuge) werden durch die Gesellschaft direkt vorgenommen. Hierdurch werden sich die Anleih- und Anmietvolumen bei der Muttergesellschaft kontinuierlich verringern.

Ein Durchschlagen der durch die Eurokrise und der Staatsverschuldung erwarteten Wirtschaftskrise lässt sich im produktiven Bereich der Gesellschaft nicht feststellen. Die Einnahmeverlagerungen in Fahrscheinsegmenten beruht vielmehr auf Tarifmaßnahmen wie der Einführung des Mobil-Tickets im Kreis Düren. Die Entwicklung der Zinssätze zeigt sich für die Gesellschaft eher von Vorteil.

Die Treibstoffkosten sind in 2011 im Vergleich zu 2010 um über 12 % gestiegen. Positiv hat sich der Arbeitsmarkt entwickelt. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist laut Agentur für Arbeit weiterhin gestiegen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich eine positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen entsprechend des Anteils am Verkehrsmarkt auf den ÖSPV auswirkt. Die hier wirkenden Gründe – sowohl positiv als auch negativ – sind jedoch vielfältig. So kann eine proportionale Entwicklung nicht hergeleitet werden.

Zum Beginn des Monats März 2011 überraschte und erschreckte die Naturkatastrophe in Japan und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kernenergie die gesamte Welt. Die Bürgerkriegsunruhen im Nahen Osten haben sich zwar beruhigt, eine Krise, insbesondere in Folge der iranischen Bemühungen in Sachen Kernenergie lässt sich aber nicht ausschließen. In wie weit hieraus Folgen für die deutsche Wirtschaft und insbesondere auf Energie- bzw. Treibstoffkosten folgen kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgesehen werden.

In 2009 wurde im Kreis Düren das Mobilticket eingeführt. Ein Ticket, dass in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausgegeben wird und für 15,- € monatlich den wirtschaftlich benachteiligten Mitbürgern Mobilität im gesamten Kreis Düren erschließt. Das Ticket wurde gut angenommen, die Umsätze haben sich mehr als verdoppelt. Für das Jahr 2011 wird ein öffentlicher Zuschuss für die tarifliche Bereitstellung eines Sozial-Tickets erwartet.

Die Situation der kommunalen Unternehmen – insbesondere auch im ÖPNV - bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der kommunalen Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB). Verbesserungen des Leistungsangebotes aus eigener Initiative sind nur dort möglich, wo sie kostendeckend erfolgen können. Dies ist in der Regel nicht im Bereich ört-

licher oder zeitlicher Randlagen. Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist der Nahverkehrsplan des Kreises Düren. Im Jahr 2012 wird eine vertiefende und eingehende Analyse der Geschäftsprozesse insbesondere in Verbindung mit der Muttergesellschaft sowie der Leistungsprozesse unter Hinzuziehung eines Sachverständigen für Optimierungsfragen durchgeführt.

Die Gesellschaft ist über einen am 18.12.2008 mit der BTG abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag dort organschaftlich eingebunden. Weiterhin bestehen ein Finanzierungsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS).

Ertragslage

Die Linienverkehrseinnahmen konnten in 2011 um ca. 2 % gesteigert werden. Besonderen Zuwachs konnte die Gesellschaft im Bereich der Einnahmen aus dem Mobilticket verzeichnen. Die Verlagerung von Einzel- hin zu Zeittickets setzt sich in 2011 fort. Es ist von besonderer Bedeutung auch weiterhin im AVV konsequente Tarifanpassungen unter besonderer Berücksichtigung der Preiselastizität durchzuführen. Die Gesellschaft wirkt hierbei im Bereich des Unternehmensbeirates und des AVV Aufsichtsrates mit. Die abschließenden Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbandversammlung.

Einnahmen im Bereich des freigestellten Schüler- und Sonderschulverkehr und dem Behindertenfahrdienst sind nahezu unverändert. Im City-Tarif konnte eine Umsatzsteigerung von über 25 % erreicht werden. Im Bereich des NRW-Anschlussstarifs hat die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) in den Vorjahren wesentlich zu hohe Abschlagszahlungen erhalten. Eine Korrekturrechnung erfolgt im Aachener Verkehrsverbund unter Bezug auf die Bedienungshäufigkeiten der jeweiligen ÖSPV-/SPNV-Verknüpfungspunkte. Für die die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) betreffenden erwarteten Rückzahlungen wurden Rückstellungen im Bereich periodenfremder Aufwand gebildet.

Die öffentlichen Ausgleichszahlungen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen unterlagen bereits erheblichen Minderungen in den Vorjahren auf Grund des Rückganges des Anteils dieser Gruppe an den Fahrgastzahlen sowie der pauschalen Kürzung des Schwerbehindertenausgleichsquotienten.

Seitens des Aachener Verkehrsverbundes wurde die Schlussrechnung für Übersteiger- und Einnahmeausgleich bis zum Jahr 2010 vorgelegt. Basis für die Berechnung ist die Auswertung der Fahrgasterhebung des Ingenieurbüros IVV aus dem Jahr 2009. Bei der RVE haben sich wesentliche Verlagerungen in der Ertragskraft zwischen den Verbundverkehrsräumen zu Lasten des Kreises Düren ergeben. Es ergeben sich Nachzahlungsansprüche gegen die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) für 2009 und für 2010, die die Höhe der gebildeten Rückstellungen wesentlich übersteigen. Weiterhin muss das Zählergebnis für die Prognose der Einnahmeabrechnung 2011 Verwendung finden, so dass sich hieraus zusätzlich ein Rückstellungsbedarf entwickelt. Der Jahresabschluss 2011 berücksichtigt die Ergebnisse der vorgelegten AVV Einnahmeaufteilungsrechnung. Mit dem Aachener Verkehrsverbund wurden Gespräche dahingehend aufgenommen, wie sich die Verlagerung der Ertragskraft, sollte sie sich in dieser Form bestätigen, teilkompensiert werden kann und wie sich zukünftig solche Verwerfungen durch aktive Gestaltung des Verkehrsangebotes und des Einnahmeanspruchsvertrages der RVE verhindern lassen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen finden sich im Wesentlichen die Erträge aus der Busvermietung an die Rurtalbus GmbH sowie Erträge aus Lieferungen und Leistungen. Die DKB erhält von der Muttergesellschaft einen Nachteilsausgleich für die mit der Gründung verbundene Übernahme von Vertragserfüllungspflichten. Im Vorjahr wurde der Betrag rückwirkend auch für 2009 abgerechnet.

Auf Grund der Umstellung im Bereich der öffentlichen Ausgleichszahlungen für Schüler (vormals § 45 a PBefG, nunmehr § 11 a ÖPNVG) hat sich für die Gesellschaft ein höherer Ausgleichsanspruch ergeben.

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. ½ %. Dies liegt im Wesentlichen mit über 100.000 € am Anstieg der Treibstoffkosten.

In Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband konnte mit der Gewerkschaft ver.di für diese Personale der Spartentarifvertrag TV-N vereinbart werden. Dieser Tarif unterschreitet den bei den BTG-Altpersonalen angewandten Tarif (BAT / BMT-G). Das Groß der Personale bezieht die Gesellschaft weiterhin von der Muttergesellschaft im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten u.a. die Aufwendungen für den Leistungsbezug bei der Muttergesellschaft für Raummieten und Betriebshofnutzung. In 2011 finden sich hier als wesentlichster Bestandteil der periodenfremde Aufwand für die Bildung von Rückstellungen für die oben erwähnten Rückzahlungen aus der RVE-Ausgleichsrechnung sowie für die Überzahlung im NRW-Tarif. Weiterhin wurde eine Rückstellung für eine evtl. Überzahlung im Bereich der Schülerausgleichszahlungen nach § 45 a PBefG. Hierzu wurde auf die zwischenzeitlich eingegangene Prüfungsmitteilung eine Stellungnahme der Gesellschaft abgegeben. Eine Entscheidung ob eine Rückforderung erfolgt steht derzeit noch aus.

Seit Betriebsübernahme 2009 beschafft die Gesellschaft selbst Kraftomnibusse. Im gleichen Umfang werden bei der Muttergesellschaft geliehene Kraftomnibusse ausgemustert. Dem zunehmenden Abschreibungsaufwand steht dementsprechend eine Minderung bei den Fahrzeugmieten gegenüber. Für 2010 eingestellte Restforderungen nach § 45 a PBefG und nach SGB IX mussten korrigiert und ausgebucht werden.

Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 3,959 Mio. € der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft aufgerechnet wird. Das Ergebnis ist sehr wesentlich von periodenfremden Aufwendungen (gebildete Rückstellungen für evtl. Rückzahlungen für Vorjahre) geprägt. Insbesondere fällt die Schlussrechnung der Einnahmeausgleichsansprüche im Aachener Verkehrsverbund ins Gewicht, die Rückstellungen für die Jahre 2009, 2010 und 2011 erforderlich macht.

Finanzlage

Die Gesellschaft bediente sich 2011 zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität eines Verrechnungskontos bei der Muttergesellschaft und ist so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Die Gesellschaft hat auf Grund ihres Gesellschaftszweckes – verbunden mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft - keine Möglichkeit, sich eigene Liquiditätsreserven aufzubauen. Sie ist und bleibt in diesem Bezug von der Muttergesellschaft abhängig. Zum Ende des Jahres 2011 betragen die Kassen- und Bankguthaben ca. 271 T€ (Vorjahr 438 T€).

Auf Grund des mit dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren durch den Kreistag beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten, die Daseinsvorsorge sichernden Leistungspaketes, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖPNV defizitär.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2011 ca. 4.754 T€ (Vorjahr 3.168 T€).

Der wesentlichste Zugang befindet sich im Bereich der Sachanlagen, hier Fahrzeuge für den Personennahverkehr. Die Gesellschaft beschafft seit Betriebsübernahme selber Fahrzeuge und

mindert dadurch die Fahrzeugentleihung bei der Muttergesellschaft. Den Fahrzeugen in Höhe von 2.603 T€ und dem übrigen Sachanlagevermögen stehen Investitionszuschüsse von insgesamt 956 T€ gegenüber.

Die Gesellschaft führte im Berichtsjahr das Großvorhaben Haltestellenerneuerung zum Ende und konnte dementsprechend Anlagevermögen aktivieren. Das zweite Großvorhaben im Bereich der Infrastruktur, nämlich die Ausweitung des rechnergesteuerten Busleitsystems (RBL) ist noch im Bau befindlich. Ein Ausschreibungsteilnehmer hat vor dem EuGH Klage gegen das Ausschreibungsverfahren angestrebt, was den weiteren Baufortschritt in 2011 hemmte.

Forderungen bestehen aus Lieferungen, Leistungen und Fahrgeldern.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. Restforderungen aus öffentlichen Ausgleichszahlungen) belaufen sich auf ca. 1.333 T€ (Vorjahr 693 T€).

Die Bank- und Kassenbestände belaufen sich auf 271 T€ (Vorjahr 438 T€). Hierzu wird auf die oben beschriebene Liquiditätsversorgung durch die Muttergesellschaft verwiesen.

Die Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag belaufen sich bei Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 1.079 T€ (Vorjahr 1.650 T€). Hierin enthalten sind Beschaffungskosten für Neufahrzeuge, die zum Jahresbeginn 2011 teilweise in ein Darlehen umgewandelt wurden.

Die Gesellschaft hat in 2011 Rückstellungen in Höhe von ca. 1.705 T€ (Vorjahr 426 T€) bilden müssen. Insbesondere sind hier zu nennen: Beträge für Übersteigerausgleichszahlungen, Rückzahlungsverpflichtungen für NRW-Tarif für Vorjahre, Haftpflicht- und Selbstbeteiligungsrisiken und Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Bezirksregierung aus § 45 a PBefG für Vorjahre.

Die Eigenkapitalquote ist als Vermögensstatus nur aussagefähig in Verbindung mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag bis zur Berichtserstellung sind keine Verhältnisse bekannt geworden, die eine außerordentliche Abweichung vom Jahresabschluss erwarten lassen. Die Entwicklung der Treibstoffkosten bleibt angespannt zu beobachten. Dies gilt auch für rechtsanhängige Prozesse in Sachen der richterlichen Rechtsprechung zu Fragen der Direktvergabe oder dem Konzessionswettbewerb. Letztlich befindet sich das PBefG und damit ein weiterer Baustein zur zukünftigen Gestaltung des ÖPNV in Deutschland in der Novellierung.

Die endgültige Einnahmeaufteilungsrechnung des Aachener Verkehrsverbundes für 2011 steht aus. Hier sind Rückstellungen gebildet.

Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) wurde die von der Verbundgesellschaft vorgeschlagene Einnahmeaufteilungsrechnung im Unternehmensbeirat nicht – wie notwendig – einstimmig angenommen. Ein Schiedsverfahren befindet sich in Vorbereitung. Für 2012 wurde seitens Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die öffentlich geförderte Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahme im Bereich des rechnergestützten Busleitsystems mit einem Investitionsvolumen von ca. 1,9 Mio. € genehmigt.

Risikobericht

Mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 1370, welche in 2009 in Kraft getreten ist, wurden bundesweit bei den Verkehrsunternehmen – insbesondere im Straßenpersonenverkehr – Strukturveränderungen ausgelöst. Derzeit befinden sich einige Gerichtsprozesse in anhängigen Ver-

fahren in der Rechtsfindung. Die notwendige Novellierung des PBefG ist noch nicht abgeschlossen.

Im AVV haben die kommunalen Verkehrsunternehmen mit der Verbundgeschäftsstelle vorab feststellen lassen, dass alle drei Unternehmen das Kriterium 4 des EuGH-Urteils (die Kostensätze des untersuchten Unternehmens dürfen die Kostensätze eines mit gleichen Kapazitäten ausgestatteten, durchschnittlich gut geführten Unternehmens nicht übersteigen) erfüllen. Die von der AVV Verbundgeschäftsstelle in Auftrag gegebene rechtliche Bewertung der Betrauung veranlasste dazu, die Verbundvertragswerke für die zukünftig angestrebte Handlungsweise anzupassen.

Im AVV erfolgte eine europarechtskonforme Betrauung an die kommunalen Verkehrsunternehmen. Am 31.10.2007 erfolgte der entsprechende Beschluss in der Zweckverbandsversammlung des AVV am 27.11.2007 der des Kreistages Düren. Die Betrauung wurde zum 01.01.2009 auf die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übergeleitet.

Das Wegbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für Verbund- und Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichszahlungen für die Beförderungen von Schülern und / oder Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Für die Schülerausgleichszahlung (vormals § 45 a PBefG) gilt § 11a ÖPNVG. Danach sinken in 2011 die Mittel landesweit auf 100 Mio. € um dann in 2012 erstmals wieder positiv angepasst zu werden, dann landesweit auf 130 Mio. € jährlich.

Verbundintern besteht weiterhin ein Risiko im Bereich der Einnahmenaufteilung. Diese erfolgt auf Zählungen / Teilerhebungen, ergänzt durch buchhalterische Verfahren, die im Anschluss oft mehrjährig fortgeschrieben werden. Tatsächliche Änderungen der Vertriebstätigkeit und Nachfrageverschiebungen bei einzelnen Unternehmen können dadurch u.U. erst zu einem späteren Zeitpunkt bei Zählungen festgestellt werden und müssen mehrjährig kumuliert unter den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Die Gesellschaft bildet hier nach ihrer Kenntnislage entsprechende Rückstellungen. Mit dem AVV werden Verhandlungen dahingehend geführt, wie die Risikokumulation bei den Verkehrsunternehmen zukünftig verhindert oder abgemildert werden kann.

Im Rahmen einer angedachten Zusammenlegung der Verkehrsverbände in NRW steht auch die Überlegung den AVV und VRS zu einem Verkehrsverbund zusammen zu fassen. Hier besteht insbesondere dann ein Risiko, wenn dadurch evtl. auftretende tarifliche Mindererlöse oder Durchtarifizierungsverluste nicht verhindert oder ausgeglichen werden.

Im Bereich des operativen Geschäftes ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – eine Versicherung auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier insofern für den Fall eines verschuldeten Großschadenereignisses, dass die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (25,6 Mio. € je Schadenereignis) übersteigt.

Im Bereich der Liquidität ist die Gesellschaft abhängig von der Muttergesellschaft, in welche sie über einen Ergebnisabführungsvertrages eingebunden ist und unterjährig im Rahmen der verrechnenden Kontoführung bei temporären Liquiditätsengpässen Ausgleich erhält.

Prognosebericht

Die Gesellschaft führt seit dem 01.01.2009 das von der Muttergesellschaft übernommene operative Geschäft im Straßenpersonenverkehr. Sie bedient sich dazu des Personals und der Ausstattung der Muttergesellschaft. Strategisch werden zukünftig benötigte Neufahrzeuge direkt von der Gesellschaft beschafft und Personalfuktuation durch eigene Einstellungen kompensiert.

Die seitens ihres Gesellschafters und des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund unter gutachterlicher Begleitung ergriffenen Maßnahmen erfüllen unseres Erachtens die derzeitige Vergabevoraussetzung. Auf dieser Basis ist eine Fortführung der Gesellschaft unter der Voraussetzung organschaftlicher Einbindung in die Muttergesellschaft zur Erfüllung der sich aus dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren ergebenden daseinsfürsorglichen Versorgung des Bedienungsgebietes mit öffentlichen Straßenpersonenverkehrsleistungen für den jeweiligen Betrauungszeitraum zu erwarten. Die Gesellschaft ist dabei insbesondere gefordert, kostenreduzierende Maßnahmen umzusetzen. Die Fortführung der bisherigen Tarifpolitik im AVV lässt insgesamt eine Verbesserung der Ertragssituation erwarten. Eine weitere Säule der kostenmäßigen Restrukturierung ist der im Rahmen der Personalfluktuaton eintretende Wechsel im Personalentlohnungstarif von bisher BAT und BMT-G auf dann TV-N NW für bei der Gesellschaft neu eingestelltes eigenes Personal sein.

Für das Kalenderjahr 2012 erwartet die Gesellschaft ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von minus 2.520 T€. Für die Folgejahre ein jährliches Defizit von ca. 2.150 T€.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**beka GmbH**

Von-Werth-Straße 37
 50670 Köln
 Telefon: 0221/951449-0
 Telefax: 0221/951449-20
 E-Mail: info@beka.de
 Homepage: www.beka.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmungen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die Gesellschaft kann solche Geschäfte und Maßnahmen im eigenen oder fremden Namen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Sie wird bei einem Geschäftsführer durch diesen, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Es kann auch jedem Geschäftsführer das Recht verliehen werden, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf, höchstens elf Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Geschäftsführer, er bestellt sie, schließt mit ihnen die Dienstverträge und beruft sie ab.
2. Er ist befugt, beim Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer jedem das Recht zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu verleihen.
3. Er setzt die Richtlinien über Art und Umfang der Geschäftstätigkeit fest.
4. Der Aufsichtsrat stellt den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr durch seine Zustimmung fest. Wird die Zustimmung versagt, hat er den Jahresabschluss mit seiner eigenen Stellungnahme innerhalb eines Monats der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die den Jahresabschluss dann feststellen.

Seiner Zustimmung bedürfen folgende Handlungen der Geschäftsführung.

1. Vornahme von Rechtsgeschäften, welche über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen,
2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
3. Investitionen, die im Einzelfall den Betrag von DM 30.000 übersteigen,
4. Beteiligungen an anderen Unternehmen,
5. Abschluss von Arbeitsverträgen mit einer höheren Jahresvergütung als DM 70.000 oder mit einer längeren als der gesetzlichen für die Handlungsgehilfen regelmäßigen Kündigungsfrist,
6. Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten, Aufnahme von Darlehen mit Aufnahme von kurzfristigen Kassenkrediten zur Vorfinanzierung von Warengeschäften,
7. Abschluss von Verträgen mit einem höheren Wert als DM 500.000 (bei Verträgen in Warenhandelsgeschäften DM 2.000.000),
8. Ausstellung von Wechseln,
9. Erteilung und Widerruf von Prokuren und Abschluss von Anstellungsverträgen mit Prokuristen,
10. alle anderen Maßnahmen, für die es der Aufsichtsrat beschließt.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr in dem Gesellschaftervertrag sonst zugewiesenen oder im Gesetz vorbehaltenen Maßnahmen insbesondere über:

1. Die Wahl und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,
2. die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
3. die Auflösung der Gesellschaft oder ihre Fusion mit einem anderen Unternehmen,
4. die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer oder einer Revisionsabteilung eines Gesellschafterunternehmens oder einer mit den Gesellschafterunternehmen verbundenen Holding-, Schwester- oder Tochterunternehmen,
5. alle Angelegenheiten, für die ein Geschäftsführer oder der Aufsichtsrat eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung fordert,
6. die Verwendung des Jahresüberschusses (Bilanzgewinn) auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Coenen, Robert

Aufsichtsrat:

Mitglieder des Aufsichtsrates sollen im Allgemeinen nur leitende Persönlichkeiten der Unternehmungen sein, die als Gesellschafter beteiligt sind, jedoch soll das Recht der Gesellschafterversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hiervon unberührt bleiben.

Aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter dieser Einkaufsgesellschaft entfällt eine weitere Darstellung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Werden mehrere Vertreter entsendet, so können diese ihre Stimme nur einheitlich ausüben.

1 Stimme

je 10 € Kapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Die Dürener Kreisbahn GmbH entsendet kein Mitglied in den Aufsichtsrat.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Emunds, Guido

Hürtgen, Dirk

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten.

Geschäftsführer BTG
Geschäftsführer BTG

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	50672 Köln	
gezeichnetes Kapital:	382.520,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	3.000,00 €	0,78%

Auf eine weitere Darstellung der Gesellschafter wird wegen der hohen Anzahl verzichtet.

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	627,00 €	18.608,00 €	28.272,00 €	9.664,00 €	51,93%
II. Sachanlagen	43.084,50 €	26.833,50 €	29.704,00 €	2.870,50 €	10,70%
III. Finanzanlagen	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	658.829,87 €	563.681,28 €	0,00 €	-563.681,28 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.132.314,45 €	2.300.430,11 €	1.491.905,28 €	-808.524,83 €	-35,15%
III. Kassenbestand	555.700,26 €	403.302,24 €	422.200,99 €	18.898,75 €	4,69%
IV. Wertpapiere	600,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	45.093,27 €	39.739,77 €	41.219,81 €	1.480,04 €	3,72%
Summe Aktiva	3.636.249,35 €	3.552.594,90 €	2.213.302,08 €	-1.339.292,82 €	-37,70%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	382.520,00 €	381.920,00 €	381.920,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	218.658,44 €	218.658,44 €	218.658,44 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	479.569,90 €	493.021,81 €	396.859,26 €	-96.162,55 €	-19,50%
IV. Bilanzgewinn	32.547,91 €	-96.162,55 €	-325.361,55 €	-229.199,00 €	238,35%
C. Rückstellungen	718.081,00 €	103.077,00 €	254.446,00 €	151.369,00 €	146,85%
D. Verbindlichkeiten	1.804.872,10 €	2.453.080,20 €	1.286.779,93 €	-1.166.300,27 €	-47,54%
Summe Passiva	3.636.249,35 €	3.553.594,90 €	2.213.302,08 €	-1.340.292,82 €	-37,72%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	11.829.750,71 €	9.094.992,14 €	7.026.287,06 €	-2.068.705,08 €	-22,75%
2. sonstige betriebliche Erträge	243.311,96 €	210.965,20 €	258.989,14 €	48.023,94 €	22,76%
3. Materialaufwand	10.846.987,97 €	8.106.873,34 €	6.219.635,49 €	-1.887.237,85 €	-23,28%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	451.456,17 €	495.111,27 €	457.823,20 €	-37.288,07 €	-7,53%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	145.500,06 €	85.121,67 €	289.876,76 €	204.755,09 €	240,54%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	19.647,64 €	17.770,00 €	17.058,65 €	-711,35 €	-4,00%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	603.873,17 €	669.680,21 €	580.676,60 €	-89.003,61 €	-13,29%
Betriebsergebnis	5.597,66 €	-68.599,15 €	-279.794,50 €	-211.195,35 €	307,87%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	49.598,50 €	36.223,79 €	29.180,79 €	-7.043,00 €	-19,44%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.963,48 €	53.474,14 €	54.679,40 €	1.205,26 €	2,25%
Finanzergebnis	45.635,02 €	-17.250,35 €	-25.498,61 €	-8.248,26 €	47,82%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	51.232,68 €	-85.849,50 €	-305.293,11 €	-219.443,61 €	255,61%
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	18.871,00 €	18.871,00 €	0,00 €	0,00%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18.352,77 €	-8.964,70 €	0,81 €	8.965,51 €	-100,01%
10. sonstige Steuern	332,00 €	406,75 €	1.198,25 €	791,50 €	194,59%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	32.547,91 €	-96.162,55 €	-325.363,17 €	-229.200,62 €	238,35%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	11	11	9

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Wirtschaftliches Umfeld

Die beka GmbH – kurz beka genannt – ist ein Handels- und Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland. Sie ist aber auch Wirtschaftsgesellschaft für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. – hier insbesondere in den Geschäftsbereichen Bildung und Verlag. Träger der Gesellschaft sind Beteiligungen von 86 Verkehrsunternehmen.

Die beiden Kernbereiche des beka-Geschäfts liegen in dem Bereich Handel (Geschäfte mit öffentlichen Ausschreibungen) und in der Bildung (Premium- bzw. Classicveranstaltungen). Für die positive Geschäftsentwicklung dieser beiden Bereiche ist das Investitionsverhalten der Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Tendenziell sind Investitionen im ÖPNV rückläufig. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäft im Handel im Jahr 2011 nicht in der gewünschten Höhe realisiert werden. Auch der Bereich Bildung ist momentan nur begrenzt wachstumsfähig. Wichtig ist es hier, aktuelle Themen zu besetzen und innovative Veranstaltungen aufzunehmen.

Geschäftsverlauf und Erläuterungen zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im 90. Jahr ihres Bestehens hat die Gesellschaft operativ positiv gearbeitet. Im Jahr 2011 konnten Gesamterlöse von T€ 7.072 (Vj. T€ 9.144) erzielt werden. Das Rohergebnis betrug T€ 1.066 (Vj.: T€ 1.199), insbesondere getragen von den Deckungsbeiträgen in den Geschäftsbereichen Handel und Bildung. Der Rückgang der Gesamterlöse resultiert insbesondere aus dem Wegfall der Durchführung der nationalen Werbekampagne für den VDV, die in 2011 nur noch T€ 691 betragen nach T€ 2.122 im Vorjahr.

Das letztlich im Geschäftsjahr ein Fehlbetrag (T€-325) ausgewiesen wird hat im Wesentlichen die folgenden außerordentlichen Ursachen:

- Die Lohn- und Gehaltskosten des Geschäftsjahres waren durch zeitweise doppelte Geschäftsführerkosten (Mehrkosten von rund 100 T€) belastet; darüber hinaus sind zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 160 T€ für die Pensionsansprüche des zum 1.7.2011 ausgeschiedenen GF gebildet worden sowie daraus resultierende Versorgungsleistungen im 2. HJ mit 47 T€ angefallen, die das Ergebnis belasten.
- Zur Klärung dieser Sachverhalte sind Aufwendungen in Höhe von 15 T€ angefallen.

Die Zinserträge bewegten sich wie im Vorjahr auf sehr niedrigem Niveau, insbes. weil sich das Zinsniveau nochmals verschlechtert hat.

Die Vermögensstruktur der beka ist gekennzeichnet durch eine hohe Eigenkapitalausstattung, so dass die Gesellschaft im Betrachtungszeitraum ohne Fremdfinanzierung ihre Geschäfte abwickeln konnte. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag rund 30%. Die hohe Liquidität resultiert im Wesentlichen durch eine gute Zahlungsmoral unserer Kunden sowie durch erhaltene Anzahlungen aus Projektgeschäften.

Die Gesellschaft schüttete in 2011 keine Dividende an die Gesellschafter aus.

Handel

Die Hauptumsatzleistung der beka liegt nach wie vor im Bereich Handel. Hier betrug der Umsatz im Berichtsjahr T€ 4.938 (Vorjahr T€ 5.313). Zu diesem Ergebnis haben mittel- und langfristige Investitionen aus den alten und neuen Bundesländern beigetragen.

Bildung

Das Bildungsgeschäft fand im Berichtsjahr eine gute Akzeptanz bei unseren Kunden. Die Bildungsveranstaltungen wurden inhaltlich und organisatorisch überdurchschnittlich mit „gut und besser“ beurteilt. Das Geschäft der beka Bildung hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der Umsatz betrug T€ 1.229 (Vj. T€ 1.444). Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der VDV-Akademie sind hierin enthalten. Der Umsatzrückgang beruht hauptsächlich auf der Periodizität zweier Großveranstaltungen (AEE und Marketing-Kongress), die jeweils nur alle 1,5 Jahre stattfinden. Die zukünftige Entwicklung des beka-Bildungsgeschäftes hängt in nicht unerheblichem Maße von einer für beide Seiten zufriedenstellenden Zusammenarbeit von beka Bildung und VDV-Akademie e.V. ab.

Verlag

Der Umsatz im Unternehmensbereich Verlag lag mit T€ 195,0 (Vj. T€ 199,0) im Plan. Das Geschäft im Jahr 2011 konzentrierte sich im Wesentlichen auf Standards wie Mitteilungen, Schriften, NATA-Bücher sowie Neuveröffentlichungen seitens des VDV und privaten Anbietern. Die Umsätze sind abhängig von den Neuerscheinungen im Geschäftsjahr. Auch Piktogramme haben einen Umsatzbeitrag geleistet. Das Geschäft mit den Fahrertaschen ist etwas rückläufig.

Kooperation

In 2011 betragen die Umsatzerlöse im Bereich Kooperation T€ 19 (Vj. T€ 105). Trotz des Umsatzrückganges um über 80% ist der Ertrag nur von T€ 7 auf T€ 3 gesunken. Die im Bereich Kooperation durchgeführten Maßnahmen wurden am Markt nicht mehr intensiv beworben und nur auf Anfrage bedient.

beka ebusiness GmbH

Im Geschäftsjahr 2011 wies die beka ebusiness GmbH einen Verlust in Höhe von T€ 16,7 (Vorjahr Gewinn T€ 16,7) aus. Der Verlust gegenüber der Planung und dem Vorjahr beruht insbesondere auf periodenfremden Ergebnisbelastungen.

Durch die Hinzunahme des neuen Kooperationspartners jCatalog werden bei gleichzeitigem Erhalt der Bestandsgeschäfte neue Kundenkreise erschlossen. Für 2012 sind MVB und RNV als Kunden möglich, weiterhin sollen weitere Kunden – auch über die Teilnahme an Ausschreibungen – akquiriert werden. Insgesamt rundet das neue Geschäftsmodell das Portfolio der e-business ab.

Risiken

Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Lage und dem mäßigen Investitionsaufkommen im ÖPNV werden von der Geschäftsführung Risiken im Handelsgeschäft und in der Bildung nicht ausgeschlossen. Weiterhin bestehen aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung der beka bei Bietergemeinschaften Risiken in der Projektabwicklung. Hier werden zukünftig andere Vertragskonstellationen zur Risikominimierung angestrebt. Das bislang aufgebaute Risikomanagement wird im Hinblick auf Bonitätsauskünfte und Lieferantenmanagement erweitert und optimiert.

Ausblick

Aufgrund von Markt- und Betriebserfordernissen wird die bisherige Unternehmensstruktur geändert. Die beka wird in die Bereiche „Seminare und Tagungen“ (vormals Bildung) und „Ein-

kauf“ (Zusammenfassung der Bereiche Handel, Kooperation und Verlag) eingeteilt. Der Geschäftsbereich „Werbung“ entfällt wegen mangelnder Relevanz. Zukünftige Berichtslegungen werden anhand dieser Bereiche dargestellt. Nachfolgend werden bereits die neuen Begrifflichkeiten benutzt.

Die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2012 ist positiv zu beurteilen:

- Der Auftragsbestand im Einkauf beträgt ca. 10 Mio. Euro. aufgrund zweier Großaufträge von Spurwerk NRW (Fahrscheinautomaten) und BVG (Fahrgastzählung). Somit bilden die klassischen Handelsgeschäfte die Basis für den Deckungsbeitrag. Dennoch wird aufgrund der Risikobehaftetheit derartiger Geschäfte für die kommenden Jahre der Übergang zur Abwicklung von einkaufsnahen Dienstleistungen (Sourcing, Lieferantenentwicklung, Abschluss von bundesweiten Rahmenverträgen, Begleitung oder Durchführung von Ausschreibung mit oder für Dritte) angestrebt. Aufgrund dieser Tatsache ist davon auszugehen, dass zwar die Umsätze deutlich sinken werden, was sich aber nicht negativ auf das Unternehmensergebnis auswirken wird.
- Für den Unternehmensbereich Seminare und Tagungen wird ein stabiler Umsatz analog zu 2011 erwartet. Die Aktivitäten mit der VDV-Akademie sind durch den Kooperationsvertrag und Einzelvereinbarungen geregelt und sollen weiter ausgebaut werden. Hier wird darüber nachgedacht, gemeinsam größere Branchen-Veranstaltungen zu planen und durchzuführen. Das Seminargeschäft soll insgesamt gestrafft und modernisiert werden, um ein kompakteres Programm mit inhaltlich fokussierteren Seminaren durchzuführen.

Die Unternehmensplanung für die Jahre 2013 und 2014 sieht vor, dass durch die zusätzliche Einführung neuer Dienstleistungen die Wirksamkeit der bereits begonnen Umstrukturierungsmaßnahmen sowie ein kostenbewusstes Arbeiten positiv wachsende Ergebnisse erzielt werden. Weiterhin soll nach Abbau des Verlustvortrages die beka ebusiness GmbH 2014 in die Muttergesellschaft integriert werden, um Kosten für die Gesellschaftsführung zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen.

Insgesamt sollen die beka und ihre Tochtergesellschaft innovativ und stabil die Aktivitäten ihrer Gesellschafter im Einkauf sowie bei Tagungen und Seminaren unterstützen – immer mit dem Ziel, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern!

Vorgänge von Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH ist an der beka ebusiness GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der beka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Freizeitbad Kreuzau GmbH

Windener Weg 7
 52372 Kreuzau
 Telefon 02422/9426-0
 Telefax: 02422/9426-40
 E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
 Homepage: www.monte-mare.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

- Geschäftsführung:** Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden. Mit Bestellung eines Geschäftsführers ändert sich die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der vorhandenen Geschäftsführer nicht, es sei denn, die Gesellschafterversammlung beschließt etwas anderes. Die Geschäftsführerbefugnis umfasst nur die gewöhnlichen Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen. Für außergewöhnliche Rechtsgeschäfte bedarf es eines vorherigen zustimmenden Gesellschafterbeschlusses. Hierzu zählen insbesondere:
1. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Grundstücksrechten und Rechten an einem Grundstücksrecht; dasselbe gilt für die entsprechenden Verpflichtungsgeschäfte,
 2. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von Teilbetrieben, die Einrichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betriebsstätten,
 3. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
 4. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
 5. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
 6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratsitz zusteht, Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Übernahme neuer Aufgaben und den Abschluss von Betriebsführungsverträgen,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. Vornahme von baulichen Maßnahmen, seien es Neubauten, Umbauten oder Änderungen, soweit im Einzelfall die Aufwendungen 25.000 € übersteigen,
11. Anschaffung von Anlagegütern mit Anschaffungskosten von mehr als 25.000 €,
12. Anstellung und Entlassung von Arbeitnehmern mit einem Jahresbruttobezug von mehr als 30.000 € sowie Beteiligung von Arbeitnehmern am Gewinn, Umsatz oder Vermögen der Gesellschaft sowie Versorgungszusagen jeder Art,
13. Abschluss, Aufhebung oder Änderung von Leasing-, Pacht-, Mietverträgen (soweit im Einzelfall Aufwendungen von mehr als 25.000 € p.a. anfallen) oder anderen Dauerschuldverhältnissen unbeschadet von Buchstabe e). Hierunter fallen auch Verträge mit Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern der Gesellschaft,
14. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung:

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch den Geschäftsführer vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen der zuständigen Organe der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bzw. des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben.

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder und der Geschäftsführung,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
10. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
11. die Auflösung der Gesellschaft,
12. Rechtsgeschäfte, die nach § 6 2 des Gesellschaftsvertrages über die Befugnisse der Geschäftsführung hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Butz, Heidi	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Vorsitzender	Kreis Düren	Landrat
	Dr. Nolten, Ralf		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hellwig, Eva		Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Conzen, Helga		Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	von Laufenberg, Reiner		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Jansen, Helmut		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hockel, Dieter		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann		Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Becker, Rene		Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Zorn, Ralf	beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Bethlehem, Margret	beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

Die Beteili- Geschäftsführer
gungsgesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Verände- rung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.216,00 €	1.366,00 €	596,00 €	-770,00 €	-56,37%
II. Sachanlagen	10.516.421,00 €	9.791.021,00 €	9.123.237,00 €	-667.784,00 €	-6,82%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	21.152,73 €	28.046,24 €	38.763,88 €	10.717,64 €	38,21%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.216.539,78 €	809.276,53 €	782.482,34 €	-26.794,19 €	-3,31%
III. Kassenbestand	186.588,25 €	123.725,56 €	113.090,38 €	-10.635,18 €	-8,60%
C. Rechnungsabgrenz- ungsposten	2.953,22 €	3.462,13 €	885,02 €	-2.577,11 €	-74,44%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.357.271,25 €	1.337.991,69 €	1.337.991,69 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	13.303.142,23 €	12.094.889,15 €	11.397.046,31 €	-697.842,84 €	-5,77%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	228,09 €	228,09 €	228,09 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzverlust	-1.382.499,34 €	-1.363.219,78 €	-1.363.219,78 €	0,00 €	0,00%
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.357.271,25 €	1.337.991,69 €	1.337.991,69 €	0,00 €	0,00%
C. Rückstellungen	535.831,21 €	341.866,10 €	200.071,65 €	-141.794,45 €	-41,48%
D. Verbindlichkeiten	12.767.311,02 €	11.753.023,05 €	11.204.974,66 €	-548.048,39 €	-4,66%
Summe Passiva	13.303.142,23 €	12.094.889,15 €	11.405.046,31 €	-689.842,84 €	-5,70%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.472.276,17 €	1.492.627,74 €	1.576.282,88 €	83.655,14 €	5,60%
2. sonstige betriebliche Erträge	210.637,02 €	377.504,90 €	196.591,69 €	-180.913,21 €	-47,92%
3. Materialaufwand	678.785,71 €	633.849,27 €	622.707,26 €	-11.142,01 €	-1,76%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	772.966,66 €	678.208,23 €	751.662,09 €	73.453,86 €	10,83%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	161.165,08 €	203.504,46 €	225.830,10 €	22.325,64 €	10,97%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	615.380,80 €	614.397,97 €	607.373,15 €	-7.024,82 €	-1,14%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.139.413,67 €	915.869,20 €	703.712,05 €	-212.157,15 €	-23,16%
Betriebsergebnis	-1.684.798,73 €	-1.175.696,49 €	-1.138.410,08 €	37.286,41 €	-3,17%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	9,28 €	9,45 €	0,17 €	1,83%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	385.813,51 €	350.263,69 €	322.671,01 €	-27.592,68 €	-7,88%
Finanzergebnis	-385.813,51 €	-350.254,41 €	-322.661,56 €	27.592,85 €	-7,88%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-2.070.612,24 €	-1.525.950,90 €	-1.461.071,64 €	64.879,26 €	-4,25%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	6.553,25 €	0,00 €	-6.553,25 €	-100,00%
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	15.352,10 €	0,00 €	-15.352,10 €	-100,00%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	-8.798,85 €	0,00 €	8.798,85 €	-100,00%
10. sonstige Steuern	12.872,33 €	38.598,91 €	38.557,33 €	-41,58 €	-0,11%
11. Erträge aus Verlustübernahme	2.083.484,57 €	1.592.628,22 €	1.499.628,97 €	-92.999,25 €	-5,84%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	19.279,56 €	0,00 €	-19.279,56 €	-100,00%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	58	72	74

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage. Der Sitz der Gesellschaft ist in Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2011 ist das zweite reguläre Betriebsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Die Schwerpunkte der Betriebsführung in 2011 lagen hauptsächlich in den Bereichen Personalführung und -entwicklung, Angebotserweiterung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Betriebsabläufe, Verbesserung der Dienstleistungen und Kontrolle der Ausgabenseite.

Zum 01.01.2011 wurden die Öffnungszeiten im Badebereich wieder verlängert und es wurden vergünstigte Abendtarife eingeführt. Durch diese Maßnahmen konnten die Besucherzahlen im Angebotsbereich "Bad" gesteigert werden. Die Besucherzahlen im Angebotsbereich "Sauna" waren leicht rückläufig.

Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ergeben sich nachfolgende Veränderungen:

- Badbereich (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) von 146.335 auf 162.180 (+ 10,83 %)
- Saunabereich von 32.873 auf 31.382 (- 4,54 %)

Der leichte Rückgang der Besucherzahlen im Saunabereich ist darauf zurückzuführen, dass die aggressiven Marketingaktionen aus 2010 mit 2für1 Gutscheinen im Jahr 2011 nicht so häufig durchgeführt wurden. Hierdurch sind die Besucherzahlen leicht gesunken, der Pro-Kopf-Erlös konnte jedoch von 10,24 € auf 10,94 € gesteigert werden. Die Umsatzerlöse haben sich somit insgesamt um 6.603,07 € verbessert.

Im Badebereich konnte durch die längeren Öffnungszeiten und die vergünstigten Abendtarife die Besucherzahlen deutlich gesteigert werden. Obwohl der Pro Kopf Umsatz von 3,92 € auf 3,69 € leicht sank, sind die Umsatzerlöse "Eintritt Bad gesamt" im Vergleich zu 2010 durch die höheren Besucherzahlen um 25.217,29 € gestiegen.

Sehr erfreulich hat sich weiterhin der Bereich der Optimierung der Betriebsabläufe entwickelt und zu erheblichen Aufwandsminderungen beigetragen. Die Ergebnisvorgaben des Wirtschaftsplanes aus 2011 konnten erreicht und sogar übertroffen werden. Hier haben die vielfältigen Maßnahmen zur Kostenoptimierung auf breiter Front gegriffen.

Die Personalaufwendungen sind im Jahr 2011 gestiegen und stellen somit einen stark dominierenden Kostenblock für die Freizeitbad Kreuzau GmbH dar. Durch mehr Dienstleistung am Gast und der Umstellung der Öffnungszeiten sind die täglichen Mitarbeiterstunden gestiegen. Dies hat zu einer Steigerung der Personalkosten geführt. Gleichzeitig ist allerdings die Zufriedenheit der Gäste gestiegen, Beschwerden wurden weniger und das positive Image nochmals verbessert.

Nennenswerte Investitionen wurden in 2011 nicht getätigt. Sanierungsbedarfe und Instandhaltungsarbeiten wurden nach dem erstellten Prioritäten-Plan abgearbeitet. Die Anlage ist, trotz des teilweise fortgeschrittenen Alters, in einem sehr gepflegten Zustand.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.891,60 € (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von 19.279,56 €) ab. In dem Ergebnis sind Erträge aus der Verlustübernahme der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren in Höhe von 1.498 T€ (Vorjahr: 1.593 T€) enthalten. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus Ergebnissen vor Abschluss des Ergebnisabführungsvertrags.

Darstellung der Lage der Gesellschaft - Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die mit der Übernahme des Geschäftsbetriebes am 13.02.2009 durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH geplanten inneren und äußeren Veränderungen sind abgeschlossen.

Zur Verbesserung der operativen Ertragskraft sind die neuen Strukturen ausgerichtet auf eine

- Optimierung der Betriebskosten,
- Verbesserung des Angebotes und der Dienstleistung und
- Steigerung der Besucherzahlen und Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Der branchenweite rückläufige Trend der Besucherzahlen im Badebereich konnte in Kreuzau durch Änderungen der Rahmenbedingungen aufgehoben werden. Im Saunabereich konnte der Umsatz gesteigert werden, allerdings blieb man knapp hinter den Besucherzahlen des Vorjahres.

Der Wirtschaftsplanes 2011 wurde eingehalten. Einnahmeseitig wurde das prognostizierte Ergebnis zwar um 174 T € verfehlt, durch die sehr gute Kostenoptimierung konnte der Zuschussbedarf trotzdem gegenüber 2010 weiterhin verringert werden.

Die Umsatzerlöse der Freizeitbad Kreuzau GmbH betrug im Geschäftsjahr 2011 1.576 T€ und wurde damit um 5,6 % gesteigert (2010: 1.493 T€). Verrechnet mit die bezogenen Materialleistungen in Höhe von 623 T€ (2010: 634 T€) ergibt sich ein Rohertrag von 953 T€ (2010: 859 T€). Der Rohertrag verbesserte sich damit im Geschäftsjahr 2011 um 10,9%.

Dem Rohertrag stehen betriebliche Aufwendungen in Höhe von 2.289 T€ (2010: 2.412 T€) gegenüber.

Vor Berücksichtigung der Abschreibung in Höhe von 607 T€ (2010: 614 T€) sowie der verausgabten Zinsen in Höhe von 322 T€ (2010: 350 T€) beträgt das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit ./ 570 T€ (2010: ./ 600 T€). Das Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 30 T€.

Bei einem Finanzergebnis in Höhe von ./ 322 T€ (2010: ./ 350 T€) beläuft sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Freizeitbad Kreuzau GmbH auf ./ 1.461 T€ (2010: ./ 1.526 T€).

Unter Berücksichtigung des außergewöhnlichen Ergebnisses der Gesellschaft in Höhe von 0 T€ (2010: ./ 9 T€) ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2 T€ (2010: Jahresüberschuss 19 T€).

Das Gesamtvermögen der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2011 11.405 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 690 T€ reduziert.

Voraussichtliche Entwicklung

Durch Analysen des Besucherverhaltens ist für 2012 davon auszugehen, dass sich die Badebesucher auf dem Niveau des Vorjahres bewegen werden. Im Saunabereich dagegen werden durch neue Angebote, wie ein neues Dampfbad, die Erweiterung des Wellnessbereiches und den Bau eines Ganzjahres-Außenbeckens im Saunagarten, mit einer Steigerung der Besucher gerechnet.

Durch die geplante Erhöhung der Eintrittspreise ist eine Verbesserung der Umsatzerlöse voraussehbar. Weiterhin werden alle Angebote immer wieder im Detail modifiziert. Das Wellnessangebot wird nach dem Umbau erweitert und attraktiver gestaltet, das Kursprogramm weiterentwickelt, die monte mare Weltreise wird in 2012 neu eingeführt mit Tages- bzw. Monats-specials im Bereich Gastronomie, Massage und Sauna. Zudem werden durch weitere einheitliche Angebote (Standards) für alle monte mare Bäder, verbunden mit einem überregionalen Marketing, die Attraktivität und der Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau gesteigert werden.

Bei den sonstigen Ausgaben werden in 2012 strikt die Regularien des Vorjahres beachtet, so dass hier mit ähnlich positiven Ergebnissen zu rechnen ist.

Um die Energiekosten weiter zu senken, wird ein Gas - BHKW im Technikeller des Freizeitbades errichtet. Nach der Inbetriebnahme ist mit einer erheblichen Reduzierung der Energiekosten zu rechnen. Die Inbetriebnahme ist für April 2012 vorgesehen

Der Wartungs-, Instandhaltungs- und Sanierungsplan wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Wirtschaftsplans 2012 nach Priorität abgearbeitet.

Eine konkrete und damit realistische Vorausschau über mehrere Jahre hinsichtlich der wirtschaftliche Ertragskraft des Badebereiches ist nicht möglich. Mit der Aufwertung des Saunangebotes hat jedoch eine wichtige Veränderung der Ertragskraft der Freizeitbad Kreuzau GmbH stattgefunden und wird sich in 2012 weiter fortentwickeln. Für das Geschäftsjahr 2012 wird im Badbereich von einer Besucherzahl von 162.500 Gästen (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) und im Saunabereich von einer Besucherzahl von 35.000 Gästen ausgegangen.

Wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Fortführung der durch die Betreiber-gesellschaft eingeleiteten Maßnahmen und der damit einhergehenden besseren Ausnutzung der Entwicklungspotenziale der Freizeitanlage in Kreuzau.

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12 eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrages wird ausgegangen.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)

Marienstr. 15
52351 Düren
Telefon: 02421/4885 - 111
Telefax: 02421/4885 - 15
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftragsgeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft einzeln. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder mehreren Geschäftsführern das Recht verleihen, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. Sie kann auch einzelne oder alle Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. Im übrigen werden die Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die vom Kreistag entsandten Vertreter des Gesellschafters im Aufsichtsrat unterliegen den Bestimmungen des § 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts,
4. die Beschlussfassung über die Übernahme neuer Aufgaben,
5. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Beschlussfassung über die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Beschlussfassung über die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Beschlussfassung über die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. die Beschlussfassung über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
11. die Beschlussfassung über die Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW).

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegt außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5,
7. die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
8. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
9. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,

- 10. der Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Unternehmensverträgen nach dem Aktiengesetz,
- 11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
- 12. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze		100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme		100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Braumüller, Heinz-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hempsch, Heinrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Mickerts, Wilfried	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Zentis, Gudrun - MdL -	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Ladendorf, Ingo	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Schaaf, Heinz	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten, einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	2.861.957,12 €	2.753.248,12 €	2.711.550,12 €	-41.698,00 €	-1,51%
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	270.105,57 €	238.182,57 €	206.259,57 €	-31.923,00 €	-13,40%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.055.744,15 €	5.920.256,94 €	1.092.739,97 €	-4.827.516,97 €	-81,54%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	447.474,79 €	451.468,72 €	2.901.953,58 €	2.450.484,86 €	542,78%
III. Guthaben bei einem Kreditinstitut	1.562.520,55 €	997.600,98 €	332.015,35 €	-665.585,63 €	-66,72%
Summe Aktiva	6.197.802,18 €	10.360.757,33 €	7.244.518,59 €	-3.116.238,74 €	-30,08%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlustvortrag	-6.868,92 €	-12.275,05 €	-15.780,10 €	-3.505,05 €	28,55%
IV. Jahresergebnis	-5.406,13 €	-3.505,05 €	4.069,63 €	7.574,68 €	216,11%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.320.378,10 €	1.186.542,99 €	1.140.728,15 €	-45.814,84 €	-3,86%
C. Rückstellungen					
1. Sonstige Rückstellung	375.350,73 €	256.500,00 €	473.920,12 €	217.420,12 €	84,76%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.321.542,54 €	4.235.143,94 €	1.955.970,74 €	-2.279.173,20 €	-53,82%
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	645.253,81 €	4.002.018,00 €	28.080,00 €	-3.973.938,00 €	-99,30%
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	322.552,05 €	281.166,16 €	354.531,78 €	73.365,62 €	26,09%
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00 €	36.704,18 €	2.833.216,23 €	2.796.512,05 €	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	200.000,00 €	253.462,16 €	344.782,04 €	91.319,88 €	36,03%
Summe Passiva	6.197.802,18 €	10.360.757,33 €	7.244.518,59 €	-3.116.238,74 €	-30,08%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.017.907,30 €	260.748,31 €	5.597.096,62 €	5.336.348,31 €	2046,55 %
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	58.021,51 €	4.864.512,79 €	-4.827.516,97 €	-9.692.029,76 €	-199,24%
4. Sonstige betriebliche Erträge	48.355,90 €	138.279,88 €	1.799.384,40 €	1.661.104,52 €	1201,26 %
5. Materialaufwand					
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.889.579,69 €	4.992.396,22 €	1.739.887,16 €	-3.252.509,06 €	-65,15%
Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	298.593,48 €	298.593,48 €	
7. Abschreibungen	77.947,78 €	74.444,00 €	73.621,00 €	-823,00 €	-1,11%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	98.268,31 €	135.270,53 €	383.571,69 €	248.301,16 €	183,56%
Betriebsergebnis	58.488,93 €	61.430,23 €	73.290,72 €	11.860,49 €	19,31%
11. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9.467,37 €	32.603,09 €	88.063,18 €	55.460,09 €	170,11%
13. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	73.362,43 €	97.316,78 €	157.176,69 €	59.859,91 €	61,51%
Finanzergebnis	-63.895,06 €	-64.713,69 €	-69.113,51 €	-4.399,82 €	6,80%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-5.406,13 €	-3.283,46 €	4.177,21 €	7.460,67 €	-227,22%
19. Sonstige Steuern	0,00 €	221,59 €	107,58 €	-114,01 €	-51,45%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-5.406,13 €	-3.505,05 €	4.069,63 €	7.574,68 €	-216,11%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren als Mieter des in Besitz der GIS stehenden Rettungswache in Nörvenich hat in 2011 einen Betrag von insgesamt 16.765,00 € für Mietkaufraten und Nebenkosten an die GIS gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Angaben zum Unternehmen und den wirtschaftlichen Verhältnissen

Mit notarieller Urkunde Nr. 1098 für 2007 vom 03.09.2007 des Notars Dr. Christian Kessler, Düren wurde die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als hundertprozentige Tochter des Kreises Düren mit einer Stammeinlage von € 25.000.-- gegründet.

Die Gesellschaft wurde am 07.09.2007 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRB 5191 eingetragen. Mit Vertrag vom 4. November 2009 des Notars Dr. Hagen Monath wurden die Gesellschaftsanteile zu 100% vom Kreis Düren auf die "Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH" übertragen.

Nach einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschafterin, Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vom 20.07.2010 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage von 100 TEUR beschlossen und am 29.12.2010 eingezahlt.

Gegenstand des Unternehmens nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist:

- 1.) Die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.
- 2.) Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften u. Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planung und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.
- 3.) Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd tätig.

Zum Geschäftsführer wurde Herr Peter Kaptain, Kreuzau, bestellt.

In Verbindung mit dem Gesellschafterwechsel wurde § 7 der Satzung angepasst und § 9 Abs. 1 wie folgt neu gefasst:

„Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.“

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Der Erholungskurs der Weltwirtschaft setzte sich im Jahr 2011 fort, wobei die deutsche Wirtschaft ein stärkeres Wachstum als die des übrigen Euroraumes erzielen konnte.

Das weiterhin günstige Zinsniveau und eine zu Jahresbeginn positive Geschäftseinschätzung stimulierten die Investitionen und schlugen auf den Arbeitsmarkt durch. Auch zu Beginn 2012 setzte sich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen fort.

Angesichts der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden Einkommenssteigerungen erlebte die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte positive Impulse. Ein weiterer Effekt aus der positiven Wirtschaftslage sind im kommunalen Bereich gestiegene Steuereinnahmen und sinkenden Schulden.

Die Städte und Gemeinden haben aufgrund deutlich gesteigener Steuereinnahmen ihr Defizit annähernd halbiert. Das Steueraufkommen im Bereich der Gewerbesteuer stieg um 11%; die Gebühreneinnahmen legten um 3,4% zu. Die Schlüsselzuweisungen von Bund und Ländern stiegen um 4,2%.

Deutsche Städte und Gemeinden profitieren von der positiven Wirtschaftslage und investieren in Personal und Soziales. Die Personalkosten stiegen im Durchschnitt um 2,5 %.

TätigkeitsschwerpunkteGeschäftsbesorgungsverträge für die VVG und die Südkom

Der wesentliche Aufgabenschwerpunkt des abgelaufenen Geschäftsjahres resultierte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen für die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (vormals GWS) und der Südkom.

Die VVG befindet sich in einem dynamischen Umstrukturierungsprozess. Neben der Rekommunalisierung der Wirtschaftsförderung, dem vollständigen Personalabbau und einer bedeutenden Umstellungen im Rahmen der Finanzierung des Unternehmens sowie der erstmaligen Übernahme des Geschäftsbetriebs der Arena Kreis Düren galt es eine Bestandsaufnahme über noch laufende Geschäfte vorzunehmen, eine Handlungsagenda für noch abzuwickelnde Maßnahmen festzulegen sowie mit deren Umsetzung kurzfristig zu beginnen.

Darüber hinaus wurde der Part der Geschäftsbesorgung für die Südkom von der GIS übernommen. Auch hier galt es zunächst Klarheit über die Strukturen der Zusammenarbeit zu gewinnen und sinnvolle Lösungen für die Arbeitsabläufe und die Aufgabenabwicklung zu erarbeiten.

Diese vollkommen neuen Aufgabenbereiche führten zu einer enormen Beanspruchung der Geschäftsführung und des hierfür eingesetzten Personals, so dass daneben nur die bereits begonnen Projekte fortgeführt wurden.

Jugendherberge:

Der Pachtvertrag zwischen dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland e.V. und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren (GIS) mbH wurde am 29.06.2009 unterzeichnet. Die Jugendherberge inklusive des Außengeländes und des Straßenausbaus wird mittels Zuschüssen und Darlehen finanziert und wurde im Januar 2011 endgültig fertiggestellt und übergeben.

Zur Deckung der Bausumme von rd. 6,2 Mio Euro stehen Mittel aus Zuschüssen und dem Konjunkturpaket zur Verfügung sowie Darlehensmittel von der Muttergesellschaft.

Die Jugendherberge wurde im Wege eines sog. Mietkaufmodells an das DJH verpachtet. Die Pachtzahlungen erfolgen seit Januar 2011.

Der Vertragsentwurf zur Teilung des im Gemeinschaftseigentum mit der Stadt Nideggen stehenden Grundstücks liegt vor und soll kurzfristig beurkundet werden.

Schwimmzentrum Jülich:

Die GIS ist als Projektentwickler und ausschreibende Stelle tätig. Das PPP-Vergabeverfahren wurde mit dem Teilnahmewettbewerb bereits in 2009 eingeleitet. Das Ausschreibungsverfahren folgte in 2010 und endet voraussichtlich 2012 mit einem Vergabevorschlag an den Auftraggeber, die Stadtwerke Jülich.

Feuerwehrgerätehaus Heimbach:

Auf einem im Eigentum der Stadt Heimbach stehenden Grundstücke hat die GIS ein Feuerwehrgerätehaus errichtet. Das Feuerwehrgerätehaus wurde in 2011 fertiggestellt und am 01.09.2011 in Betrieb genommen. Die Herstellungskosten des Objekts werden darlehensfinanziert. Aufgrund von Mehrkosten wurde das Darlehensvolumen im Juni 2011 um 80 TEUR erhöht. Die Annuität des Darlehens ist über die Ratenzahlungen abgedeckt.

Brandsimulationsanlage:

Zwischen dem Kreis Düren und der GIS wurde ein Vertrag zur Errichtung einer Brandsimulationsanlage (BSA) auf einem kreiseigenen Grundstück auf dem Gelände des „Feuertechnischen

Zentrums“ in Kreuzau-Stockheim geschlossen. Die Herstellungskosten werden darlehensfinanziert. Der Bau der Anlage ist beauftragt und wurde 2012 fertig gestellt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft – Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** beträgt zum 31.12.2011 ca. 7.245 T€ (VJ 10.360T€). Der Rückgang resultiert primär aus der Bestandsveränderung im Rahmen des Vorratsvermögens, bedingt durch die bauliche Fertigstellung der Anlagen (4,8 Mio€).

Das **Anlagevermögen** verminderte sich um planmäßige Abschreibungen(74T€).

Die Auswirkungen aus den fertig gestellten Projekten FWGH Heimbach und JH Nideggen spiegeln sich in der Zunahme der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** von rd. 2,4 Mio€.

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft beträgt 113 T€ (VJ 109 T€) und hat sich somit aufgrund des Jahresüberschusses um TEUR 4 erhöht. Die **Rückstellungen** betragen 473 T€ (VJ 256 T€). Die Zunahme beruht auf der nach Fertigstellung der Jugendherberge zu berücksichtigenden Instandhaltungsaufwendungen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 96,3 % (i.V. 97,9) fremdfinanziert. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Finanzierung des DLZ Nideggen und der Jugendherberge Nideggen durch ein Gesellschafterdarlehen der alleinigen Muttergesellschaft, der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) gestellt wird.

Das **langfristig verfügbare Kapital** besteht ausschließlich aus vier langfristigen Darlehen. Sie dienen der Finanzierung des Erwerbs sowie des Umbaus der Jugendstilvilla Haus Effels zum Dienstleistungszentrum (DLZ) Nideggen. Des Weiteren wird hiermit die Errichtung der neuen Jugendherberge Nideggen auf einem an das DLZ angrenzenden Grundstück finanziert. Darüber hinaus wurde ein weiteres Darlehen zur Finanzierung der Rettungswache in Nörvenich sowie zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Heimbach und zum Bau der Brandsimulationsanlage in Kreuzau-Stockheim aufgenommen.

In den **Sonderposten für Investitionszuschüsse** wurden die erhaltenen Fördermittel eingestellt, die aus Mitteln des NRW/EU-Programms Ziel 2, Phase 5, für die Auslaufgebiete 2000-2005 nach Maßgabe des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen für das Dienstleistungszentrum Nideggen gewährt wurden. Der Sonderposten wurde aufgrund einer drohenden Rückzahlungsverpflichtung i.H.v. 225 T€ im Vorjahr umgegliedert in die Position Rückstellungen. Der Sonderposten wurde im Berichtsjahr abschreibungskonform aufgelöst.

Unter den **Vorräten** werden ausschließlich unfertige Leistungen für die beiden Projekte Brandsimulationsanlage und die Projektentwicklung Schwimmzentrum Jülich ausgewiesen.

Finanzlage

Die **liquiden Mittel** der Gesellschaft verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 665 T€ was auf den Verbrauch projektbezogener Tages- und Festgeldanlagen zurückzuführen ist.

Die Einnahmen der Gesellschaft resultieren primär aus den Geschäftsbesorgungsverträgen, da die Pachteinnahmen aus den Projekten lediglich die Zins- und Tilgungsleistungen aus den Kreditverträgen abdecken. Die aus den Geschäftsbesorgungsverträgen resultierenden Einnahmen dienen hauptsächlich der Abdeckung der Personalkosten für das eingesetzte Personal.

Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2011 und 2010 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

Ergebnisstruktur	2011		2010		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
- Umsatzerlöse	5.597	727,8	261	5,1	5.336	2.044,4
- Bestandsveränderung	-	-	-	-	-	-
	4.828	627,8	4.864	94,9	9.692	*
Gesamtleistung	<u>769</u>	<u>100,0</u>	<u>5.125</u>	<u>100,0</u>	<u>4.356</u>	<u>-85,0</u>
- Sonstige betriebliche Erträge	1.799	233,9	138	2,7	1.661	*
- Materialaufwand	-	-	-	-	-	-
	1.740	226,2	4.993	-97,4	3.253	-65,2
Rohergebnis	<u>828</u>	<u>107,7</u>	<u>270</u>	<u>5,3</u>	<u>558</u>	<u>206,7</u>
- Personalaufwand	-298					
- Abschreibungen	-74	-9,6	-75	-1,5	1	-1,3
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-383	-49,8	-135	-2,6	-248	183,7
Betriebsergebnis	<u>73</u>	<u>48,3</u>	<u>60</u>	<u>1,2</u>	<u>311</u>	<u>206,7</u>
- Zinserträge	88	11,4	33	0,6	55	*
- Zinsaufwand	-157	-20,4	-97	-1,9	-60	61,9
Finanzergebnis	-69	-9,0	-64	-1,2	-5	7,8
Jahresfehlbetrag	<u>4</u>	<u>0,5</u>	<u>-4</u>	<u>-0,1</u>	<u>8</u>	<u>-200,0</u>

* Veränderungen ohne Aussagekraft

Bei negativen Vorzeichen: bei %-Veränderung Vorzeichen beachten!!!!

Die **Gesamtleistung** der Gesellschaft betrug TEUR 769 und entfiel mit TEUR 122 auf die Vereinnahmung von Mieten und Nebenkosten aus dem DLZ Nideggen und der JH Nideggen, und 34 TEUR aus der Grundvergütung Südkom. Darüber hinaus mit 17 T€ aus den Erfolgshonoraren Südkom und 321 T€ aus den Geschäftsbesorgungsverträgen und im Wesentlichen aus der Bestandsminderung von 4.828 T€ aufgrund der Fertigstellung der Jugendherberge.

Unter Berücksichtigung der **sonstigen betrieblichen Erträge** (TEUR 1.799), die ausschließlich aus den Zuschüssen zum Projekt Jugendherberge aus Mitteln des Konjunkturpakets II resultieren sowie des **Materialaufwands** (TEUR 1.740), der ausschließlich auf die bezogenen Fremdleistungen für Projekte entfällt, ergab sich ein **Rohergebnis** i.H.v. TEUR 828 (i.V. TEUR 270).

Die **Abschreibungen** für das Geschäftsjahr wurden für das Dienstleistungszentrum Nideggen in Anspruch genommen.

Der **Personalaufwand** berücksichtigt die Gehälter für den Hallenmanager und Hallenwart sowie die Aushilfen der Arena sowie eines Mitarbeiters der ehem. GWS, der im Rahmen des Ge-

schäftsbesorgungsvertrages überwiegend mit der Bearbeitung der treuhänderischen Erschließungsmaßnahmen beschäftigt ist.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** (TEUR 383) stiegen um TEUR 249 an; sie enthalten neben Verwaltungs- und Beratungskosten für das vermietete Gebäude des DLZ Nideggen, dessen Gegenposten unter den Erlösen aus Nebenkostenabrechnungen ausgewiesen werden im Wesentlichen die Zuführung zur Instandhaltungsrückstellung für die Jugendherberge Nideggen.

Es ergibt sich ein positives **Betriebsergebnis** i.H.v. TEUR 73 (i.V. TEUR 60 im Vorjahr).

Beim negativen **Finanzergebnis** (TEUR ./ 69) steht dem **Zinsaufwand** von TEUR 157 der im Wesentlichen auf die Darlehenszinsen für die vier langfristigen Darlehen entfällt, ein **Zinsertrag** von TEUR 88 aus den projektbezogenen Tages- und Festgeldanlagen und den Zinsen aus dem Vertrag aus der Rettungswache Nörvenich gegenüber.

Nach Abzug des negativen Finanzergebnisses ergibt sich ein **Jahresüberschuss** im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 i.H.v. EUR 4.069,63 (TUER-3 im Vorjahr), der gemäß Vorschlag des Geschäftsführers an die Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Voraussichtliche Entwicklung

Aufgrund der Wirtschaftsplanung des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2012 geht die Gesellschaft von einem voraussichtlich negativen Ergebnis aus.

Im Zuge des Gesellschafterwechsels wurden die administrativen und buchhalterischen Aufgaben von der Gesellschafterin, der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH übernommen. Die Controlling- und Überwachungsfunktionen werden in das System der Muttergesellschaft integriert.

Das Mietverhältnis mit der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung (DGA) mbH verläuft planmäßig.

Gegen den Kreis Düren als unmittelbaren Förderungsempfänger für das Dienstleistungszentrum Nideggen wurde eine Rückzahlungsverpflichtung von erhaltenen Fördermitteln von rd. TEUR 225 festgesetzt. Aufgrund des Rückgriffsrechts auf die GIS hat der Kreis Düren bereits die Kreditierung der Rückzahlungsverpflichtung in Aussicht gestellt.

Wesentliche Chancen und Risiken der voraussichtliche Entwicklung

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Nähe zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben.

Akquiriert werden konnte das Kabelmanagement für die Kreisverwaltung Düren, für den positiven Fortbestand der GIS sind neue Aufträge von wesentlicher Bedeutung. So werden derzeit mit dem Jugendamt des Kreises Düren Gespräche über die Beauftragung der GIS als Projektentwickler für eine Kindertagesstätte in der Gemeinde Langerwehe geführt.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten. Beim Mieter des Dienstleistungszentrums Nideggen, der DGA, handelt es sich um eine Schwestergesellschaft.

Aus den Geschäftsbesorgungsverträgen ergeben sich positive Rahmenbedingungen für das Unternehmen, die zu einem gewissen Grad zu einer Stabilisierung auf der Einnahmenseite bei-

tragen. Außerdem könnten sich auch aus der Projektentwicklung weitere Aufgaben für die GIS ergeben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



**Gesellschaft für regionale und
erneuerbare Energie mbH**

**GREEN Gesellschaft für regionale
und erneuerbare Energie mbH**

Willy-Brandt-Platz 2

52222 Stolberg

Tel.: 02402/101-1500

Fax: 02402/101-52 1500

Homepage: www.regio-green.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH ist am 18. Juli 2011 gegründet worden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer und Prokuristen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Diese setzt auch deren Zahl, Anstellungsbedingungen und Befugnisse fest und kann im Einzelfall oder generell Befreiungen von § 181 BGB erteilen. Die Anstellungsverträge sind so zu formulieren, dass den Anforderungen des § 108 Abs. 1 Ziff. 9 i.d.F. des Transparenzgesetzes NRW bzw. einer etwaigen Nachfolgeregelung Rechnung getragen wird.

Die Geschäftsführer können mit Zustimmung des Aufsichtsrates Handlungsbevollmächtigte bestellen, abberufen und deren Anstellungsbedingungen festsetzen.

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH hat das Recht, einen Geschäftsführer zu benennen. Die Gesellschafter sind verpflichtet, den von der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH benannten Geschäftsführer im Rahmen eines Gesellschafterversammlungsbeschlusses zu bestellen. Das Benennungsrecht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH umfasst auch das Recht, die Abberufung des so bestellten Geschäftsführers zu verlangen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt einen Katalog (Geschäftsordnung für die Geschäftsführung) von Rechtshandlungen und Rechtsgeschäften, für deren Vornahme die Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen. Die Gesellschafterversammlung kann stattdessen auch beschließen, dass die Zustimmung ganz oder teilweise durch den Aufsichtsrat oder ein anderes Organ erfolgt. Der Zustimmungskatalog ist jederzeit änderbar.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag oder durch einen ausdrücklichen Gesellschafterbeschluss zugewiesenen Befugnisse. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet einmal jährlich statt. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i. S. d. §§ 291, 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) die Zustimmung zu Maßnahmen der Geschäftsführung wie folgt:
 - aa) den Erwerb, die Gründung und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - bb) die Annahme von durch die Gesellschafter oder Dritte angeordneten Projekten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern, insbesondere zur Planung, Errichtung und/oder zum Betrieb von Anlagen zwecks Energieerzeugung, sofern diese nicht durch den Investitions- und Finanzierungsplan abgedeckt sind oder ein Einzelprojekt ein Investitionsvolumen von Euro 5.000.000 übersteigt,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer,
- e) die Bestellung und die Abberufung des Mitglieds des Aufsichtsrats, soweit diese nicht gemäß § 12 (1) entsandt werden; § 113 Abs. 1 GO NRW bleibt unberührt,
- f) die Erteilung der Entlastungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats,
- g) die Gewährung einer von der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH empfohlenen Vergütung und Richtlinien für die Erstattung von Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder,
- h) die Zustimmung zu den in § 15 (3) dieses Gesellschaftsvertrages genannten Maßnahmen, solange kein Aufsichtsrat besteht,
- i) die Zustimmung zu den gemäß § 10 dieses Gesellschaftsvertrages als zustimmungsbedürftig bestimmten Maßnahmen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kahl, Axel	Aachen	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

Die Beteiligungs-
gesellschaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52222 Stolberg	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
EWV	9.750,00 €	39,00%
Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH	2.500,00 €	10,00%
Gemeinde Aldenhoven	750,00 €	3,00%
Gemeinde Inden	750,00 €	3,00%
Gemeinde Niederzier	750,00 €	3,00%
Stadt Linnich	750,00 €	3,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	750,00 €	3,00%
Gemeinde Titz	750,00 €	3,00%
Gemeinde Langerwehe	750,00 €	3,00%
Stadt Baesweiler	750,00 €	3,00%
Gemeinde Selfkant	750,00 €	3,00%
Gemeinde Simmerath	750,00 €	3,00%
Kreis Heinsberg	750,00 €	3,00%
Gemeinde Roetgen	750,00 €	3,00%
Stadt Alsdorf	750,00 €	3,00%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	750,00 €	3,00%
Stadt Stolberg	750,00 €	3,00%
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	750,00 €	3,00%
SEW Stadtentwicklung Würselen Verw.-GmbH	750,00 €	3,00%

Bilanz	2011
Aktiva	
A. Anlagevermögen	
B. Umlaufvermögen	
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	27.003,93 €
II. Kassenbestand	179.268,28 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	
Summe Aktiva	206.272,21 €
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
II. Jahresergebnis	-22.827,79 €
B. Rückstellungen	4.100,00 €
C. Verbindlichkeiten	200.00,00 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	
Summe Passiva	206.272,21 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011
1. sonstige betriebliche Erträge	23.295,00 €
2. Personalaufwand	
a) Löhne u. Gehälter	17.001,00 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.008,88 €
3. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	200,72 €
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-22.827,79 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-22.827,79 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	1

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gründung der Gesellschaft

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH wurde am 18.07.2011 in den Räumlichkeiten der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Willy-Brandt-Platz 2 gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24.08.2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital von Höhe von 25.000 Euro.

Geschäftsfelder der GREEN

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Die GREEN strebt mit dem Fachpartner EWV die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums an, in dem die kommunalen und regionalen Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Know-How gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese mit dem Fachpartner zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubinden und mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen.

Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungsmöglichkeiten entstehen. So können Erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft an Investoren vermitteln und damit z.B. das Entstehen von Bürgerkraftwerken unterstützen.

Marktumfeld

Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Energiebereitstellung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Diese Entwicklung resultiert aus der konsequenten Förderung Erneuerbarer Energien durch die Politik, insbesondere durch das "Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien" (kurz EEG). Das EEG dient auch der Umsetzung der EU-Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt. Jedoch zeigen aktuelle Entwicklungen, dass die Fördergelder im Zeitraum der Projektentwicklungen aufgrund gesetzlicher Anpassungen sinken, so dass hierbei ein entsprechendes Planungsrisiko besteht.

Geschäftsverlauf

Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Die Gesellschaft war bisher nicht operativ tätig. Einnahmen ergaben sich lediglich aus der Arbeitnehmerüberlassung eines Projektmanagers an die EWV.

Jahresergebnis

Für das Rumpfgeschäftsjahr 2011 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 22.827,79 Euro.

Investitionen

Im Rumpfgeschäftsjahr 2011 wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzierung

Von der EWV wurde ein Gesellschafterdarlehen von 200.000,00 Euro gewährt.

Personalbereich

Ein Projektmanager wurde zum 01.10.2011, ein weiterer zum 01.01.2012 bei der GREEN eingestellt. Diese Projektmanager werden auf Grundlage eines bestehenden Rahmenvertrages zur Arbeitnehmerüberlassung zwischen GREEN und EWV vom 29.08.2011 in vollem Umfang an die EWV verliehen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2011	
	Euro	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	206.272,21	100,0
Passiva		
Eigenkapital	2.172,21	1,1
Rückstellungen	4.100,00	1,9
Verbindlichkeiten	200.000,00	97,0
	206.272,21	100,0

Zur Finanzierung der Gesellschaft wurde ein Gesellschafterdarlehen durch die GREEN bei der Gesellschafterin EWV in Höhe von 200.000,00 Euro aufgenommen. Dieses Darlehen soll vorrangig als Eigenkapital von Projektfinanzierungen Verwendung finden.

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-46,00
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0,00
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	225,00
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	179,00
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	0,00
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	179,00

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Jahr zu jeder Zeit gesichert. Maßgeblich dafür war die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens durch die EWV.

Weiterhin wurde mit der EWV ein Vertrag über eine Kontokorrentkreditlinie in Höhe von 500.000,00 Euro geschlossen, die aber bis jetzt noch nicht in Anspruch genommen wurde.

Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 23.295,00 Euro resultieren aus Personalüberlassung des Mitarbeiters an die EWV. Im Aufwand befinden sich der Personalaufwand (20.009,88 Euro) und sonstige betriebliche Aufwendungen (25.912,19 Euro). Im Finanzergebnis befinden sich die Zinsen für das Gesellschafterdarlehen der EWV in Höhe von 200,72 Euro. Daraus ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 22.827,79 Euro.

Die wirtschaftliche Gesamtlage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ergebnisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen

Betriebsrisiken

Generell schützt die GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWV abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Wertveränderungen von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWV eine permanente Liquiditätsüberwachung.

Für die Gesellschaft werden mit den zukünftig anstehenden Investitionen weitere Finanzmittel notwendig. In der Gesellschafterversammlung am 07.05.2012 wird den Gesellschaftern eine Kapitalerhöhung auf 600.000,00 Euro vorgeschlagen.

Weiterhin steht von EWV eine Kontokorrentlinie in Höhe von 500.000,00 Euro zur Verfügung, die bis heute noch nicht in Anspruch genommen wurde.

Gesamtrisiko

Die aktuelle Kapitalausstattung der Gesellschaft ermöglicht bislang keine Investitionsobjekte aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Entwicklung neuer Projekte steht unter dem Risiko, dass sich Fördersätze gemäß EEG weiter reduzieren, bevor diese Projekte in Betrieb genommen werden.

Die relevante Gemeinsamkeit der einzelnen Erneuerbaren-Energie-Technologien ist, dass die erzeugte Energie in das allgemeine Stromnetz eingespeist und nach den Sätzen des EEG vergütet werden kann. Dadurch lassen sich Investitionsrisiken der GREEN ab der Inbetriebnahme auf ein Mindestmaß begrenzen und die zu erwartenden Einnahmen sicher kalkulieren. Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

**Ausblick
Ergebnisentwicklung**

Die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt stark davon ab, ob die anstehenden Projekte seitens der GREEN finanziell abgebildet werden können.

Investitionen

Die aktuelle Projektvorschau und -priorisierung beinhaltet weitreichende Investitionen. Hierzu zählt u.a. die Beteiligungsmöglichkeit an einem fortgeschrittenen Projekt im Bereich der Photovoltaik. Hierfür müssen jedoch zunächst geeignete Lösungen zur Finanzierung gefunden werden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

KHD Träger GmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Tel.: 02421/30-0
 Fax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Gegenstand des Unternehmens ist Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der oder die Geschäftsführer jeweils aus Personen bestehen, die in der Krankenhaus Düren gem. GmbH angestellt sind. Die Geschäftsführung ist berechtigt, vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der vorhergehenden Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss. Hierzu zählen:

1. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen, die Errichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betrieben oder Betriebsstätten sowie die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
2. der Erwerb anderer Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Belastung, Änderung oder Kündigung von – auch stillen – Beteiligungen einschließlich Geschäftsanteilen der Gesellschaft; die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften,
3. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
4. Investitionen, soweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelfall Euro 10.000,-- überschreiten,
5. Aufnahme von Bankdarlehen,

6. Übernahme von Bürgschaften und Rangrücktrittserklärung, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,
7. Gewährung von Darlehen,
8. Bestellung von Prokuristen, General- oder Handlungsbevollmächtigten für den gesamten Geschäftsbetrieb,
9. Abschluss, Änderungen oder Beendigungen von Miet-, Pacht- oder Leasing-verträgen, soweit die jährlichen Verpflichtungen mehr als Euro 10.000,-- im Einzelfall betragen,
10. Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen und Urlaubsgelder,
11. Einleitung von Aktivprozessen; der Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
12. Auflösung der Gesellschaft,
13. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG.

Die Geschäftsführung hat jeweils bis zum 30.11. eines jeden Jahres einen Wirtschaftsplan bestehend aus Investitions-, Erfolgs- und Personalplan für das nachfolgende Geschäftsjahr aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Daneben ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Diese ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat des Kreis Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer des Kreises Düren, sowie den Bürgermeister der Stadt Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer der Stadt Düren, vertreten. Diese besitzen nur eine gemeinsames Stimmrecht für den Gesellschaftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH. Über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung entscheiden die Gesellschafter durch Beschluss.

Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auf schriftlichem, fernschriftlichem, tele- grafischem oder mündlichem, auch fernmündlichem Weg nur vom Gesellschafter gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen.

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht abweichende Beschlussquoten vorschreiben. Je 1.000 € (in Worten: Eintausend Euro) eines Geschäftsanteils entspricht einer Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Blum, Gereon

Gesellschafterversammlung: Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der KHD Träger GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH. 1 Stimme je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	100.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Krankenhaus Düren gem. GmbH	100.000,00 €	100%

Die Gesellschaft wurde am 14.04.2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichtes Düren HR B 6074 erfolgte am 20.04.2011.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27.04.2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichtes Düren H B 6085 am 06.05.2013

Bilanz	2011
	Rumpfgeschäftsjahr 14.04. - 31.12.2011
<u>Aktiva</u>	
A. Anlagevermögen	
I. Sachanlagen	
Grundstücke	0,00 €
II. Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	
Fertige Erzeugnisse und Waren	0,00 €
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	73.347,61 €
Summe Aktiva	98.347,61 €

	2011 Rumpfgeschäftsjahr 14.04. - 31.12.2011
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €
II. Verlustvortrag	0,00 €
III. Jahresfehlbetrag	-2.652,39 €
B. Rückstellungen	
1. Steuerrückstellungen	0,00 €
2. sonstige Rückstellungen	1.000,00 €
C. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten gegen verb. Unternehmen	0,00 €
2. sonstige Verbindlichkeiten	0,00 €
Summe Passiva	98.347,61 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 14.04. - 31.12.2011
1. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.652,39 €
Betriebsergebnis	-2.652,39 €
2. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €
3. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €
Finanzergebnis	0,00 €
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-2.652,39 €
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €
5. sonstige Steuern	0,00 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.652,39 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 14. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6074 erfolgte am 20. April 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27. April 2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6085 am 6. Mai 2011.

Ertrags, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.652,39 EUR. Dieser setzt sich zusammen aus Rechts- und Beratungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten sowie Nebenkosten des Geldverkehr, denen im Geschäftsjahr keine Erlöse gegenüberstanden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risiko- und Prognosebericht

Die Gesellschaft plant den Erwerb eines Grundstücks von der Krankenhaus Düren gem. GmbH mit dem Ziel, dort ein Pathologiegebäude sowie ein Ärztehaus zu errichten. Weiterhin soll in Umsetzung des Gesellschaftszwecks in einem ersten Schritt das Parkhaus der Krankenhaus Düren gem. GmbH an die KHD Träger GmbH übertragen und von dieser bewirtschaftet werden. Somit erzielt die Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt eigene Umsatzerlöse. Sukzessive sollen in der Gesellschaft weitere steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe der Krankenhaus Düren gem. GmbH betrieben werden.

Die Erzielung eigener Umsätze ist für die Gesellschaft in den Folgejahren von hoher Bedeutung. Nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Für das Jahr 2012 erwartet die Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis. Für das Jahr 2013 wird ein Überschuss in Höhe von 10 T€ erwartet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die KHD Träger GmbH ist an der ist an der Krankenhaus Düren Service GmbH beteiligt (vgl. Seite 397).



RURENERGIE
SAUBERE ENERGIE

RURENERGIE GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Tel.: 02421/22-0
Fax: 02421/22-2020
E-Mail: g.beyss@kreis-dueren.de
Ingo.vosen@stadtwerke-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen erzeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen.

Die **RURENERGIE GmbH** ist am 25. August 2011 gegründet worden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Gesellschafter vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 15 Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH entsendet weitere sieben Mitglieder, die Stadtwerke Düren GmbH vier Mitglieder und die Gesellschafterversammlung der S-Beteiligungsgesellschaft mbH drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Dabei werden die von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu entsendenden Mitglieder unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Auch die Stadtwerke Düren können ein weiteres Mitglied mit beratender Stimme benennen. Die Amtszeit der die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vertretenden Aufsichtsratsmitglieder und der beratenden Mitglieder aus dem Kreis der übrigen Fraktionen endet regelmäßig mit der Bestellung von Vertretern nach der Konstituierung eines neuen Kreistages. Dies gilt für die Vertreter der Stadtwerke, soweit sie durch den Rat der Stadt entsandt werden,

entsprechend. Im Übrigen entscheidet jeder Gesellschafter über die Amtszeit seiner entsendeten Mitglieder. Die Gesellschaftervertreter nehmen an den Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme teil.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen der Geschäftsführung bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

- a) Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs- bzw. des gewöhnlichen Rechtsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag überschreiten,
- b) die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern sie die in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen für die Geschäftsführung übersteigt,
- c) die Aufnahme von Darlehen und Krediten jeder Art, sofern im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegter Betrag überstiegen wird,
- d) der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträge für eine längere Dauer als 1 Jahr, sofern der jährliche Zins den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag übersteigt,

Unbeschadet gesetzlicher Regelungen oder weitergehender Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unterliegen der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung insbesondere:

- a) Die Feststellung des Jahresabschlusses mit Lagebericht, die Verwendung der Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages,
- b) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
- c) der Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgs-, Investitions- sowie dem Stellenplan und dem fünfjährigen, jährlich fortzuschreibenden Finanzplan,
- d) die Berufung, die Anstellung, die Abberufung und die Entlassung der Geschäftsführung sowie die Aufteilung der Zuständigkeiten bei mehreren Geschäftsführern,
- e) die Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen sowie Gesellschafterdarlehen,
- f) die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils (vgl. § 13),
- g) die Zustimmung über die Annahme eines neuen Projektes sowie der für die Finanzierung des Projektes erforderlichen Verträge. Bei der Entscheidung über die Annahme des Projektes ist zu berücksichtigen, dass das Projekt eine jährliche Projektrendite von mindestens 1 % nach Steuern, nach Kapitalkosten (FK/EK-Verzinsung) und Risikozuschlag für die Projektrisiken aufweist,
- h) die Bildung und Auflösung von Rücklagen,
- i) die Beteiligung an Unternehmen, der Erwerb oder die Veräußerung sowie die An- und Verpachtung von Unterneh-

- men und Beteiligungen,
 j) die Bestellung von Vertretern in Beteiligungsgesellschaften (§ 113 Abs. 2 S. 1 GO NRW bleibt unberührt),
 k) der Abschluss, die Änderungen und die Aufhebung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG,
 l) die Ernennung und die Abberufung von Liquidatoren,
 m) die Auflösung der Gesellschaft
 n) der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Beyß, Georg Vosen, Ingo	Düren Düren	
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) Stadtwerke Düren mbH (SWD) S-Beteiligungsgesellschaft mbH	8 Sitze 4 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Breuer, Peter Frischmuth, Rudi Krott, Joseph Pöhler, Raoul Schmitz, Josef Johann Spelthahn, Wolfgang von Laufenberg, Reiner Zentis, Gudrun - MdL - Schaaf, Heinz beratendes Mitglied Veithen, Valentin Raimund beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	500.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	250.500,00 €	50,1%
Stadtwerke Düren GmbH (SWD)	125.500,00 €	25,1%
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	124.000,00 €	24,8%

Bilanz	2011
Aktiva	
A. Anlagevermögen	
I. Sachanlagen	4.746.177,57 €
B. Umlaufvermögen	
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	95.437,63 €
II. Kassenbestand	364.932,12 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	
Summe Aktiva	5.206.547,32 €
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00 €
II. Jahresergebnis	-103.857,14 €
B. Rückstellungen	25.600,00 €
C. Verbindlichkeiten	4.784.804,46 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	
Summe Passiva	5.206.547,32 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011
1. Umsatzerlöse	32.075,05 €
2. Materialaufwand	20.600,00 €
3. Abschreibungen	
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	39.463,50 €
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	53.601,95 €
Betriebsergebnis	-81.590,40 €
5. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	22.266,74 €
Finanzergebnis	-22.266,74 €
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-103.857,14 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-103.857,14 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Entwicklung der Gesellschaft

Im August 2011 wurde die **RURENERGIE** GmbH als Tochterunternehmen der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren, der Stadtwerke Düren GmbH und der S-Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Düren gegründet. Die **RURENERGIE** GmbH ist in der Energiewirtschaft insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Primäres Ziel ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und die Erbringung von damit unmittelbar verbundenen Versorgungs- und Dienstleistungen. Mit der Gründung der **RURENERGIE** wollen die Eigentümer einen spürbaren regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer möglichst umweltschonenden Energieversorgung in der Region Düren leisten. Das erste Projekt der Gesellschaft ist die Miteigentümerschaft an einem Solarpark in der Gemeinde Inden, der noch in 2011 in Betrieb gegangen ist. Mit einer Leistung von 3,8 Megawatt ist der Solarpark

eine der größten Freilandanlagen Nordrhein-Westfalens. Bis Mitte März 2012 wurden bereits über 700.000 kWh Strom erzeugt und ins Netz eingespeist. Die Prognose für das gesamte Jahr 2012 liegt bei etwa 3.480.000 kWh.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit dem Erwerb einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Schulzentrums in Kreuzau hat die **RURENERGIE** GmbH Anfang 2012 bereits ihr zweites Projekt seit ihrer Gründung umgesetzt. Die Anlage ging am 23.12.2011 in Betrieb und wurde Anfang März 2012 von der **RURENERGIE** gekauft. Die installierten 1.040 Solarmodule erzeugen mehr als 221.000 kWh Strom pro Jahr und können rund 60 Haushalte mit umweltfreundlichem Strom versorgen.

Weitere Projekte befinden sich aktuell in der Umsetzung. Es ist geplant, eine fertiggestellte Solaranlage auf dem Mädchengymnasium in Jülich zu erwerben. Die Anlage besitzt eine Leistung von 60,48 kWp und erzeugt jährlich rund 54.300 kWh Strom. Diese Anlage reicht aus um durchschnittlich 15 Haushalte mit Strom zu versorgen.

Aktuell werden auch mehrere Windenergieprojekte im Kreis Düren überprüft. Bislang finden Gespräche mit verschiedenen Projektentwicklern statt, wobei konkrete Projekte bereits in Planung sind.

In der Aufsichtsratssitzung und der Gesellschafterversammlung vom 29.03.2012 hat die **RURENERGIE** den seit Gesellschaftsgründung geplanten Geschäftsführerwechsel vollzogen und Kreisdirektor Georg Beyß und SWD-Vertriebsleiter Ingo Vosen zu Nachfolgern des Gründungsgeschäftsführers Dirk Hürtgen bestellt.

Chancen und Risiken

Unternehmerisches Tun wird letztlich durch den ständigen Umgang mit Chancen und Risiken bestimmt und dieser Aufgabe nimmt sich die **RURENERGIE** pflichtbewusst an. Im Rahmen Ihrer primären Tätigkeit auf dem Gebiet der Errichtung und des Betriebs von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, stehen vorrangig die Chancen und Risiken aus den umzusetzenden Projekten im Fokus. Hierbei sind neben den üblichen Risiken beim Bau von Anlagen auch die in den Rentabilitätsberechnungen zu Grunde gelegten Annahmen als Chancen- und Risikofaktor zu nennen. Risiken, die die Zielerreichung der Gesellschaft negativ beeinflussen können, sollen mittels eines umfassenden und sorgfältigen Projektmanagements frühzeitig erkannt und mit Hilfe ziel- und zweckgerichteter Maßnahmen gesteuert werden.

Der Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen soll bis zum Jahr 2020 von aktuell 3% auf dann 15% steigen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die hiesige Landesregierung im Sommer 2011 einen neuen Windkraft-Erlass in Kraft gesetzt. Dieser erhöht die Chance zur Umsetzung entsprechender regionaler Windkraftprojekte der **RURENERGIE**. Die Anordnung lässt zum Beispiel bisher geltende pauschale Höhen- und Abstandsbeschränkungen zukünftig nicht mehr zu.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sichert den Betreibern von Anlage zur Gewinnung erneuerbarer Energien eine konstante Einspeisevergütung. Diese wird nicht durch die Schwankungen des Strom- oder Gaspreises beeinflusst und wird für zwanzig Jahre ab Lieferbeginn festgesetzt. Die Einspeisevergütung wird bei Einspeisung in das öffentliche Netz je gelieferter kWh fällig. Insbesondere im Solarbereich zeichnet sich eine Reduzierung der Vergütungssätze für neue Projekte ab. Gleichzeitig sinken allerdings auch die Systempreise. Beide Entwicklungen wird die Gesellschaft bei der Planung kommender Projekte berücksichtigen. Die Gesellschaft geht somit nach derzeitigem Stand davon aus, auch zukünftig rentable Projekte realisieren zu können.

Auf Grund steigender Energiepreise an den Großmärkten für konventionellen Strom könnte die Netzparität für Strom aus erneuerbaren Energiequellen früher, bzw. vor Beendigung des EEG-Förderzeitraums erreicht werden. Darüber hinaus können energiepolitische Weichenstellungen insgesamt zu einer größeren Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Energien führen.

Entgegen anderer Formen der Energiegewinnung, die auf den Verbrauch von Rohstoffen wie Gas oder Kohle basieren, ist der Betrieb von Windkraft- und Solaranlagen unabhängig vom Beschaffungspreis des Rohstoffs. Schwankungen - insbesondere Anstiege - von Rohstoffpreisen beeinflussen demnach nicht die Wirtschaftlichkeit der Anlage.

Allerdings ist die Menge der produzierten erneuerbaren Energie abhängig von den wechselnden Wetterbedingungen. Trotz der garantierten Abnahmevergütung können unterdurchschnittliche Sonnen- oder Windaufkommen in einzelnen Jahren zu einer Schmälerung der Umsatzerlöse und somit zu einer temporären Liquiditätslücke führen.

Grundsätzlich wird die **RURENERGIE** die Rentabilität zu realisierender Projekte als wesentlichen Maßstab heranziehen. Sie wird nur Projekte auf den Weg bringen, die unter Würdigung vorsichtiger Risikobetrachtungen und Beachtung der im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Mindestrentabilität einen angemessenen Gewinn erwirtschaften.

Darüber hinaus will die **RURENERGIE** im Rahmen ihrer zukünftigen Projekte die Möglichkeiten zur Risikoabsicherung und -diversifizierung nutzen und zu diesem Zweck gegebenenfalls auch projektbezogene Tochtergesellschaften gründen.

Bevor sich die **RURENERGIE** über das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung hinaus engagiert, wird sie separate Risikobetrachtungen anstellen. Sie wird sich nur in weiteren Energiemarktsegmenten betätigen, wenn hieraus unter vorsichtiger Risikobewertung eine angemessene Rentabilität zu erwarten ist.

Das Unternehmen ist in der Rechtsform einer GmbH gegründet, die Haftung der Gesellschafter ist folglich auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht ist nicht vereinbart.

Der Wirtschaftsplan 2012 geht von einem Verlust in Höhe von 288 Tsd. € aus. Wesentliche Ursache sind hier Anlaufverluste im Zusammenhang mit der Realisierung von neuen Projekten. Bestandsgefährdende Ereignisse sind der **RURENERGIE** nicht bekannt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die **RURENERGIE** GmbH ist seit 2013 an der REA GmbH & Co.KG WEA1 (53,1%) beteiligt.


Rurtalbahn GmbH

Kölner Landstraße 271
 52351 Düren
 Tel.: 02421/ 2769-300
 Fax: 02421/ 2769-335
 E-Mail: info@rurtalbahn.de
 Homepage: www.rurtalbahn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in der Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen, aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Wenn die Zahl der Gesellschafter auf mehr als zwei steigt, vergrößert sich der Aufsichtsrat um jeweils drei je weiter hinzutretenden Gesellschafter. Der Aufsichtsrat kann beratende Mitglieder hinzuziehen. Die Aufsichtsräte brauchen nicht Gesellschafter zu sein.

Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Zwei der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Dürener Kreisbahn GmbH, die restlichen von den übrigen Gesellschaftern in jeweils gleicher Zahl entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan;
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderungen und Aufhebung von Anstellungs- und sonstigen Verträgen mit ihnen;
3. die Entlassung der Geschäftsführer;
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung;

5. die jederzeitige Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, Kapitalerhöhungen oder –herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
7. die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen;
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz;
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen;
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer;
11.
 - a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen;
 - b) der Erwerb, die Begründung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
 - c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen, und
 - d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von andern gleichartigen Rechtsgeschäften, sowie diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen;
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Emunds, Guido Schmitz, Achim Häner, Herbert Nießen, Hans-Peter	Düren Roetgen Kreuzau Düren	seit bis
Aufsichtsrat:	Dürener Kreisbahn GmbH R.A.T.H. GmbH	3 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafter- versammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Krott, Josef Reuter, Lothar Schaaf, Heinz Schmitz, Georg Spelthahn, Wolfgang Titz, Ulrich Zorn, Ralf	beratendes Mitglied beratendes Mitglied beratendes Mitglied Vorsitzender beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter sachkundiger Bürger Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
----------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter-
versammlung:

Hürtgen, Dirk

Die Beteili-
gungsgesell-
schaft Kreis
Düren mbH wird
durch die Ge-
schäftsführung
vertreten

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251.000,00 €	25,10%
R.A.T.H. GmbH	749.000,00 €	74,90%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Verände- rung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	27.535,00 €	1.804,00 €	407,00 €	-1.397,00 €	-77,44%
II. Sachanlagen	3.679.775,88 €	3.339.874,88 €	6.621.678,88 €	3.281.804,00 €	98,26%
III. Finanzanlagen	1.670.864,41 €	2.047.585,18 €	1.919.960,99 €	-127.624,19 €	-6,23%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	701.120,79 €	1.373.115,34 €	889.037,27 €	-484.078,07 €	-35,25%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	4.779.703,09 €	7.857.924,38 €	6.340.779,92 €	-1.517.144,46 €	-19,31%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	3.518.354,10 €	5.859.045,34 €	922.363,12 €	-4.936.682,22 €	-84,26%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	34.951,93 €	55.972,15 €	21.390,00 €	-34.582,15 €	-61,78%
Summe Aktiva	14.412.305,20 €	20.535.321,27 €	16.715.617,18 €	-3.819.704,09 €	-18,60%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €		
IV. Jahresüberschuss	1.855.453,63 €	6.128.413,37 €	1.459.023,69 €	-4.669.389,68 €	-76,19%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Rück- lagen	1.638.493,29 €	1.456.214,59 €	1.281.632,92 €	-174.581,67 €	-11,99%
C. Rückstellungen	3.038.602,48 €	3.599.817,65 €	2.667.871,42 €	-931.946,23 €	-25,89%
D. Verbindlichkeiten	2.885.453,60 €	4.356.573,46 €	6.312.786,95 €	1.956.213,49 €	44,90%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	14.412.305,20 €	20.535.321,27 €	16.715.617,18 €	-3.819.704,09 €	-18,60%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	22.703.642,42 €	32.660.565,07 €	17.003.160,95 €	-15.657.404,12 €	-47,94%
2. sonstige betriebliche Erträge	7.376.084,65 €	13.169.263,19 €	20.643.696,39 €	7.474.433,20 €	56,76%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	1.052.118,07 €	174.581,65 €	174.581,67 €	0,02 €	0,00%
4. Materialaufwand	14.389.891,65 €	24.063.495,94 €	7.699.985,19 €	-16.363.510,75 €	-68,00%
5. Aufwand für fremdbezogenes Personal	2.687.548,15 €	2.747.292,83 €	2.652.670,82 €	-94.622,01 €	-3,44%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.674.190,02 €	2.551.541,88 €	1.666.074,14 €	-885.467,74 €	-34,70%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	547.334,76 €	515.295,43 €	370.061,21 €	-145.234,22 €	-28,18%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	1.790.833,17 €	763.818,58 €	535.253,95 €	-228.564,63 €	-29,92%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.350.300,25 €	7.662.573,45 €	22.460.464,96 €	14.797.891,51 €	193,12%
Betriebsergebnis	2.691.747,14 €	7.700.391,80 €	2.436.928,74 €	-5.263.463,06 €	-68,35%
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	25.976,11 €	29.492,79 €	0,00 €	-29.492,79 €	-
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	29.294,38 €	56.096,83 €	66.103,16 €	10.006,33 €	17,84%
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	490.500,00 €	0,00 €	-490.500,00 €	-
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	36.346,96 €	110.023,21 €	319.502,98 €	209.479,77 €	190,40%
Finanzergebnis	18.923,53 €	-514.933,59 €	-253.399,82 €	261.533,77 €	-50,79%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	2.710.670,67 €	7.185.458,21 €	2.183.528,92 €	-5.001.929,29 €	-69,61%
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	43.964,15 €	0,00 €	-43.964,15 €	-
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	-43.964,15 €	0,00 €	43.964,15 €	100,00%
14. Regionalisierungszuschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
15. Öffentl. Ausgleichszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	850.021,04 €	1.008.178,60 €	718.747,50 €	-289.431,10 €	-28,71%
17. sonstige Steuern	5.196,00 €	4.902,09 €	5.757,73 €	855,64 €	17,45%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.855.453,63 €	6.128.413,37 €	1.459.023,69 €	-4.669.389,68 €	-76,19%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	126	141	149

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die branchenspezifische Entwicklung stellte sich positiv dar. Die aufgrund der internationalen Krise im Bankensektor gehemmte Konjunktur hat sich im Geschäftsjahr positiv entwickelt. Jedoch ist die Kreditvergabe zur Finanzierung von Großprojekten durch Hemmnisse im Markt weiter erschwert.

Die ohnehin angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene hat sich aufgrund der Rettungspakete des Staates für die Banken sowie der eingeleiteten Konjunkturpakete verschärft. Es ist davon auszugehen, dass die erhöhte Verschuldung der öffentlichen Haushalte zukünftig zu erheblichen Sparzwängen führen wird.

Schienenpersonennahverkehr

In 2011 erfolgte die Lieferung von 2 Triebfahrzeugen RegioShuttle RS1; die restlichen 3 Fahrzeuge dieses Typs wurden Anfang 2012 ausgeliefert. Die Dieseltriebfahrzeuge wurden im Rahmen eines Mietkaufvertrages von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erworben.

Parallel hierzu erfolgte die entsprechende Ausbildung der Triebfahrzeugführer auf dieser neuen Baureihe des Fahrzeugtyps RS 1.

Die Inbetriebnahme des Haltepunktes und Kreuzungsbahnhofes Huchem-Stammeln wurde realisiert, sodass zum Fahrplanwechsel am 11.12.2011 mit optimalem Fahrplan begonnen werden konnte und bessere Anbindungen an die RE-Züge gewährleistet sind.

Die Verkehrsleistungen auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betragen rund 884.000 Jahreszugkilometer.

Die Verkehrsleistung auf der Strecke Mönchengladbach – Dalheim im Auftrag der DB Regio NRW wurde auch in 2011 erbracht. Diese Leistung wird in 2012 fortgesetzt. Im Gegenzug hierzu erbrachte die DB Regio NRW durchgehende Zugverbindungen von Heerlen nach Heimbach.

Verstärkt wurden auch in 2011 Sonderverkehre auf der Bördebahn (Düren-Zülpich) in Zusammenarbeit mit der IG Bördebahn e.V. auf dem Bubenheimer Spieleland angeboten.

Die Implementierung der neuen Vertriebstechnik (Handterminals und Hintergrundsystem) wurde abgeschlossen.

Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahnhof GmbH und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch im Geschäftsjahr 2011 verschiedene Marketingmaßnahmen in Zusammenarbeit mit öffentlichen Aufgabenträgern durchgeführt.

Schienen Güterverkehr

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahnhof GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr 2010 durch die Gründung der Rurtalbahnhof Cargo GmbH Rechnung getragen.

Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahnhof GmbH. Die dazu benötigten Fahrzeugkapazitäten werden zum Teil von der Rurtalbahnhof GmbH zur Verfügung gestellt.

Eisenbahninfrastruktur und Infrastruktur Planung

Das Geschäftsjahr 2011 war geprägt durch den Baubeginn der Eisenbahnüberführung BAB 4 mit avisierte Fertigstellung und Inbetriebnahme Mitte 2012, sowie diversen Funktionsverbesserungen auf dem gesamten Streckennetz, welche im Rahmen des Konjunkturpaketes 2 der Bundesregierung gefördert wurden.

Des Weiteren erfolgte die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kreuzungsbahnhofes in Huchem-Stammeln.

Seit dem 01.01.2011 liegt die Strecke Lindern-Heinsberg in der Betriebsführung der Rurtalbahnhof GmbH.

Zwischen West Energie und Verkehr und der Rurtalbahnhof GmbH wurde im Dezember 2010 ein Pachtvertrag über die Bahnstrecke Heinsberg-Lindern nebst aller für die Betriebsdurchführung notwendigen und zweckmäßigen Nebenanlagen geschlossen.

Die vielfältigen Planfeststellungsverfahren wurden in 2011 eingeleitet und teilweise abgeschlossen.

Betriebswerkstatt

Infolge der Ausweitung der nationalen und internationalen Güterverkehrsleistungen sowie der an den eigenen Triebfahrzeugen durchgeführten Hauptuntersuchungen wurden die Kapazitäten im Bereich Schienenwerkstatt merklich durch den eigenen Fuhrpark in Anspruch genommen.

Die im Geschäftsjahr 2010 begonnenen Hauptuntersuchungen der RegioSprinter gemäß § 32 EBO wurden in 2011 fortgesetzt und sind, bis auf zwei Fahrzeuge, in 2011 durchgeführt worden.

Die Planung und Ersatzteilbeschaffung für die in 2012 zu tätigen Hauptuntersuchungen der Loks V 151 sowie DH 1004 und G1206 wurde initiiert.

Des Weiteren wurde mit der Instandhaltungsausbildung für die in 2011 angeschafften Regio Shuttle RS 1 begonnen.

Eine weitere Maßnahme der Werkstatt wird sein, die mobile versorgende Instandhaltung für die Güterzugloks auszubauen.

Eine weitere Ausdehnung der Drittleistungen ist für das Folgejahr geplant.

Kaufmännische Abteilung

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit dem Gesellschafter R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert.

Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Kostenrechnungssystems wurden verschiedene Projekte im Rahmen von SPNV-Ausschreibungen und Revisionsprojekten bearbeitet.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsjahr lagen im Wesentlichen bei der Umstellung der Finanzbuchhaltungssoftware auf DATEV Pro, der Überprüfung der bestehenden Informationsquellen, Prozessen sowie Software auf die Kompatibilität mit den gestellten Anforderungen zur Integration der E-Bilanz-Pflichten in den Unternehmensalltag und die steuerliche Buchführung sowie der Übernahme der Finanz- und Lohnbuchhaltung der VIAS Logistik GmbH und dem damit verbundenen Ausbau des Beteiligungscontrollings.

Darstellung der Lage

Die Ertragsdaten sowie die Liquiditätsvorschau wurden im Geschäftsjahr monatlich bzw. wöchentlich für die Gesellschaft ausgewiesen. Sie waren von einer guten Selbstfinanzierungskraft und einer konstanten Ertragsentwicklung geprägt.

Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Barverkäufe von Fahrscheinen, Geschäfte mit kommunalen Unternehmen bzw. Zuschüssen der öffentlichen Hand erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Die Gesamtleistung (inklusive Zuschüsse) belief sich in 2011 auf 17.004 T€ (Vorjahr 37.748 T€); der Rückgang resultiert aus der Bereinigung der Gesamtleistung um die Weiterbelastung der Cargo-Leistungen (17.233 T€), deren selbständige Durchführung von der Rurtalbahn Cargo GmbH im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen übernommen wurde.

Die auf dieser Basis errechnete Rendite (Quotient aus Jahresüberschuss vor Steuern und Gesamtleistung inkl. Zuschüsse) beträgt 12,7 % (Vorjahr 18,9 %).

Die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNVG-NRW stellen für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmenquelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen.

Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich nicht eingestellt, wesentliche Reduzierungen sind nicht zu erwarten.

Ab dem Jahre 2009 wird der Preissteigerung in den Aufwandspositionen mit einer Dynamisierung der Transfermittel in Höhe von 1,5% entgegengewirkt. Die Transfermittel dienen als Aus-

gleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland (NVR) von Dezember 2010.

Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des Eingangs erwähnten Infrastrukturpachtvertrages auf Basis der geleisteten Zugkilometer langfristig zu.

Auf der Aufwandseite stellten die Aufwendungen aufgrund der langfristigen Verträge mit der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren mbH die maßgeblichen Positionen dar, welche sich in der Summe auf 3.236 T€ belaufen. In dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn schließt 2011 mit 16.716 T€. Dies bedeutet eine Vermögensabnahme gegenüber dem Vorjahr um 3.820 T€. Dies ist im Wesentlichen auf der Aktivseite begründet in der Verrechnung der geleisteten Anzahlungen der ECTS-Systeme, in der Verminderung der Forderung gg. verbundene Unternehmen sowie dem Rückgang der liquiden Mittel.

Auf der Passivseite basieren die Veränderungen zum Vorjahr im Wesentlichen begründet in der Reduzierung des Jahresüberschusses, einem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen sowie einer Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten.

Prognose

Die Rurtalbahn GmbH hat sich aufgrund der Neuordnung eine gute Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen geschaffen. Die neuen Möglichkeiten sollen in den nächsten Jahren verstärkt ausgenutzt und ausgebaut werden, indem die Rurtalbahn offensiver auf dem Verkehrsmarkt agiert. Hierzu verfügt sie über ein junges, flexibles, innovatives und hochqualifiziertes Team, welches aktiv die Rurtalbahn im Jahre 2011 gestaltet hat und sie auch zukünftig erfolgreich gestalten wird.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System.

Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit den jeweiligen Bereichsleitern und der Geschäftsführung zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, dass durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge größere Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich werden vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte eingeholt.

Der Unternehmensfortbestand („going concern“) ist aus Sicht der Geschäftsleitung für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 aufgrund der allgemeinen Marktsituation nicht gefährdet. Die Rurtalbahn GmbH hat die eingeleitete Diversifikation in den Kunden- und Lieferantenbeziehungen fortgesetzt und ausgebaut. Dadurch ist die Gesellschaft in der Lage, prognostizierte Einbrüche in einigen Branchen ausgleichen zu können.

Aufgrund der guten Ausgangssituation werden für die Rurtalbahn GmbH seitens der Geschäftsführung keine wesentlichen Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr

2012 erwartet. Die Umsatzrendite im operativen Bereich wird sich aufgrund der strategischen Ausrichtung des Unternehmens auf dem Niveau von 2011 halten können, ein Unterschreiten der Zielwerte für 2012 ist zum jetzigen Zeitpunkt weder erkennbar noch zu erwarten. Eventuelle Schwankungen in den Rohstoffpreisen können durch vertraglich vereinbarte Preisanpassungen ausgeglichen werden. Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Durch eine Neuausrichtung und größere Diversifikation der Unternehmung an andere Kooperationspartner bzw. Kunden in nahezu allen Unternehmensbereichen sowie durch den weiteren Ausbau der Tochterunternehmen in den Benelux-Ländern im Bereich Cargo wird die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Rurtalbahn GmbH weiter gestärkt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbahn GmbH ist an der VIAS GmbH beteiligt (vgl. Seite 405).

**Rurtalbus GmbH**

Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-30
 Telefax: 02421/3901-29
 E-Mail: info@rurtalbus.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens, sowie Gelegenheitsverkehr im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Der Betrieb des Verkehrsunternehmens gliedert sich in den Betrieb:

- auf der Straße
- auf der Schiene.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen. Die Gesellschaft hat ihr operatives Geschäft zum August 2013 aufgegeben.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Je zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt. Die Aufsichtsratsmitglieder der übrigen Gesellschafter werden von den Gesellschafterversammlungen der Gesellschafter, welche auch die Dauer der Wahlzeit bestimmen, gewählt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung übt die ihr durch Gesetz oder den Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben aus. Sie überwacht die Tätigkeit des Geschäftsführers. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan,
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Anstellungs- und sonstiger Verträge mit ihnen,
3. die Entlastung der Geschäftsführer,
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung,

5. die Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital, sowie die Erhöhung des Stammkapitals, sofern nicht allen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile ein Bezugsrecht eingeräumt wird,
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, die Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
7. die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Kündigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz,
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer,
11. a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen,
 b) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen und
 d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von anderen gleichartigen Rechtsgeschäften,
 soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000,00 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen,
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Betrieb des Unternehmers hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Lau, Christian Schmitz, Thomas Neumann, Hark Böhnke, Bernd	Mönchengladbach Stolberg Minden Merzenich	seit 18.06.2013 bis 18.06.2013 Niederlegung der Geschäftsführung zum 19.06.2012
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH Veolia Verkehr Rheinland GmbH R.A.T.H. GmbH	3 2 2	42,86 % 28,57 % 28,57 %
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Krott, Josef Spelthahn, Wolfgang Titz, Ulrich	Vorsitzender Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreistagsabgeordneter Landrat Kreistagsabgeordneter
----------------------	-----------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------

Becker, Rene	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Braun, Norbert	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Schaaf, Heinz	beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Wasserberg, Hartmut	beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger

**Gesellschafter-
versammlung:**

Emunds, Guido	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten	Geschäftsführer
---------------	----------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	5.950,00 €	23,80%
Veolia Verkehr Rheinland GmbH	6.300,00 €	25,20%
R.A.T.H. GmbH	12.750,00 €	51,00%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	197.954,00 €	180.513,00 €	170.173,00 €	-10.340,00 €	-5,73%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	261.001,53 €	149.362,90 €	148.669,93 €	-692,97 €	-0,46%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kre- dit- instituten	12.204,16 €	6.094,11 €	29.760,82 €	23.666,71 €	388,35%
C. Rechnungsabgren- zungsposten	0,00 €	266,64 €	0,00 €	-266,64 €	-100,00%
Summe Aktiva	471.159,69 €	336.236,65 €	348.603,75 €	12.367,10 €	3,68%
<u>Passiva</u>					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresüberschuss	72.567,40 €	69.221,27 €	52.353,18 €	-16.868,09 €	-24,37%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	51.666,00 €	46.585,00 €	41.503,00 €	-5.082,00 €	-10,91%
C. Rückstellungen	38.580,08 €	39.913,67 €	69.840,71 €	29.927,04 €	74,98%
D. Verbindlichkeiten	283.346,21 €	155.516,71 €	159.906,86 €	4.390,15 €	2,82%
Summe Passiva	471.159,69 €	336.236,65 €	348.603,75 €	12.367,10 €	3,68%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.351.647,56 €	1.389.741,57 €	1.404.732,94 €	14.991,37 €	1,08%
2. sonstige betriebliche Erträge	34.184,63 €	14.181,81 €	8.799,70 €	-5.382,11 €	-37,95%
3. Materialaufwand	518.025,93 €	520.174,29 €	533.642,88 €	13.468,59 €	2,59%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	480.458,34 €	507.096,71 €	527.410,92 €	20.314,21 €	4,01%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	105.954,05 €	110.973,84 €	111.705,30 €	731,46 €	0,66%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	22.544,00 €	22.933,95 €	22.440,00 €	-493,95 €	-2,15%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	144.403,16 €	138.652,19 €	143.038,23 €	4.386,04 €	3,16%
Betriebsergebnis	114.446,71 €	104.092,40 €	75.295,31 €	-28.797,09 €	-27,66%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	249,89 €	298,06 €	35,45 €	-262,61 €	-88,11%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	6.129,20 €	5.817,47 €	4.599,44 €	-1.218,03 €	-20,94%
Finanzergebnis	-5.879,31 €	-5.519,41 €	-4.563,99 €	955,42 €	-17,31%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	108.567,40 €	98.572,99 €	70.731,32 €	-27.841,67 €	-28,24%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.000,00 €	28.704,36 €	17.197,50 €	-11.506,86 €	-40,09%
11 sonstige Steuern	0,00 €	647,36 €	1.180,64 €	533,28 €	82,38%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	72.567,40 €	69.221,27 €	52.353,18 €	-16.868,09 €	-24,37%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	27	27	30

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011**Wirtschaftliche Rahmenbedingung**

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland setzte sich im Jahr 2011 fort, sodass im Jahresverlauf das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau wieder erreicht hat. Die gesamtwirtschaftliche Leistung in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 stieg dabei pro Quartal real um durchschnittlich 0,7%. Auch im Vorjahresvergleich stieg die Wirtschaftsleistung deutlich an: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag im ersten Quartal 2011 um 5,0%, im zweiten Quartal 2011 um 3,0% und im dritten Quartal um 2,5% höher als im Vorjahreszeitraum.

Die Abschwächung des wirtschaftlichen Aufschwungs zum Jahresende 2011 ist maßgeblich auf die Abkühlung weltwirtschaftlichen Umfelds zurückzuführen, dass bis dahin über die Exportnachfrage die deutsche Konjunktur stützte. Die Grundlage für die Ausweitung des Bruttoinlandsproduktes im zweiten Halbjahr 2011 bildete deshalb die Binnennachfrage. Im dritten Quartal wurde im Inland insbesondere mehr konsumiert, aber auch mehr investiert: Sowohl die privaten Haushalte mit einem Plus von 0,8% als auch der Staat mit einem Plus von 0,6% gaben deutlich mehr für Konsum aus als noch im zweiten Quartal 2011.

Im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung hat sich auch die Arbeitsmarktlage weiter verbessert: Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im November 2011 auf 6,4%. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der arbeitslosen Menschen um 214.000 ab, wobei der Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung maßgeblich für den Rückgang ist. Damit erhöhen sich tendenziell die Chancen, durch Aufnahme einer Beschäftigung die Arbeitslosigkeit zu beenden. Neben den konjunkturellen Gründen haben der Strukturwandel und die Reformen am Arbeitsmarkt diese Chancen deutlich verbessert.

Insgesamt zeigte sich die deutsche Wirtschaft ausgesprochen robust: Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und bei den Einkommen stützt den privaten Konsum und stabilisiert die binnenwirtschaftliche Entwicklung. Zwar wird sich der wirtschaftliche Aufschwung im Jahr 2012 voraussichtlich abschwächen, jedoch bedeutet dies nach der ausgeprägten Aufholphase eine Rückkehr zur Normalität.

Bahn- und Busmarkt

In Deutschland nutzten im ersten Halbjahr 2011 mehr Fahrgäste den Linienverkehr mit Bussen und Bahnen als im Vorjahreszeitraum 2010. Insgesamt fuhren in den ersten sechs Monaten mehr als 5,52 Milliarden Fahrgäste im Linienverkehr (plus 0,4% gegenüber dem ersten Halbjahr 2010) und legten dabei 68,4 Milliarden Personenkilometer zurück (plus 0,1% gegenüber dem ersten Halbjahr 2010).

Das Fahrgastaufkommen im Nahverkehr mit der Eisenbahn (einschließlich S-Bahnen) lag bei 1,18 Milliarden Personen; das waren 2,5% mehr als im Vorjahreszeitraum 2010. Die durchschnittliche Reiseweite je Fahrgast betrug 20,4 Kilometer. Mit insgesamt 24,1 Milliarden Personenkilometer stieg damit auch die Verkehrsleistung deutlich an, nämlich um 2,2% im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010.

Im Nahverkehr mit Omnibussen wurden im ersten Halbjahr 2011 rund 2,73 Milliarden Fahrgäste transportiert und damit 0,1% weniger als noch im ersten Halbjahr 2010. Die Verkehrsleistung ging um 0,2% auf 18,7 Milliarden Personenkilometer zurück.

Straßen- und Stadtbahnen einschließlich Hoch-, U- und Schwebbahnen konnten ihr Verkehrsaufkommen auf 1,87 Milliarden Fahrgäste steigern (plus 1,2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2010). Die Verkehrsleistung lag um 0,1% höher und betrug insgesamt 8,3 Milliarden Personenkilometer.

Im Linienfernverkehr mit der Eisenbahn wurden in den ersten sechs Monaten 2011 insgesamt 60 Millionen Fahrgäste mit einer durchschnittlichen Reiseweite von 281 Kilometer transportiert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das Fahrgastaufkommen um 0,5% und die Verkehrsleistung um 2,7% zurückgegangen.

Ausgehend von einer niedrigen Basis ist der Linienfernverkehr mit dem Bus um 6,8% auf 1 Millionen Fahrgäste gestiegen. Diese erbrachten zusammen 0,4 Milliarden Personenkilometer; im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010 ein Anstieg um 10,8%.

Die Wettbewerber der Deutschen Bahn AG konnten im Schienenpersonennahverkehr in den letzten Jahren ihren Marktanteil steigern. Im Gesamtjahr 2010 lag ihr Anteil an der Betriebsleistung gemessen in Zugkilometer bei rund 22% und damit um rund 1,5% höher als noch im Jahr 2009. Dieser Trend setzt sich voraussichtlich auch in den Jahren 2011 bis 2013 fort; für 2011 wird ein Marktanteil von rund 24% angenommen.

Im Schienenpersonenfernverkehr liegt der Marktanteil der Wettbewerber, gemessen an der Verkehrsleistung, bei weniger als ein Prozent. Der für 2011 geplant Markteintritt des privaten Wettbewerbers Hamburg-Köln-Express wurde auf 2012 verschoben.

Der Eisenbahnpersonenverkehr hatte in den letzten Jahren einen steigenden Anteil am Verkehrsmarkt. Sein Anteil an der Verkehrsleistung lag im Jahr 2010 bei rund 7,8%. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr verzeichnete im Jahr 2010 dagegen einen leicht rückläufigen Anteil auf 7,4%. Für das Jahr 2011 wird ein weiterer Anstieg des gesamten Verkehrsaufkommens erwartet. Der Schienenpersonenverkehr und der Luftverkehr könnten hiervon zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs profitieren.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Mittelpunkt der politischen und juristischen Diskussion stand in 2011 erneut die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Im August 2011 wurde das Gesetzgebungsverfahren zur bereits seit dem Jahr 2009 diskutierten Anpassung des PBefG an die EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste eingeleitet. Nachdem der Bundesrat den Vorschlägen der Bundesregierung im September 2011 mit einem in wesentlichen Punkten abweichenden Alternativkonzept eine klare Absage erteilte, hat das Bundeskabinett im Dezember 2011 beschlossen das Gesetzgebungsverfahren weiterzuführen. Damit wird voraussichtlich der Vermittlungsausschuss eingeschaltet werden müssen wodurch sich das

Verfahren weiter verzögern wird. Zwischenzeitlich ist weiterhin eine eingehende Prüfung jedes Einzelfalls erforderlich, wobei die im Jahr 2010 in einigen Bundesländern verabschiedeten Leitlinien zu berücksichtigen sind.

Positiv zu beurteilen ist, dass die unterschiedlichen Konzepte zur Anpassung des PBefG sämtlich eine Liberalisierung des Buslinienfernverkehrs vorsehen und so die nach dem in 2010 ergangenen Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Buslinienfernverkehr verbliebenen Unsicherheiten ausgeräumt werden.

Ertragslage

Gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Geschäftsjahre ergeben sich nachfolgende Hinweise:

	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.405	100	1.390	100	15	1
Gesamtleistung	1.405	100	1.390	100	15	1
Materialaufwand	534	38	520	37	13	3
Personalaufwand	639	45	618	44	21	3
Abschreibung	22	2	23	2	0	-2
Sonstiger Betriebsaufwand ./. Übrige betriebliche						
Erträge	134	10	124	9	10	8
Betrieblicher Aufwand	1.329	95	1.286	93	44	3
Betriebsergebnis	75	5	104	7	-29	-28
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-5		-6		1	
Ergebnis vor Ertragsteuern	71		99		-28	
Ertragsteuern	17		29		-12	
sonstige Steuern	1		1			
Jahresergebnis	52		69		-17	

Die *Umsatzerlöse* sind im Jahresvergleich um TEUR 15 gestiegen. Dies resultiert vor allem aus dem Anstieg der Gestellung von Fahrzeugen. Die einzelnen Sparten entwickelten sich wie folgt:

	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Anmietungen Linienverkehr	1.140	81	1.133	82	7	1
Gestellung von Fahrzeugen	189	13	172	12	17	10
Schülerverkehr	76	5	85	6	-9	-11
	1.405	100	1.390	100	15	1

Der *Materialaufwand* blieb gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 534 (VJ TEUR 520) auf konstantem Niveau.

Für die Entwicklung der Beschaffungskosten können die folgenden Indizes des Statistischen Bundesamtes als Indikatoren für die Kostenentwicklung herangezogen werden:

Index	Wert GJ 2011 (Basis 2005=100%)	Wert GJ 2010 (Basis 2005=100%)	Veränderung % zum Vorjahr
Reparaturen	115,6	113,1	2,2%
Teile und Zubehör	115,3	111,2	3,7%
Diesel	131,1	113,1	15,9%
Omnibusse	111,7	109,6	1,9%

Der *Personalaufwand* stieg gegenüber dem Vorjahr um 3%, was einem absoluten Wert von TEUR 21 entsprach und im Wesentlichen durch eine Tarifsteigerungen jeweils im Oktober 2010 und 2011 begründet ist.

Im Finanzergebnis in Höhe von TEUR -5 sind Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR -5 enthalten.

Die Zinsaufwendungen resultieren in Höhe von TEUR -4 aus Darlehensverzinsungen.

Vermögenslage

Bezüglich der Vermögenslage ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild. In Abweichung zur Bilanz sind in der Darstellung Zuschüsse zum Anlagevermögen nicht als Sonderposten passiviert, sondern mit dem Anlagevermögen saldiert.

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	129	42%	134	46%	-5	-4%
Kurzfristige Forderungen	149	48%	149	52%	-1	0%
Flüssige Mittel	30	10%	6	2%	24	388%
Übrige Aktiva	0	0%	0	0%	0	0%
	307	100%	290	100%	17	6%
Kapital						
Eigenkapital	77	25%	94	33%	-4	-4%
Kurzfristige Verbindlichkeiten	197	64%	134	46%	62	46%
Langfristige Verbindlichkeiten	33	11%	61	21%	-28	-46%
	307	100%	290	100%	30	10%

Im Bereich des Anlagevermögens wurde ein Bus im Geschäftsjahr gekauft.

Das geringe Anlagevermögen der Gesellschaft ist darauf zurückzuführen, dass sämtliche Fahrzeuge sowie die erforderliche Infrastruktur angemietet werden. Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht auf der Ausschüttung des Jahresüberschusses 2010 in Höhe von TEUR 69 sowie dem Jahresergebnis 2011 in Höhe von TEUR 52. Durch den gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenen Jahresüberschuss kommt es zu einer Verringerung des Eigenkapitals.

Die Zunahme der kurzfristigen Verbindlichkeit ist stichtagsbezogen und ergibt sich aus dem geänderten Zahlungsverhalten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr

Der Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten ist durch die Tilgung des Bankdarlehens bedingt.

Finanzlage

Die Veränderung der Finanzmittel zum Bilanzstichtag stellt sich wie folgt dar:

	2011 TEUR
Jahresüberschuss	52
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	22
Zunahme der Rückstellungen	30
Abnahme der Sonderposten	-5
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-20
Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	21
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-50
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	5

Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	70
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	8
Laufende Geschäftstätigkeit	133
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-12
Investitionstätigkeit	-12
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-70
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-27
Finanzierungstätigkeit	-97
Liquide Mittel am Anfang der Periode	6
Zahlungswirksame Veränderungen	24
Liquide Mittel am Ende der Periode	30
<i>nachrichtlich: Forderungen Cashpool-Konto Veolia-Konzern</i>	<u>-64</u>

Es traten während des laufenden Geschäftsjahres keine Liquiditätsengpässe auf. Durch die Cashpoolvereinbarung mit der Veolia Verkehr GmbH, Berlin, verfügt die Gesellschaft über einen stabilen und langfristigen finanziellen Rahmen für das operative Geschäft.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiteranzahl entwickelte sich wie folgt:

Zusammensetzung	<u>2011</u>	<u>2010</u>
Fahrer	18	17
Aushilfen	12	10
Gesamt	<u>30</u>	<u>27</u>

Im Geschäftsjahr wurden TEUR 8 in die Schulung von Mitarbeitern investiert.

Nachtragsbericht

Es sind nach Abschluss des Geschäftsjahres keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, über die zu berichten wäre.

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft ist bei ihren Aktivitäten unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Dabei sieht die Geschäftsführung im Wesentlichen folgende Risiken:

Die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Jahr 2012 hängt wesentlich von der Personalentwicklung im kommunalen Unternehmen Dürener Kreisbahn GmbH, Düren ab. Sofern man dort ausscheidendes Personal nicht ersetzt, werden Aufträge dann an die Gesellschaft unter Beachtung der Beihilfe- und Vergaberechtlichen Möglichkeiten gegeben. Die Teilnahme an weiteren Ausschreibungen ist geplant.

Risiken ergeben sich aus der Monostruktur der Aufträge, die die Gesellschaft hat. Derzeit ist der größte Auftraggeber die Dürener Kreisbahn GmbH. Zur Reduzierung des damit verbundenen

Risikopotentiale werden Anstrengungen unternommen, die Leistungspalette im Rahmen der Schülerverkehre auszubauen. So konnten in 2011 Aufträge in dieser Sparte gewonnen werden.

Durch die monatliche Analyse der Plan/Ist Abweichung, die durch das regionale Controlling in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern erstellt werden und an die Muttergesellschaften gemeldet werden, ist die Einbettung in die Risikomanagementsysteme der Mutterunternehmen gegeben.

In diesem Rahmen werden besonders die Auswirkungen der Leistungsindikatoren berücksichtigt. Für die Gesellschaft sind hier besonders folgende Indikatoren wichtig:

- Die Entwicklung der Kilometer und Stundenleistungen (Dienstplanwirkungsgrad)
- Die Entwicklung des Lohn- und Gehaltsgefüges im Rahmen der Tarifentwicklungen.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den wirtschaftlichen Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht unter diesen Prämissen für 2012 und 2013 von einem Umsatz in Höhe von ca. TEUR 1.486 aus. Als Jahresüberschuss ist für die beiden folgenden Jahre ein Ergebnis von TEUR 63 geplant. Potential ergibt sich laut der Geschäftsführung durch die Mehrübernahme von Linienfahrten für die Dürener Kreisbahn GmbH sowie in der geplanten Teilnahme an Ausschreibungen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbus GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten die Gesellschaft zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus dreizehn Mitglieder, und zwar

1. aus den Bürgermeister der Gemeinden, die an der Gesellschaft beteiligt sind, sofern deren Geschäftsanteile mehr als 10% des Stammkapitals ausmachen. Ihre Mitgliedschaft gilt für die Dauer der Amtszeit (Wahlzeit) und erlischt mit der Bestellung des Nachfolgers;
2. aus den von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Gesellschafter auf die Dauer einer Wahlperiode für kommunale Parlamente in Nordrhein-Westfalen gem. § 13 GV Ziffer 3-6 zur angegebenen Höchstzahl gewählten Mitgliedern.

Soweit der Kreis Düren unmittelbar oder mittelbar Gesellschafter der

Gesellschaft ist, nimmt der jeweilige Landrat des Kreises Düren oder der Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen und gibt in folgenden Angelegenheiten Beschlussempfehlungen für die Gesellschafterversammlung ab.

1. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
2. Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder,
3. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
4. Wahl des Abschlussprüfers.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Vornahme von Rechtsgeschäften mit Gesellschaftern, die im Einzelfall den Betrag von 20.000 € übersteigen oder ein Dauer-schuldverhältnis begründen,
2. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 20.000 € überschreitet, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplans zugestimmt wurde,
3. Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern hierbei ein Wert von 20.000 € überschritten wird,
4. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Streitwert im Einzelfall mehr als 20.000 € beträgt,
5. Abschluss, Abänderung und Aufhebung von wichtigen Lieferungs-, Pacht-, Demarkations-, Betriebsführungs-, Bezugs- und Konzessionsverträgen und Verträgen, durch die die Gesellschaft länger als 1 Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs.
6. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
7. Erteilung und Widerruf von Prokuren,
8. Empfehlungen zu Wasserpreisanpassungen und Tarifänderungen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten

1. Änderung des Gesellschaftervertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,
3. Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Teilen von Unternehmen und Beteiligungen,
4. die Teilung von Geschäftsanteilen,
5. die Veräußerung von Geschäftsanteilen,
6. die Aufnahme neuer Gesellschafter,

7. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen einzustellen oder als Gewinn vorzutragen,
8. die Bestellung des Abschlussprüfers,
9. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
10. die Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und Versorgungsverdingungen, sowie diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. Festsetzung der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates,
14. Wasserpreisanpassungen und Tarifänderung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Schneider, Jürgen Waerder, Johannes	seit 01.07.2013 bis 30.06.2013
Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH Städtisches Wasserwerk E- schweiler GmbH Gemeinde Inden Gemeinde Niederzier	4 Sitze 1 Sitz 3 Sitze 3 Sitze 3 Sitze 3 Sitze
		30,77 % beratendes Mitglied 23,08 % 23,08 % 23,08 %
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden.	1 Stimme je 50 € eine Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang beratendes Mitglied	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafter- versammlung:	Hürtgen, Dirk Sommer, Reinhard Schmitz, Josef Johann	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten. Kreis Düren Kreis Düren	Geschäftsführer sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52457 Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	2.047.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Aldenhoven	621.700,00 €	30,37%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH	24.800,00 €	1,21%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	494.200,00 €	24,14%
Gemeinde Inden	392.050,00 €	19,15%
Gemeinde Niederzier	514.550,00 €	25,13%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	78.129,00 €	83.437,00 €	82.836,00 €	-601,00 €	-0,72%
II. Sachanlagen	12.454.320,55 €	13.357.646,42 €	13.277.457,35 €	-80.189,07 €	-0,60%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	10.403,45 €	7.796,25 €	13.631,94 €	5.835,69 €	74,85%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	834.674,16 €	850.529,43 €	919.555,85 €	69.026,42 €	8,12%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	20.639,77 €	100.393,63 €	7.620,50 €	-92.773,13 €	-92,41%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.583,34 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	13.399.750,27 €	14.399.802,73 €	14.301.101,64 €	-98.701,09 €	-0,69%
<u>Passiva</u>					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	
III. Gewinnrücklagen	1.033.795,46 €	1.033.795,46 €	1.033.795,46 €	0,00 €	
IV. Gewinnvortrag	7.606,85 €	14.771,76 €	67.034,78 €	52.263,02 €	353,80%
V. Jahresüberschuss	211.894,91 €	256.993,03 €	291.349,45 €	34.356,42 €	13,37%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.596.668,00 €	3.362.238,00 €	3.195.049,00 €	-167.189,00 €	-4,97%
C. Rückstellungen	901.290,53 €	948.114,67 €	1.034.223,09 €	86.108,42 €	9,08%
D. Verbindlichkeiten	5.062.736,99 €	6.198.132,28 €	6.093.892,33 €	-104.239,95 €	-1,68%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	318,00 €	318,00 €	318,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	13.399.750,27 €	14.399.802,73 €	14.301.101,64 €	-98.701,09 €	-0,69%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	3.981.302,89 €	4.083.654,29 €	4.148.546,55 €	64.892,26 €	1,59%
2. sonstige betriebliche Erträge	354.899,08 €	227.772,70 €	232.517,63 €	4.744,93 €	2,08%
3. Materialaufwand	1.392.513,65 €	1.295.646,76 €	1.244.537,40 €	-51.109,36 €	-3,94%
3. Personalaufwand	44.257,85 €	2.196,63 €	34.168,22 €	31.971,59 €	1455,48 %
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	929.115,00 €	908.449,00 €	874.681,00 €	-33.768,00 €	-3,72%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.404.889,88 €	1.481.755,79 €	1.524.723,41 €	42.967,62 €	2,90%
Betriebsergebnis	565.425,59 €	623.378,81 €	702.954,15 €	79.575,34 €	12,77%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	476,32 €	50,82 €	205,94 €	155,12 €	305,23%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	242.616,46 €	220.274,30 €	238.242,27 €	17.967,97 €	8,16%
Finanzergebnis	-242.140,14 €	-220.223,48 €	-238.036,33 €	-17.812,85 €	8,09%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	323.285,45 €	403.155,33 €	464.917,82 €	61.762,49 €	15,32%
8. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	8.654,00 €	8.654,00 €	0,00 €	
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	104.216,41 €	130.286,49 €	155.583,09 €	25.296,60 €	19,42%
10. sonstige Steuern	7.174,13 €	7.221,81 €	9.331,28 €	2.109,47 €	29,21%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	211.894,91 €	256.993,03 €	291.349,45 €	34.356,42 €	13,37%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter Die Verbandwasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäft und Rahmenbedingungen Entwicklungen in der Wasserwirtschaft

Gegen den bundesweiten Trend ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden eine steigende Abgabeentwicklung zu verzeichnen.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen in der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören Teile der Städte Alsdorf und Eschweiler, die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Jülich.

Seit August 2005 versorgt das Verbandswasserwerk Aldenhoven das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme. Die Wärmeserviceverträge für die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und Kath. Grundschule Aldenhoven) wurden über 10 Jahre abgeschlossen.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 - rückwirkend zum 1. Januar 2005 - Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

Wichtige Ereignisse des Jahres

VWA hat im Herbst 2011 zum dritten Mal am Länderprojekt „Benchmarking Wasserversorgung NRW“ unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Ziel dieses Benchmarking ist, die Wasserversorger in NRW in ihrem Kosten- und Leistungsgeflecht transparenter zu gestalten, Ineffizienzen durch den Vergleich mit den „Besten“ abzustellen und möglichen Preismissbrauch kartellrechtlich zu beseitigen.

Insgesamt wurden rund 400 Kennzahlen auf Basis des Geschäftsjahres 2010 erhoben und einer eingehenden Analyse seitens des vom Landeswirtschaftsministerium beauftragten Beratungshauses Rödl & Partner unterzogen.

Ergebnisse der Untersuchung werden im 1. Halbjahr 2012 erwartet.

Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Insgesamt betragen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2011 4.149 TEuro und lagen um rd. 65 TEuro über den Vorjahreserlösen. Diese Steigerung der Umsatzerlöse ist unter anderem auf die gestiegene Abgabe im Kerngeschäftsfeld Trinkwasserversorgung zurückzuführen.

Im Tarifkunden- als auch im Sondervertragskundenbereich wurde ein leichter Anstieg der Wasserabgabe verzeichnet. Die Umsatzerlöse im Wassergeschäft stiegen um 2,23 % von 3.582 TEuro auf 3.662 TEuro.

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse von 104 TEuro verbuchen. Damit lagen die Umsatzerlöse über dem Niveau des Vorjahres.

Die restlichen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen (263 TEuro) und aus dem Installationsgeschäft (120 TEuro).

Die Wasserabgabe betrug im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 2.078 Mio. cbm und lag damit 0,056 Mio. cbm über dem Vorjahresniveau von 2.022 Mio. cbm. Wie bereits in den Umsatzerlösen erläutert, haben wir einen leichten Anstieg der Wasserabgabe zu verzeichnen. Im Bereich der Stadtwerke Jülich zeigt sich eine Veränderung der Wasserabgabe um 13,25 % von 291.882 cbm auf 330.570 cbm.

Im Jahr 2009 wurden Maßnahmen festgelegt, die ein kontinuierliches Monitoring und monatliches Controlling der Wasserabnahmen im Versorgungsgebiet ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe aus der Abteilung Wassergewinnung, Zählerwesen sowie Netzbetrieb führt Stichproben zu Wasserbilanzierungen durch, um frühzeitig Abweichungen zu identifizieren.

Für die Ermittlung der Trinkwasserverluste haben wir im Wirtschaftsjahr 2011 wie im Jahr 2010 eine kaufmännische Betrachtungsweise herangezogen. Hiermit weisen wir die tatsächlichen Trinkwasserverluste rechnerisch ermittelt aus. Wir haben in die Berechnung der Trinkwasserverluste periodenfremde Aspekte einfließen lassen und können somit besser und genauer feststellen, wie sich die Trinkwasserverluste zusammensetzen. Durch die Rückrechnung der periodenfremden Aspekte erhalten wir im Folgejahr eine neue, genauere Betrachtungsweise der Vorjahrzahlen.

Im Geschäftsjahr 2011 belaufen sich die Trinkwasserverluste mit Einrechnung der periodenfremden Aspekte auf 8,02%.

Die Trinkwasserverluste für das Vorjahr haben sich durch die Einrechnung der periodenfremden Aspekte von 8,23 % auf 7,41 % geändert.

Im Berichtsjahr wurden 907 MWh Wärme an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben. Die Absatzmenge sank um 20 MWh gegenüber dem Vorjahr.

Jahresergebnis

Nach Einrechnung der in voller Höhe erwirtschafteten Konzessionsabgabe von 323 TEuro (Vorjahr 318 TEuro) wird ein Ergebnis vor Ertragssteuern von 447 TEuro (Vorjahr 387 TEuro) ausgewiesen.

Somit ergibt sich im Geschäftsjahr 2011 nach Abzug der Ertragssteuern ein Jahresüberschuss von 291 TEuro (Vorjahr 257 TEuro). Das entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 14,22%.

Investitionen

Der Investitionsplan sah für das Geschäftsjahr 2011 eine Gesamtsumme in Höhe von 886 TEuro vor.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von 795 TEuro für das Geschäftsjahr 2011 betrafen im Wesentlichen die Rohrnetzerneuerungen in Niederzier Hochheimstraße und die Erneuerung der Bodenbeschichtung in der TWA Aldenhoven.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und durch eine Kreditlinie von 4,0 Mio. Euro und deren teilweise Inanspruchnahme finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 01. Juni 1996 und 01. April 1998 auf die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2011		31.12.2010	
	Euro	%	Euro	%
Aktiva				
Anlagevermögen	13.360.293,35	93,4%	13.441.083,42	93,3%
Umlaufvermögen	940.808,29	6,6%	958.719,31	6,7%
	<u>14.301.101,64</u>	<u>100,0%</u>	<u>14.399.802,73</u>	<u>100,0%</u>
Passiva				
Eigenkapital	3.977.619,22	27,8%	3.890.999,78	27,0%
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.195.049,00	22,3%	3.362.238,00	23,4%
Rückstellungen	1.034.223,09	7,2%	948.114,67	6,5%
Verbindlichkeiten	6.093.892,33	42,7%	6.198.132,28	43,1%
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>318,00</u>	<u>0,0%</u>	<u>318,00</u>	<u>0,0%</u>
	<u>14.301.101,64</u>	<u>100,0%</u>	<u>14.399.802,73</u>	<u>100,0%</u>

Die Bilanzsumme von 14.301 TEuro liegt mit 99 TEuro unter dem Vorjahresniveau von 14.400 TEuro. Die Veränderung der Bilanzsumme auf der Passivseite ist im Wesentlichen auf die Verminderung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 93,4 % (Vorjahr 93,3 %).

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital -unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter- beträgt rd. 46,5 % und liegt somit auf dem Vorjahresniveau von 46,5 %.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote - bezogen auf das Gesamtkapital in Höhe von 43,4 % (Vorjahr 43,4 %).

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2011	2010
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	848	835
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-798	-1.822
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-240</u>	<u>-296</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-190	-1.283
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>-2.810</u>	<u>-1.527</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-3.000	-2.810
Ertragslage		

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	4.149	94,7 %	4.084	94,7 %
Sonstige betriebliche Erträge	<u>233</u>	<u>5,3 %</u>	<u>228</u>	<u>5,3 %</u>
Gesamtleistung	4.382	100,0 %	4.312	100,0 %
Materialaufwand	<u>-1.245</u>	<u>-28,4 %</u>	<u>-1.296</u>	<u>-30,1 %</u>
Rohergebnis	3.137	71,6 %	3.016	69,9 %
Andere betriebliche Aufwendungen	<u>-2.434</u>	<u>-55,6 %</u>	<u>-2.393</u>	<u>-55,5 %</u>

Betriebsergebnis	703	16,0 %	623	14,4 %
Außerordentlicher Aufwand	-9	-0,2 %	-9	-0,2 %
Finanzergebnis	-238	-5,4 %	-220	-5,1 %
Steueraufwand	<u>-165</u>	<u>-3,8 %</u>	<u>-137</u>	<u>-3,2 %</u>
Jahresüberschuss	<u>291</u>	<u>6,6 %</u>	<u>257</u>	<u>5,9 %</u>

In den Umsatzerlösen der Wassersparte haben wir im Kundenbereich „Haushalte und Kleingewerbe“ eine positive Abgabentwicklung zu verzeichnen.

In der Wärmesparte haben wir einen Zugang von 13,21 % im Bereich der Umsatzerlöse.

Im Materialbereich konnten wir die Kosten für die Fremdleistungen gegenüber dem Vorjahr senken.

Der Anstieg der anderen betrieblichen Aufwendungen resultiert unter anderem aus der positiven Entwicklung der Umsatzerlöse und dem damit verbundenen Anstieg der Konzessionsabgabe für das Jahr 2011 und durch die Steigerung der Kosten für Beratungsleistungen sowie einer Steigerung der Betriebsführungsabgabe und einem höheren Aufwand in den sonstigen anderen Aufwand wegen den Kosten der 100 Jahr Feier.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikobericht

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Risiken und Chancen

Aufgrund der tagebaubedingten Verlagerung des Wohnsitzes einer großen Anzahl Privatkunden der Ortschaft Inden-Pier in Kommunen außerhalb unseres Versorgungsgebietes muss VWA diesem Absatzverlust bspw. durch Kooperationen mit benachbarten Wasserversorgern entgegenwirken.

In diesem Kontext wurde mit dem Städtischen Wasserwerk Eschweiler am 15.4.2011 ein Letter of Intent (LoI) über die Belieferung von insgesamt 1 Mio. m³ Wasser abgeschlossen.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 08.02.2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. cbm pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft.

Der Wasserrechtsantrag Niederzier wurde ebenfalls von der Bezirksregierung Köln genehmigt. VWA hat das Recht, bis zum 31. Dezember 2031 0,9 Mio. m³ Wasser pro Jahr zu fördern.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Ausblick

Ergebnisentwicklung

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 geht VWA planerisch von einem positiven Ergebnis aus.

Investitionen

Der Bauplan für das Geschäftsjahr 2012 ist mit einer Investitionssumme in Höhe von 854 TEuro vorgesehen. Dabei entfallen ca. 110 TEuro auf die Gewinnung und Aufbereitung sowie 359 TEuro auf das Leitungsnetz und die Transportleitungen. Der Rest der Summe ist für Hausanschlüsse und für Wasserzähler verplant.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH ist mit 3% an der GREEN Gesellschaft für regionale und regenerative Energie GmbH (siehe Seite 333) beteiligt.



Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Urbanusstraße 1
52372 Kreuzau
Telefon: 02422/ 507 450
Telefax: 02422/ 507 134
E-Mail: p.dreyling@kreuzau.de
Homepage: www.wasserwerk-concordia.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann einem die Befugnis zur Alleinvertretung übertragen werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Bürgermeister der Gemeinde Kreuzau ist Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Gesellschafter "Gemeinde Kreuzau" benennt daneben weitere drei Aufsichtsratsmitglieder. Soweit eine weitere Gebietskörperschaft bzw. Beteiligungsgesellschaft einer solchen Mitgesellschafter ist, ist deren oberstes Vertretungsorgan Mitglied des Aufsichtsrates; daneben benennt dieser weitere Gesellschafter durch sein Beschlussorgan seine weiteren Aufsichtsratsmitglieder.

Der Aufsichtsrat ist zuständig für:

1. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
2. die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erarbeitung von Vorschlägen über die Verwendung des Reingewinns, des Vortrages und der Verlustabdeckung,
3. die Zustimmung zur Hingabe und Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten, den Erwerb, die Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und dinglichen Rechten,
4. die Zustimmung zum Investitions- und Finanzierungsplan,
5. die Zustimmung zum Abschluss aller Verträge einschließlich Stundung und Erlass von Forderungen, welche die Gesellschaft zur einer wiederkehrenden Ausgaben von mehr als 7.700 € jähr-

- lich oder zu einer einmaligen Ausgabe von mehr als 15.400 € verpflichten oder berechtigen, sowie Führung von Rechtsstreitigkeiten mit solchen Streitwerten. Arbeitsverträge mit Angestellten und Arbeitern fallen nicht unter diese Regelung,
6. die Zustimmung zum Abschluss, zur Abänderung und Aufhebung von Lieferungs-, Miet-, Pacht-, Demarkations-, Bezugs- und Konzessionsverträgen, durch die die Gesellschaft länger als ein Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs. Wasserlieferungsverträge außerhalb des Tarifs fallen nicht unter dieser Ausnahme,
 7. die Zustimmung zur Vornahme von Rechtsgeschäften mit einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer sowie die Einleitung von Rechtsgeschäften gegenüber einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer und die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreiten,
 8. die Zustimmung zur Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen,
 9. die Zustimmung zur Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten an BAT Vb aufwärts.

Gesellschafterversammlung:

Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung; der Vertreter wird von dem Beschlussorgan der Gebietskörperschaft bestellt; so z.B. vom Gemeinderat gem. § 113 Abs. 2 GO bzw. vom Kreistag gem. § 26 Abs. 4, § 53 KrO NRW bzw. § 113 Abs. 2 GO NRW. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrechte. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Zustimmung zum jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan,
2. der Beschluss über die fünfjährigen Finanzplanung, die den Gesellschafter zur Kenntnis zu bringen ist,
3. die Zustimmung über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zzgl. eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen oder als Gewinn vorzutragen.
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
7. die Zustimmung zur Teilung von Geschäftsanteilen,
8. die Zustimmung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen,
9. die Zustimmung zur Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und allgemeiner Versorgungsbedingungen, soweit diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
10. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. die Änderung des Gesellschaftsvertrages,

14. die Zustimmung zum Erwerb und zur Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen. Hierbei sind die Bestimmungen des § 108 Abs. 5 GO NRW zu beachten.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dreyling, Peter

Aufsichtsrat: Gemeinde Kreuzau 4 Sitze 57,14 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis 3 Sitze 42,86 %
Düren mbH

Gesellschafterversammlung: Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht. 1 Stimme entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat
Esser, Ingo Kreis Düren Kreistagsabgeordneter
Halver, Richard Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

Gesellschafterversammlung: Hürtgen, Dirk Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wird durch die Geschäftsführung vertreten. Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Kreuzau	510.000,00 €	51,0
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490.000,00 €	49,0

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	31.576,50 €	29.717,50 €	27.858,50 €	-1.859,00 €	-6,26%
II. Sachanlagen	2.893.364,29 €	3.033.831,79 €	3.106.985,61 €	73.153,82 €	2,41%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	48.029,01 €	58.051,91 €	56.418,00 €	-1.633,91 €	-2,81%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	184.283,79 €	107.655,05 €	186.473,26 €	78.818,21 €	73,21%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	1.780,86 €	1.302,87 €	127.624,90 €	126.322,03 €	9695,67%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	158,81 €	158,81 €	175,47 €	16,66 €	10,49%
Summe Aktiva	3.159.193,26 €	3.230.717,93 €	3.505.535,74 €	274.817,81 €	8,51%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	0,00%
III. Bilanzgewinn	19.013,14 €	106.039,38 €	100.869,49 €	-5.169,89 €	-4,88%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	789.609,70 €	740.811,17 €	697.389,94 €	-43.421,23 €	-5,86%
C. Rückstellungen	63.800,00 €	80.240,00 €	74.447,62 €	-5.792,38 €	-7,22%
D. Verbindlichkeiten	1.285.531,89 €	1.302.388,85 €	1.631.590,16 €	329.201,31 €	25,28%
Summe Passiva	3.159.193,26 €	3.230.717,93 €	3.505.535,74 €	274.817,81 €	8,51%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.485.974,95 €	1.655.930,70 €	1.657.361,64 €	1.430,94 €	0,09%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	33.701,68 €	41.566,84 €	37.307,70 €	-4.259,14 €	-10,25%
3. sonstige betriebliche Erträge	23.082,04 €	27.421,43 €	21.404,90 €	-6.016,53 €	-21,94%
4. Materialaufwand	344.242,24 €	423.433,22 €	388.820,10 €	-34.613,12 €	-8,17%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	415.400,65 €	406.107,03 €	431.520,73 €	25.413,70 €	6,26%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	123.531,05 €	118.016,58 €	124.510,05 €	6.493,47 €	5,50%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	240.849,88 €	253.992,77 €	241.422,75 €	-12.570,02 €	-4,95%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	357.342,42 €	334.867,06 €	373.084,68 €	38.217,62 €	11,41%
Betriebsergebnis	61.392,43 €	188.502,31 €	156.715,93 €	-31.786,38 €	-16,86%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	133,08 €	147,68 €	704,50 €	556,82 €	377,04%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	44.117,67 €	35.786,36 €	35.156,85 €	-629,51 €	-1,76%
Finanzergebnis	-43.984,59 €	-35.638,68 €	-34.452,35 €	1.186,33 €	-3,33%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	17.407,84 €	152.863,63 €	122.263,58 €	-30.600,05 €	-20,02%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	1.120,00 €	0,00 €	-1.120,00 €	-100,00%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.158,41 €	45.148,60 €	20.775,10 €	-24.373,50 €	-53,99%
11. sonstige Steuern	553,11 €	555,65 €	618,99 €	63,34 €	11,40%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	19.013,14	106.039,38	100.869,49	-5.169,89 €	-4,88%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	9	9	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Allgemeines zum Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsjahr 2011 sind gegenüber dem Jahr 2010 keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Gesamtwasserabgabe an Endverbraucher hat sich leicht um 1 % erhöht. Der kontinuierliche Rückgang der Wasserabgabe in den Vorjahren konnte somit abgemildert werden.

Die Anzahl der versorgten Einwohner erhöhte sich von 16.891 im Jahr 2010 auf 16.954 (jeweils Stichtag 31.12.). Im Vergleich liegt die Anzahl der versorgten Einwohner aber immer noch unterhalb des Niveaus 2009.

Laut Lagebericht 2010 wurden für das Wirtschaftsjahr 2011 Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe mit 1.606T€ geplant, aufgrund der leichten Steigerung der Wasserabgabe an Endverbraucher haben sich diese Umsatzerlöse auf 1.656T€ gesteigert. Der Personalaufwand laut Lagebericht 2010 für das Wirtschaftsjahr 2011 wurde angesetzt mit rd. 550T€, tatsächlich betrug der Personalaufwand im Jahr 2011 rd. 556T€. Eine Steigerung ist ebenfalls bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu verzeichnen, hier lag die Steigerung gegenüber dem Vorjahr bei rd. 11 %.

Vermögenslage und Kapitalstruktur

Auch im Jahr 2011 wurden Investitionen in Rohrnetzerneuerungen und -erweiterungen im Umfang von rd. 100T€ durchgeführt. Zu erwähnen ist hier die Weiterführung der Rohrnetzerweiterung in Kreuzau, Am Mühlenteich und An der Papiermühle. Rohrnetzerneuerungen wurden durchgeführt in Stockheim, Andreasstraße und Am Thing. In Bogheim wurde ein neuer Übergabe- sowie ein Druckregelschacht errichtet. Durch die Maßnahmen hat sich die Versorgungssituation in diesen Bereichen wesentlich verbessert.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt rd. 80 % bzw. 3.106T€. Die Eigenkapitalquote lag bei rd. 31 % (Vorjahr rd. 34 %). Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Düren.

Änderung im Bestand, der Leistungsfähigkeit und dem Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht für die Zeit vom 01.10.2006 bis 30.09.2026 ein Wasserförderrecht für jährlich 1.100.000 m³ Grundwasser aus den vorhandenen Tiefbrunnen.

Im Berichtsjahr wurden vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 zur Weiterleitung an Endverbraucher 792.981 m³ Wasser gefördert.

Das bestehende Wasserrecht über eine Fördermenge von 1.100.000 m³ wurde somit um 307.019 m³ unterschritten.

Ertragslage

- *Umsatzerlöse*

Die Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe stellen sich wie folgt dar:

	2012 (lt. Wirtschaftsplan)	2011	2010	2009
Wassergeld aus der Wasserabgabe an Endverbraucher	1.734.088,00 €	1.657.361,64 €	1.655.930,70 €	1.485.974,95 €

Der Arbeitspreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 1,20 €/m³. Der Grundpreis bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 9,30 €/Monat.

- *Wasserbezugspreise*

Die Wasserbezugspreise für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach und des Wohnplatzes Welk betragen im Wirtschaftsjahr 2011 durchschnittlich 0,64 €/m³ (Vorjahr: 0,64 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserleitungszweckverbandes Gödersheim zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2011 durchschnittlich 0,81 €/m³ (Vorjahr: 0,76 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserversorgungszweckverbandes Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betragen im Wirtschaftsjahr 2011 durchschnittlich 0,67 €/m³ (Vorjahr: 0,66 €/m³).

- *Personalaufwand*

	2012 (lt. Wirtschaftsplan)	2011	2010	2009
Gesamt	558.760,00 €	555.430,78 €	524.123,61 €	538.931,70 €
a) Löhne und Gehälter	438.760,00 €	430.920,73 €	406.107,03 €	415.149,66 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	120.000,00 €	124.510,05 €	118.016,58 €	116.967,90 €

Der Personalbestand betrug im Wirtschaftsjahr 2010 im Innendienst bis zum 28.02.2011 drei Ganztagskräfte und seit dem 01.03.2011 drei Ganztagskräfte und eine Halbtagskraft. Im Außendienst wurden im Geschäftsjahr 2011 sechs Arbeitskräfte beschäftigt.

- *sonstige betriebliche Aufwendungen (sbA)*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind leicht um ca. 11 % gestiegen und betragen im Jahr 2011 rd. 373T€. Hierin enthalten sind unter anderem die sonstigen Abgaben (hier: Konzessionsabgabe) mit rd. 156T€ und der Verwaltungskostenbeitrag mit rd. 54T€. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Leasing- und KFZ-Kosten sowie höherem Wasserentnahmeentgelt.

- *Zinsaufwendungen (Fremdkapital)*

Die Zinsaufwendungen betragen im Wirtschaftsjahr rd. 35T€. Hierin enthalten sind Aufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Inanspruchnahme von Kassenkrediten), für langfristige Verbindlichkeiten (Zinsaufwand für Darlehen) und zinsähnliche Aufwendungen (Bürgschaftsprovisionen).

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung verlief gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Auch im Jahr 2011 wurden Investitionen überwiegend in die Erneuerung des Rohrnetzes getätigt. Ebenso wurde die Erschließung des Baugebietes „Friedenau“ im Jahr 2011 fertiggestellt.

Insgesamt kann der Geschäftsverlauf im Jahre 2011 als zufriedenstellend beurteilt werden.

2012 werden weitere Baugebiete erschlossen. Ebenso wird ein Teilbereich des Versorgungsnetzes einschließlich Hausanschlüssen in Obermaubach, Apollinarisstraße, erneuert. Eine Steigerung der Umsatzerlöse in diesen Bereichen ist aufgrund des festen Versorgungsgebietes nur aufgrund der Erschließung der Baugebiete in Stockheim und Drove in geringer Größenordnung zu erwarten.

Ab Oktober 2012 erfolgt die Wasserlieferung an die Stadtwerke Düren mit rd. 300Tm³ jährlich. Hier ist eine deutliche Steigerung der Umsatzerlöse zu erwarten.

Finanzlage

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 bestanden Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.371.537,17 €. Hierin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus langfristigen Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Der Kreditrahmen zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten beträgt weiterhin 250T€.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2011 jederzeit sichergestellt. Liquiditätseingpässe sind nicht zu erwarten.

Ergebnisdarstellung

Die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH hinsichtlich Wasserentnahme, -verteilung und -bezug hat sich nicht wesentlich geändert. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 beträgt 100.869,49 € und liegt damit um 5.169,89 € unter dem Ergebnis vom Vorjahr. Die Grund- und Verbrauchspreise blieben unverändert.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Vorgänge von besonderer Bedeutung

In der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung vom 13.12.2011 wurde beschlossen, die ehemalige Tennishalle Winden zu erwerben und entsprechend den Bedürfnissen der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH umzubauen. Im Jahr 2012 werden die entsprechenden Arbeiten durchgeführt. Aufgrund des aktuellen Baufortschrittes ist davon auszugehen,

dass zum Ende des Jahres 2012 die Arbeiten abgeschlossen sind und der Umzug vollzogen wird.

Prognose der Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Wie bereits erwähnt, werden im Jahr 2012 zwei neue Baugebiete erschlossen. Es ist zu erhoffen, dass sich die Tendenz der rückläufigen Wasserabgabe an Endverbraucher abmildert oder die Wasserabgabe wieder steigt. Ebenso führt der Vertragsabschluss mit den Stadtwerken Düren über die Wasserabgabe ab Herbst 2012 zu einer deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse.

Die Investitionen sind insbesondere wieder in die Netzerneuerungen zu tätigen. Zudem ist der bisherige Hochbehälter Lohberg im Jahr 2013 aufgrund von Gebäudeschäden durch einen neuen Behälter zu ersetzen.

Die in den kommenden Jahren durchzuführenden Investitionsmaßnahmen sind überwiegend mit Fremdmitteln zu finanzieren. Um einer Absenkung der Eigenkapitalquote von zurzeit 28 % entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die jährliche Ausschüttung von Jahresgewinnen zu fixieren. Der einbehaltene Jahresgewinn sollte daher einer Investitionsrücklage zugeführt werden.

Es besteht ein langfristiger Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau. Der Konzessionsvertrag hat zunächst eine Laufzeit von 20 Jahren und läuft bis zum 30.06.2022. Durch die Vertragslaufzeit ist die Gesellschaft einerseits mit entsprechenden Aufwendungen für Konzessionsabgaben gebunden, was andererseits aber die Planungssicherheit erhöht. Es ist davon auszugehen, dass zwischen Gemeinde Kreuzau und Wasserwerk Concordia vor Ablauf dieses Konzessionsvertrages ein neuer Konzessionsvertrag mit entsprechenden Laufzeiten abgeschlossen wird.

Das zurzeit gültige Wasserschutzgebiet für die Gewinnungsanlage Lohberg wird momentan überarbeitet und durch eine neue Schutzgebietsverordnung ersetzt. Der Entwurf liegt der Bezirksregierung Köln zur Bearbeitung vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass bis zum Inkrafttreten einer neuen Schutzgebietsverordnung mehrere Jahre vergehen werden.

Aufgrund der Lieferung von rd. 75Tm³ Wasser im Jahr 2012 und rd. 300Tm³ Wasser ab dem Jahr 2013 erwartet die Geschäftsführung einen höheren Jahresüberschuss wie im Jahr 2011.

Die Geschäftsführung geht nach dem aktuellen Wirtschaftsplan davon aus, dass das Geschäftsjahr 2012 bei einem weiterhin planmäßigen Verlauf mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 179T€ abschließen wird. Für das Geschäftsjahr 2013 plant die Geschäftsführung unter Berücksichtigung einer geplanten Steigerung der Umsatzerlöse mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 234T€.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Eine Marktöffnung und Liberalisierung der Wasserwirtschaft ist zurzeit nicht zu erkennen.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben.

Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftervertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw. -sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

Die Wasserverluste im Wirtschaftsjahr 2011 lagen bei ca. 15 % und somit um 3 % über dem Vorjahresniveau. Die Erhöhung der Wasserverluste finden ihre Ursache insbesondere im Ortsteil Leversbach und Obermaubach. Aufgrund der Versorgungssituation in diesen Ortsteilen (verschiedene Druckzonen) gestaltet sich eine Lecksuche mit anschließender Behebung der Schadensstelle als schwierig. Die Verluste in Leversbach konnten im Frühjahr 2012 aufgrund langwieriger Lecksuche behoben werden. Im Ortsteil Obermaubach ist zu erkennen, dass ein Teil der Schadensstellen aufgrund der im Jahr 2012 durchzuführenden Rohrnetzerneuerung gefunden und beseitigt werden können. Es ist daher angebracht, auch weiterhin Investitionen in das Rohrnetz zu tätigen, um die Wasserverluste zu reduzieren.

Seit dem 01.01.2010 hat die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH als Dienstleistung für die Gemeinde Kreuzau die Sachbearbeitung zur Berechnung der Kanalbenutzungsgebühren übernommen, da die Errechnung der Kanalbenutzungsgebühren abhängig vom Wasserverbrauch ist und die Übertragung der Daten über das gleiche Berechnungssystem der „DATEV-Software“ erfolgt.

Sonstige Angaben

Weitere als die ausgeführten Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**Entwicklungsgesellschaft
Nideggen mbH (EGN) i.L.**

Zülpicher Str. 1
52385 Nideggen

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Nideggen, insbesondere die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Ansiedlung junger Familien. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist auf das Gebiet der Stadt Nideggen beschränkt.

Die Liquidation der Gesellschaft wurde im Dezember 2012 abgeschlossen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist grundsätzlich dem Lagebericht zu entnehmen. Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig. Ein Lagebericht für das Jahr 2011 liegt nicht vor.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, ist dieser zwingend einzelvertretungsbefugt, und dies auch bei Vorhandensein von Prokuristen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat hat sieben Mitglieder. Davon stehen der Stadt Nideggen vier Sitze zu. Die übrigen Gesellschafter entsenden je ein Mitglied. Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen insbesondere:

1. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes,
2. die Prüfung des Vorschlags der Geschäftsführung über die Verwendung des Ergebnisses,
3. die Prüfung des von der Geschäftsführung aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
4. die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechtes und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in der gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen,
5. die Festlegung von Rahmenbedingungen für den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken,
6. der Abschluss von Verträgen, die einen Wert von 50.000,00 DM im Einzelfall überschreiten, sowie von Daueraufträgen, die die Gesellschaft jährlich mit mehr als 5.000,00 DM belasten,
7. der Erwerb und die Pachtung von Unternehmen und Beteiligungen,
8. die Führung von Rechtsstreitigkeiten, sofern der Gegenstand nicht einen Angelegenheit der laufenden Verwaltung darstellt,

9. alle im Gesellschaftsvertrag sonst genannten Zuständigkeiten.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftervertrag die Zuständigkeit der anderen Organe begründet ist.

Der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
2. die Wahl des Abschlussprüfers,
3. die Entlastung der Geschäftsführer,
4. die Übernahme neuer Aufgaben,
5. die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
7. die Auflösung, Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Die Gesellschaft ist operativ nicht tätig

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52385 Nideggen	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Nideggen	13.000,00 €	52%
S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH	4.000,00 €	16%
Gesellschaft für Wirtschafts- und Struktur- förderung im Kreis Düren mbH	4.000,00 €	16%
Volksbank Rureifel eG	4.000,00 €	16%

Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig geworden. Jahresabschlüsse wurden nicht erstellt. Die Gesellschaft wird zur Zeit liquidiert.

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Die Gesellschaft ist nicht operativ tätig geworden. Lageberichte wurden nicht erstellt.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft Nideggen mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Krankenhaus Düren Service GmbH

Roonstraße 30
52351 Düren
Tel.: 02421/30-0
Fax: 02421/30-1387
E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von sämtlichen nicht medizinischen und infrastrukturellen Facility-Management-Leistungen, insbesondere Reinigungsleistungen aller Art, Tätigkeiten des klinischen Hauspersonals (insbesondere Stationshilfen o. ä.), patientennahe Serviceleistungen (wie z. B. Tätigkeiten von Serviceassistentinnen in der Speise- und Wuhlleistungsversorgung), Hol- und Bringdienste, Dienstleistungen im Bereich Pflege und Unterhalt von Liegenschaften und Außenanlagen (Grünflächen), Leistungen im Bereich Materialwirtschafts- und Logistikversorgung, Sterilisationstätigkeiten, Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsverpflegung (insbesondere Portionier-, Servier- und Spültätigkeiten), für die Krankenhaus Düren gem.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der oder die Geschäftsführer jeweils aus Personen bestehen, die in der Krankenhaus Düren gem. GmbH angestellt sind. Die Geschäftsführung ist berechtigt, vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der vorhergehenden Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss. Hierzu zählen insbesondere:

19. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen, die Errichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betrieben oder Betriebsstätten sowie die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
20. der Erwerb anderer Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Belastung, Änderung oder Kündigung von – auch

- stillen – Beteiligungen einschließlich Geschäftsanteilen der Gesellschaft; die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften,
21. der Abschluss, die Änderung und die Kündigung von Verträgen über Organschaften, Poolungen und Kooperationen,
 22. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 23. Abschluss von reinigungs-, Catering- und Facility-Management-Verträgen, sofern das sich hieraus jeweils für die Gesellschaft ergebende Vergütungsvolumen Euro 10.000,-- pro Kalenderjahr und Euro 120.000,-- pro Kalenderjahr übersteigt,
 24. Investitionen, soweit die Anschaffungskosten- und Herstellungskosten im Einzelfall Euro 100.000,-- überschreiten,
 25. Aufnahme von Bankdarlehen in Höhe von mehr als insgesamt Euro 10.000,-- . Ausgenommen ist die Prolongation alter Kreditverträge,
 26. Übernahme von Bürgschaften und Rangrücktrittserklärung, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,
 27. Gewährung von Darlehen ab Euro 10.000,-- ,
 28. Bestellung von Prokuristen, General- oder Handlungsbevollmächtigten für den gesamten Geschäftsbetrieb der Gesellschaft,
 29. Abschluss, Änderungen oder Beendigungen von Miet-, Pacht- oder Leasing-verträgen, soweit die jährlichen Verpflichtungen mehr als Euro 10.000,-- im Einzelfall betragen,
 30. Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen und Urlaubsgelder,
 31. die Erteilung von Schenkungsversprechen sowie die Hingabe nicht marktüblicher Geschenke,
 32. Einleitung von Aktivprozessen; der Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
 33. Begründung und Beendigung von Verbandsmitgliedschaften,
 34. Auflösung der Gesellschaft,
 35. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG.

Die Geschäftsführung hat jeweils bis zum 30.11. eines jeden Jahres einen Wirtschaftsplan bestehend aus Investitions-, Erfolgs- und Personalplan für das nachfolgende Geschäftsjahr aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Daneben ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Diese ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die KHD Träger GmbH wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat des Kreis Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer des Kreises Düren, sowie den Bürgermeister der Stadt Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer der Stadt Düren, vertreten. Diese besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der KHD Träger GmbH. Über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung entschei-

den die Gesellschafter durch Beschluss.

Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem oder mündlichem, auch fernmündlichem Weg nur vom Gesellschafter gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen.

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht abweichende Beschlussquoten vorschreiben. Je 1.000 € (in Worten: Eintausend Euro) eines Geschäftsanteils entspricht einer Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Blum, Gereon

Gesellschafterversammlung: Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren Service GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der KHD Träger GmbH. 1 Stimme je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
KHD Träger GmbH	25.000,00 €	100%

Die Gesellschaft wurde am 27. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der KHD Träger GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6085 erfolgte am 6. Mai 2011.

Bilanz	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 27.04.2011-31.12.2011
Aktiva	
A. Anlagevermögen	
I. Sachanlagen	
1. technische Anlagen und Maschinen	72.855,00 €
2. andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	
fertige Erzeugnisse	5.075,56 €
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	
Forderungen gegen verb. Unternehmen	49.521,19 €
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	798,58 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.186,66 €
Summe Aktiva	129.436,99 €
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
II. Gewinnrücklagen	
andere Gewinnrücklagen	4.391,32 €
B. Rückstellungen	
1. Steuerrückstellungen	2.022,91 €
2. sonstige Rückstellungen	7.300,00 €
C. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	577,10 €
2. Verbindlichkeiten gegen verbund. Unternehmen	45.069,97 €
3. sonst. Verbindlichkeiten	45.075,69 €
Summe Passiva	129.436,99 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 27.04.2011-31.12.2011
1. Umsatzerlöse	501.067,39 €
2. sonstige betriebl. Erträge	6.352,92 €
3. Materialaufwand	29.980,52 €
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	301.080,81 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	60.361,92 €
5. Abschreibungen	13.075,04 €
6. sonstige betriebl. Aufwendungen	95.886,67 €
Betriebsergebnis	7.035,35 €

7. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	621,12 €
Finanzergebnis	-621,12 €
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	6.414,23 €
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	2.022,91 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.391,32 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	50

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 27. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der KHD Träger GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6085 erfolgte am 6. Mai 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von sämtlichen nicht medizinischen und infrastrukturellen Facility-Management-Leistungen, insbesondere Reinigungsleistungen aller Art, Tätigkeiten des klinischen Hauspersonals, patientennahe Serviceleistungen, Hol- und Bringdienste, Dienstleistungen im Bereich der Pflege und Unterhalt von Liegenschaften und Außenanlagen, Leistungen im Bereich Materialwirtschafts- und Logistikversorgung, Sterilisationsstätigkeiten, Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsverpflegung für die Krankenhaus Düren gem. GmbH.

Die Gesellschaft hat zum 01. Juli 2011 die Reinigung des gesamten Krankenhauses Düren übernommen. In der Zeit vom 01. Juli bis zum 31. Dezember 2011 bestand ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Firma Peterhoff, der neben einer Unterstützung im dispositiven und operativen Management auch die Durchführung des vollständigen Personalmanagements inkl. Abrechnung sowie die Durchführung des Rechnungswesens beinhaltete.

Neben der Reinigungstätigkeit erbrachte die Gesellschaft Serviceleistungen auf der neu eingerichteten Komfortstation der Krankenhaus Düren gem. GmbH.

Ertrags, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 501.067,39 EUR sowie einen Jahresüberschuss in Höhe von 4.391,32 EUR.

Am 31.12.2011 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 50 Mitarbeiter.

Zur Finanzierung von Anlagevermögen (Ersteinrichtung) hat die Gesellschaft zum 01. Juli 2011 ein Darlehen in Höhe von 31.056,22 EUR bei der Krankenhaus Düren gem. GmbH aufgenom-

men. Das Darlehen ist mit 4% zu verzinsen und bis zum 31.12.2012 vollständig zurück zu zahlen.

Analyse des Cashflows

Operativer Cashflow	
Jahresüberschuss	4.391,32 EUR
Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	13.075,04 EUR
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	9.322,91 EUR
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Abgang von VG des Anlagevermögens	0,00 EUR
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen aus LuL sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-55.783,41 EUR
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus LuL sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	90.722,76 EUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	61.728,62 EUR
Investitionen	
In das Sachanlagevermögen	-85.930,04 EUR
Zahlungen für Anlagenverkäufe	0,00 EUR
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-85.930,04 EUR
Finanzierungstätigkeit	
Aufnahme von Finanzkrediten (+)	0,00 EUR
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten (-)	0,00 EUR
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Veränderung der Liquidität im Geschäftsjahr	
Liquidität am Anfang des Geschäftsjahres	25.000,00 EUR
Kontokorrentverbindlichkeiten bei Kreditinstituten	0,00 EUR
Liquidität am Ende des Geschäftsjahres	798,58 EUR

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risiko- und Prognosebericht

Nach Etablierung der Reinigungsleistungen wird die Gesellschaft verstärkt Serviceleistungen für die Krankenhaus Düren gem. GmbH übernehmen und dadurch den Umsatz steigern.

Die Abhängigkeit zur Krankenhaus Düren gem. GmbH als einzigen Geschäftspartner ist aufgrund der positiven Planentwicklung in der Krankenhaus Düren gem. GmbH unbedenklich.

Nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Für das Jahr 2012 erwartet die Gesellschaft einen Überschuss in Höhe von 20 T€. Für das Jahr 2013 wird ein Überschuss in Höhe von 18 T€ erwartet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Krankenhaus Düren Service GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**VIAS GmbH**

Kurt – Schumacher - Str. 10
 60311 Frankfurt am Main
 Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
 Telefax: 069/ 213 – 25 233
 E-Mail: kundenservice@vias-online.de
 Homepage: www.vias-online.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist der Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs im Teilnetz Odenwaldbahn auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen zur Vergabebekanntmachung vom 14.07.2004 in EU-ABl. 2004/S 135-115718. Die Verkehrsleistungen werden auf den Linien RE 64 (Frankfurt Hbf – Hanau – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RE 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), SE 65 (Frankfurt Hbf – Darmstadt Nord - Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RB 64 (Hanau – Babenhausen – Wiebelsbach-Heubach) und RB 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach – Eberbach) erbracht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter benennt einen Geschäftsführer. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, Aufhebung und Kündigung ihrer Anstellungsverträge sowie die sonstige Vertretung der Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung obliegt der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafter unterliegen alle Angelegenheiten, die nicht durch zwingende Vorschriften des Gesetzes oder durch den Gesellschaftsvertrag der Geschäftsführung anvertraut sind. Die Gesellschafterversammlung beschließt außer in den im Gesetz und im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. den Abschluss und die Änderung von Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträgen und sonstigen Unternehmensverträgen,
4. die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, in der, unbeschadet von Regelungen des Gesellschaftsvertrages, auch die Geschäfte festgelegt sind, die der Zustimmung der Gesellschafter bedürfen,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Bestellung und die Abberufung von Prokuristen und
7. die Einrichtung oder der Erwerb eines anderen Unternehmens, die Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen daran nebst der Errich-

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit Geschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Frankfurt am Main	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
DSB Deutschland GmbH	12.500,00 €	50%
Rurtalbahn GmbH	12.500,00 €	50%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	97.399,00 €	48.700,00 €	0,00 €	-48.700,00 €	-100,00%
B. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40.998,00 €	153.205,00 €	128.562,00 €	-24.643,00 €	-16,08%
II. Sachanlagen	489.690,00 €	689.691,00 €	822.787,00 €	133.096,00 €	19,30%
III. Finanzanlagen	0,00 €	1.931.067,34 €	1.997.302,95 €	66.235,61 €	3,43%
C. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	119.762,30 €	723.091,67 €	2.359.320,04 €	1.636.228,37 €	226,28%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.778.940,33 €	3.726.942,43 €	6.386.706,77 €	2.659.764,34 €	71,37%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.865,44 €	1.444.618,39 €	51.826,56 €	-1.392.791,83 €	-96,41%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	854.375,00 €	1.035.832,46 €	2.665.015,68 €	1.629.183,22 €	157,28%
Summe Aktiva	9.392.030,07 €	9.753.148,29 €	14.411.521,00 €	4.658.372,71 €	47,76%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/ Gewinnvortrag	1.386.662,42 €	2.313.229,60 €	2.771.018,82 €	457.789,22 €	19,79%
IV. Jahresüberschuss	929.567,18 €	457.789,22 €	1.134.441,78 €	676.652,56 €	147,81%
B. Rückstellungen	2.879.277,01 €	1.569.876,10 €	4.835.781,12 €	3.265.905,02 €	208,04%
C. Verbindlichkeiten	2.389.523,46 €	4.412.253,37 €	4.670.279,28 €	258.025,91 €	5,85%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	810.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	9.395.030,07 €	9.753.148,29 €	14.411.521,00 €	4.658.372,71 €	47,76%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	25.272.065,80 €	28.999.331,32 €	53.690.137,95 €	24.690.806,63 €	85,14%
2. sonstige betriebliche Erträge	963.486,50 €	1.004.804,28 €	1.672.964,19 €	668.159,91 €	66,50%
3. Materialaufwand	21.236.307,09 €	24.311.545,68 €	46.380.174,75 €	22.068.629,07 €	90,77%
4. Personalaufwand	2.256.536,18 €	2.697.353,12 €	3.865.202,85 €	1.167.849,73 €	43,30%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	215.502,49 €	211.215,64 €	283.078,90 €	71.863,26 €	34,02%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.064.649,08 €	2.164.318,68 €	3.156.279,22 €	991.960,54 €	45,83%
Betriebsergebnis	1.462.557,46 €	619.702,48 €	1.678.366,42 €	1.058.663,94 €	170,83%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	23.244,17 €	57.006,20 €	111.632,88 €	54.626,68 €	95,83%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	176.153,61 €	0,00 €	54.758,47 €	54.758,47 €	#DIV/0!
Finanzergebnis	-152.909,44 €	57.006,20 €	56.874,41 €	-131,79 €	-0,23%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	1.309.648,02 €	676.708,68 €	1.735.240,83 €	1.058.532,15 €	156,42%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	382.135,84 €	216.112,46 €	598.480,05 €	382.367,59 €	176,93%
10. sonstige Steuern	945,00 €	2.807,00 €	2.319,00 €	-488,00 €	-17,39%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	926.567,18 €	457.789,22 €	1.134.441,78 €	676.652,56 €	147,81%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	74	76	125

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die branchenspezifische Entwicklung stellte sich positiv dar. Die aufgrund der internationalen Krise im Bankensektor gehemmte Konjunktur hat sich im Geschäftsjahr positiv entwickelt. Jedoch ist eine Kreditvergabe zur Finanzierung von Großprojekten durch Hemmnisse im Markt weiter erschwert.

Die ohnehin angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene hat sich aufgrund der Rettungspakete des Staates für die Banken sowie der

eingeleiteten Konjunkturpakete verschärft. Es ist davon auszugehen, dass die erhöhte Verschuldung der öffentliche Haushalte zukünftig zu erheblichen Sparzwängen führen wird.

Trotz der Kürzung bei den Regionalisierungsmitteln im Schienenpersonenverkehr ist bislang noch keine Stilllegung von Linien zu beobachten. Allerdings wird die Frequenz auf stark befahrenen Linien verringert. In Hessen wurden die Kürzungen teilweise durch die Landesregierung ausgeglichen.

Das Geschäftsjahr war insbesondere von der Inbetriebnahme der Rheingaulinie geprägt. Die Betriebsaufnahme der Rheingaulinie erfolgt zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2010. Der zum Betriebsstart beauftragte Umbau von zwei 3-teiligen Flirts auf 4-teilige Flirts wurde im März 2011 beendet, so dass die Auslieferung in diesem Monat erfolgte.

Des Weiteren war das Geschäftsjahr von der Vorbereitung der Betriebsaufnahme der Pfungstadbahn am 11. Dezember 2011 geprägt. Die Verkehrsleistungen der Pfungstadbahn werden in die Leistungen der Odenwaldbahn eingebunden. Somit war eine gesamte Überarbeitung des Betriebskonzepts "Odenwaldbahn" sowie die Ausbildung aller Mitarbeiter auf die Belange des neuen Streckennetzes erforderlich. Eine Neubeschaffung von Fahrzeugen war nicht erforderlich. Im Januar wurde mit der Teilüberholung der Fahrzeuge der Baureihe INTINO begonnen.

Im November konnte ein neuer Tarifvertrag für die Mitarbeiter der VIAS GmbH mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2013 abgeschlossen werden.

Planzielabweichungen in 2011 sind im Wesentlichen durch erhebliche Preissteigerungen im Energiesektor sowie die weiterhin erforderlichen Personalausbildungen zu begründen.

Verwaltung

Die kaufmännische Abwicklung erfolgt auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem Gesellschafter Rurtalbahn. Das Buchhaltungssystem mit integrierter Kostenrechnung ist an die Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstanden einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Diese muss nun auch vor allem im Hinblick auf die wesentliche Erweiterung des Geschäftsbetriebes durch das Projekt Rheingau für diesen Bereich angepasst werden.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatlich Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten wurden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich für die VIAS GmbH analysiert.

Darstellung der Lage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEur	2011	2010
Gesamtleistung	55.363	30.004
Materialaufwand	-46.380	-24.312
Personalaufwand	-3.865	-2.697
Sonstige Betriebsaufwendungen und Abschreibungen	-3.439	-2.375
Zinsergebnis	56	57
Steuern	-601	-219
Jahresergebnis	1.134	458

Die **Ertragslage** ist maßgeblich von dem Betrieb der Odenwaldbahn und Rheingaulinie geprägt. Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsbund GmbH und dem Schienenpersonen-

nahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Im **Materialaufwand** mit 46.380 T€ (i. Vj. 24.312 T€) stellen die Aufwendungen aufgrund der Verträge mit Bombardier Transportation GmbH, DB Netz AG, DB Station & Service AG sowie der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH die maßgeblichen Positionen dar.

Im **Personalaufwand** in Höhe von 3.865 T€ (i. Vj. 2.696 T€) hat sich der Abschluss des Mantel- und Entgelttarifvertrages ausgewirkt.

Die **Bilanzsumme** der VIAS GmbH schließt zum 31. Dezember 2011 mit 14.412 T€ (i. Vj. 9.753 T€).

Das **Anlagevermögen** beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.949 T€ (i. Vj. 2.823 T€), die Erhöhung des Anlagevermögens ergibt sich aus der Beschaffung von Mobilien-Terminals für die Kundenbetreuer und den Erwerb eines Entsorgungsfahrzeuges für die Reinigungsstelle in Kaub.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die **Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von 6.387 T€ (i. Vj. 3.727 T€) sowie die Vorräte in Höhe von 2.359 T€ (i. Vj. 723 T€). Darunter fallen als größte Posten bei den Vorräten der Kauf eines Ersatzteilkpaketes von der Firma Stadler für die Flirt-Fahrzeugflotte sowie der Erwerb eines Satzes Drehgestelle und eines Motors inkl. Getriebe für die ITINO-Fahrzeugflotte.

Liquide Mittel werden mit 52 T€ (i. Vj. 1.445 T€) ausgewiesen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 2.665 T€ (i. Vj. 1.036 T€) enthält im Wesentlichen eine Leasingondervorauszahlung.

Auf der Passivseite stellen die wesentlichen Positionen die **Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen** in Höhe von 3.677 T€ (i. Vj. 3.929 T€) sowie die **Rückstellungen** in Höhe von 4.836 T€ (i. Vj. 1.570 T€) dar.

Das **Eigenkapital** beläuft sich auf 4.905 T€ (i. Vj. 3.771 T€), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 34,0 % (i. Vj. 38,7 %).

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die VIAS GmbH hat mit dem erfolgreichen Betrieb der Odenwaldbahn, der Rheingaulinie und der gelungenen Inbetriebnahme der neuen Pfungstadtbahn die bereits gute Ausgangsbasis für den Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr deutlich verbessert.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystem durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und es Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Bereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, dass durch die eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entspre-

chende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Aufgrund der guten Ausgangssituation im Rahmen des Betriebs der Odenwaldbahn und der Rheingaulinie sowie der Inbetriebnahme der neuen Pfungstadtbahn sowie der strategischen Ausrichtung wird für die VIAS GmbH, trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation, in 2012 wieder eine ähnliche Umsatzrendite vor Steuern wie im Geschäftsjahr 2011 erwartet. Wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Im Zusammenhang mit der Erweiterungsinvestition für die Verlängerung des Teilnetzes Rheingau nach Neuwied ist eine Fremdfinanzierung erforderlich. Die daraus entstehenden Verpflichtungen werden im Rahmen des Verkehrs-Service-Vertrages durch den SPNV-Nord abgedeckt. Eine darüber hinausgehende Aufnahme liquider Mittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur kurzfristig notwendig.

Preissteigerungen im Markt, insbesondere im Personal- und Energiesektor, werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analyse bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichtserstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die VIAS GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR (CVUA)

Blücherplatz 43
52068 Aachen
Telefon 0241-5102120
Telefax 0241-505296
E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Homepage: www.cvua-rheinland.de

Gegenstand Anstalt öffentlichen Rechts / Ziele der Beteiligung

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wird zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen wird zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Das Recht des Verwaltungsrates nach § 8 Absatz 3 Nummer 3 IUAG NRW, die in Satz 2 geregelte Besetzung des Vorstandes zu ändern, bleibt unberührt.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat wird aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes hat insgesamt fünf Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse.

Der Verwaltungsrat kann sich vom Vorstand jederzeit über alle Angelegenheiten der Untersuchungsanstalt unterrichten lassen. Er kann vom Vorstand verlangen, dass ihm oder den von ihm bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrates Akteneinsicht gewährt wird.

Der Verwaltungsrat beschließt über

- 1.den Erlass von Satzungen und Geschäftsordnungen im Rahmen des nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgabenbereichs,
- 2.die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans einschließlich Stellenplan und Stellenübersicht,
- 3.die Bestellung, Ernennung und Entlassung der Vorstandsmitglieder,
- 4.Grundsätze des Personalwesens und der Personalentwicklung,
- 5.die Festsetzung allgemein geltender Gebührentarife und Entgelte für die Leistungsnehmer, soweit sich diese nicht aus gesetzlichen Regelungen ergeben,
- 6.die Bestellung des Abschlussprüfers auf Vorschlag des Vorstandes,
- 7.die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses,
- 8.die Ergebnisverwendung,
- 9.die Entlastung des Vorstandes,
- 10.die Übertragung weiterer Untersuchungsaufgaben aus dem Bereich der bisher von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben, soweit dies rechtlich zulässig ist,
- 11.wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges im nichtamtlichen Aufgabenbereich sowie
- 12.weitere Angelegenheiten, die ihm durch Satzung zugewiesen werden.

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Löhr, Dr. Gerhard (Vorsitzender)
Dagmar Pauly-Mundegar

Verwaltungsrat:	Land NRW	2 Sitze	14,32%
	Stadt Aachen	1 Sitz	7,14%
	Stadt Bonn	1 Sitz	7,14%
	Stadt Köln	1 Sitz	7,14%
	Stadt Leverkusen	1 Sitz	7,14%
	Städteregion Aachen	1 Sitz	7,14%
	Kreis Düren	1 Sitz	7,14%
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	7,14%
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	7,14%
	Oberbergischer Kreis	1 Sitz	7,14%
	Rheinisch-Bergischer Kreis	1 Sitz	7,14%
	Rhein-Erft-Kreis	1 Sitz	7,14%
	Rhein-Sieg-Kreis	1 Sitz	7,14%

Vertretung des Kreises Düren**Verwaltungsrat:**

Hürtgen, Dirk (Vorsitzender)

Kreis Düren Kreiskämmerer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Anstalt öffentlichen Rechts
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	300.000 €

Anstaltsträger	direkter Anteil
Land NRW	30,00 %
Stadt Aachen	5,83 %
Stadt Bonn	5,83 %
Stadt Köln	5,83 %
Stadt Leverkusen	5,83 %
Städteregion Aachen	5,83 %
Kreis Düren	5,83 %
Kreis Heinsberg	5,83 %
Kreis Euskirchen	5,83 %
Oberbergischer Kreis	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	5,83 %

Bilanz	2011
<u>Aktiva</u>	
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15.346,58 €
II. Sachanlagen	1.068.913,91 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	40.196,01 €
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.756.701,78 €
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	2.283.331,76 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	57.130,28 €
Summe Aktiva	9.221.620,32 €
<u>Passiva</u>	
A. Eigenkapital	
I. Stammkapital	300.000,00 €
II. Gewinnrücklagen	179.198,94 €
III. Bilanzgewinn	384.901,12 €

B. Rückstellungen	8.154.598,63 €
C. Verbindlichkeiten	105.835,71 €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	97.085,92 €
Summe Passiva	9.221.620,32 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011
1. Umsatzerlöse	9.405.177,00 €
2. sonstige betriebliche Erträge	194.834,81 €
3. Materialaufwand	1.414.330,92 €
4. Personalaufwand	5.132.814,35 €
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	303.755,63 €
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.530.495,87 €
Betriebsergebnis	1.218.615,04 €
7. sonstige Zinsen und u. ähnliche Erträge	237.880,09 €
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €
Finanzergebnis	237.880,09 €
9. sonstige Steuern	951,21 €
Jahresüberschuss	1.455.543,92 €

	2011
Anzahl der Mitarbeiter	124

Verbindungen zum Kreishaushalt

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR erhebt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten von dem Land NRW und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Im Haushaltsjahr 2011 belief sich das vom Kreis Düren aufzubringende Trägerentgelt auf 411.132,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung -Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen, sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen, weitere Standorte sind in Bonn, Köln (bis 31. Mai 2011) und Leverkusen.

Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen.

Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Weiterhin bestand Einigkeit unter den Trägern, die Betreuung des Labors auf der ehemaligen Deponie des Kreises Euskirchen in Mechernich bis zum 30.09.2012 durch das CVUA Rheinland weiter zu führen. Die Kosten werden vom Kreis Euskirchen getragen.

Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt.

Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren

Vorstandmitglied.

Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune.

Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen von den Trägern und dem Land durch Entgelte. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,-Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,-Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Organisatorisches

Personal

Bei der Organisationsstruktur des CVUA Rheinland wurde großen Wert darauf gelegt, dass möglichst viele Mitarbeiter ihre bisherigen Tätigkeiten beibehalten konnten. Dies war jedoch nicht immer möglich. So wurde dem Fachgebiet 1-08 die Untersuchung und Beurteilung von Fisch, Fischerzeugnissen, Suppen, Feinkostzeugnissen und Fertiggerichten neu zugeordnet. Da die übergeleiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alle aus kommunalen Einrichtungen kommen, unterliegen die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland weiterhin dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt wurde Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

EDV-Infrastruktur

Da nach den Bestimmungen des IUAG die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen nach den Vorschriften des Dritten Handelsgesetzbuches erfolgen müssen, wurde mit dem Start der

Anstalt die Finanzsoftware "news-System@kommunal" der INFOMA Software Consulting GmbH, Ulm, eingeführt.

Für die ordnungsgemäße Verwaltung des von den Alträgern der Untersuchungseinrichtungen übertragenen Anlagevermögens wurde die Inventarisierungssoftware "KAI" installiert.

Alle mit dem Personal der Untersuchungsanstalt verbundenen Sachbearbeitungen (Personal-, Kindergeld- und Beihilfe-Sachbearbeitung, Besoldungs- und Entgeltbuchhaltung [ohne Auszahlung]) werden von der Stadt Bonn als externer Dienstleister übernommen.

Für die übergeleiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verwaltungsbereich waren das ganze Jahr über umfangreiche Schulungen erforderlich.

Mit dem Dienstbeginn des CVUA Rheinland am 02. Januar 2011 wurde auch das gemeinsame Labor Datensystem "LABbase" in allen Standorten zur Verfügung gestellt. Somit müssen alle zur Untersuchung eingereichten Proben nur einmal erfasst werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich von ihrem EDV-Arbeitsplatz immer über den Stand der Analysen informieren.

Auch hier war Schulungsbedarf notwendig.

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Die Probenzahlen für 2011 entsprachen denen der Vorjahre. Das CVUA Rheinland hat sich mit rd. 1.200 Proben an Bundes- und Landesweiten Untersuchungsprogrammen beteiligt.

Die Zusammenarbeit des Vorstandes mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Auflösung des Standorts Köln

Absprachegemäß sollte der Standort Köln zum 31.05.2011 aufgelöst werden. Damit war sofort mit den Planungen des Umzugs und der daran anschließenden Umsetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beginnen. Soweit als möglich wurden auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträglich auf die drei übrigen Standorte verteilt.

Planung eines gemeinsamen Standorts

Bereits in der ersten Sitzung des Verwaltungsrates wurde der Vorstand beauftragt mit den Planungsarbeiten für einen gemeinsamen Standort zu beginnen. Die Zusammenlegung an einem der vorhandenen Standorte kam aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht in Betracht.

Bis Mitte Mai 2011 erarbeitete der Vorstand eine Beschreibung der Anforderungen an ein neues Laborgebäude als "Grobkonzept" sowie einen "Kriterienkatalog" zur Bewertung möglicher Standortangebote.

In einem ersten Schritt konnten dem Vorstand ab Mitte 2011 von den Trägern oder gewerblichen Anbietern geeignete Gebäude zur Miete angeboten werden. Dieser Weg über eine Bestandsimmobilie erschien die schnellste Möglichkeit einen neuen Standort beziehen zu können.

Letztendlich war dieser Option aufgrund der besonderen Bedingungen für Laborgebäude kein Erfolg beschieden.

Ende 2011 wurde ein Laborplaner beauftragt ein Feinkonzept für das zukünftige Laborgebäude zu erstellen.

Ertragslage

Nach § 14 Abs. 2 IUAG besteht das Anfangsbudget der Untersuchungsanstalt auf Basis der Haushaltspläne der bisherigen Träger der zusammengeführten Untersuchungsämter bezogen auf das Jahr vor der Gründung der Untersuchungsanstalt. Dieses Anfangsbudget des CVUA Rheinland in Höhe von 9.637 TEuro wurde vom Vorstand in einen Wirtschaftsplan mit Erfolgs-, Vermögens- und Stellenplan überführt. Das Geschäftsjahr 2011 wurde mit einem Überschuss von 1.456 TEuro abgeschlossen.

Die Personalkosten stellten insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen. Diese betragen 5.133 TEuro.

Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 60%.

Hierbei wurde das Entgelt des Landes NRW in Höhe 1.150 TEuro nicht berücksichtigt, da es insgesamt dem CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen zusteht.

Aufgrund des Umstellungsprozesses und unzureichender Planungsdaten wurde insbesondere im Bereich der Personalverwaltung äußerst vorsichtig gehandelt, so dass erforderliche Ersatz-einstellungen erst verzögert erfolgten.

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Mieten mit 587 TEuro. Die Mietnebenkosten mit Energiekosten und übrigen Unterhaltungskosten betragen 287 TEuro. Allerdings wurde bis zum Abschluss der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer keine Nebenkostenabrechnung der Vermieter vorgelegt, so dass hier eine Rückstellung in Höhe von 50 TEuro erfolgt ist.

Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 224 TEuro, der Personalverwaltung in Höhe von 24 TEuro, für Versicherungen in Höhe von 16 TEuro und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen) in Höhe von 12 TEuro. Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 304 TEuro.

Finanz- und Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 2.283 T Euro. Die Mittel sind überwiegend als Termingelder angelegt.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz von 7.743 TEuro auf 9.222 TEuro erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich aus dem Bestand an Guthaben bei der Sparkasse Köln-Bonn. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 92.446 € in neue Laborgeräte (s. Anlagespiegel) investiert. Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind etwa zwei Drittel bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 40%, der Wert des Anlagevermögens hat damit deutlich abgenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 8.154.598,64 € gebildet.

Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (7.775 TEuro). Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 5.713 TEuro).

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.455.543,92 € erwirtschaftet. Ein Betrag von 891.443,86 € wurde zum Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus der Gründung verwendet.

Gemäß § 3 Absatz 1 der Finanzsatzung des CVUA Rheinland wurde der nicht reinvestierte Teil der Abschreibungsbeträge von Vermögensgegenständen in Höhe von 179.198,94 € der Investitionsrücklage zugeführt.

Außerdem wird vorgeschlagen den Restbetrag von 384.901 ,12 € gemäß § 3 Absatz 2 der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Risiko-und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2Abs.2 S.3IUAG NRW i.V.m. § 9Abs.2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Gemeinsam mit den Vorständen der anderen integrierten Untersuchungsanstalten wurden die Vorbereitungen zu einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um im Sinne des Verbraucherschutzes gesicherte Untersuchungsquantität und -qualität wirtschaftlich realisieren zu können. Dabei werden die nachfolgend dargestellten Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Schwerpunktbildung betrifft alle Arbeitsbereiche der Untersuchungseinrichtungen (Lebensmittel, Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Tabak, Diagnostik, Rückstandsuntersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan, Gentechnikrecht, Radioaktivität usw.).
- Die Struktur der Untersuchungsämter in NRW wird in derzeit vier, letztendlich durch Integration der kommunalen Einrichtungen, auf fünf Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) anwachsen, die hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungsfähigkeit gleichwertig sein sollten.
- Alle in NRW anfallenden Untersuchungen sollten aufgrund der Größe und Bedeutung des Landes grundsätzlich auch von den hiesigen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt werden. Ausnahmen beschränken sich auf wenige, speziell zu begründende Fälle.
- Der steigende Aufgabenzuwachs bringt es zwangsläufig mit sich, dass jede AöR schon jetzt nicht mehr alles machen kann (u.a. wegen des zu hohen Investitionsaufwandes für spezielle Geräte und eines nicht mehr leistbaren Aufwandes für alle Methodenvvalidierungen). Daher ist eine Arbeitsteilung durch Schwerpunktbildung unvermeidlich.

Die Schwerpunktbildung kann auf zwei verschiedene Weisen realisiert werden:

- a) "Kompetenzzentren" untersuchen bei bestimmten Probenarten auf ganz bestimmte Untersuchungsziele. Sie erhalten Proben auch von Kreisordnungsbehörden, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, und erstellen abschließend die Gutachten. Außerdem sind diese Kompetenzzentren für diese Thematik Ansprechpartner in ganz NRW.
- b) "Schwerpunktlabore" bearbeiten bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen auch im Unterauftrag für andere Untersuchungseinrichtungen in NRW und liefern diesen neben den Ergebnissen ggf. einen Beurteilungsbeitrag für die Gutachten, die dort zu den jeweiligen Proben erstellt werden.

Die Vorstände der vier Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich im Jahr 2011 intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt.

In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden.

Akkreditierung

Das CVUA Rheinland ist über die vier kommunalen Einrichtungen bis zum 13. Mai 2013 durch die Staatliche Anerkennungsstelle der Lebensmittelüberwachung mit Sitz in Wiesbaden (SAL) gemäß den Qualitätssicherungskriterien für Laboratorien der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz akkreditiert.

Die mit der Akkreditierung verbundenen Kosten lagen zu Zeiten der SAL im unteren 5-stelligen Bereich.

Ab dem 01. Januar 2010 müssen gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 die Mitgliedstaaten eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden.

Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Durch den Wechsel der Akkreditierungsstelle werden sich die Kosten für die nächste Akkreditierung im Februar 2013 signifikant erhöhen.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

Nachbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2011 eingetreten sind, liegen nicht vor.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2012, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 19. Januar 2012 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von nur rd. 102 TEuro Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.638 TEuro im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 430 TEuro bestimmt.

Beteiligungen Anstalt öffentlichen Rechts

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Kommunale Datenverarbeitungs- zentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstraße 16-18
50226 Frechen
Telefon 02234-1822-0
Telefax 02234-1822-155

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

- Der ZV ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein – Erft – Rur.
- Der ZV ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung.
- Dem ZV obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:
 - a) Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnerebenen,
 - b) Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
 - c) Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT - Komponenten,
 - d) Unterstützung bei der Problembhebung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT - Komponenten vor Ort,
 - e) Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung
 - f) Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung der eingesetzten Software-Produkte
 - g) Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs.1 Nr. 4 GO NRW.
- Der ZV kann Dienstleistungen und Produkte für sonstige Benutzer anbieten, wenn die Voraussetzungen der §§ 107 ff. GO NRW vorliegen.

Der Kreis Düren hat den Zweckverband zum 31.12.2012 verlassen. Die nachfolgenden Angaben zum Zweckverband und zur Beteiligung des Kreises Düren an der KDVZ beziehen sich deshalb auf den Zeitraum bis zum 31.12.2012.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung des Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder den Verbandsvorsteher und zwei Stell-

vertreter für die Dauer der laufenden Wahlzeit der kommunalen Vertretung. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter sollen der Verbandsversammlung nicht angehören. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter sind jedoch verpflichtet an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte, sowie, nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der anderen Verbandsorgane, die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Zweckverbandes. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers.

Der Verbandsvorsteher überträgt die Durchführung der Geschäfte der laufenden Verwaltung auf den Geschäftsführer der KDZ, zudem kann er ihm weitere Geschäfte übertragen.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Für jedes Mitglieder der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den fall der Verhinderung zu bestellen.

Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes und die Festsetzung der jährlichen Umlage,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Entlastung der anderen Verbandsorgane,
4. Wahl der Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Stellvertreter auf Vorschlag der jeweiligen Konferenzen der Hauptverwaltungsbeamten in den Kreisgebieten,
5. die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Stellvertreter,
6. die Bildung von Ausschüssen und die Wahl der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter,
7. die Wahrnehmung der Prüfungsaufgaben und die Bestellung vom Prüfern ge. § 12 Abs. 3 der Verbandssatzung,
8. Änderung der Verbandssatzung,
9. Gründung von oder die Beteiligung des Zweckverbandes an anderen öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Institutionen oder Gesellschaften,
10. die Auflösung des Zweckverbandes.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsteher, dessen beiden Stellvertretern sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamten oder, mit Zustimmung des Dienstvorgesetzten, den allgemeinen Vertretern oder leitenden Bediensteten aus den Gebieten der Kreise Düren, Rhein-Erft-Kreis und Euskirchen. Für diese Mitglieder sind nach gleichen Kriterien Vertreter zu wählen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für die Dauer der laufenden Wahlzeit der kommunalen Vertretung gewählt. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Verbandsvorsteher, Stellvertreter sind die stellvertretenden Verbandsvorsteher.

Der Verwaltungsrat ist zuständig für

1. die Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung
2. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und seines Vertreters,
3. die Festlegung, welche Produkte Kernprodukte sind,
4. die Leitentscheidungen und Festlegung der Standards für Kernprodukte,
5. die Festlegung der Standards für Kernprodukte,
6. die Vorgabe des Handlungsrahmens für den Vorstandsvorsteher für das Angebot von Produkten oder Leistungen über die Kernprodukte hinaus,
7. die Entscheidung in Personalangelegenheiten, soweit der Vorstandsvorsteher nicht gem. § 13 Abs. 2 der Verbandssatzung zuständig ist.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Stommel, Heinrich	Stadt Jülich	Bürgermeister	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	1 Sitz		2,7 %
	übrige Verbandsmitglieder (s.u.)	je 1 Sitz		je 2,7 %
Verwaltungsrat:	Kreis Düren, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %
	Rhein-Erft-Kreis, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %
	Kreis Euskirchen, als Kreisgebiet	5 Sitze		33,33 %

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	./.	./.	
Verbandsversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent
Verwaltungsrat:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Frechen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Kreis Düren	2,7%
Kreis Euskirchen	2,7%
Rhein-Erft-Kreis	2,7%
Aldenhoven	2,7%
Bad Münstereifel	2,7%

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Bedburg	2,7%
Bergheim	2,7%
Blankenheim	2,7%
Brühl	2,7%
Dahlem	2,7%
Düren	2,7%
Elsdorf	2,7%
Erfstadt	2,7%
Euskirchen	2,7%
Frechen	2,7%
Heimbach	2,7%
Hellenthal	2,7%
Hürtgenwald	2,7%
Hürth	2,7%
Inden	2,7%
Jülich	2,7%
Kall	2,7%
Kerpen	2,7%
Kreuzau	2,7%
Langerwehe	2,7%
Linnich	2,7%
Merzenich	2,7%
Nettersheim	2,7%
Nideggen	2,7%
Niederzier	2,7%
Nörvenich	2,7%
Pulheim	2,7%
Titz	2,7%
Vettweiß	2,7%
Weilerswist	2,7%
Wesseling	2,7%
Zülpich	2,7%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.364.325,77 €	2.474.366,61 €	2.780.921,41 €	306.554,80 €	12,39%
II. Sachanlagen	3.804.868,23 €	3.559.699,63 €	3.487.203,42 €	-72.496,21 €	-2,04%
III. Finanzanlagen	4.670.673,47 €	6.968.655,21 €	7.499.437,56 €	530.782,35 €	7,62%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.239.303,38 €	4.272.802,83 €	4.036.964,23 €	-235.838,60 €	-5,52%
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.083.691,11 €	38.142,92 €	20.310,54 €	-17.832,38 €	-46,75%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungsabgrenzungsposten	313.259,19 €	282.625,31 €	225.146,80 €	-57.478,51 €	-20,34%
Summe Aktiva	16.476.121,15 €	17.596.292,51 €	18.049.983,96 €	453.691,45 €	2,58%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	11.375.108,06 €	12.836.022,29 €	14.680.016,04 €	1.843.993,75 €	14,37%
C. Verbindlichkeiten	5.101.013,09 €	4.760.270,22 €	3.369.967,92 €	-1.390.302,30 €	-29,21%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	16.476.121,15 €	17.596.292,51 €	18.049.983,96 €	453.691,45 €	2,58%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	15.781.503,49 €	14.949.895,93 €	15.395.375,42 €	445.479,49 €	2,98%
3. sonstige betriebliche Erträge	322.905,91 €	74.057,61 €	394.248,58 €	320.190,97 €	432,35%
4. Materialaufwand	1.550.655,61 €	1.306.383,67 €	1.690.308,98 €	383.925,31 €	29,39%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	4.248.192,17 €	4.119.576,03 €	4.245.556,30 €	125.980,27 €	3,06%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.374.299,51 €	2.410.719,79 €	3.127.295,01 €	716.575,22 €	29,72%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.241.553,91 €	1.388.001,57 €	1.363.336,09 €	-24.665,48 €	-1,78%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.526.816,19 €	5.685.838,94 €	5.251.853,38 €	-433.985,56 €	-7,63%
Betriebsergebnis	162.892,01 €	113.433,54 €	111.274,24 €	-2.159,30 €	-1,90%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	16.772,33 €	30.762,22 €	2.443,59 €	-28.318,63 €	-92,06%
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	178.237,72 €	142.775,99 €	112.359,83 €	-30.416,16 €	-21,30%
Finanzergebnis	-161.465,39 €	-112.013,77 €	-109.916,24 €	2.097,53 €	-1,87%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	1.426,62 €	1.419,77 €	1.358,00 €	-61,77 €	-4,35%
11. sonstige Steuern	1.426,62 €	1.419,77 €	1.358,00 €	-61,77 €	-4,35%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-19,30%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	96,7	98,8	94,3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Leistungen der kdVz gegenüber ihren Kunden werden auf Basis der Verbandsumlage (nur Verbandsmitglieder) sowie durch Erstattungen und privatrechtliche Leistungsentgelte (Einzelvereinbarungen mit den Verbandsmitgliedern sowie Leistungen für Dritte) abgerechnet. Darüber hinaus generiert die kdVz Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die überwiegend aus der Erstattung von Aufwendungen für individuelle Hard- und Softwaremiete sowie individueller Leitungskosten und Handelsware resultieren. Die durch die Verbandsmitglieder zu entrichtende Umlage wird durch Umlagevorauszahlungen entrichtet (laufendes Wirtschaftsjahr). Eine abschließende Berechnung der zu leistenden Verbandsumlage erfolgt anschließend durch eine Ist-Kostenrechnung der kdVz (im Folgejahr). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2011 eine Verbandsumlage i.H.v. 984.768 € entrichtet.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Schwerpunkthemen aus den Geschäfts- und Fachbereichen

IT-Anwendungen

Im Bereich des Einwohnerwesens war das Jahr nach Einführung des neuen Personalausweises (nPA) vor allem geprägt von diversen Softwareaktualisierungen im Zusammenhang mit Anpassungen an dem neuartigen Ausweis. Parallel wurde in 2011 das EWO-Archiv eingeführt, welches den Meldeämtern ermöglicht, jeglichen Schriftverkehr zu einer Person mit dieser Person verknüpft im Meldeverfahren zu speichern. Ferner wurde der Aufbau der Datenpakete zum Zensus 2011 erfolgreich durchgeführt. Die elektronische Melderegisterauskunft (EMRA) nutzen seit dem letzten Jahr alle verbandsangehörigen Kommunen.

Da im vergangenen Jahr keine größeren Wahlen durchgeführt wurden, beschränkte sich die Unterstützung der kdVz Rhein-Erft-Rur auf die Anwendungsbetreuung bei der Durchführung von Bürgerentscheiden/-begehren und Jugendforumswahlen. Zu einem ungleich höheren Ressourceneinsatz wird die außerplanmäßige Landtagswahl im Mai 2012 führen.

Bei der Personalabrechnung betreut die kdVz zzt. ca. 50 Kunden mit ca. 16.400 Personalabrechnungsfällen. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen, u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge, aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden in der Handhabung der jeweiligen Anpassung zu unterstützen.

Vielfältige gesetzliche Anpassungen (z.B. ElsterLohn II: Wegfall der Lohnsteuerkarte und sichere Datenkommunikation mit der Finanzverwaltung) sowie verschiedene Tarifanpassungen und Umstellungen des Herstellers auf einen neuen Tarifprozess wurden realisiert bzw. müssen im Jahr 2012 vorgenommen werden. Die bisherigen Arbeiten konnten termingerecht und mit einer hohen Kundenakzeptanz erledigt werden. Bezogen auf die aktuellen Bedarfe der Kunden wurden Schulungsprogramme entwickelt, die zusammen mit einem kommunalen Kooperationspartner in 2012 angeboten werden.

Bei den Hauptveranlagungen für die Kommunen wurden in 2011 letztmalig die Abgabeverfahren der kdVz eingesetzt; d. h. die Steuerbescheide wurden entsprechend der örtlichen Satzungen erstellt und die Forderungen den Stadtkassen zur weiteren Verfolgung übermittelt. Dabei

hat sich die Anwenderzahl dieser Verfahren reduziert, da im Vorjahr neun Verwaltungen auf das integrierte Abgabeverfahren `newsystem@kommunal (nsk)` der Firma Infoma gewechselt haben. Im Finanzwesen generierten im abgelaufenen Jahr zwei Produkte Unterstützungsbedarf. Neben der laufenden Verfahrensbetreuung wurde KIRP auf den neuen Versionsstand 7.5 gebracht. Weiterhin lag ein markanter Unterstützungsbedarf bei den Jahresabschlüssen nach NKF vor. Mit der Ablösung des Großrechners und der vollständigen Umstellung aller Verwaltungen auf ein neues Finanzverfahren wurde auch die Anwendung KIRP aus dem Tagesgeschäft genommen. Dennoch wird das Verfahren benötigt, um die Jahresabschlüsse zu fertigen und gleichzeitig gilt es, gesetzliche Aufbewahrungsfristen von zehn Jahren zu erfüllen. Für die Jahresabschlüsse ist ein performantes System erforderlich, daher wurde für 2012 der KIRPBetrieb des KRZN Niederrhein angemietet. Allen anderen Verwaltungen, die bereits sämtliche Abschlüsse durchgeführt hatten, wurde ein Auskunftssystem auf den Servern der kdVz bereitgestellt, das in 2012 in ein revisionssicheres Archiv überführt wird. Im Jahr 2011 ist `newsystem@kommunal` in neun weiteren Verwaltungen zeitgleich eingeführt worden. Mit dem 01.01.2012 sind die Einführungsprojekte abgeschlossen und nsk befindet sich bei 22 Kommunen des Zweckverbandes und der kdVz Rhein-Erft-Rur im Einsatz. Wie in den Vorjahren sind die Einführungsprojekte durch den Hersteller gesteuert worden. Zusätzlich entwickelte sich weitergehender Unterstützungsbedarf bei den Kommunen, der durch die kdVz erfolgreich bedient wurde. Im Bereich der Vollstreckung mit dem Produkt Avviso beschränkt sich die Nutzung auf die Kunden der Finanzwesen-Software Datev. Für mehrere dieser Verwaltungen ist die Datev-Schnittstelle für einen zentralen Support durch die kdVz im Rechenzentrum implementiert worden. Damit wird diese Funktion auf Wunsch künftig durch die kdVz betreut. Über das laufende Geschäft hinaus wird die Inventarisierungssoftware KAI intensiv von den Kommunen genutzt, die sich noch aktiv in den Eröffnungsbilanzen von NKF befinden. Ein zusätzlicher Kunde aus dem Verbandsgebiet hat das Verfahren im Jahr 2011 eingeführt und hierüber seine ganze Inventarisierung aktuell aufgebaut.

Im Bereich Verwarn- und Bußgeld wurde das Produktmodul „WinOWiG mobil“ bei drei weiteren Kunden produktiv eingeführt. Dieses ermöglicht die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten inkl. Bildern über Standard-Smartphones diverser Hersteller, der Ausdruck von Verwarnungen vor Ort am Fahrzeug ist ebenfalls möglich. Im Herbst 2011 wurden darüber hinaus die notwendigen systemtechnischen Voraussetzungen für die Löschung bzw. Verschiebung von älteren abgeschlossenen Fällen in ein Archiv geschaffen; produktiv läuft das System seit Januar 2012. Aufgrund des Umstiegs im Finanzverfahren von KIRP auf nsk erfolgte die Umstellung der Finanzschnittstelle bei insgesamt 16 Kommunen.

Im Ausländerwesen wurde zum 01. September 2011 der einheitliche Aufenthaltstitel (eAT) mit den gleichen Funktionen wie die des neuen Personalausweises eingeführt. Die Einführung erfolgte durch den Dienstleister KDZ Westfalen-Süd und ging reibungslos vonstatten.

Zwei Kommunen, davon eine außerhalb des Verbandsgebietes, konnten im Bereich des Personenstandswesens als Neukunden gewonnen werden. Im Verfahren wurde umgesetzt, dass bestimmte Mitteilungen an Standesämter innerhalb des Verbandsgebietes elektronisch verschickt werden können. Ebenfalls ist die Nacherfassung der Personenstandseinträge von vor 2009 jetzt in allen Registern möglich. Das Modul xStaBürger zur Urkundenanforderung über die Webseite der Kommunen wurde für interessierte Standesämter eingerichtet.

Das Produkt „Migewa“, Gewerbewesen, ist um das Modul „eAuskunft“ erweitert worden. Mit „eAuskunft“ können berechtigte Personen oder Ämter über eine Webkomponente Auskünfte einholen und sich diese direkt zusenden lassen. Dies erhöht die Antwortgeschwindigkeit von einigen Tagen auf wenige Minuten. Erste Kunden-Installationen wurden bereits realisiert. Weiterhin wurde die automatisierte Abfrage zum Bundesamt für Justiz (BfJ) für Führungszeugnisse eingeführt, wodurch papiergebundene Anfragen nicht mehr notwendig sind.

In 2011 wurde der kommunale Sitzungsdienst inkl. Internetmodul bei einem weiteren Verbandsmitglied eingeführt. Bei zwei Kommunen wurde das veraltete Internetmodul auf einen modernen, barrierefreien Zugang umgestellt, für einen externen Kunden übernimmt die kdVz Rhein-Erft-Rur das komplette Hosting des Sitzungsdienstes. Darüber hinaus wurde bei zwei Mitgliedsverwaltungen für einen Teil der Mandatsträger der komplett papierlose Sitzungsdienst eingerichtet. Die papierlose Abwicklung des Sitzungsdienstes, vom Entwurf einer Vorlage bis hin zur Versendung der Niederschriften, vereinfacht die Mandatsarbeit ebenso wie die papierlose Verarbeitung der Unterlagen durch die Ratsmitglieder. Das hierzu erforderliche Modul wurde testweise auch bei weiteren Interessenten installiert.

Bei der Kfz-Zulassung wurde der Direktzugriff zum Kraftfahrt-Bundesamt um das Modul EU-CARIS (EUropean CAR and driving licence Information System) erweitert. Damit besteht die Möglichkeit des direkten Online-Abrufs von Daten aus den zentralen Fahrzeug und Führerscheinregistern der beteiligten Staaten. Genutzt wird die Funktion hauptsächlich für den Im- und Export von Fahrzeugen sowie bei der Strafverfolgung.

Weitere Kommunen haben sich für eine zentrale Verfahrenslösung bei der kdVz im Bereich Baugenehmigung entschieden.

Das Verfahren im Wohnungswesen unterstützt die Verwaltungen bei Bestands- und Besetzungskontrolle, den Wohnberechtigungsscheinen und der Wohnungsvermittlung. Eine weitere Stadtverwaltung hat Interesse an dem Verfahren gezeigt und wird es im kommenden Jahr einführen.

Im Bereich des Content-Management-Systems (CMS) wurde die neue Systemumgebung bei der kdVz Rhein-Erft-Rur eingerichtet und die für das Jahr 2011 avisierten Migrationen der Mandanten wurden umgesetzt. Gemeinsam mit einem Kunden wurden der neue Internetauftritt sowie ein neuer Intranetauftritt realisiert. Grundlagen für die Content-Migration weiterer CMS-Mandanten wurden – teils gemeinsam mit dem Hersteller – geschaffen, bei diversen Kunden wurden zusätzliche Internetmodule implementiert oder vorbereitet.

Weiterhin wurden im vergangenen Jahr kleinere Fachanwendungen bei verschiedenen Kunden neu eingeführt, die dazu beitragen, die Interaktionsbeziehungen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern zu vereinfachen. Das Online-Terminmanagement bietet eine einfache wie effiziente Möglichkeit, bequem und online Termine zwischen den Fachämtern der Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern abzuwickeln und lange Wartezeiten zu vermeiden. Der Online-Verzeichnisdienst, der die vorherige veraltete Lösung ersetzt, ist ein nach Branchen / Gruppen alphabetisch geordnetes Verzeichnis von Unternehmen oder Vereinen, das in kommunale Web-Präsenzen integriert wird. Mithilfe der Webanwendung Onlineumfragen sind Kommunen in der Lage, komfortabel z. B. Umfragen oder Abstimmungen zu organisieren. Von Vorschlägen zur Widmung neuer Straßen über Zufriedenheitsanalysen bis hin zu Umfragen zum Nutzungsverhalten kommunaler Einrichtungen: Das kdVz-Tool vereinfacht Prozesse und unterstützt somit die Tendenz zur stärkeren Bürgerbeteiligung. Die webbasierte neue Fundbürosoftware dient zur Erfassung und Verwaltung von Fund- und Verlustmeldungen. Gleichzeitig ist eine direkte Vermarktung der Fundsachen über eine Onlineversteigerung möglich. Die Fundsachen werden nach vorheriger Prüfung und Bewertung im Internet zur Versteigerung bereitgestellt.

Die kdVz Rhein-Erft-Rur realisiert derzeit die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS). Dazu sollen zunächst der Aktenplan und der Rechnungseingangs-Workflow im 2. Quartal 2012 produktionsreif zur Verfügung stehen. Ziel des Projektes ist die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und die Verbesserung des Services durch eine weitestgehende Digitalisierung aller dokumentenbezogenen Prozesse. Nach erfolgreicher Einführung im eigenen Unternehmen

soll den angeschlossenen Kommunen dann ein entsprechendes Dienstleistungspaket zum Dokumentenmanagementsystem als Produkt angeboten werden.

Projekte

INSPIRE

Die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments sieht den Aufbau einer europaweiten Geodateninfrastruktur vor. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2009 die Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Derzeit ist kein akuter Handlungsbedarf zuerkennen, da zwar die Umsetzung der Inhalte gefordert, jedoch keine hinreichende Konkretisierung erkennbar ist.

De-Mail / ePost

De-Mail ist ein Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente per Online-Brief über das Internet ermöglichen soll. De-Mail ist ein Projekt der deutschen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit mehreren Dienst Anbietern und zielt auf die Verringerung der Austauschkosten für Verwaltungen und Unternehmen. Im Mai 2011 wurde das De-Mail-Gesetz verabschiedet und verschiedene Dienstanbieter beabsichtigen ab dem Jahr 2012 auf dieser Basis zertifizierte Leistungen zu erbringen. Im Vorgriff darauf hat die Deutsche Post AG bereits ihre ePost-Dienste den Kunden angeboten und geht von einer künftigen Zertifizierung der Dienste aus. Der Rhein-Erft-Kreis nutzt als erstes Verbandsmitglied diese Postdienste, deren Infrastruktur von der kdVZ unterstützt wird. Es ist davon auszugehen, dass mit der Zertifizierung der Dienste weitere interessierte Kunden die Möglichkeit der sicheren Datenkommunikation nutzen werden.

Bürgerportale / Business Process Management (BPM)

Für Bürger bietet ein Portal die Möglichkeit zeit- und ortsungebunden Zugang zu den kommunalen Dienstleistungen zu erhalten. Das virtuelle Rathaus ist über anonyme oder authentifizierte Zugänge erreichbar. Prozesse werden sofort an den richtigen Stellen angestoßen und für den Bürger (Kunden) transparenter in der Abwicklung und Entscheidungsfindung. Im Jahr 2011 wurden hierzu insgesamt sechs Portallösungen, die von kommunalen Dienstleistern eingesetzt werden, bewertet und auf ihre Umsetzbarkeit im Verbandsgebiet der kdVZ Rhein-Erft-Rur geprüft. Zwei Mitgliedsverwaltungen beabsichtigen im Jahr 2012 wichtige Prozesse im Bereich des Bürgerservices zu analysieren und über eine Portallösung den Bürgern / Kunden anzubieten. Sowohl die Prozessaufnahme als auch die Umsetzung und die Darstellung über eine Portallösung werden dabei von der kdVZ Rhein-Erft-Rur unterstützt.

IT Betrieb

Im IT-Betrieb ging im vergangenen Jahr eine mehr als vier Jahrzehnte währende Ära zu Ende: Die Großrechnertechnologie hat für den Zweckverband endgültig ausgedient. Wesentlicher Grund hierfür ist der Trend zu moderneren Verfahren auf anderen Rechnerplattformen.

Im Jahre 2011 galt es für die Ablösung der Großrechnerplattform im Besonderen, Hostapplikationen durch Serververfahren zu ersetzen, Datenbestände zu migrieren und Schnittstellen für die Datenübermittlung neu zu strukturieren. Die Migration der Daten aus dem Finanzverfahren KIRP und dessen Vorverfahren, die im letzten Jahr noch auf der Großrechnerplattform der KDZV Citkomm liefen, gestaltete sich als besonders anspruchsvoll, da die Daten erst kurz vor dem Jahreswechsel exportiert werden konnten, um keine unnötig lange Unterbrechung der Abwicklung des Zahlungsverkehrs zu verursachen. So wurde der Datentransfer auf den letztmöglichen Zeitraum im Dezember 2011 verschoben.

Mit der Ablösung der Finanzwesen-Software KIRP nach nsk der Firma Infoma wurde für Auskunfts-zwecke auf die alten KIRP-Daten eine Serverplattform zur Verfügung gestellt.

Die Zertifizierung des qualitativ hochwertigen, d. h. sicheren und performanten, Rechenzentrumsbetriebes ist ständiger Anspruch der kdVz Rhein-Erft-Rur. Die Erlangung des TÜV-Zertifikats „geprüftes Rechenzentrum Hochverfügbarkeit Stufe 2“ im Jahr 2010 ist dabei ein wichtiger Baustein. Diese ist im laufenden Jahr zu erneuern. Daneben bemüht sich der Zweckverband um die TÜV-Zertifizierung „Green IT“; hierfür wurden bereits in 2011 umfangreiche Erhebungen von Mess- und Infrastrukturdaten durchgeführt und der Kriterienkatalog des TÜV zur Erlangung der Zertifizierung abgearbeitet.

Änderungen in der Infrastruktur wurden umgesetzt oder sind geplant.

Die Zertifizierung nach IDW-Prüfungsstandard 951 für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen erfolgt ebenfalls jährlich.

Um das Risiko eines Ausfalles des Rechenzentrums zu minimieren, wurde die Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV) im Frühjahr 2011 erneuert. Die USV, die Stromschwankungen ausgleicht und kurzzeitige Stromausfälle überbrückt, ist nun redundant ausgelegt.

Im Jahr 2011 betrieb die kdVz in ihrem Rechenzentrum ca. 120 physikalische Server sowie ca. 250 virtuelle Server. Für das kdVz-Speichernetzwerk (SAN – Storage Area Network) war angesichts eines stetig wachsenden Datenvolumens eine Neuausrichtung erforderlich.

Die kdVz hat einen Teil der bestehenden Storage-Systeme durch ein technologisch neues System ausgetauscht. Die Kapazität wurde nochmals auf über 50 Terabyte erweitert. Die kdVz bietet das Storage wahlweise in drei Qualitätsstufen an, um so auf unterschiedliche Anforderungen mit der jeweils wirtschaftlichsten Lösung eingehen zu können.

Das Komplettangebot „Drucken-Kuvertieren-Frankieren-Einreichen“ inklusive Einbindung der Infopost wurde im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch in Anspruch genommen. Für das laufende Jahr 2012 ist eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Druckzentrum vorgesehen, um den Auslastungsgrad weiter zu steigern.

Netze

Das Wide Area Network (WAN) der kdVz Rhein-Erft-Rur ist eine zentrale Infrastrukturkomponente für jetzige und alle zukünftigen Anwendungen, Dienstleistungen und Produkte der kdVz Rhein-Erft-Rur. Das neue, sternförmige Verbandsnetz, das der Verband seit Oktober 2010 nutzt, hat sich im vergangenen Jahr als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf den Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen. So kam es zu keinem Zeitpunkt zu einem wahrnehmbaren Ausfall der Kommunikation Kunde – kdVz. Die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag somit bei nahezu 100%. In 2011 wurde auch die Verschlüsselung auf allen Verbandsleitungen aktiviert.

Auch hier hat sich gezeigt, dass die eingesetzten Techniken keine Performanceverluste mit sich brachten und die Aktivierung der Verschlüsselung unbemerkt vom Kunden blieb. Durch die Verschlüsselung wurde die Sicherheit nochmals verbessert.

Das Internet bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdVz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar.

Ausfälle oder Performanceprobleme werden seitens der Kunden sofort registriert. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, auf dessen Gefahrenabwehr ein Arbeitsschwerpunkt liegt. Der Gesamt-Datenverkehr hat sich in 2011 gegenüber 2010 wiederum gesteigert und liegt nun bei ca. 29 Terabyte (ein Plus von 52% gegenüber dem Vorjahr!), wobei gleichzeitig eine rasante Zunahme des ein- und ausgehenden E-Mail-Traffic zu verzeich-

nen ist. Alle diese Mails werden auf sog. Malware und Spam (dreistufiges Spam-Abwehr-System) überprüft und ggf. gekennzeichnet, bevor sie zugestellt werden. Eine solche Überprüfung ist unerlässlich, da sich das Spam- und Viren-Aufkommen weiterhin auf einem sehr hohen Level bewegt. Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZApplikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen hat zugenommen. Erstmals wurden in 2011 auch Smartphones und Tablet-PCs als Einwahl-Endgeräte konfiguriert.

Der hohe Sicherheitsgedanke des Zweckverbandes hat sich in der Vergangenheit bewährt und muss auch für die Folgejahre erhalten bleiben. Die Ausfallsicherheit der zentralen Sicherheitskomponenten wurde bereits in den vorherigen Jahren sichergestellt. Auf die Zunahme der Nutzung wird bereits reagiert, die Internet-Bandbreite wird in 2012 von 100 auf 150 Mbit/s erhöht.

Die über das DOI-Netz zur Verfügung gestellten Applikationen und deren Nutzung nehmen ständig zu. In 2011 kam es auch hier zu einer Steigerung von 143% auf nunmehr 487 Giga-Byte. Vordergründig ist hier die verstärkte Nutzung von E-Mails innerhalb des DOI-Netzes zu nennen. Mit nahezu jeder Behörde innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann mittels E-Mail und verschlüsseltem DOI-Netz kommuniziert werden. Dies wiederum belegt, dass sich das DOI-Netz als ein stabiles „behörden-eigenes“ Intranet in der BRD etabliert hat.

Auch in 2011 hat die kdVz für einige Verwaltungen Angebote bzgl. IP-Telefonie erarbeitet bzw. diese beraten. Dabei wurden die Mehrwerte einer reinen IP-Telefonie durchaus als vorteilhaft angesehen.

Mit Erfolg wurden bei allen Bestandskunden Upgrades auf die aktuelle Version durchgeführt. Erstmals wurde auch die IPTelefonie mit einem Kunden über das Verbandsnetz umgesetzt. Gespräche zwischen diesem Kunden und der kdVz gehen dabei nicht mehr über das öffentliche ISDN-Netz, sondern werden direkt über die Verbandsleitung (WAN) vermittelt und sind damit kostenfrei.

IT-Services

Die Inanspruchnahme von technischen Dienstleistungen der kdVz Rhein-Erft-Rur war auch in 2011 unverändert hoch. Das Hosting von Fachanwendungen bildet einen der Dienstleistungsschwerpunkte.

Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr Services bzw. Anwendungen für über 3000 Benutzer zentral durch die kdVz bereitgestellt.

Exemplarisch sei die Vorbereitung für die Umstellung der weiteren nsk-Neuanwender mit Produktionsstart 01.01.2012 erwähnt. Die zur Verfügung gestellten Infoma-Datenbankcluster sichern den Kunden dabei ein performantes und hochverfügbares System zu.

Die Nachfrage nach Virtualisierungstechnologien/-produkten steigt weiterhin deutlich an. Die entsprechende Infrastruktur der kdVz spielt dabei eine wesentliche Rolle für die Bereitstellung von Services, daher ist eine stetige Weiterentwicklung unbedingt erforderlich.

So wurde die komplexe Infrastruktur (VMWare & Citrix) in 2011 durch den Einsatz neuer Versionen erweitert. Neue Funktionen und Technologien steigern die Servicequalität für die Kunden. Ebenso wurde die Infrastruktur im Rahmen der Kapazitätsplanung erweitert.

Die große Nachfrage im Zweckverband nach Unterstützung bei der Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen spiegelt die Entwicklung auf dem IT-Markt wieder. Die hohen Anforderungen an die IT-Infrastruktur, u. a. hinsichtlich Sicherheit, Verfügbarkeit und Innovation, lassen sich bei

einem dedizierten Betrieb oftmals aufgrund des permanenten Kostendrucks nicht abbilden. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen werden. Die kdVz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. Nach der erfolgreichen Realisierung des Projektes mit der Stadt Bergheim im Jahr 2010 hat sich die Gemeinde Merzenich ebenfalls zur Zentralisierung der IT-Leistung entschlossen. Die Umsetzung wurde erfolgreich

abgeschlossen. Der Gemeinde Merzenich steht nun ein modernes und sicheres IT-Umfeld zur Verfügung. Eine Vielzahl weiterer Verbandsmitglieder hat bereits Interesse an einer solchen zentralisierten Lösung bekundet. Die kdVz hat die Bestandsaufnahmen bei interessierten Kunden vor Ort unterstützt und auf Grundlage der ermittelten Werte Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt.

Weitere Anfragen liegen bereits vor.

Die Nachfrage nach mobilen Endgeräten steigt rasant, Produkte (Apps) für viele Einsatzmöglichkeiten werden angeboten. Mit dem Einsatz von iPhones, iPads, Android-Geräten etc. besteht die Möglichkeit von jedem Ort auf zentrale Ressourcen zuzugreifen. In der kdVz kommen Virtualisierungstechnologien zum Einsatz, die solchen Anforderungen gerecht werden können. Ebenfalls bieten viele Produkte (z. B. Microsoft Exchange) einen Web-Dienst zur Synchronisation und Einbindung von Daten an. Im Jahr 2011 hat die kdVz die Infrastruktur aufgesetzt, um verschlüsselt über mobile Endgeräte auf zentrale Ressourcen im Rechenzentrum zugreifen zu können.

Hierzu zählen neben E-Mails, Kalendereinträgen etc. aus Microsoft Exchange auch jegliche Anwendungen, welche über Citrix-Technologien (kommunale Fachanwendungen, Desktops etc.) bereitgestellt werden.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag auch im vergangenen Jahr in umfassenden sog. „arbeitsplatznahen Services“, bei denen Tätigkeiten beim Kunden vor Ort eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählen beispielsweise umfängliche Erstinstallationen bzw. Migrationen, hinzu kommen zahlreiche Supportleistungen, Hard- und Softwareaustausch, Datensicherung, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz und so fort. Serviceverträge über die Nutzung des zentralen Virenschutzes existieren mit 25 Mitgliedsverwaltungen, vier Kommunen nutzen das Angebot fester Betreuungstage. Des Weiteren hat die kdVz zahlreiche Verbandsmitglieder intensiv bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes vor Ort unterstützt.

Ebenfalls unterstützt die kdVz nach wie vor die Schulen und Kindergärten in vier verbandsangehörigen Kommunen. Die Vereinbarung von bislang weiteren vier Kommunen aus dem Kreis Düren, ihren Schulsupport unter dem Dach der kdVz Rhein-Erft-Rur gemeinsam durchzuführen, konnte in 2011 um eine Gemeinde erweitert werden.

Erklärtes Ziel bleibt ein wartungsarmer und wirtschaftlicher Support für eine funktionierende, verfügbare und somit verlässliche und akzeptierte EDV-Ausstattung in den Schulen unter Ausschöpfung von Kostensenkungspotentialen.

Zentrale Dienste

Die Etablierung eines Risikomanagements wurde in 2010 abgeschlossen.

Dieses beinhaltete in der ersten Ausbaustufe die Erstinventur der Risiken sowie die Bewertung der Risiken sowohl in Bezug auf Eintrittswahrscheinlichkeit als auch auf die potentielle Schadenshöhe.

In 2011 fanden zum 30.05. und zum 30.11. die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Der kdVz Rhein-Erft-Rur steht mit dem Risikomanagement ein effektives Managementinstrument zur Risikofrüherkennung und –vermeidung zur Verfügung.

Die kdVz Rhein-Erft-Rur arbeitet, beispielsweise im Zuge der Einführung neuer Fachverfahren, projektorientiert. In diesem Zusammenhang ist ein wirksames Projektcontrolling ein wichtiger Erfolgsfaktor. In 2011 wurden alle wesentlichen Projekte begleitet.

Darüber hinaus werden seit 2010 im Zuge der Einführung der neuen Finanzwesen-Software nsk das Projektcontrolling sowie das Kosten- und Vertragscontrolling seitens der kdVz zentral gesteuert.

Das Thema IT-Sicherheit genießt für einen kommunalen IT-Dienstleister höchste Priorität. Da auch die Verbandsmitglieder den Bedarf in diesem Bereich haben, der oft nicht personell abgedeckt werden kann, bietet die kdVz Rhein-Erft-Rur entsprechende Services an. Der Zweckverband verfügt im Bereich der Informationssicherheit über qualifiziertes und zertifiziertes Personal und unterstützt mittlerweile neun Kommunen beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements.

Beim kdVz-Technologietag drehten sich die Präsentationen und das Ausstellungsforum unter dem Leitthema „Bürgerbeteiligung digital“ rund um innovative Weblösungen, die dazu geeignet sind, dem Gedanken einer serviceorientierten Verwaltung Rechnung zu tragen.

In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das Rechnungsprüfungsamt seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Die finanzwirksamen Fachverfahren werden vor ihrem Ersteinsatz geprüft und deren Weiterentwicklung wird überwacht.

Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdVz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 94,3. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2011 folgendes Bild:

	unter 30	30-50	51-60	älter als 60
höherer Dienst		1	3	1
gehobener Dienst	3	32	27	3
mittlerer Dienst	9	6	9	3

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2011 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten

Chancen und Risiken / Gesamtsituation

Auch in 2011 orientierte sich die kdVz Rhein-Erft-Rur in ihrem Handeln an den Leitlinien

- Konsolidierung
- Standardisierung und Kooperation
- Innovation und Entwicklung.

In diesem Sinne wurden umfangreiche Dienstleistungen für die verbandsangehörigen Kommunen erbracht – von der Bereitstellung einer zukunftsorientierten technologischen Infrastruktur über ein breit gefächertes Angebot an kommunalen Fachanwendungen bis hin zu individuellen IT-Services wie etwa der Gestaltung kommunaler Internetseiten.

Verbandsintern wurde der Meinungsbildungsprozess, in welchen Konstellationen die Zukunftsfähigkeit der IT-Unterstützung für die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes am effektivsten gewährleistet werden kann, zumindest für den Moment insoweit abgeschlossen, als dass fünf Kommunen ihre Absicht erklärt haben, den Zweckverband zum 31.12.2012 zu verlassen. Ein Ausscheiden der Städte Düren und Euskirchen, der Gemeinden Blankenheim und Nettersheim sowie der Kreisverwaltung Düren hätte keine verbandsgefährdenden Auswirkungen. Für die kdVz Rhein-Erft-Rur bedeutet dieser Umstand, dass gemäß § 21 der Verbandssatzung eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den austrittswilligen Verbandsmitgliedern zu führen ist.

Verbandsübergreifend hat der Beitritt der kdVz Rhein-Erft-Rur zum KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister – bereits erste Erfolge gezeitigt. Im Zuge gemeinsamer Beschaffungen konnte allein ein Verbandsmitglied der kdVz einen finanziellen Vorteil i. H. v. 18.500 € durch die Bündelung von Nachfrage über den Dachverband erzielen. Weitere Kooperationsfelder werden sondiert. Dass die kdVz Rhein-Erft-Rur mit ihrem Beitritt zum KDN den richtigen Weg eingeschlagen hat, zeigt nicht zuletzt die sukzessive Aufnahme weiterer kommunaler IT-Dienstleister in den Dachverband.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die kdVz Rhein-Erft-Rur ihrem satzungsgemäßen Auftrag auf einem stabilen Niveau gerecht werden konnte. Die, gemessen an der noch in den Jahren 2009 / 2010 befürchteten Austrittswelle, doch vergleichsweise geringe Anzahl an Austrittswilligen – die zum Teil eher politisch denn sachlich begründet sind – dokumentiert, dass die Akzeptanz der kdVz bei ihren Kunden mittlerweile wieder einen Grad erreicht hat, der eine solide Basis für die weitere Fortentwicklung des Zweckverbandes darstellt. Die kdVz ihrerseits verpflichtet sich auch weiterhin, ihre Dienstleistungen qualitativ hochwertig und mit einem kompetenten und motivierten Mitarbeiterteam zu erbringen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

keine

Beteiligungen des Zweckverbandes

Die kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Kaiserstr. 50
52134 Herzogenrath-Kohlscheid
Telefon: 0241 / 519 822 17
E-Mail: hans-dieter.huellenkremer@studieninstitut-aachen.de
Homepage: www.studieninstitut-aachen.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vorlag

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach Gesetz und der Satzung des Zweckverbandes obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere:

1. Erlass und Änderung der Satzung des Zweckverbandes, der Institutsordnung und anderer nach Satzungsrecht zu erlassenen Bestimmungen,
2. Erlass und Änderung der Prüfungsordnungen, soweit hierfür anderweitige Zuständigkeiten nicht begründet sind,
3. Wahl der nach der Institutsordnung besonders zu berufenden Mitglieder des Institutsbeirats,
4. Einstellung, Anstellung, Beförderung und Entlassung der

Auf die Wiedergabe der wirtschaftlichen Verhältnisse wird an dieser Stelle verzichtet, da bis zur Erstellung des vorgelegten Berichtes lediglich der Jahresabschluss zum 31.12.2009 aufgestellt worden war.

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (insbesondere Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstandenen Aufwendungen nicht decken. Hierbei bemisst sich die Umlage nach der letzten amtlich festgelegten fortgeschrittenen Bevölkerungszahl. Die Umlage ist im Voraus vierteljährlich zu zahlen. Hierzu ergänzend stellen die Verbandsmitglieder dem Zweckverband unentgeltlich die erforderlichen Räume sowie Einrichtungsgegenstände zur Verfügung (§ 10 der Satzung des Zweckverbandes). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2011 eine Verbandsumlage i.H.v. 10.745,48 € entrichtet. Darüber hinaus, weist der Kreis Düren in der Bilanz zum 31.12.2011 eine Verbindlichkeit für Pension und Beihilfen i.H.v. 308.645,81 € gegenüber dem Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen aus.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Der Lagebericht 2011 lag im Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vor.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Aachener Verkehrsverbund


**Zweckverband
Aachener Verkehrsverbund**

Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
Email: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband hat im Verbundraum unter Beachtung der sich aus dem Vertrag über die Grundlagen des Aachener Verkehrsverbundes mit den Land NRW (Grundvertrag) ergebenden Rechte und Pflichten

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und technischen Standards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der AVV GmbH in ihren Planungen beachten.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die von den Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen), unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Dem ZV obliegen unter Beachtung der sich aus dem Regionalisierungsgesetz NW ergebenden Rechte und Pflichten folgende Aufgaben:

- Den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabenträger und als zuständige Behörde i.S.d. § 3 Abs.2 Regionalisierungsgesetz NW zu planen, zu organisieren und auszugestalten. Das fahrplan- und kapazitätsmäßige SPNV-Angebot zur Bedienung der Allgemeinheit und dessen Mitfinanzierung durch den ZV ist jährlich im Rahmen des Verbundetats festzulegen.
- Der ZV wirkt gem. § 5 Abs. 3 S. 2 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung eines Gemeinschaftstarifs und einheitlicher Beförderungsbedingungen auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und gem. § 6 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung von Übergangstarifen hin.
- Der ZV erstellt gem. § 8 Regionalisierungsgesetz NW den Nahverkehrsplan für den SPNV insbesondere unter Berücksichtigung von § 5 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Zur Durchführung der Aufgaben gründet der ZV eine Gesellschaft unter der Firma „Aachener Verkehrsverbund GmbH“ (AVV GmbH). Diese Gesellschaft nimmt im Verbundraum Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

- Verbandsvorsteher:** Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf sechs Jahre und seine Stellvertreter, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes. Der Verbandsvorsteher und seiner Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören, sind jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.
- Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach den Maßgaben der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.
- Die Position des Zweckverbandsvorstehers und seiner Stellvertreter wird aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten, oder eines von ihm benannten Stellvertreters wahrgenommen. Nach der o.g. Rotationsvereinbarung steht dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen für den Zeitraum Ende 2009 bis Mitte 2012 die Position des 1. stellvertretenden Zweckverbandsvorsteher zu. Den Verbandsvorsteher für diesen Zeitraum stellt der Kreis Heinsberg.
- Verbandsversammlung:** Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitgliedes gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.
- Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung; darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von ihm benannten Vertreter.
- Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund der Satzung des Zweckverbandes die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung kann die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:
11. Die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Vertreter,
 12. die Wahl der in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft zu entsendenden Vertreter des Zweckverbandes,
 13. Weisungen zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft,
 14. die Änderung der Zweckverbandssatzung,
 15. den Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des Haushaltsplanes,
 16. die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstehers,
 17. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen von erheblicher Bedeutung,

18. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
19. die Auflösung des Zweckverbandes
20. die Aufstellung des Nahverkehrsplanes SPNV,
21. die Übertragung von Angelegenheiten auf benachbarte Zweckverbände gemäß § 6 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heinsberg	Landrat	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze		25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze		25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze		25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze		25 %

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:

Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Hamel, Jörg	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Krott, Joseph	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Zentis, Gudrun - MdL - (bis 30.10.2012)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schruff, Hansbert	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband <small>nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)</small>
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%
StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%
Kreis Heinsberg	25%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	402.001,00 €	153.001,00 €	153.001,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. Sonstige Vermögens- gegenstände	10,53 €	10,50 €	15,98 €	5,48 €	52,19%
II. sonstige Vermögens- gegenstände	0,00 €	82,46 €	0,00 €	-82,46 €	-100,00%
III. Liquide Mittel	2.064.884,88 €	1.223.985,37 €	4.237.208,91 €	3.013.223,54 €	246,18%
C. Aktive Rechnungs- abgrenzung	19.223.278,45 €	19.253.512,17 €	19.240.887,41 €	-12.624,76 €	-0,07%
Summe Aktiva	21.690.175,86 €	20.630.592,50 €	23.631.114,30 €	3.000.521,80 €	14,54%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	1.004.089,01 €	746.859,38 €	500.201,39 €	-246.657,99 €	-33,03%
II. Jahresüberschuss	-257.229,63 €	-246.657,99 €	4.958,11 €	251.616,10 €	-102,01%
B. Rückstellungen	25.629,07 €	11.331,46 €	10.237,92 €	-1.093,54 €	-9,65%
C. Verbindlichkeiten	1.694.408,96 €	865.547,48 €	3.780.791,37 €	2.915.243,89 €	336,81%
D. Passive Rechnungs- abgrenzung	19.223.278,45 €	19.253.512,17 €	19.334.925,51 €	81.413,34 €	0,42%
Summe Passiva	21.690.175,86 €	20.630.592,50 €	23.631.114,30 €	3.000.521,80 €	14,54%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.035.481,25 €	5.323.688,89 €	14.974.776,82 €	9.651.087,93 €	181,29%
2. sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	2.513,89 €	4.786,46 €	2.272,57 €	90,40%
3. Personalaufwendungen	88.748,32 €	92.911,32 €	101.302,95 €	8.391,63 €	9,03%
4. Bilanzielle Abschreibun- gen	170.735,41 €	249.000,00 €	0,00 €	-249.000,00 €	-
5. Transferaufwendungen	4.990.481,25 €	5.177.883,98 €	14.807.635,11 €	9.629.751,13 €	185,98%
5. sonstige ordentliche Aufwendungen	69.638,89 €	64.225,05 €	69.476,68 €	5.251,63 €	8,18%
Betriebsergebnis	-284.122,62 €	-257.817,57 €	1.148,54 €	258.966,11 €	-
					100,45%
6. Finanzerträge	26.892,99 €	11.159,58 €	3.809,57 €	-7.350,01 €	-65,86%
7. Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	26.892,99 €	11.159,58 €	3.809,57 €	-7.350,01 €	-65,86%
Ergebnis d. gewöohnl. Geschäftstätigkeit	-257.229,63 €	-246.657,99 €	4.958,11 €	251.616,10 €	-
					102,01%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-257.229,63 €	-246.657,99 €	4.958,11 €	251.616,10 €	-
					102,01%

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	1,5	1,5

Verbindungen zum Kreishaushalt

In der Sitzung am 08.12.2010 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes AVV die Haushaltssatzung des Zweckverbandes AVV für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen. Die Haushaltssatzung 2011 enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage 2011 basierend auf den Daten des Verbundetats 2010. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren einen Umlagebetrag 2011 i.H.v. 125.000,00 € getätigt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2011.

Im Haushaltsjahr 2011 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.583.236,08 € als ÖPNV Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 339,30 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen eines Verkehrsunternehmens, dass die Fördermittel inklusive Zinsen aufgrund nicht zweckentsprechender Verwendung zurückzahlen musste. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.583.575,38 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 3.202.139,14 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Haushaltsjahr 2011 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2011 verbliebenen Zuwendungen in Höhe von 1.381.436,24 € sind im ersten Halbjahr des Jahres 2012 zweckentsprechend verwendet worden. Die im Laufe des Jahres 2011 mit den Mitteln erwirtschafteten Zinsen in Höhe von 12.076,05 € sind im Jahr 2012 durch Aufstockung der vom Land NRW bereitgestellten Mittel zu verwenden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 8.363.939,51 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 7.540.091,49 € ist im Jahr 2011 zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW verwendet worden. Die restlichen Mittel in Höhe von 823.848,04 € sowie die aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 14.845,64 € sind im ersten Halbjahr 2012 zweckentsprechend verwendet worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 1.448.647,52 € erhalten. Ein Anteil in Höhe von 289.969,25 € ist den Verkehrsunternehmen für die Monate November und Dezember 2011 zu Beginn des Jahres 2012 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Die restlichen Mittel in Höhe von 1.158.678,27 € werden im Jahr 2012 zweckentsprechend verwendet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 4.958,11 €.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Dieser ist in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Entsprechend einem vorliegenden Gesetzentwurf zur Anpassung des ÖPNVG NRW soll die Verwendungsmöglichkeit der Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW des ZV NVR für dessen allgemeine Aufwendungen von derzeit 3 % der Mittel auf 2 % reduziert werden. Ob diese Regelung – sofern eine solche Gesetzesänderung vom Landtag NRW beschlossen wird – Auswirkung auf die Mittelzuweisung an den ZV AVV hat, und falls ja, in welcher Höhe, ist derzeit noch nicht endgültig absehbar.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2012.

Mitglieder des Zweckverband AVV zum 31.12.2011 sind:

Stadt Aachen, StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen), Kreis Düren und Kreis Heinsberg zu jeweils gleichen Teilen.

Verbandsvorsteher zum 31.12.2011 war Landrat Stephan Pusch, Kreisverwaltung Heinsberg, Valkenburger Straße 45, 52525 Heinsberg.

Stellvertretende Verbandsvorsteher zum 31.12.2011 waren:

Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadtverwaltung Aachen, 52058 Aachen.

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreisverwaltung Düren, Bismarckstraße 16, 52351 Düren.

Geschäftsstellenleiter zum 31.12.2011 war Herr Heiko Sedlaczek, Neuköllner Straße 1, 52068 Aachen.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband AVV ist direkt zu 100% an der AVV GmbH beteiligt (Anteile an verbundenen Unternehmen). Zum 01.01.2008 gründete der Zweckverband AVV gemeinsam mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR), auf den die SPNV - Aufgabenträgerschaft im Rahmen der Novellierung des ÖPNVG NRW zu 01.01.2008 übergegangen ist. Diese Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht näher dargestellt.



Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de
Homepage: www.zew-entsorgung.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2011 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er muss Hauptverwaltungsbeamter eines Zweckverbandsmitglieds sein und wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung bestimmt insbesondere u.a. über

1. die Satzungen des Verbandes sowie deren Änderung und Aufhebung,
2. Wahl und Abberufung des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
3. die Aufnahme einer Betätigung entsprechend dem 11. Teil der Gemeindeordnung NRW (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt,
4. den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, den Abschluss von Pacht-, Leasing- und Mietverträgen sofern ihre Laufzeit 5 Jahre übersteigt,
5. die Aufnahme von Krediten über € 250.000 sowie die Bestellung von Sicherheiten,
- 6.

7. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährsverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von Rechtsgeschäften, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 100.000 übersteigt,
8. die Vornahme von notariell beurkundungsbedürftigen Grundstücksgeschäften soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 250.000 übersteigt,
9. die Einleitung und Beendigung von Rechtstreitigkeiten, sofern der Gegenstandswert € 50.000 übersteigt,
10. den Abschluss von Vergleichen und den Erlass von Forderungen, sofern der auf diese Weise gewährte Nachlass den Betrag von € 5.000 übersteigt,
11. die Auftragsvergabe bei Bau- und Lieferaufträgen mit einem Auftragsvolumen von über € 50.000 sowie Dienstleistungsverträge mit einem Jahresvolumen über € 50.000,
12. der Abschluss von Dienst- bzw. Arbeitsverträgen i.H.v. mehr als € 50.000/Jahr,
13. die Wirtschaftsführung in Form eines Finanz- und Wirtschaftsplans,
14. die Benennung des Abschlussprüfers,
15. die Feststellung des Jahresabschlusses,
16. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Philipp, Marcel	Stadt Aachen	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	7 Sitze	33,33%
	Städteregion Aachen	7 Sitze	33,33%
	Stadt Aachen	7 Sitze	33,33%

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Frischmuth, Rudi	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Metz, Gundula	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Krischer, Oliver - MdB -	Kreis Düren	
	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
	<small>beratendes Mitglied</small>		

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband	
Sitz:	Eschweiler	
gezeichnetes Kapital:	25.500 €	

Verbandsmitglieder:	direkter Anteil	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00 €	33%
Stadt Aachen	8.500,00 €	33%
Kreis Düren	8.500,00 €	33%

Bilanz	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	24.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.344.143,04 €	3.795.942,27 €	3.877.328,82 €	81.386,55 €	2,14%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.046.263,10 €	3.870.194,29 €	3.390.265,81 €	-479.928,48 €	-12,40%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.516,64 €	1.808,50 €	2.351,05 €	542,55 €	30,00%
Summe Aktiva	7.415.922,78 €	7.691.945,06 €	7.293.945,68 €	-397.999,38 €	-5,17%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	25.500,00 €	25.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	517.405,32 €	542.292,53 €	449.128,74 €	-93.163,79 €	-17,18%
C. Verbindlichkeiten	6.873.017,46 €	7.124.152,53 €	6.819.316,94 €	-304.835,59 €	-4,28%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	7.415.922,78 €	7.691.945,06 €	7.293.945,68 €	-397.999,38 €	-5,17%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	44.925.689,93 €	44.123.699,39 €	43.682.626,03 €	-441.073,36 €	-1,00%
2. sonstige betriebliche Erträge	6.640,95 €	4.455,22 €	138.090,38 €	133.635,16 €	2999,52%
3. Materialaufwand	44.677.000,27 €	43.807.621,57 €	43.358.163,00 €	-449.458,57 €	-1,03%
4. Personalaufwand	161.535,44 €	198.385,76 €	174.770,51 €	-23.615,25 €	-11,90%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	104.779,86 €	116.285,17 €	274.338,87 €	158.053,70 €	135,92%
Betriebsergebnis	-10.984,69 €	5.862,11 €	13.444,03 €	7.581,92 €	129,34%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	47.094,65 €	15.021,05 €	20.381,50 €	5.360,45 €	35,69%

	2009	2010	2011	Veränderung in €	Veränderung in %
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	36.109,96 €	20.883,16 €	33.825,53 €	12.942,37 €	61,98%
Finanzergebnis	10.984,69 €	-5.862,11 €	-13.444,03 €	-7.581,92 €	129,34%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2009	2010	2011
Anzahl der Mitarbeiter Darüber hinaus ist die AWA Entsorgung GmbH mit der Geschäftsbesorgung im kaufmännischen und technischen Bereich sowie mit der Unterstützung der Verwaltungsstelle des ZEW beauftragt.	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2011 hat der Kreis Düren keine Umlage an den ZEW gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2011

Geschäftsverlauf 2011

Allgemeines

Die Geschäftsentwicklung des ZEW im Jahre 2011 lag im Bereich der Erwartungen.

Die neue Landesregierung wird sich im Hinblick auf die umzusetzende EU-Abfallrahmenrichtlinie erst in 2012 mit der Erstellung eines neuen Abfallwirtschaftsplans (AWP) befassen, der den am 31.3.2010 bekannt gemachten AWP ersetzen soll, da dieser nicht der politischen Zielvorstellung einer „regionalen Entsorgungsaufklärung“ mit verbindlichen Zuweisungen entspricht, um Müll-tourismus, höhere Abfallgebühren und den Verkauf kommunaler Anlagen zu vermeiden. Zwecks restriktiver Bedarfsprüfung wird durch zwei vom Ministerium beauftragte Institute zunächst eine Datenerhebung bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern erfolgen.

Die Bekanntmachung ist erst für das Jahr 2013 vorgesehen. Bis dahin sind die Vorstellungen für den neuen AWP bei Ausschreibungen und Vergaben zu berücksichtigen. Dennoch besteht die Sorge, dass in der Zwischenzeit Abfallmengen, die bisher der MVA Weisweiler angedient wurden, anderen Müllverbrennungsanlagen zugeführt werden und eine Gebührenerhöhung für

die Bürger/innen der Körperschaften, die über eigene Müllverbrennungsanlagen verfügen, hingenommen werden muss.

Am 30.3.2011 wurde der Gesetzesentwurf zur Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts von der Bundesregierung beschlossen.

In mehreren Verhandlungen zwischen dem Bundesumweltminister und den kommunalen Spitzenverbänden unter Beteiligung des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) wurde ein Kompromissvorschlag, insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an eine gewerbliche Sammlung, erarbeitet, der vollständig in den vom Deutschen Bundestag am 28.10.2011 verabschiedeten Gesetzesentwurf eingeflossen ist.

Dennoch bestanden nach wie vor Unsicherheiten im Hinblick auf neue unbestimmte Rechtsbegriffe und die sog. „Gleichwertigkeitsklausel“. Diese besagt, dass im Falle dessen, dass eine gewerbliche Sammlung auch nur geringfügig höherwertig ist als das bestehende Sammelsystem des öffentlich-rechtlichen Entsorgers, die private Sammlung zugelassen werden muss, unabhängig davon, ob der Bestand des öffentlich-rechtlichen Entsorgers gefährdet ist oder es zu massiven Gebührenerhöhungen kommt.

Der Bundesrat hatte am 25.11.2011 den Entwurf behandelt. Zehn Bundesländer stimmten für die Anrufung des Vermittlungsausschusses, welcher am 14.12.2011 tagte. Jedoch konnte insbesondere keine Einigung zur sog. „Gleichwertigkeitsprüfung“ erzielt werden, sodass das Gremium Anfang Februar 2012 erneut über das Gesetz beriet. Hier konnte nun insoweit ein Ausgleich im Streit zwischen den privaten und öffentlichen Interessen im Hinblick auf die „Gleichwertigkeitsklausel“ erzielt werden, als dass die gewerbliche Sammlung einen eng umgrenzten Ausnahmetatbestand darstellt, nach welchem der private Entsorger erst dann aktiv werden kann, wenn sich seine Sammel- und Verwertungsleistung als „wesentlich leistungsfähiger“ erweist als das Angebot des kommunalen Entsorgungsträgers oder des von ihm beauftragten Dritten. Dadurch ist eine verlässliche Planungs- und Organisationssicherheit bei der Weiterentwicklung von Erfassungs- und Recyclingstrukturen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gegeben. Erhebliche kommunale Einnahmeverluste mit der Folge unvermeidlicher Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger/innen sind nicht mehr in einem so hohen Maße zu befürchten.

Im Hinblick auf die bis 2015 umzusetzende Wertstofffassung wird das Bundesumweltministerium im Frühjahr 2012 ein Eckpunktepapier als Grundlage für ein noch zu erlassendes Wertstoffgesetz vorlegen. Es ist zu befürchten, dass die Auseinandersetzungen zwischen privaten und öffentlichen Entsorgern noch heftiger ausfallen werden, da auch die Regelungen der Verpackungsverordnung mit einfließen sollen.

Definitiv festzuhalten ist, dass keine europarechtlichen Bedenken gegen die Definition der gewerblichen Sammlung bestehen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in drei Grundsatzurteilen bereits bestätigt. Die gesamten Inhalte des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes gehen weit über die von der EU geforderte Umsetzung hinaus, zumal zu berücksichtigen ist, dass es in manchen EU-Staaten erst gar keinen Regelungstatbestand in deren Abfallgesetz für gewerbliche Sammlungen gibt. Einer Beschwerde gegenüber der EU-Kommission bzw. einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland im Hinblick auf die Nichtumsetzung der 5-stufigen Abfallhierarchie kann somit gelassen entgegen gesehen werden.

Das Gesetz dürfte frühestens zum 1. Juni 2012 in Kraft treten. Die Frist zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie endete zum 12.12.2010.

Am Standort der Kompostierungsanlage in Würselen ist eine Vergärungsanlage errichtet worden. Seit 1.1.2012 wird die Vergärungsanlage befüllt. Die Gesamtanlage (Vergärungsstufe mit

nach-geschalteter Kompostierungsanlage) hat eine Jahreskapazität von 30.000 t. Das bei der Vergärung anfallende Gas wird verstromt. Die anfallende Wärme wird zur Verbesserung des Vergärungs-prozesses und für eine benachbarte Holz Trocknung genutzt.

Die Rauchgasreinigung der MVA ist inzwischen vollständig umgerüstet worden. Durch die nunmehr eingesetzte Rauchgasreinigungstechnik wird der Bedarf an Erdgas und elektrischer Energie deutlich gesenkt. Dies führt zu erheblichen Kosteneinsparungen und ist wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung.

Ende des Jahres 2011 wurde von der Bezirksregierung Köln die Genehmigung zur Rekultivierung der Zentraldeponie Warden erteilt. In den nächsten Jahren wird die Deponie nun abschnittsweise endprofiliert, abgedichtet und begrünt.

Entwicklung der Umsätze und entsorgten Mengen

Die Umsatzerlöse im Jahr 2011 lagen mit insgesamt T€ 43.683 um 1,0 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 44.124). Während die Umsätze aus dem Herkunftsbereich Stadt Aachen (T€ 13.397; Vj. T€ 13.422) und StädteRegion Aachen (T€ 15.543; Vj. 15.686) nur unwesentlich unter dem Vorjahr lagen, gingen die Umsätze aus dem Kreis Düren (T€ 14.024; Vj. T€ 14.399) um rd. 2,6 % zurück.

Anlagenbetrieb

Der ZEW betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfall-wirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten.

Investitionen

Da sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH bedient, ergeben sich in der Regel keine nennenswerten Investitionen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzierung

Die Aktivitäten des Geschäftsjahres 2011 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich.

Die Liquidität des Unternehmens war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die von den Abfallerzeugern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern des ZEW war im Berichtsjahr auch eine Aushilfskraft in geringem Umfang beschäftigt. Im Jahr 2011 wurden, bezogen auf Vollzeitstellen, insgesamt 2,69 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Umweltschutz

Der ZEW als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger hat Vorbildfunktion beim Umweltschutz. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflicht-

tet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies auch konsequent und zuverlässig.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres 2011

Die Erstellung eines neuen Abfallwirtschaftsplanes für das Land NRW wird erst in 2012 erfolgen. Danach sind Zuweisungen für Restabfälle zu bestimmten Müllverbrennungsanlagen weiterhin vorgesehen.

Der Arbeitsentwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurde nunmehr Anfang 2012 im Vermittlungsausschuss abschließend behandelt. Die Auswirkungen auf die kommunale Abfallentsorgung sind nun absehbarer.

Lage des Zweckverbandes

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet.

Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Im Umlaufvermögen ist unter den sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 1.330 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des Zweckverbandes Entsorgungsregion West vorhanden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.238; Vj. T€ 5.520) beinhalten einen Betrag von T€ 1.330 aus dem Vorgang bezüglich der Moena-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.563; Vj. T€ 1.588) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 456 aus.

Aus dem speziellen Vorgang einer Ausgleichszahlung, die beim ZEW im Verhältnis zum Kreis Düren einen Darlehenscharakter hat, resultieren Auswirkungen auf die Finanzierungstätigkeit, was im Berichtsjahr zu einem Mittelabfluss von T€ 24 geführt hat.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 480 auf nunmehr T€ 3.390.

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital/Anlagevermögen) weist einen Wert von 106 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) mit 59 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) mit 106 % einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,35 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich.

Ertragslage

Aussagen zur Umsatzentwicklung wurden bereits getroffen.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i. d. R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen.

Das Rohergebnis (T€ 463; Vj. T€ 321) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 22 aus.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2011 konnten die Gebühren leicht gesenkt werden.

Weiterhin können keine seriösen Aussagen darüber getroffen werden, wie sich Marktpreise und Mengenangebot für gewerbliche Abfälle entwickeln. Die Auslastung der MVA und die Erlöse für die Annahme gewerblicher Abfälle zur Verwertung haben Auswirkungen auf die Entgelte, die die AWA dem ZEW in Rechnung stellt.

Die Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des neu zu erstellenden Abfallwirtschaftsplans sind besser abzuschätzen und stellen sich als durchaus positiv dar.

Entwicklung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die einen Einfluss auf den Jahresabschluss haben könnten, sind nicht bekannt.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ist an der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung entfällt.

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2011

Kreis Düren

